

Stenographisches Protokoll

17. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 9. November 1983

Tagesordnung

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 1307)

Entschuldigungen (S. 1307)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung im Hinblick auf ein Begehren nach Anwesenheit eines Mitgliedes der Bundesregierung (S. 1353)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 1307)

Auslieferungsbegehren

gegen den Abgeordneten Hintermayer (S. 1307)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 1307 und S. 1397)

Unvereinbarkeitsangelegenheiten

Erster Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses (S. 1307)

Verhandlungen

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (70 und Zu 70 d. B.)

Redner:

Graf (S. 1308),
 Braun (S. 1315),
 Peter (S. 1320),
 Ing. Gassner (S. 1326),
 Egg (S. 1331),
 Ing. Dittrich (S. 1335),
 Bundesminister Dr. Salcher (S. 1338),
 Grabher-Meyer (S. 1345),
 Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 1354),
 Staatssekretär Dkfm. Bauer (S. 1358),
 Edith Döbesberger (S. 1363),
 Bergsmann (S. 1365),
 Dipl.-Vw. Tieber (S. 1368),
 Dr. Puntigam (S. 1376),
 Remplbauer (S. 1380),
 Eigruber (S. 1383),
 Dkfm. Gorton (S. 1387),
 Wanda Brunner (S. 1391) und
 Dr. Schüssel (S. 1393)

Zuweisung (S. 1397)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

72: Abkommen zwischen Österreich und Bulgarien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (S. 1307)

96: Bundesgesetz, mit dem das Insolvenz-Entgeltversicherungsgesetz geändert wird

98: Flugsicherungsstreckengebührengesetz 1983 (S. 1307)

Berichte

III-28: 2. Sportbericht 1979 bis 1982; BM f. Unterricht und Kunst (S. 1307)

III-29: Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Madrider Folgetreffens der KSZE; BM f. Auswärtige Angelegenheiten (S. 1307)

Anträge der Abgeordneten

Deutschmann, Pfeifer, Hintermayer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Zolllarifgesetz 1972 geändert wird (60/A)

Hesoun, Eigruber und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über ein Wohnbauprogramm 1983 (Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1983) (61/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Paulitsch und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend die provisorische Leitung des BORG in Hermagor (271/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Keimel, Dr. Lanner, Pischl, Westreicher, Dr. Khol und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Fahrtengenehmigungen für LKW nach Deutschland (272/J)

Huber und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die unterschiedliche steuerrechtliche Behandlung von Vermögensbestandteilen von Wasser-, Abwasser- und Müllverbänden (273/J)

Dr. Ermacora, Huber, Dr. Keimel, Dr. Khol, Dr. Lanner, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Pischl, Westreicher und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Eisenbahnverbindung Nord- und Osttirol (274/J)

Dkfm. Löffler und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Nichtbeantwortung eines Schreibens der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden durch den Bundeskanzler (275/J)

Dipl.-Ing. Fuchs und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Einlösung

der Versprechen für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Obersteiermark (276/J)

Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Seniorenveranstaltungen der Salzburger Festspiele (277/J)

Dr. Stummvoll, Heinzinger und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Stellungnahme des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz zum Buch „Bittere Pillen“ (278/J)

Elmecker und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend behaupteter nationalsozialistischer Äußerun-

gen eines Professors des Bad Ischler Bundesgymnasiums während des Unterrichts (279/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen (180/AB zu 229/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen (181/AB zu 231/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (182/AB zu 211/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Amtlichen Protokolle der 14. Sitzung vom 20. Oktober wie auch der 15. und 16. Sitzung vom 21. Oktober sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Kottek.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Pfeifer, Teschl, Dr. Lenzi.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 271/J bis 276/J an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Ferner sind die Anfragebeantwortungen 180/AB bis 182/AB eingelangt.

Der Erste Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses wurde vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Hintermayer wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede habe ich gemäß § 80 Abs. 1 dem Immunitätsausschuß zugewiesen.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Grabher-Meyer, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Grabher-Meyer:** „An das Präsidium des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 25. Oktober 1983, Zl. 1003—11/5, folgende Entschlie-
bung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Günter Haiden innerhalb des Zeit-

raumes vom 3. bis 9. November 1983 den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Kurt Steyrer mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler:
Dr. Neumayer
Sektionschef“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

Bundesgesetz, mit dem das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert wird (96 der Beilagen) und

Bundesgesetz zur Erfüllung der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren (Flugsicherungsstreckengebüh-
rengesetz 1983) (98 der Beilagen).

Dem Finanz- und Budgetausschuß

weise ich die Regierungsvorlage:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (72 der Beilagen) zu.

Ferner weise ich die eingelangten Berichte zu wie folgt:

dem Unterrichtsausschuß:

Zweiter Sportbericht 1979 bis 1982 des Bundesministers für Unterricht und Kunst (III-28 der Beilagen),

dem Außenpolitischen Ausschuß:

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über Verlauf und Ergebnisse des Madrider Folgetreffens der KSZE (III-29 der Beilagen).

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (70 und Zu 70 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (70 und Zu 70 der Beilagen).

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Graf.

10.05

Abgeordneter **Graf (ÖVP):** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich werde die Debatte zur Ersten Lesung benutzen, doch einige Dinge einer Betrachtung zu unterziehen, die sich am Rande der Budgetdebatte zwischen der Vorstellung des Budgets und dieser Ersten Lesung zugetragen haben, und darf darauf eingehen.

Ich möchte zuerst Bezug nehmen auf die zentrale politische Aussage des Herrn Bundeskanzlers. Er sagte, es gebe zur Politik dieser Regierung keine Alternative. Ich weiß nicht und meine Partei weiß auch nicht, wie allgemein diese Aussage gemeint ist. Aber ihr harter Kern liegt ja zweifellos dort, wo es um das Diskussionsthema der letzten Tage und Wochen geht, bei der Wirtschaftspolitik, und bei der, zumindest war es früher so, in Zahlen gegossenen Politik der Regierung in der Form des Budgets 1984, in welchem auch das Belastungspaket seinen Niederschlag findet.

Es wäre eigentlich Anlaß, die Kühnheit dieser Aussage des Herrn Bundeskanzlers zu bewundern, wäre es nicht derselbe Herr Bundeskanzler, der gleich zu Beginn seiner Amtszeit auch das Wort „Demut“ in den Mund genommen hat. Und ich glaube nicht, daß man von „Demut“ sprechen kann, wenn man feststellt, daß es keine Alternative zu dieser Regierung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sollte es keine Alternative zu diesem Budget geben, müßte es das beste, das sparsamste und das beschäftigungswirksamste Budget sein, das sich denken läßt, wenn also die Aussage des Herrn Bundeskanzlers richtig ist.

Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz ist der Chef der bisher kostspieligsten Regierung der Zweiten Republik mit 15 Ministern sowie 8 Staatssekretären und mit — ich entnehme das einer Anfragebeantwortung — bis jetzt schon 239 politischen Ministerhelfern. Ob das der Ausdruck der Demut ist, überlasse ich Ihrer Phantasie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei, von den Regierungsparteien! Glauben der Herr Bundeskanzler und Sie im Ernst, daß das, was sich die Österreicher am meisten wünschen, etwa ein neues Ministerium ist, das Sie jetzt eingerichtet haben?

Und Sie, meine Damen und Herren, Sie können es ja gar nicht glauben, Sie müssen es ja wissen, und zwar auf Grund des Volksbegehrens wissen, daß die Österreicher sich keinen neuen Konferenzpalast gewünscht haben, an welchem Sie weiterbauen lassen, obwohl wir bis zum heutigen Tag auch als Volksvertreter nicht erfahren haben, wie denn die von Dr. Kreisky angeblich schon halb ausgehandelten und so günstigen Kreditbedingungen aussehen. Ich halte das aufrecht. Denn die Erklärung, die wir von Ihrer Klubtagung erhielten, war eine von vielen Facetten, die sich bisher als nachher nicht stichhältig erwiesen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sollte sich herausstellen, daß die Finanzierungsmodalitäten so sind, wie Sie dort sagten, dann hat der Generalsekretär der Volkspartei recht, dann ist es ein Privileg, das ein normaler Anleger in Österreich nicht hat. Daher wäre es schon zu kritisieren, selbst wenn es wahr wäre.

Ich würde doch glauben, Sie können doch, meine Damen und Herren, nicht im Ernst behaupten, daß bei diesem Budget keine Einsparungen mehr möglich gewesen sind. Gleichzeitig lesen Sie, aber auch die nichtparlamentarischen Österreicher, schon aus Teilveröffentlichungen des Rechnungshofes heraus, daß aus ihren Steuergeldern, nämlich aus jenen der Bürger, die ihnen durch frühere Belastungspakete herausgepreßt wurden, Milliardenbeträge in sinnlosen und keineswegs beschäftigungswirksamen Mehrausgaben vergeudet worden sind.

Wenn Sie von der Regierung behaupten, die Bevölkerung müsse Opfer bringen, dann lassen Sie sich bitte fragen im Namen dieser Bevölkerung: Wo sind denn von dieser Regierung wenigstens Einsparungsmaßnahmen ergriffen worden, die auch nur annähernd einem Vergleich mit der Mehrbelastung standhalten, die Sie auch noch dem Ärmsten in diesem Land auferlegen wollen?

Wenn heute eine Politik der Machbarkeit in ihrem Katzenjammer erlebt wird, so ist das kein allgemeines politisches Debakel der Politik, sondern nur ein spezielles Debakel der sozialistischen Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Graf

Denn Ihre Politik war es, bei der Sie jahrelang gesagt haben: Laßt uns die Probleme durch mehr Staat, mehr Ansprüche an den Staat zum Nulltarif und mehr Umverteilung lösen! Mit dieser Politik geht es zu Ende.

Ein Budget, in dem der Vorsprung der Schuldzinsen vor den echten Investitionen größer ist als je zuvor, ist der in Zahlen gegossene Ausdruck eines falschen Budgets. Das müssen Sie sich sagen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Folgen der sozialistischen Fehlsteuerung unseres ökonomischen und sozialen Systems haben ja dramatische Formen angenommen.

Wenn Sie bedenken, meine Damen und Herren, daß der Budgetaufwand für Zinsen und Spesen der Finanzschulden im Jahre 1984 mit 35,39 Milliarden Schilling um 5,55 Milliarden Schilling oder 18,6 Prozent höher veranschlagt ist als die Ausgaben des Bundes für die echten Bruttoinvestitionen, so zeigt sich allein schon an dieser Zahl deutlich, wie sehr sich die Budgetstruktur in den letzten Jahren von den produktiven zu den unproduktiven Ausgaben hin verschoben hat.

Der Budgetentwurf 1984 läßt, meine Damen und Herren — und das ist unsere Hauptkritik —, jede wirtschaftspolitische Gestaltung und Lenkungsfunction vermissen. Wenn Sie wollen: Er wird unserem Begriff „Arbeit schaffen“ nicht gerecht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ein Budget, das unter dem Druck der ökonomischen Sachzwänge, die Sie sich beigebracht haben, auf kurzfristigen und eher kurzfristigen Notoperationen aufbaut und damit ein reines Belastungsbudget darstellt. Ich werde es Ihnen aufzählen:

Es ist ein Belastungsbudget, das der Bevölkerung in den kommenden Jahren Steuer-, Tarif- und Abgabenbelastungen in der Höhe von 30 Milliarden Schilling auferlegt und das der Wirtschaft in einer schwierigen Situation Schaden bringt. Daher haben wir auch den Titel „Belastungspaket“ gewählt und nicht „Maßnahmenpaket“ gewählt. Wir halten diese Bezeichnung für richtig, weil die Belastungen für die österreichische Wirtschaft fünfmal höher sind als die vorgesehenen Entlastungen, die Sie auch nur als Ankündigungen zählen.

Wir haben die Befürchtung, daß dieses Paket keine 30 000 Arbeitsplätze schafft, sondern vernichten könnte.

Ich möchte noch einmal betonen: Die Schuld für diese Entwicklung liegt nicht primär allein beim Finanzminister. Der Finanzminister hat versucht — in seiner Funktion, wenn Sie wollen, als Buchhalter der Nation —, Ausgaben und Einnahmen besser als in den letzten Jahren in Übereinstimmung zu bringen. Das attestieren wir ihm. Daß er aber alle Möglichkeiten, die ihm offenstehen, ausgeschöpft, wenn keine Leitlinien vorgegeben sind, liegt ja in der Natur der Sache, macht es aber nicht besser.

Sie, Herr Finanzminister, wählten ja den Weg des geringsten Widerstandes. Es wurde versucht, die Nichtdurchführung der dringend erforderlichen Reformen im Bereich der Budgetausgaben durch eine gigantische Belastungswelle zuzudecken. Bestehende Zusammenhänge zwischen Belastungen und wirtschaftlicher Entwicklung wurden von Ihnen, meine Damen und Herren, nicht zur Kenntnis genommen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Damit, meine Damen und Herren, hat diese Regierung von den dominanten Zielsetzungen der Vollbeschäftigungssicherung und der Sicherung der sozialen Kontinuität sang- und klanglos Abschied genommen. Ich nenne Ihnen ein paar Zahlen:

Das Wirtschaftswachstum in Österreich beträgt 1984 nur ein Sechstel der OECD-Wachstumsrate. Die Inflationsrate erhöht sich um rund 70 Prozent gegenüber dem heurigen Wert mit Ihrem Belastungspaket. Die Erhöhung der Steuerbelastungsquote um 1,6 Prozent oder 20 Milliarden Schilling ist angeht, 20 000 Arbeitsplätze zu vernichten. Und weitere 10 000 Arbeitsplätze werden Ihnen durch die vorgenommenen Kürzungen der öffentlichen Investitionen ganz ohne Zweifel verlorengehen. Sie haben das Realeinkommen der Pensionisten um rund 2 Prozent gesenkt. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wird auf Jahresbasis um rund 2 400 S abgesenkt.

Die erfolgte Anhebung der Mehrwertsteuer auf Energie wird ganz ohne Zweifel die schwächsten sozialen Schichten unseres Volkes überproportional und existenzbedrohend belasten. Die proportionale Anhebung aller Mehrwertsteuersätze um 2 Prozent bringt für die kaufkraftschlechten Bevölkerungsgruppen die wahrscheinlich stärkste Belastung.

Hohes Haus! Wenn man sich nun die Auswirkungen dieses Maßnahmenpakets vergegenwärtigt, dann kann man eigentlich nicht verstehen, daß der sozialistische Parteivorsitz-

Graf

zende, Herr Bundeskanzler Fred Sinowatz, diese Maßnahmen auf Ihrem Parteitag als eine Weichenstellung für die späteren achtziger Jahre bezeichnen konnte. Wenn Sie ausgehen vom Standpunkt, daß die Zeit der vollen Kassen endgültig vorbei ist, dann zeigt sich ja nur allzu deutlich, daß die Umsetzung sozialistischer Wirtschafts-ideologie in praktische Wirtschaftspolitik sogar mit extrem unsozialen Auswirkungen verbunden ist.

Die Beibehaltung dieses Kurses bringt ja gerade das, was Sie vorgeben, programmatisch verhindern zu wollen (*Beifall bei der ÖVP*), meine Damen und Herren, denn bei diesem Budget steht sozialistische Wirtschafts-ideologie im Vordergrund und nicht praktische Nutzenanwendung. Es hat der Herr Bundeskanzler Sinowatz am Parteitag sehr klar betont — und ich habe die „Arbeiter-Zeitung“ dankenswerterweise nachlesen können —, daß für ihn, für den Herrn Bundeskanzler, „Beschäftigungspolitik“ mit „Staatspolitik“ gleichzusetzen ist. Und er meinte wörtlich:

Vor 25 Jahren auf dem Parteitag, so sagte er, hätten sich unsere Freunde nicht vorstellen können, daß Arbeitsplatzpolitik Staatspolitik wird. Das ist etwas Neues. Das ist das Ergebnis wohlüberlegter sozialdemokratischer Postulate, so sagte er.

Und nun lassen Sie mich etwas dazu sagen, meine Damen und Herren: Wenn man dieser These, daß der Staat die Vollbeschäftigung schaffen kann, anhängt, dann ist es eigentlich negativ logisch und konsequent, daß Sie die Staatstätigkeit ausdehnen und nicht einschränken. Denn wer eine solche Ideologie vertritt, der muß konsequenterweise dem privaten Sektor über möglichst hohe Belastungen immer mehr Einkommen entziehen und dem „großen Bruder Staat“, der für dich sorgt und über dich wacht, möglichst hohe Finanzierungsmittel zuführen.

Meine Damen und Herren! Wer eine solche Ideologie vertritt — und das ist praktisch der Niederschlag in Ihrem Budget —, sieht es als höchste Weisheit an, über möglichst viele Kanäle einen Teil der zusätzlichen Steuergelder dann nach Gutdünken der Förderungsbehörden und der Förderungsbürokratie an die Wirtschaft rückzuverteilen. Das gibt keinen Aufschwung, das erzeugt Verdrossenheit. (*Beifall bei der ÖVP*)

Bei der Budgeterstellung 1984 ist sichtbar, daß Sie dieses Rezept genau verfolgt haben: 20 Milliarden Schilling werden dem privaten Sektor entzogen und in wesentlich geringerer

Dosis über Zinsstützungsaktionen — Top-Aktion 1, Top-Aktion 2, Top-Aktion für Klein- und Mittelbetriebe — in die Wirtschaft angeblich rückverteilt. Alles sehr komplex mit großem Bürokratieaufwand und alles in der Absicht, die Subventionsabhängigkeit und die Gängelung der Wirtschaft weiter zu erhöhen. Das sind die Inzentis, die Sie uns bieten. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Wenn Sie bereit sind zu einer kritischen Betrachtung — wenn Sie bereit sind zu einer kritischen Betrachtung! —, dann zeigt sich das Resultat einer solchen Politik immer deutlicher in Arbeitsmarkt- und Industriestatistiken. Ich zähle Ihnen einiges auf:

Österreich verliert immer mehr Industrie-arbeitsplätze. Ich bedaure das! Die Arbeitslosenraten steigen rapide an. Wir bedauern das, weil trotz Subventionierung der bestehenden Arbeitsplätze in vielen Bereichen diese nicht mehr zu halten sind und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen auf der Basis einer solchen Politik einfach nicht funktioniert. Sie kann nicht funktionieren, denn gute Betriebe lassen sich von Förderungsbürokratien nicht gängeln. Das beschneidet sie nämlich in ihrer unternehmerischen Denkform und Selbständigkeit.

Wohin eine Beschäftigungspolitik, die sich als Staatspolitik versteht, de facto führt, das zeigt ja nur allzu deutlich die derzeitige prekäre Situation der verstaatlichten Industrie.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, einen Einschub zum gestrigen Bundesrat und zu den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Sinowatz.

Es wurde geflissentlich übersehen, daß der Bundesrat gestern mit Mehrheit sehr wohl einer Resolution und einem Antrag zugestimmt hat, wo 16,6 Milliarden Schilling drinnen sind. Nur war es ein Antrag der Österreichischen Volkspartei. Die Erklärung, wir seien fürs Zusperrn oder wir hätten für die verstaatlichte Industrie nichts übrig, wird allein durch diesen Beschluß in das Reich der Fabel verwiesen. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Ich würde Sie sehr bitten, bei allfälligen Kriegserklärungen an die Österreichische Volkspartei im Zusammenhang mit der Handlung des Bundesrates oder überhaupt mit dem Verhalten unserer Partei in der Frage der Verstaatlichten, doch zu bedenken, daß Sie den Ausdruck „wir sind fürs Zusperrn“, wie der Herr Bundeskanzler gestern sagte, ja nur im Reich der Demagogie aufrecht erhal-

Graf

ten können. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)* Lassen Sie mich hier feststellen — völlig leidenschaftslos —; die Situation ist ja auch, glaube ich, für eine Polemik viel zu ernst; das hat Mock gestern schon gesagt —: Für die Volkspartei bedeutet daher der Begriff „Arbeit schaffen“ — wenn Sie mich das sagen lassen, Sie wollen auch Arbeit schaffen; das streite ich Ihnen gar nicht ab; aber für uns sind die Rahmenbedingungen... *(Zwischenruf des Abg. Wille.)* Da sind wir uns einig, Herr Klubobmann! Ich habe es ernst gemeint. Ich glaube natürlich, daß Sie auch für das „Arbeit schaffen“ sind. Es wäre ja lächerlich, Ihnen zu unterstellen, daß Sie es nicht sind. Ich meinte das nicht polemisch, sondern ernst. Für uns als Volkspartei aber sind die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Unternehmenspolitik zu setzen, und erfolgreiche Unternehmenspolitik erfordert nun einmal Steuerentlastungen und nicht Belastungen. Das ist der Unterschied, Herr Klubobmann! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Schaffung dieser Rahmenbedingungen erfordert eine Investitionsoffensive und nicht eine Investitionskürzung, wie sie in Ihrem Budget drinnen ist und wie Sie sie auch beschließen werden. Man braucht unbürokratische, aber gut dotierte Förderungsaktionen anstelle des derzeitigen Förderungsdschungels. Darüber könnten wir uns wenigstens einigen, daß das die Begriffe sind, nicht die Unterstellung, Sie wollen nicht Arbeit schaffen. Wir sehen die Bedingungen, die zur Verwirklichung des Begriffes, den wir zum Postulat gemacht haben, führen, anders. Das wollte ich Ihnen hier sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die im Zuge der Budgeterstellung 1984 erfolgte, ich würde sagen, unreflektierte Zufluchtnahme zur Steuer- und Abgabenbelastung bedeutet de facto, daß sozialistische Ideologie endgültig über den wirtschaftlichen Sachverstand den Sieg davongetragen hat. Das müßte Sie, Herr Klubobmann, mit Schmerz erfüllen, mit privatem Schmerz allerdings nur, wenn ich das sagen kann. *(Abg. Wille: Die Budgetkonsolidierung zu verlangen und gleichzeitig zu sagen, die Steuern müssen gesenkt werden, das hätten wir gern, nur geht es nicht!)*

Herr Klubobmann! Ich bin immer gerne bereit, mit Ihnen in eine Wechselstube zu treten, weil ich Sie sehr, sehr schätze, auch wenn Ihnen das egal sein könnte. Wir haben nicht gesagt, daß wir generell Steuern senken wollen. Wir haben einen ausführlichen Plan vorgelegt. Ich komme vielleicht irgendwann noch hin. Wir wollten ja in einen Dialog eintreten.

So einfach kann es sich auch der Klubobmann in der Hitze des Gefechtes, das im Moment gar nicht so heiß ist, nicht machen, daß Sie schlicht und einfach feststellen: Sie wissen, daß man nicht Steuern senken kann, und wir wollen Steuersenkungen. Das ist zu vereinfacht, das ist nicht mehr transportabel. Die Volkspartei hat vor und nach der Regierungsbildung genau gesagt, was sie will, und dort stehen wir noch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie müssen sich sagen lassen: Wir empfinden es als Ausdruck sozialistischer Ideologie im Bereich der Wirtschaftspolitik, wenn man trotz ganz ohne Frage vorhandener öffentlicher Verschwendung noch immer überzeugt ist, daß eine Ausdehnung der Staatsausgabenquote die Wirtschaftsprobleme besser lösen kann als eine Wirtschaftspolitik, die mehr Freiräume für den Bürger schafft und Hilfe zur Selbsthilfe vergrößert. Hier, meine Damen und Herren, scheiden sich die Geister, zumindest zwischen der SPÖ und uns. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie werden mir nicht recht geben, aber ich behaupte trotzdem — und die Zeit wird mir leider recht geben —, daß es gerade diese Art der Politik ist, die immer mehr redliche und relativ gescheite Menschen in unserem Land von der offiziellen in die sogenannte Untergrundwirtschaft abwandern läßt; eine der größten Gefahren für die Aufrechterhaltung der Arbeitsmarktpolitik im übrigen.

Ich behaupte, daß es gerade die unreflektierte Ausdehnung der Staatstätigkeit, wenn Sie wollen, verbunden mit immer neuen Belastungswellen ist, die die Probleme der offiziellen Wirtschaft in den letzten Jahren dramatisch vergrößert. Sie tun nichts dazu, diese Vergrößerung wenigstens abzubauen.

Ich bitte Sie wertneutral, Sie wären gut beraten, meine Damen und Herren von der Linken, wenn Sie diese Zusammenhänge noch einmal durchdenken würden, bevor Sie über den von der ÖVP vorgeschlagenen Kurswechsel so leichtfertig urteilen, wie Sie es auf Ihrem Parteitag in Bad Hofgastein getan haben. Ich komme noch einmal darauf zurück.

Denn Sie, meine Damen und Herren, als Regierung in Ihrer Gesamtheit betreiben ja auch mit dem Budget eine Finanzpolitik, welche die Nachfrage im Effekt zu stark dämpft, und es gibt eine extreme Unausgewogenheit bei den ergriffenen Sanierungsmaßnahmen. Und da bin ich freundlich, daß ich ergriffene Sanierungsmaßnahmen zu entdecken versu-

Graf

che. Durch die Kürzung primär produktiver Ausgaben haben Sie die wirtschaftliche Zukunft Österreichs unnötig additionell zur internationalen Krise, für die Sie nichts können — das sagen wir auch nicht — zusätzlich beeinträchtigt.

Dieser Budgetentwurf läßt die wirtschaftliche Entwicklung nicht unberührt. Da haben Sie recht. Er bringt eine Wende, allerdings eine Wende in die falsche Richtung, nämlich nach unten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich werde probieren, Ihnen das zu begründen.

Wenn Sie sich die Seite 11 der Septemberprognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes ansehen: Dort werden die Wachstumsraten der wichtigsten Industrieländer ausgewiesen. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika wird laut Wifo um 4,5 Prozent im nächsten Jahr wachsen. Japan wird ein Wachstum von rund 3,5 Prozent erreichen, und das Wachstum aller anderen OECD-Staaten beträgt 3 Prozent. Für OECD-Europa und für die BRD werden Wachstumsraten von 1,5 Prozent vorausgesagt. Für Österreich ist mit einer realen Wachstumsrate von 0,5 Prozent zu rechnen, besser gesagt, zu befürchten.

Meine Damen und Herren! Das müßte eine Mahnung sein, daß bei der Fortsetzung Ihres sozialistischen Weges der Verschwendung und Belastung Österreich von der Überholspur in die Kriechspur der internationalen Wirtschaft transportiert wird. Das können Sie in Wirklichkeit nicht wollen.

In Kenntnis all dieser Umstände — das ist ja kein Geheimdossier, das ist ja den Regierungsparteien und dem Herrn Bundeskanzler bekannt — sagte der Herr Bundeskanzler am Parteitag — ich zitiere ihn wörtlich —: „Deshalb, liebe Freunde, ist das Wort vom Kurswechsel der ÖVP so unsinnig und unbefolgbar, denn die Weichen in die Zukunft sind doch längst gestellt.“ Diesen österreichischen Weg werden wir weitergehen, sagte Sinowatz. Da gratuliere ich Ihnen und mir, wenn Sie das wirklich tun.

Meine Damen und Herren! Ich halte diesen Budgetentwurf 1984 für extrem wirtschaftsfährdend. Ich nenne Ihnen drei Gründe von mehreren, die vorhanden sind. Sie haben die Steuerschraube überdreht. Sie haben der budgetären Struktur eine völlig falsche Gewichtung verliehen, und der Budgetentwurf in seiner Gesamtheit ist perspektivlos. Er isoliert sich von jeder langfristigen Strategie in der Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren! Das Fazit dieses Budgets wird es leider sein: Sie werden nicht Investitionen finanzieren, Sie werden Arbeitslose finanzieren. Und das ist die Katastrophe an dem Konzept! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei dem Budgetentwurf 1984 wird auch die Ungleichbehandlung von Klein- und Mittelbetrieben verstärkt fortgesetzt. Wir werden versuchen, bei all diesen Auseinandersetzungen die sagenhafte Legendenbildung, daß für Klein- und Mittelbetriebe privater Natur mehr geschieht, daß sie nun besser behandelt werden, daß wir Partner werden und so weiter, zu zerstören. Es wird nicht schwerfallen.

Ich zähle Ihnen folgendes auf im Sine des Budgetentwurfes, den Sie dann hier beloben werden: Die Klein- und Mittelbetriebe werden zumindest ein Drittel der Mehrwertsteuer laut Aussagen von Wirtschaftsforschern im kommenden Jahr selbst tragen müssen. Es ist Ihnen bewußt, was das bedeutet. Ich habe aber aus Aussagen von Regierungsleuten beider Parteien herauszuhören geglaubt, daß man sowieso damit rechnet, weil dann der Konsument weniger belastet wird. — Eine gefährliche Hypothese!

Klein- und Mittelbetriebe sind von der Kostenbelastung der letzten Etappe der Arbeiterabfertigung fast lebensbedrohend betroffen. Sie haben nichts dagegen getan. Klein- und Mittelbetriebe leiden besonders stark unter der für 1984 eingeführten ersten Etappe der Verlängerung des Mindesturlaubs. Sie sollten überlegen, ob man das nicht aussetzen kann. Ich weiß, Sie tun es nicht, aber es wäre eine wirtschaftliche Maßnahme.

Klein- und Mittelbetriebe werden ebenso wie die Industrie von der induzierten Zinskostensteigerung durch die Einführung der Sparbuchsteuer zwangsläufig erfaßt. Klein- und Mittelbetriebe profitieren von der Reduktion, Herr Kollege Mühlbacher, der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer im Verhältnis zu Industriebetrieben relativ wenig, eher gar nicht. Die für Klein- und Mittelbetriebe geschaffene BÜRGEKreditaktion nimmt real ab.

Angesichts dieser Behandlung der Klein- und Mittelbetriebe im kommenden Budgetjahr stelle ich die Frage an die Damen und Herren der Freiheitlichen: War denn im Lichte dieser Tatsachen die FPÖ in der Budgeterstellung und im Budgeterstellungszugriff überhaupt eingeschaltet? Waren Sie präsent als angebliche Vertreter der privaten Wirtschaft? Warum haben Sie das zugelassen,

Graf

wenn Sie die Kraft behauptet haben, etwas zu verändern?

Seitens der SPÖ wurde bei diesem Budget vergessen oder scheinbar vergessen — ist besser —: Es gab beim letzten Mock-Kreisky-Abkommen — ich bitte Sie, sich zurückzuerinnern — einen Programmvergleich. In diesem Programmvergleich wurden, meine Damen und Herren, mit Fachleuten der ÖVP und der SPÖ — damals ließen wir noch zu, daß wir wechselweise Fachleute haben; bei den Regierungsverhandlungen hieß es schon, unsere Fachleute seien Dilettanten —, damals, als wir einig waren, daß wir Fachleute haben — die FPÖ hat gemeint, beide hätten keine Fachleute: tempora mutantur —, wurden also in diesem Programmvergleich die notwendigen Reformen und die Schwerpunkte für die Wirtschaftspolitik weitgehend außer Streit gestellt. Und wenn Sie nachlesen, wurden von ÖVP- und von SPÖ-Experten rund 20 Grundsätze und Thesen außer Streit gestellt, von welchen aber im Zuge der Budgeterstellung kein einziger der damals von den beiderseitigen Experten vereinbarten Punkte noch beachtet wurde. Ich darf Ihnen ein paar aufzählen:

Ausgaben, die der Vollbeschäftigung dienen, haben Vorrang — beim vorliegenden Budgetentwurf ist dies nicht der Fall.

Eine mittelfristige Orientierung der Budgetpolitik und der Finanzplanung ist erforderlich, so sagten wir damals gemeinsam — ist nicht der Fall.

Zweckbindungen sind zu überprüfen — kann ich nicht entdecken.

Bundesaufgaben, die kostengünstiger von Privaten erfüllt werden können, sind auszugliedern — bitte zeigen Sie mir, wo.

Defizite der Bundesbetriebe sind zu reduzieren.

Verteilungswirkungen der Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Sektors sind zu untersuchen. Ein feiner Satz. Ich kann ihn nur nirgends entdecken.

Hohes Haus! Das sind aber lauter Punkte, die zwischen schwarzen und roten Experten außer Streit gestellt worden sind, Sie haben sie aber im Rahmen der heurigen Budgeterstellung aus welchen Gründen immer — sie sind unerheblich für das Faktum — alle unberücksichtigt gelassen (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und mir und der ÖVP natürlich ist völlig klar, meine Damen und Herren — wir machen es uns nicht so einfach —: Versäumltes ist in der jetzigen Situation natürlich nur begrenzt nachholbar. Das ist uns bekannt. Wir sollten im Interesse einer positiven Wirtschaftsentwicklung unseres Landes jedoch trotzdem gemeinsam trachten, eine vermeidbare Erhöhung der Arbeitslosigkeit auch tatsächlich zu vermeiden, und mögliche Wachstumschancen sollte man tatsächlich nützen.

Ich weiß, es ist ein vergeblicher Appell, aber Sie sollten wenigstens bei der Budgetdebatte leise, aber spürbar versuchen, einen gezielten Kurswechsel durchzuführen. Der Ausdruck mag Ihnen nicht passen, uns interessieren die Handlungen. Wenn Sie einen anderen Ausdruck suchen und das tun, was wir meinen, haben Sie auch unsere Begleitung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich zähle Ihnen ein paar Dinge auf, nur stellvertretend, sonst wird es zu lang.

Verzichten Sie auf die Einführung einer LKW-Steuer, die uns neue Handelshemmnisse und Retorsionsmaßnahmen ins Haus liefern wird. Es gab Beispiele dafür, Sie wissen, es ist erhärtet durch die Ereignisse der Vergangenheit.

Nehmen Sie von der vorgesehenen absoluten Kürzung der Investitionen Abstand.

Und überprüfen Sie vielleicht doch, ob nicht Ausgabenumschichtungen möglich sind. Wir verstehen darunter etwas anderes als die Erfindung eines Ministeriums. Das ist ein polemischer Satz mit einem realen Hintergrund, Herr Klubobmann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde glauben, Sie sollten den Zuschuß an die Österreichischen Bundesbahnen mit 20 Milliarden Schilling limitieren, um über dieses Limit einen Druck auf das Unternehmen auszuüben, endlich ein betriebswirtschaftliches Konzept vorzulegen.

Und wieder zurück zu gestern: Koppeln Sie doch die Verstaatlichtenzuschüsse mit einem mittelfristigen Sanierungskonzept, wie wir es meinen. Es kann nicht so schwer sein, hier zusammenzufinden.

Und prüfen Sie, ob die geplante Ausdehnung des öffentlichen Dienstes in dem Umfang notwendig ist.

Warum nehmen Sie nicht Reformen, von

Graf

denen Sie ohnehin überzeugt sind, daß Sie es machen müssen, möglichst rasch in Angriff? Liefern Sie uns zumindest den Beweis, daß die österreichische Wirtschaftspolitik wenigstens gleichrangig mit sozialistischer Dogmatik ist, wenn sie schon nicht Vorrang hat, meine Damen und Herren!

Ich möchte zum Ende kommen und für diese erste Lesung ein paar Klarstellungen vornehmen zu den Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers, aber auch des Herrn Vizekanzlers Dr. Steger über die Vertretungsbeziehung des Wirtschaftsbundes beziehungsweise der Bundeskammer zu Fragen der Wirtschaftspolitik. Ohne die Stimme zu erhöhen, ohne jedwede Aufregung: Wenn der Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz in seiner Pressestunde meinte, die Vertretungsansprüche des Wirtschaftsbundes anzweifeln zu können — in sehr gekonnten Untertönen; ich schätze ihn und ich kenne ihn —, dann möchte ich sagen, daß es eigentlich ein alter Sozialistentrick ist, gesetzlich fundierte Interessenvertretungen dann als nicht repräsentativ anzusehen, wenn dort Mehrheiten vorhanden sind, die nicht sozialistisch sind — Bauernkammer, Handelskammer. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Mit dem gleichen Stolz wie ein Sozialist, wenn er über viel Stimmen verfügt, darf ich hier sagen, daß der Österreichische Wirtschaftsbund in der Kammerorganisation 86 Prozent der Kammermitglieder vertritt. Daher hat er dort das Sagen, aber das kann man auch ausdefinieren im Sinne einer demokratischen Sagerei; ich komme darauf.

Und wenn der Herr Vizekanzler Dr. Steger am vergangenen Samstag bei einer freiheitlichen Konferenz meinte, die Zusammenarbeit mit der Bundeskammer wäre möglich, wenn diese aufhöre, die ÖVP-Politik zu betreiben beziehungsweise zu propagieren *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, so möchte ich leidenschaftslos folgendes in Erinnerung rufen:

Meine Damen und Herren! Jede im Parlament vertretene Partei hat einen mehr oder weniger starken Wirtschaftsflügel in ihrer Organisation vertreten. Bei der Sozialistischen Partei ist es der Freie Wirtschaftsverband, und bei den Freiheitlichen ist es der Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiber, und bei der Österreichischen Volkspartei ist es nun eben der Österreichische Wirtschaftsbund. Da dieser Wirtschaftsbund in der Kammerorganisation die von mir schon obzitierten Mehrheiten hat und eben auch ein Bestandteil der Österreichischen Volkspartei ist — ich bitte, das nicht zu übersehen —,

wird der Wirtschaftsbund allüberall, wo er das Sagen hat, jene Wirtschaftspolitik vertreten, zu welcher sich die Österreichische Volkspartei in ihrem Salzburger Programm bekennt, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mühlbacher: Die Bundeskammer wird jetzt in Hinkunft ÖVP-Politik lautstark betreiben? — Abg. Dr. Mock: Detaillierter, Herr Präsident!)*

Ich möchte Ihnen jetzt etwas dazu sagen: Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar für diesen hilfreichen Zwischenruf, denn dann kann ich dasselbe, was ich Herrn Dr. Steger sagen wollte, auch gleich Ihnen sagen. Das Verlangen des Herrn Vizekanzlers, die Bundeskammer möge diese Politik nicht vertreten — auch Ihr Verlangen —, ist genauso absurd, als würde das Verlangen an den von mir sehr geschätzten Präsidenten des Arbeiterkammertages gerichtet werden, er möge sich von der SPÖ-Wirtschaftspolitik distanzieren. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Ja, meine Damen und Herren, in welcher Welt leben Sie denn? Was würde denn der Adolf Czettel sagen? Natürlich vertritt er die Politik der Partei, der er angehört. *(Abg. Mag. Minkowitsch: Nicht einmal lachen würde er! — Zwischenruf des Abg. Braun.)* Selbstverständlich, Herr Collega! *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)* Herr Abgeordneter Braun, es wird für mich außerordentlich interessant *(Abg. Wille: Zu einfach!)*, daß sehr interessante Parlamentarier Ihrer Partei jetzt anfangen, mir einzureden, ich mache es mir zu einfach, wenn ich sage, der Arbeiterkammertag vertritt die Politik der SPÖ mit der Mehrheit, die er dort hat. Ich halte das aufrecht, und Sie werden mir nie — und auch der staunenden Öffentlichkeit nicht — beweisen können, daß Sie dort nicht die Politik Ihrer Partei entsenden. Was sollten Sie denn sonst tun? *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Wille: Wozu reden wir denn stundenlang mit allen Parteien?)*

Ja, darauf komme ich noch. Ich halte einmal, bitte, fest, auch wenn Ihnen das jetzt ein bißchen unangenehm ist, was mich sehr freut: Selbstverständlich bequemen sich Mehrheiten, wenn sie demokratisch gewählt sind — und das sind sie; Sie auch, wir auch —, dazu, die Politik zu machen, für die sie angetreten sind und die sie zu vertreten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Klubobmann Wille! Natürlich reden wir stundenlang. Ich bin dafür, daß geredet wird, und es wird an Ihnen sein, daß diese Gespräche wiederaufgenommen werden. Aber ich möchte einmal klipp und klar außer

Graf

Zweifel stellen: Was Sie, wenn wir Ähnliches gesagt hätten, uns brüllend versichert hätten, möchte ich Ihnen leise und ohne Aufregung sagen. Zu dem Stundenlang-Reden: Natürlich, die Bundeskammer, wenn Sie wollen, ist der legale Verhandlungspartner der jeweiligen Regierung. Dazu kommt: Wichtigster Verhandlungspartner — und ich bekenne mich uneingeschränkt dazu — der Regierung ist die Sozialpartnerschaft, wo trotz aller Unterschiede — und jetzt bin genau bei Ihnen, Herr Klubobmann Wille —, wo trotz aller politischen Unterschiede wichtige Belange der Wirtschaft gemeinsam behandelt werden. Soll sein, ist gut, wird nicht bestritten. Aber von meiner vorherigen Klarstellung nehme ich nicht einmal den Beistrich weg.

Ich möchte Ihnen am Schluß etwas sagen, was Sie auch sowieso wissen — sowieso —, man muß es nur hie und da wiederholen: Im Parlament selbst, meine Damen und Herren von den beiden Regierungsparteien, ist der Verhandlungspartner für Sie, wenn Sie einen wollen, die ÖVP-Fraktion und ihr Obmann Dr. Mock, und an diesen führt, bitte, bei Verhandlungen auch in der Wirtschaft kein Weg vorbei! *(Lebhafter langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)* 10.40

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Braun.

10.40

Abgeordneter Braun (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, daß gerade durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Graf eine Reihe von Standpunkten im Rahmen des Parlaments klargestellt wurden, die wir eigentlich in dieser Deutlichkeit bisher von seiten der ÖVP noch nicht gehört haben.

Es wird uns aber sicherlich auf manchen Gebieten helfen, ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Nur: Ich glaube, daß eine Reihe dieser Standpunkte an sich mit dem Budget überhaupt nichts zu tun haben und folglich sicherlich als reine Aussagen eine Ankündigung waren, wie von seiten der ÖVP das Klima in Österreich in der nächsten Zeit verschlechtert werden wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich kann mir wirklich nicht vorstellen, wie der Herr Abgeordnete Graf, der ja ansonsten immer wieder betont, wie klar und sachlich er alle Probleme zu erläutern versucht, in der Beurteilung des Gesamtbudgets zu solchen Entscheidungen kommen kann, wie er sie heute hier gebracht hat. *(Abg. Dr. Blenk:*

Unsachlich werden Sie jetzt, nicht der Herr Graf!) Kollege Blenk! Mit Ihren Zwischenrufen werde ich mich bestimmt nicht beschäftigen, weil sie leider zumeist danebengehen, sodaß ich darauf nicht eingehen werde. *(Abg. Dr. Blenk: Ich glaube Ihnen das gerne! Weil sie nicht immer angenehm sind! — Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie können niemandem auf unserer Seite unangenehm werden, Sie sind im Gegenteil für uns die beste Reklame dafür, welche Leute im Rahmen der ÖVP tätig sind. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Reihe von Punkten klarstellen. Ich verstehe zum Beispiel nicht, Herr Abgeordneter Graf, wie Sie in bezug auf die wirtschaftliche Situation auf Grund der letzten Entwicklung den Eindruck vermitteln können, als wenn Österreich gerade im Hinblick auf das Budget, aber auch auf Grund des vergangenen Jahres nunmehr in eine ganz schwierige Phase kommen könnte.

Es gibt eine Reihe von objektiven Daten, die, so glaube ich, auch von Ihnen nicht bestritten werden. Da kommt klar zum Ausdruck, daß zum Beispiel das reale Wirtschaftswachstum gegenüber jenem des Vorjahres, eben auch in Österreich mit 0,5 Prozent im Jahre 1984 prognostiziert, zwar ein geringeres ist, als im Jahr 1983 angenommen, aber wenn wir jetzt damit die Schweiz vergleichen — weil Sie einige Vergleiche gebracht haben —, die im Jahre 1983 ein Minuswachstum und im Jahre 1982 ein Minuswachstum von 2 Prozent gehabt hat und jetzt ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent erwartet, dann ist das eben jene Durststrecke, die die Schweiz in den vergangenen Jahren mitgemacht hat, und auf Grund der Konsolidierung erhofft sie jetzt, daß das Wirtschaftswachstum im Jahre 1984 steigen wird.

Wenn wir jetzt ebenfalls versuchen, durch die Konsolidierung des Budgets, durch entsprechende Senkung des Ausgabenrahmens, durch die Mehreinnahmen, die letztlich eine Förderung auf vielen Gebieten beinhalten sollen, eine ähnliche Politik zu machen und uns für die Zukunft gleichfalls entsprechende Vorteile errechnen, dann wird das von Ihnen negiert.

Das ist eine Form der Diskussion, die es sehr schwer macht, sich sachlich mit den Problemen auseinandersetzen zu können.

Wenn man weiß, Herr Abgeordneter Graf,

Braun

daß die Schweiz 1975 bis 1983 im Jahresdurchschnitt ein Nullwachstum gehabt hat, und wir im selben Zeitraum ein solches von 2,1 Prozent im Jahresdurchschnitt gehabt haben, dann verstehe ich nicht, wie man ganz einfach in dieser Negation angesichts dieser positiven Ergebnisse argumentieren kann und praktisch alles nur schlecht sieht.

Wenn in der Bundesrepublik Deutschland ein Wirtschaftswachstum vom 1,5 Prozent im nächsten Jahr erwartet wird und der zuständige Wirtschaftsminister als großer Optimist sogar von 2,5 Prozent auf Ihrem Parteitag gesprochen hat — ich habe das der Zeitung entnommen —, dann sieht man ganz deutlich, daß es einen ganz großen Unterschied zwischen der ÖVP und uns gibt.

Uns ist in diesem sprichwörtlichen Falle lieber der Spatz in der Hand, das heißt, die Erfolge, die wir durch unsere Wirtschaftspolitik erzielt haben — und die Politik wollen wir daher auch fortsetzen —, als die Taube am Dach, nämlich die Vorstellung, daß irgend etwas, was wir wünschen, irgendwann einmal auch eintreten wird, ohne einen Beitrag dazu leisten zu müssen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Deshalb, Herr Abgeordneter Graf, sprechen wir nach wie vor von einem Maßnahmenpaket und nicht von einem Belastungspaket. Deshalb — ich sage das klar und deutlich — sind wir nicht bereit zu akzeptieren, weder dann, wenn das von Ihnen, noch dann, wenn das von den Medien unterstellt wird, daß wir das Maßnahmenpakete zu verteidigen haben. Dieses Maßnahmenpaket ist von uns aus gesehen in Wirklichkeit die Voraussetzung, daß wir weitere Erfolge erzielen. Da gibt es nichts zu verteidigen, im Gegenteil, wir sind der Meinung, das ist die Voraussetzung für die künftige Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien in jenen Ländern, in denen Sie das Reden haben — um bei Ihrem Begriff zu bleiben — und in denen Sie in den vergangenen Jahren vollkommen versagt haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Dann ist etwas eingetreten, was ganz einfach vom Standpunkt der Sozialisten nicht vertreten werden kann und was wir niemals akzeptieren werden. Nämlich: Dann ist eine Entwicklung nicht nur in bezug auf das Wirtschaftswachstum entstanden, sondern die meisten dieser Länder weisen auch eine sehr hohe Arbeitslosenrate auf. Es gibt außer Österreich nur ein einziges Land, und das sind die Vereinigten Staaten, die in den Jahren von 1975 bis 1983 ein jährliches Wirtschaftswachstum im Durchschnitt von

2,2 Prozent gehabt haben. An zweiter Stelle steht Österreich mit 2,1 Prozent. Alle anderen Staaten, nicht zuletzt auch die Bundesrepublik Deutschland, haben mit 1,7 Prozent ein geringeres jährliches Wirtschaftswachstum als Österreich.

Dann davon zu reden, daß wir uns von der Überholspur auf die Kriechspur begeben *(Abg. Graf: Leider nicht!)*, ist reine Propaganda, reine Destruktion und eine Verunsicherungspolitik der ÖVP, die wirklich jedem Österreicher die Hoffnung, die Chance und den Glauben nehmen soll. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn Sie im Unglauben an die Machbarkeit einer Politik, die letztlich nur eine Fortsetzung sein soll und die keineswegs auf einem schlechten Boden fundiert, versuchen, den Menschen diese Politik ungläubig zu transportieren, wie Sie das zuerst gesagt haben ... *(Abg. Dr. Zittmayr: Das macht ihr!)* Ich weiß, das machen die Medien für euch, das ist ja kein Wunder bei dem Einfluß. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das macht ja ihr!)* Ich möchte nur bei der Gelegenheit sagen: Wenn Sie glauben, daß es gut sein kann, die Bevölkerung entgegen den Tatsachen in dieser Form zu verunsichern, dann leisten Sie einen schlechten Dienst unserem gesamten Staat, nicht nur den Sozialisten, sondern der ganzen Republik Österreich. Das ist eben eine ganz typische Haltung. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn daher hier an die Wand gemalt wird und sogar ein neues Postulat aufgestellt wird — Sie sind nur ein bißchen spät dran mit dem Postulat, daß Sie Arbeit schaffen wollen, Sie haben in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten zuviel versäumt, um auch nur einen Beweis liefern zu können —, wenn Sie also jetzt in der Frage Arbeit schaffen so energisch eintreten wollen, dann wird das von uns sicher nur begrüßt. Denn wir brauchen ja Partner in der Wirtschaft, mit denen wir darüber reden können, wie zusätzliche Möglichkeiten genützt werden können.

Wenn Sie aber das so darstellen, als ob wir die Arbeitsplatzvernichter wären, dann muß ich Ihnen folgendes sagen: Wenn der Durchschnitt an Arbeitslosen in OECD-Europa 1983 10,8 Prozent beträgt und in Österreich 4,6 Prozent, dann ist das nicht gerade ein Beweis für die Wahrhaftigkeit Ihrer Aussagen und Ihrer Politik beziehungsweise Ihrer Slogans oder Ihrer neuen Vorstellung, daß Sie Arbeit schaffen werden.

Braun

Wenn es in der Bundesrepublik 9 Prozent Arbeitslose gibt und für das nächste Jahr eine Arbeitslosenrate von 9,5 Prozent prognostiziert und auch zugegeben wird und wenn vom bundesdeutschen Finanzminister sogar ein höherer Wirtschaftsaufschwung angenommen wird, als er von den Wirtschaftsforschungsinstituten in der Bundesrepublik prognostiziert wird, dann steht außer Streit, daß das Wachsen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nicht nur absolut höher sein wird — sogar in den negativsten Darstellungen der Budgetauswirkung von Ihrer Seite —, sondern daß vor allem der Ausgangspunkt ein ganz anderer ist.

Denn mit Ende des Jahres 1983 wird es im Jahresdurchschnitt 9 Prozent Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik geben und bei uns 4,6 Prozent. Eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um ein dreiviertel Prozent oder um ein Prozent ist dann die Steigerung von 4,6 auf 5,6 oder — wie wir hoffen — auf 5,5. Aber es steht trotzdem in keinem Verhältnis, es ist praktisch fast die Hälfte von dem, was es an Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik gibt.

Wenn wir den OECD-Durchschnitt, der auch von Herrn Graf des öfteren zitiert wurde, für 1984 hernehmen, so stellen wir fest, es liegt die Prognose bei 11,5 Prozent. Und wenn dann die Staatsausgaben — leider ist der Herr Abgeordnete Graf nicht mehr da — eben mit dem Bruttoinlandsprodukt verglichen werden, dann ist es überhaupt völlig unverständlich, wie man in jener Form argumentieren kann, wie das der Herr Abgeordnete Graf getan hat, es sei denn wider besseres Wissen und in der Absicht, diese Verunsicherungspolitik der vergangenen Jahre fortzusetzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn wir die Staatsausgaben dem Bruttoinlandsprodukt gegenüberstellen und dann einige Staaten vergleichen, die für uns doch einige Relevanz haben, nämlich die Bundesrepublik, Großbritannien, USA, Kanada, Holland — mit Italien würde ich in diesem Fall schon nicht mehr ganz vergleichen, weil wir es schon so weit überholt und zurückgelassen haben —, dann können wir feststellen — und ich verstehe nicht, warum der Herr Abgeordnete Graf von der Bundeswirtschaftskammer nicht dieselben Unterlagen hat, wie wir sie von der Kammer für Arbeiter und Angestellten haben —, daß die Steigerung der Prozentpunkte, wenn wir hundert als Grundlage nehmen, der Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in den Vereinigten Staaten 1979 gegenüber 1982 169 Punkte erreichen wird und Österreich 121 Punkte, aber in

der Bundesrepublik sind es schon 148 Punkte. Wenn man dann noch die Niederlande hinzunimmt, dann sind das 185 Punkte. Also es ist fast eine Verdoppelung der Staatsausgaben, während bei uns 1979 bis 1982 nur eine Steigerung um rund ein Fünftel vorhanden ist.

Dann wurde auch gesagt, daß zum Beispiel die Steuern ins Unermeßliche gestiegen sind. Das ist eine falsche Darstellung, denn wir haben in der Zwischenzeit auch eine Steuerermäßigung gehabt, die doch von Ihnen nicht ganz einfach vernachlässigt werden kann. Wir haben dieselbe Steuerquote im Jahre 1983 wie 1981. Das ist doch ein Faktum, von dem man auch ausgehen muß bei den Überlegungen, wie wir durch eine Senkung des Budgetdefizits in der Lage sind, den Spielraum für unsere Politik zu erhöhen.

Ich glaube, wir können feststellen, daß die österreichische Bundesregierung gerade in schwierigen Zeiten, die es weltweit gibt, aber anscheinend nicht von allen Österreichern überschaut werden können, eine besondere Aufgabe zur Sicherung der Arbeitsplätze zu leisten hat.

Österreich hat dank der Politik der Sozialisten in Regierung und Parlament seit 1970 und insbesondere nach 1980 in der Welt eine positive Sonderstellung errungen. Es ist ja nicht so, daß wir diese erst anstreben müssen. Die Arbeitslosenrate in Österreich zählt zu den niedrigsten der Welt, Preisstabilität und Überschuß in unserer Leistungsbilanz belegen die gute Position Österreichs.

Um eine solche gute Position halten zu können, bedarf es eben einiger Initiativen der Bundesregierung und jetzt der Koalition, auf die man sich ja in der Regierungsverhandlung auch geeinigt hat, mit dem Ziel, das Defizit nicht weiter anwachsen zu lassen, ja im Gegenteil, es wird im Jahre 1984 um 1 Prozent sinken. Die Wirtschaftsstruktur muß durch Investitionsförderung weiter verbessert und modernisiert werden. Eine lebenswerte Umwelt gilt es zu erhalten und zum Teil auch weiter zu verbessern.

Daß wir auch da nicht unrealistisch sind, das möchte ich im Zusammenhang mit den Erfolgen bei der Seenreinmachung doch in Erinnerung rufen. Jetzt geht es um ein sauberes Fließwasser, es geht um die Abgaskämpfung der Industrie- und der Gewerbebetriebe. Dafür gibt es den Umweltfonds mit 500 Millionen Schilling, der eine Wirksamkeit von Investitionen von 3, wahrscheinlich über 3 Milliarden Schilling beinhalten wird.

Braun

Wenn das keine Maßnahmen sind, die sich auch wirtschaftspolitisch auswirken, das heißt, sich auf die ganze Wirtschaft auswirken, dann weiß ich wirklich nicht mehr, wie man argumentieren soll, um sich bei der ÖVP verständlich machen zu können.

Die verstaatlichte Industrie als bedeutender Auftraggeber für die Klein- und Mittelbetriebe Österreichs muß durch Modernisierung und Umstrukturierung als Impulsgeberin abgesichert werden. Daß die Erschließung neuer Produktionen und die Stärkung des Eigenkapitals der Klein- und Mittelbetriebe in den Budgetansätzen enthalten ist, wurde zwar nur verschämt, aber doch immerhin auch von Herrn Abgordneten Graf als erstem Redner der ÖVP zugegeben, und daß man das auch nützen soll, genauso wie die Gründung einer Innovationsagentur als Vermittlungsfunktion zwischen Forschung und Wirtschaft. Das sind zusätzliche Aktivitäten, die letztlich, wenn wir sie global als Summe betrachten, einen Rahmen von rund 100 Milliarden Schilling an Investitionen, Investitionsförderungen und an Maßnahmen ausmachen werden, die letztlich die Wirtschaft unterstützen sollen.

Und dazu bekennen wir uns hundertprozentig, weil es ja falsch ist zu glauben, daß wir Sozialisten — jetzt unter Anführungszeichen „nur“ — für die Interessen der Arbeitnehmer eintreten. Uns ist natürlich genauso klar, daß die Wirtschaft existieren, florieren, expandieren muß, wenn wir die Arbeitsplätze in bestmöglicher Form erhalten und ausbauen und neue schaffen wollen.

Daher sind diese Maßnahmen als Zielvorstellung der Sozialisten in entsprechender Form in die Koalitionsverhandlungen eingebracht worden. Zusätzliche Mittel für Investitionen in Form von Topaktionen, Förderungsaktionen, Fremdenverkehr, Kleingewerbekredite und so weiter, das sind alles Förderungsmaßnahmen für die Wirtschaft. Dann 250 Millionen Schilling für die Förderung von Betriebsansiedlungen, regional und strukturell von größter Bedeutung — ich glaube, das kann nicht einmal von Ihnen bestritten werden. Das Sonderwohnbauprogramm für den Bau von zusätzlich 10 000 Wohnungen und die Verbesserungen für Bausparer sind ebenfalls finanziell abgesichert. Exportförderung, Abschaffung der Gewerbesteuer bis 1986, die steuerlichen Verbesserungen für nichtentnommene Gewinne aus den Betrieben als Angebot der Regierung gegenüber der Wirtschaft, um die Eigenkapitalbildung an der Basis, also im Betrieb, zu erhalten und zu

fördern, das bedeutet allein eine Steigerung um rund 2 Milliarden Schilling.

Die mittelfristige Konsolidierung des Staatshaushaltes wird natürlich von uns als eine unbedingte Notwendigkeit angesehen. Neben den Förderungsmaßnahmen ist es in schwierigen Zeiten besonders wichtig, daß man den Staatshaushalt auch in seinem Ausgabenrahmen einschränkt. Und dafür sind die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden. Einsparung also im Budget, budgetentlastende Maßnahmen, zusätzliche Einnahmen durch Steuer- und Tarifierhöhungen, mit diesen Maßnahmen soll eine Verringerung des Nettodefizits angestrebt werden von rund 6 Prozent im Jahre 1983 auf 5 Prozent im Jahre 1984.

Da, glaube ich, kann man wirklich sagen, daß der Budgetvoranschlag für das Jahr 1984 Ausgaben von 436,5 Milliarden Schilling und Einnahmen von 341,9 Milliarden Schilling vorsieht und damit einen Bruttoabgang von 94,6 Milliarden Schilling. Das Nettodefizit abzüglich Finanzschuldtilgung erreicht eine Höhe von 62,1 Milliarden Schilling. Neben dem Grundbudget ist wie auch in den vergangenen Jahren ein Konjunkturausgleichshaushalt in der Höhe von insgesamt 6 Milliarden Schilling vorgesehen. Alles Maßnahmen, die letztlich in ihrer Wirksamkeit dazu beitragen sollen, wenn sich alle Vorstellungen, Wünsche und Hoffnungen in bezug auf die Wirtschaftsentwicklung nicht erfüllen, zusätzliche Möglichkeiten zu haben.

Davon entfallen 3 Milliarden Schilling auf die Stabilisierungsquote und 3 Milliarden Schilling auf die Konjunkturbelebungsquote.

Was die Ausgabenseite des Budgets betrifft, darf man realistischerweise nicht den Voranschlag 1983 mit dem Voranschlag 1984 vergleichen, weil ja der Voranschlag 1983 wegen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erheblich abgeändert werden mußte, sondern die voraussichtlichen Budgetausgaben des Jahres 1983 mit den Ausgaben des Budgetvoranschlags 1984. Es ergibt sich eine Steigerung von 4,9 Prozent, also unter 5 Prozent. Ohne Finanzschuldenaufwand beträgt die Steigerung sogar nur 2,2 Prozent. In beiden Fällen liegt sie unterhalb der inflationsbedingten Zuwächse von 5,5 Prozent. Das ist eine Realität, an der man doch auch von seiten der ÖVP nicht ganz einfach vorübergehen sollte.

Untersucht man aber einzelne Ausgaben Gruppen näher, so zeigt sich etwa im rückläu-

Braun

figen Bereich Straße und Verkehr ein ganz anderes Bild, als man das nur im Titel annehmen würde.

Die Ausgaben für den Straßenbau gehen zwar nominell um 5 Prozent zurück, während die Aufwendungen für die Bundesbahnen um 9,5 Prozent, also weit stärker als das Bruttoinlandsprodukt, steigen. Daran zeigt sich einerseits, daß dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs der Vorrang gegenüber dem Individualverkehr eingeräumt wird, und andererseits, daß in Zeiten knapper Finanzmittel das Geld in beschäftigungsintensiven Bereichen eingesetzt wird.

Die Ausgaben für die Post steigen etwa im Ausmaß der Inflationsrate.

Starke Ausgabenzuwächse verzeichnen auch die Industrie und das Gewerbe, nämlich 25,1 Prozent, und die öffentlichen Dienstleistungen mit 14,6 Prozent sowie die Landesverteidigung mit 7,2 Prozent, aber auch die Land- und Forstwirtschaft mit 6,5 Prozent.

In der Arbeitslosen- und Sozialversicherung sind die Zuwächse wegen der Wirkung der automatischen Stabilisatoren besonders hoch, nämlich 35 Prozent beziehungsweise 14 Prozent.

In Zeiten der Stagnation fallen wegen steigender Arbeitslosenraten Mehrausgaben durch Arbeitslosenunterstützungen an, und in der Pensionsversicherung bewirkt der Rückgang der Beschäftigten geringere Einnahmen, wodurch allerdings die erforderlichen Bundeszuschüsse steigen. Diese Mehrausgaben haben konjunkturstabilisierende Wirkung. Die voraussichtlichen Gesamteinnahmen an öffentlichen Ausgaben werden im Jahr 1983 zirka 10 Milliarden Schilling niedriger liegen, als im Voranschlag für 1983 vorgesehen.

Hauptursache für diese Einnahmenentfälle sind wieder die bereits erwähnte schlechtere Wirtschaftsentwicklung, auch die sonstigen Einnahmen, Sozialversicherungseinnahmen, Familienlastenausgleich, Betriebseinnahmen und so weiter. Sie bleiben zum Teil oft stark hinter den Erwartungen zurück.

Für das Jahr 1984 sind Nettoeinnahmen von 189,4 Milliarden Schilling veranschlagt, ich habe das schon gesagt.

Und wenn man dann ein Gesamturteil des Budgets 1984 faßt, dann kann man feststellen: Neben der bereits erwähnten Zielsetzung der

Verringerung des Budgetdefizits ist der Bundesvoranschlag 1984 auch geprägt von der Bestrebung, durch seine inlandwirksamen Ausgaben, abzüglich im Ausland wirksamer Ausgaben und Finanzschuldenaufwand, Nachfrageimpulse zu setzen. Daß er diesen Aufgaben auch selektiv-expansiv gerecht wird, sollen zwei Beispiele zeigen.

Im Jahre 1984 werden die Mittel für die Arbeitsmarktförderung gegenüber 1983 um 600 Millionen auf 2,4 Milliarden Schilling erhöht. Damit wird die Arbeitslosenrate um 0,4 Prozentpunkte unter der ansonst zu erwartenden Rate gehalten werden können. Auch das sollte nicht übersehen werden.

Die Steigerung der Arbeitslosenrate um 0,4 Prozent würde 950 Millionen Schilling Mehrausgaben in der Arbeitslosenversicherung und Mindereinnahmen an Steuer- und Sozialversicherungsbeträgen von 1,3 Milliarden Schilling bewirken.

Neu geschaffen wird 1984 ein Umweltfonds mit dem Ziel einer umweltgerechten Verbesserung von Produktionsanlagen. Er soll jährlich mit 500 Millionen Schilling dotiert sein und damit, wie ich schon betont habe, ein Investitionsvolumen von mindestens 3 Milliarden Schilling ermöglichen.

Österreich ist in den vergangenen Jahren mit seiner auf Arbeitsplatzsicherung gerichteten Wirtschaftspolitik recht gut gefahren. Dies zeigt sich an der Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsziele im internationalen Vergleich — ich habe es schon betont —: In bezug auf das reale Wirtschaftswachstum, in bezug auf die Verbraucherpreise, aber auch in bezug auf die Arbeitslosenrate hat Österreich praktisch eine völlige Ausnahmebestimmung.

Wenn dann der Herr Abgeordnete Graf immer wieder versucht hat, den Eindruck zu erwecken, daß sich die Lage im Jahre 1983 völlig verschlechtert habe, dann widerspricht das völlig der gestiegenen Bonität Österreichs, die im Jahre 1982 noch auf dem elften Platz gelegen ist und jetzt, im Jahre 1983, auf den zehnten Platz vorgerückt ist. Ja wenn das alles so stimmen würde, wenn die ÖVP wirklich recht hätte mit ihrer Krankbeterei und dann mit den Ergebnissen, dann könnte es ja nicht möglich sein, daß Österreich ständig seine Position in der Welt sogar noch verbessert.

Ich glaube, das ist ein Beweis dafür, daß die ÖVP ganz einfach in den negativen Aussagen steckengeblieben ist. Ich glaube, das ist für

Braun

uns zuwenig. Vor allem kann das ja keine Grundlage dafür sein, einen Kurswechsel herbeizuführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sollen wir vielleicht jenen Kurswechsel vollziehen wie in Belgien, in Holland mit 18,19 Prozent Arbeitslosenraten oder auch in der Bundesrepublik mit 9,5 Prozent Arbeitslosenraten? Das kann doch keine Entwicklung sein. Deshalb verstehe ich, daß der Herr Abgeordnete Graf keine Freude mit den Aussagen des Herrn Bundeskanzlers hat, der sagt, eigentlich gebe es keine Alternative zu dieser Regierungspolitik. Ich glaube, man kann ruhig sagen, wenn Sie sich einen Funken an Objektivität bewahrt hätten, dann müßten Sie zumindest zugeben, daß Österreich eine hervorragende Ausgangsposition hat, und dann müßten Sie doch auch versuchen, einen Beitrag dazu zu leisten, diese hervorragende Ausgangsposition noch zu verbessern und auszubauen. Aber nicht einmal dazu sind Sie bereit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin der Auffassung, daß man einen Aufwind, wie das die ÖVP in letzter Zeit versucht, der Bevölkerung zu vermitteln, zu transportieren, wie das der Herr Abgeordnete Graf gesagt hat, nicht mit einem Ventilator zustande zu bringen kann. Das macht sich ganz gut fürs Fernsehen auf einem Parteitag, das ist aber auf jeden Fall viel zu wenig, um in der Wirtschaft, in der Gesellschaft eine Weiterentwicklung vorantreiben zu können. Ich glaube, hier hat die ÖVP am besten bewiesen, daß sie in reiner Propaganda haften geblieben ist. Und das bedauern wir, weil die ÖVP schließlich und endlich eine sehr große Partei ist und durch Jahrzehnte hindurch mit der Regierung verantwortet hat. Jetzt bemerken wir von dieser Verantwortung überhaupt nichts mehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn gesagt wird, daß jene Maßnahmen, die letztlich dazu beitragen sollen, jene Politik fortsetzen zu können, die Österreich diese hervorragende Position in der Welt gesichert hat, schlechte Maßnahmen sind, dann überlassen wir es der Bevölkerung, eine Entscheidung zu treffen.

Wenn behauptet wird, daß alle diese Maßnahmen eher arbeitsplatzvernichtend sind, dann allerdings müssen wir sehr wohl auch von Seite der Bundesregierung verlangen, daß Aufklärung darüber betrieben wird, wie sich nun allgemein eine Entwicklung der Arbeitslosigkeit anbahnt, wie es in anderen Ländern ist, was in Österreich dagegen unternommen wird, damit man dann die Erfolge auch wirklich erkennen kann.

Wenn die ÖVP glaubt, es genüge nur, zu sagen, daß es eine steigende Arbeitslosenrate nur in Österreich gebe, obwohl wir uns durch Jahre, ja jetzt ein Jahrzehnt hindurch eine viel bessere Situation für Österreich bewahrt haben, dann müssen wir darüber aufklären. Das wird eine Aufgabenstellung sein, die über das Budget hinausgeht. Aber ich glaube, das Budget ist eine gute Grundlage, um erfolgreich den österreichischen Weg auch in Zukunft fortsetzen zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)* 11.10

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Peter.

11.10

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die freiheitliche Nationalratsfraktion wird dem Bundesfinanzgesetzentwurf 1984 zustimmen. Dies vor allem und gerade deswegen, weil wir sowohl im Maßnahmenpaket als auch im Budget ein offensives Gestaltungs- und Lösungsinstrument wirtschaftlicher, finanzieller und budgetärer Probleme sehen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich erachte es für notwendig, von Haus aus die andere, die konstruktive, die offensive Position gegenüber der Österreichischen Volkspartei einzunehmen. Der ÖVP sagen wir bereits am Beginn dieser Budgetdebatte: Diese sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung wird sich von niemandem und schon gar nicht von der Österreichischen Volkspartei in die Defensive drängen lassen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Bevor ich mich meinen Ausführungen zuwende, möchte ich mich mit einer Argumentation des Präsidenten Robert Graf auseinandersetzen, vor allem deswegen, weil sich meine Wertschätzung gegenüber dem Präsidenten Graf nicht nur auf Couloirgespräche bezieht, sondern weil ich ihm diese Wertschätzung trotz unserer gegenteiligen Positionen auch im Plenum des Nationalrates bekunden möchte. Aber gerade ob dieser Wertschätzung ist ein klar unterscheidendes Wort zu jener Argumentation, die Präsident Graf heute bezüglich der Definition der Funktion der Präsidenten der Interessenverbände verwendet hat, notwendig. Herr Präsident Graf sieht im Präsidenten des Arbeiterkammertages, im Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, im Präsidenten der Präsidentenkonferenz der Landwirtschafts-

Peter

kammern und damit auch im Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer in erster Linie den Repräsentanten jener Partei, die ihn in diese Funktion entsendet hat. Er erklärte dann klipp und klar, an die Adresse des Präsidenten des Arbeiterkammertages gewandt, was solle dieser denn dort anderes betreiben denn sozialistische Politik. Herr Präsident Graf! Dem ist nicht so. Sie als Präsident der burgenländischen Handelskammer ... (*Abg. Graf: Bin für alle da, aber ich bin ein Schwarzer!*) Das sollen Sie und das werden Sie auch bleiben, und der Herr Präsident Benya und der Herr Präsident Czettel sind Rote, ohne ihnen nahetreten zu wollen, und sie werden es bleiben. Aber weder Präsident Benya noch Präsident Sallinger betreiben dort ausgeprägte Parteipolitik, sondern in erster Linie Standespolitik, und so soll es auch in Zukunft bleiben. (*Beifall bei der FPÖ und SPÖ.*)

Herr Präsident Graf! Um aber dieses Thema abzuschließen: Wenn es aus meiner Sicht an die Adresse des Herrn Präsidenten Sallinger überhaupt einen Vorwurf zu machen gibt, dann ist es einer, zu dem ich mich persönlich bekenne und für den ich auch eintrete. Es hat sich in der Bundeswirtschaftskammer aus der Sicht von uns Freiheitlichen das Klima in den letzten zwei Jahren etwas verändert. (*Abg. Graf: Wer ist schuld daran?*) Ich möchte nicht die Schuldfrage aufwerfen, sondern diese Frage mit einer Feststellung beantworten, die ich wiederum auf Grund meiner Erfahrung treffen möchte. Ich meine, es ist in der Bundeswirtschaftskammer in den letzten beiden Jahren vor allem deswegen schlechter geworden, weil — ohne Namen zu nennen — dort zwei führende CVer ins Kraut geschossen sind. Ich bin dann anschließend gerne bereit, mit Herrn Präsidenten Sallinger darüber meinen Gedankenaustausch zu führen. Es ist eben früher nicht so schwarz zugegangen, wie das in den letzten beiden Jahren der Fall war. Damit sei mit diesem Thema für heute Schluß.

Meine Damen und Herren! Die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung hat durch die Art und Weise der Budgeteinbringung im Nationalrat einen weiteren Beweis für ihre effiziente Arbeitsweise und für ihre Funktionstüchtigkeit erbracht. Wer so wie ich den Wettlauf der seinerzeitigen großen Koalition mit der Verfassungsfrist bei der Budgeteinbringung im Nationalrat erlebt hat, wird die Richtigkeit meiner Behauptung und Feststellung sicher nicht von der Hand weisen können.

Das Budget 1984 ist das Ergebnis der Kunst

des Möglichen unter verantwortungsvoller Bedachtnahme auf das Notwendige in einer Zeit, in der den Bürger Ängste bewegen, wie sie ihm Jahre und Jahrzehnte hindurch fremd gewesen sind: die Angst vor den weltweiten Schwierigkeiten, die Angst um den Arbeitsplatz, die Angst um den Verlust eines Teiles seines Einkommens, die Angst vor der Umweltzerstörung und nicht zuletzt die sich mehr und mehr ausweitende Angst vor der atomaren Bedrohung.

Meine Damen und Herren! In welche Situation das Budget 1984 — und damit diese Budgetdebatte — hineingestellt ist, wird zu meinem größten Bedauern von der Österreichischen Volkspartei ignoriert, und darum der Vorwurf: Die ÖVP ist und bleibt, solange sie diesen Kurs steuert, eine Partei ohne Alternative! (*Beifall bei der FPÖ und SPÖ.*)

Die Zahl von 35 Millionen Arbeitslosen in den OECD-Ländern zeichnet nicht nur ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage, sondern veranschaulicht ausdrücklich, mit welchen Hypothesen der Weg der Industriestaaten in die Zukunft belastet ist. Jede Regierung — und im besonderen die Regierung eines kleinen, neutralen Landes — muß daher mit großer Besonnenheit und mit einem ganz besonderen Verantwortungsbewußtsein an die Lösung der anstehenden Probleme herangehen. Das hat die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung auch getan. Sie hat mit Energie und Umsicht im Nationalrat ein Budget des Augenmaßes und der Vernunft zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt.

Das Bundesfinanzgesetz 1984 ist ein Umkehrbudget, und das Bundesfinanzgesetz 1984 ist ein Budget der Trendwende. Das Bundesfinanzgesetz 1984 ist ein Budget, mit dem die notwendigen Konsequenzen aus der Situation der Staatsfinanzen ebenso wie aus der wirtschaftspolitischen Lage gezogen werden.

Die Trendwende kommt sehr augenfällig bei der Stabilisierung des Budgetdefizits zum Ausdruck. Das Nettodefizit ist gesenkt worden, und zwar sowohl in absoluten Zahlen, um sieben Milliarden Schilling, als auch prozentual, gemessen am Bruttoinlandsprodukt von derzeit 6 auf 5 Prozent.

Positive Tatsachen dieser Art ignoriert die Opposition konsequent, und weil sie das ignoriert, argumentiert sie nicht und geht sie nicht auf die Argumentation dieser Bundesregierung ein. Das Budget 1984 dokumentiert somit in eindeutiger Weise den Sparwillen dieser sozialistisch-freiheitlichen Bundesre-

Peter

gierung wie auch den Mut, unpopuläre Maßnahmen dort zu ergreifen, wo solche notwendig sind. Keine angenehme Aufgabe, aber eine Aufgabe, der sich diese Bundesregierung nicht entzieht. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, daß diese Bundesregierung das Gesetz des Handelns in der Hand hat, während die konservative Opposition räsoniert und kritisiert, ohne konkrete Konzepte auf den Tisch legen zu können.

Am signifikantesten manifestiert sich die Ohnmacht der Österreichischen Volkspartei im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Wenn es einer sagt, sagen es alle anderen nach!)* Hier ist von der Tatsache auszugehen, daß die Österreichische Volkspartei neben der Sozialistischen Partei mit 50 Prozent der Macht, aber damit auch mit 50 Prozent der Führungsverantwortung belastet ist. Die Vorstände und Geschäftsführung in den verstaatlichten Unternehmungen sind zu 50 Prozent mit Sozialisten und zu 50 Prozent mit ÖVP-Managern besetzt. Auch in der ÖIAG hat die ÖVP mit ihren Repräsentanten 50 Prozent der Führungsfunktion in ihren Händen.

Im Maßnahmenkatalog für die verstaatlichten Unternehmungen ist 50 Prozent Mitarbeit der von der ÖVP gestellten Vorstandsdirektoren enthalten. Das ist eine Tatsache, welche die konservative Opposition nicht wegdiskutieren kann. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Und wenn die Österreichische Volkspartei behauptet, der Maßnahmenkatalog sei schlecht, dann, meine Damen und Herren, hat die Österreichische Volkspartei eine 50prozentige schlechte Arbeit geleistet. *(Neuerlicher Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei sind wir der Meinung, daß der Maßnahmenkatalog für die verstaatlichten Unternehmungen eine taugliche Arbeitsgrundlage ist, um die anstehenden Probleme anzupacken und nach Möglichkeit einer tauglichen Lösung zuzuführen. Es sei unmißverständlich festgehalten: Die Österreichische Volkspartei trägt daher von der ÖIAG bis zum letzten Unternehmen der verstaatlichten Betriebe 50 Prozent der Führungsverantwortung.

Wenn es aber um die Zuführung jener finanziellen Mittel geht, welche zur Strukturbewältigung und Strukturveränderung der verstaatlichten Unternehmungen notwendig sind, dann sagt die Bundes-ÖVP nein und schraubt sich von der Verantwortung. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident Graf hat heute eine sehr rabulistische Argumentationslinie gewählt. Ich hoffe, Herr Präsident, daß „rabulistisch“ kein Anlaß zu einem Ordnungsruf ist. Herr Graf hat nämlich... *(Abg. Mag. Minkowitsch: Das muß man erst untersuchen!)* Ich weiß, Herr Präsident, das ist zu prüfen. Das liegt nun einmal in der Natur der Sache.

Herr Abgeordneter Graf hat behauptet, die ÖVP habe gestern im Bundesrat einem Antrag für die verstaatlichten Unternehmungen in der Größenordnung von 16,5 Milliarden Schilling zugestimmt.

Meine Damen und Herren! Das ist die Flucht, das Drücken vor der Verantwortung, nichts anderes! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Denn der Antrag, den die ÖVP gestern im Bundesrat präsentiert hat, ist ja nicht identisch mit dem Maßnahmenkatalog für die Bewältigung der Probleme in den verstaatlichten Unternehmungen.

Aber, meine Damen und Herren, mit dem gestrigen Antrag im Bundesrat hat die ÖVP klipp und klar ihren 50prozentigen Führungsanteil in der ÖIAG desavouiert. Das muß unmißverständlich festgehalten werden. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wir denken daher nicht daran, die Österreichische Volkspartei aus ihrer Verantwortung für die verstaatlichten Unternehmungen zu entlassen, solange 50 Prozent der Vorstände dieser Unternehmungen von Repräsentanten besetzt sind, welche die Konservativen in diese Führungspositionen gesetzt haben. Wenn Sie meinen, meine Damen und Herren, Sie haben schlechte Führungspersönlichkeiten in der verstaatlichten Industrie, dann haben Sie ja die Möglichkeit, dieselben abzu-berufen. Ich bin der Meinung, daß wir gute Leute dort sitzen haben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die desavouieren doch Ihre eigenen Leute. Nur wollen Sie es nicht zugeben, weil es Ihnen schwerfällt und weil es unangenehm ist. *(Abg. Dr. Zittmayr: Wer hat denn die Wirtschaftspolitik der letzten 13 Jahre gemacht?)* Was immer es an Negativa für den Bereich der verstaatlichten Unternehmungen zu verantworten gilt, Herr Abgeordneter Zittmayr, zu 50 Prozent geht diese Verantwortung zu Lasten der Österreichischen Volkspartei. Wenn Sie zu schreien aufhören, kann ich wieder ruhiger sprechen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Es werden die Rahmenbedingungen verschlechtert in*

Peter

einem Ausmaß, daß die Betriebe nicht mehr zu führen sind!)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei ist seit 1970 nicht mehr Regierungs-, sondern Oppositionspartei. (*Abg. Mag. Minkowitsch: Auf Bundesebene!*) Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die ÖVP heute noch Nutznießer des einstigen Koalitionsproporz in den verstaatlichten Unternehmungen ist. Wir Freiheitlichen werden dafür sorgen, daß dieses Doppelspiel der ÖVP gegenüber den verstaatlichten Unternehmungen der Öffentlichkeit bewußt gemacht wird, weil es entlarvt gehört, meine Damen und Herren. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Zusammenarbeit, die Voraussetzung für ein Gedeihen der Wirtschaft, kann nur auf Grund der Wahrnehmung der anteilmäßigen Verantwortung erfolgen. Wer die ihm zufallende Verantwortung ablehnt, wie das die ÖVP im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen tut, der führt die Zusammenarbeit ad absurdum. Und das hat die ÖVP durch ihr Nein zum Maßnahmenkatalog der verstaatlichten Unternehmungen getan. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*)

Hohes Haus! Bei der Debatte über die Regierungserklärung habe ich namens der Freiheitlichen begrüßt, daß diese Bundesregierung den Erfordernissen der Industriepolitik die gleiche Bedeutung wie der mittelständischen Wirtschaft zuordnet und umgekehrt. Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1984 ist der überzeugende Beweis dafür, daß die sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung den Worten der Regierungserklärung nun die Taten, Konsequenzen und Maßnahmen folgen läßt.

Die ÖVP-Opposition klopft Sprüche, die hart an der Grenze der Demagogie liegen. Das Kabinett Sinowatz — Steger aber setzt Taten, die wirksame Impulse für die Wirtschaft dieses Landes bewirken. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Oder wollen Sie von der Hand weisen und in Abrede stellen, meine Herren von der Wirtschaft im Lager der ÖVP, daß dieses Budget keine Maßnahmen und Hilfestellungen für die Wirtschaft, besonders für die kleineren und mittleren Unternehmen enthält? Das ist doch einfach nicht wahr. Nur — und das ist ein Vorwurf, ein sachlich berechtigter Vorwurf an die Adresse der Bundeswirtschaftskammer und an die Adresse der Handelskammern in den Ländern draußen —: Die Stan-

desvertretung der Wirtschaft informiert nicht umfassend und nicht korrekt die Mitglieder ihrer Standesorganisation. Das ist ein sachlich berechtigter Vorwurf.

Na wie stehen den die ÖVP-Wirtschaftsvertreter da heraußen am Pult? Wir werden ja ihre Argumentation jetzt wochenlang erleben. Sie sagen einfach nicht, was drinnen steht und was im Maßnahmenpaket enthalten ist.

Diese budgetären Hilfestellungen für die Wirtschaft sollen einer forcierten Modernisierung und Umstrukturierung, einer Stärkung des Wachstums und Exportpotentials sowie einer Stärkung der innovativen Kräfte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen der gewerblichen und der mittelständischen Wirtschaft dienen.

Uns Freiheitlichen geht es darum, daß Unternehmer, Manager und Mitarbeiter wieder Freude an der Leistung, Lust zur Kreativität und Mut zum kalkulierbaren Risiko haben. Ein gewisses Maß an realistischem Optimismus, ein schärferes Auge zur Wahrnehmung von Chancen in einer Welt, die durch ständige Veränderung gekennzeichnet ist, wird zum unverzichtbaren Bestandteil der menschlichen Existenz. Die Schwarzmalen und Neinsager der ÖVP sind dazu offenbar nicht imstande. Das Jammern und Nörgeln dieser ÖVP-Negierer ist geradezu der Kontrapunkt zu allen ernsthaften Anstrengungen dieser sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung.

Diesen ÖVP-Nörglern und Neinsagern sei gesagt: Diese Bundesregierung wird sich nicht durch Nörgeln, Schwarzmalen und Neinsagen beeinflussen lassen.

An dieser Stelle ist auch ein Wort an die Scharfmacher in der ÖVP notwendig, die bei der Klubklausur in Villach anscheinend Oberwasser erhalten haben.

Hier meinen wir, wäre es zweckmäßig, miteinander zu reden, wenn man irgendwo eine Listengemeinschaft hat, bevor man ankündigt, diese Listengemeinschaft zu beenden. Ich weiß nicht, ob meine Freunde im Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender schon zu Gesprächen des Österreichischen Wirtschaftsbundes zu diesem Thema eingeladen worden sind. Das wird abzuwarten sein. Daher wäre es heute verfehlt, sich mit dieser Frage kritisch oder gar polemisch auseinanderzusetzen. Wir warten ab, was Sie uns an die Adresse des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender zu sagen haben.

Peter

Und nun zum korrekten Verhältnis ÖVP — FPÖ, von dem ja der Herr Bundesparteiobermann Dr. Mock gesprochen hat.

Was hat das mit einem korrekten Verhältnis ÖVP — FPÖ zutun, wenn Generalsekretär Dr. Michael Graff die Freiheitlichen mit einer neuen Masche auseinanderzuidividieren versucht? Die neue Graff-Masche versucht vergeblich, die Freiheitlichen in die „ach so brave“ FPÖ und den „ach so bösen“ Steger zu zerlegen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aus Kufstein hörte man es anders!)*

Meine Damen und Herren, würde ich jetzt sagen — ich gehe auf Kufstein ein, ich habe das Stichwort gehört, ich gehe darauf ein —, das ist der blödeste ÖVP-Trick, der mir in den 30 Jahren meiner politischen Tätigkeit untergekommen ist, dann könnte das eventuell zu einem Ordnungsruf führen. Daher behaupte ich nicht, daß diese Graff-Masche der blödeste politische Trick ist, der mir jemals untergekommen ist, sondern ich überlasse dieses durchsichtige Spiel getrost der Beurteilung durch die Öffentlichkeit. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Und nun zu Kufstein. Ich wollte hier das Thema heute nicht anschneiden. *(Abg. Graf: Das glaube ich sofort!)*

Nein, sicher nicht, Herr Graf, denn das Thema lautet für uns nicht Kufstein, das Thema lautet für uns nicht Dr. Dillersberger, sondern das Thema lautet für uns „Manipulation“ durch den Österreichischen Rundfunk bei der vorgestrigen ZiB-Berichterstattung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn man Derartiges behauptet, dann hat man das auch zu beweisen. Wie ist das vorgestern abgelaufen? Da hat es eine Pressekonferenz des Vizekanzlers und Handelsministers Dr. Steger zu meines Erachtens bedeutsamen Dienstreisen mit bedeutsamen Ergebnissen für die österreichische Wirtschaft gegeben.

Darüber ist fürs erste einmal korrekt vom Österreichischen Rundfunk berichtet worden, und dann kam der Sprung: und im übrigen wurde auch über die Innenpolitik geredet, und dann kam die „Wochenpresse“ mit dem Dillersberger.

Hier wird man sich — und ich werde es in den nächsten Tagen tun — sehr eingehend mit dem Generalintendanten auseinandersetzen müssen. Es wird sicher diese und jene Interpretationsmöglichkeit geben, aber bitte,

wenn alles, was da in der ÖVP über maßgebliche Führungsfunktionäre, Ihren Bundesparteiobermann oder Ihren Generalsekretär gesagt oder geschrieben wird in irgendeiner Gazette, gebracht würde im ORF, dann hätte der Tage damit zu tun. Das ist jederzeit beweisbar. Er hat das früher, als die ÖVP in der Bredouille war, nicht getan, er soll es daher bei der Freiheitlichen Partei unterlassen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Graf: Sie geben zu, daß Sie in der Bredouille sind? Das freut mich sehr!)*

Gut, drehen Sie es um, Herr Graf! Ich bin der Repräsentant einer kleinen Partei, und kleine Parteien haben immer — das ist sachlich feststellbar — größere Schwierigkeiten als eine große Partei. Ich habe 20 Jahre als Bundesparteiobermann mit mehr oder weniger großen Schwierigkeiten gelebt, aber so gelebt und so gearbeitet, daß die Freiheitliche Partei gut über die Runden gekommen ist, und Dr. Steger wird sie, auch wenn es Ihnen in der ÖVP nicht paßt, Jahre hindurch gut über die Runden bringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Seien Sie versichert, die freiheitliche Nationalratsfraktion wird ihn dabei tatkräftig unterstützen. *(Abg. Graf: Möglich, aber es ist nicht sicher!)*

Trotzdem, Herr Graf, warne ich den Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei Dr. Mock im Interesse der gemeinsamen Grundlagen der Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, den Scharfmachern in der ÖVP im verstärkten Maße das Ohr zu leihen.

Jetzt komme ich zu Ihrem Krankjammern, meine Damen und Herren! Wenn einer von Ihnen herauskommt, dann ist in seiner Rede ein Part bestimmt enthalten: das Krankjammern der Wirtschaft. Die ÖVP bemüht und ergeht sich daran, Österreich krankzujammern, und zwar so lange, bis es vielleicht wirklich krank ist. Genau das wird und muß diese freiheitlich-sozialistische Bundesregierung verhindern und dafür sorgen, daß die Probleme einer Lösung zugeführt werden. Taugliche, offensive, wirksame Instrumente sehen wir Freiheitlichen, das sei noch einmal unterstrichen, im Maßnahmenpaket und im Bundesfinanzgesetzentwurf 1984.

Nun muß man bitte aber auch, um der Sachlichkeit willen, daran erinnern, daß der Bund nur Teilverfügungsberechtigter über jene Mehrerträge sein wird, die aus dem Maßnahmenpaket 1984 entstehen werden. In ganz beachtlichen Bereichen muß der Finanzmini-

Peter

ster diese Mehreinnahmen mit den Ländern und Gemeinden teilen.

Dafür hat sich die ÖVP eine ganz bestimmte Taktik ausgesucht. Die Bundes-ÖVP schimpft, und die Landesparteien der ÖVP kaufen. Die Bundes-ÖVP schimpft, und die ÖVP-Landeshauptleute schneiden beim Mehrertrag kräftig mit.

Wiederum eine Behauptung, der ich gleich eine Reihe von Zahlen folgen lassen werde. Zum Zwecke einer anschaulichen Beweisführung, meine Damen und Herren, führe ich zwei Positionen des Maßnahmenpaketes mit nur zwölf Zahlen an: die Mehreinnahmen aus der Kfz-Steuer und die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer, und ich greife nur die sechs jeweils von einem ÖVP-Landeshauptmann geführten Bundesländer heraus.

Die von ÖVP-Landeshauptleuten geführten sechs Bundesländer werden aus der Erhöhung der Kfz-Steuer im kommenden Jahr folgende Millionenbeträge mehr erhalten: Niederösterreich kriegt 120 Millionen Schilling mehr, Oberösterreich bekommt 107 Millionen Schilling mehr, Salzburg hat einen Anspruch auf weitere 42 Millionen, bei der Steiermark werden es 94 Millionen Schilling mehr sein, in Tirol ist der Mehrertrag aus der Kfz-Steuer 49 Millionen Schilling und in Vorarlberg wird er nächstes Jahr 25 Millionen Schilling sein.

Noch augenfälliger und noch signifikanter sind diese Mehrerträge für die ÖVP-Landeshauptleute und natürlich auch für die von der Sozialistischen Partei gestellten Landeshauptleute im Bereich des Mitschnittes des Mehrertrages bei der Mehrwertsteuer.

Und nun die sechs weiteren Zahlen: Niederösterreich wird aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 492 Millionen Schilling mehr bekommen im nächsten Jahr, Oberösterreich wird 384 Millionen Schilling mehr erhalten, Salzburg wird 134 Millionen Schilling mehr bekommen, die Steiermark wird 359 Millionen Schilling mehr bekommen, Tirol wird 177 Millionen Schilling mehr bekommen und Vorarlberg wird 92 Millionen Schilling aus dem Mehrertrag der Mehrwertsteuer erhalten.

Hohes Haus! Ich bitte zu bedenken, daß jene den Gemeinden zufließenden Beträge aus den Mehreinnahmen des Maßnahmenpakets in diesen jetzt genannten beachtlichen Beträgen — es handelt sich um Hunderte Millionen von Schilling — natürlich nicht enthalten sind. Und nun, meine Damen und Herren,

prüfen Sie und möge die Öffentlichkeit prüfen, ob es ein sachlicher oder ein demagogischer Vorwurf an die Adresse der ÖVP ist, daß die ÖVP, wenn sie von hier aus argumentiert zum Maßnahmenpaket und zum Budget 1984, nur mit Halbwahrheiten argumentiert. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Bundes-ÖVP schimpft, und ihre schwarzen Landesherrn kaufen. Das ist die Realität!

Meine Damen und Herren! Das sind die unverrückbaren Tatsachen zum Maßnahmenpaket. Wahrheiten dieser Art gibt es über das Maßnahmenpaket noch weitaus mehr, als ich von diesem Rednerpult aus dargelegt habe. Die Österreicherinnen und Österreicher erfahren sie leider nicht oder zu wenig. Daß die ÖVP die Wahrheit über das Maßnahmenpaket verschweigt, wundert mich nicht. Daß die Medien und vor allem der ORF, der noch immer vom „Belastungspaket“ spricht, den wahren und tatsächlichen Sachverhalt der Öffentlichkeit nicht näherbringen oder nicht näherzubringen vermögen, wäre im Interesse der Demokratie und im Sinne einer objektiven Information der Bevölkerung auf einer anderen Ebene meiner Meinung nach sehr wohl einer Diskussion wert.

Meine Damen und Herren! Den monatelangen konfusen Gestammel der ÖVP nach einer anderen Politik stellt diese sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung ein realistisches Konzept zur Steuerung der Schwierigkeiten und zur Lösung anstehender Probleme auf der Grundlage des Maßnahmenpakets gegenüber. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Herr Abgeordneter Blenk! Die Zeiten, daß alles machbar sei, sind vorbei. Sie gehören der Vergangenheit an. Die ÖVP hat das allerdings noch nicht begriffen. *(Zustimmung bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die ÖVP verharzt weiterhin in der Position der Widersprüche: Die ÖVP appelliert zum rigorosen Ansetzen des Sparstiftes auf der einen Seite und vertritt Zug um Zug auf der anderen Seite Forderungen, deren Verwirklichung viele Milliarden Schilling kosten würde. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Nur: Die ÖVP ist bis heute nicht imstande, der Öffentlichkeit zu sagen, woher sie diese notwendigen Milliarden nehmen beziehungsweise wie sie das finanzieren will.

Eine solche Politik des Widerspruches ist

1326

Nationalrat XVI. GP — 17. Sitzung — 9. November 1983

Peter

aber zur Lösung der anstehenden Probleme ungeeignet.

Hohes Haus! Die ÖVP scheint es mit Goethe zu halten, der den Mephisto im „Faust“ sagen läßt:

„Ein vollkomm'ner Widerspruch

Bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren.“

Allerdings haftet der ÖVP-Politik des vollkommenen Widerspruches nicht viel Geheimnisvolles an, jedoch ein gerüttelt Maß des Banalen ist ihr eigen.

Hohes Haus! Ich bekenne mich zum Maßnahmenpaket, zu seinem Inhalt und damit in gleicher Weise zum Budgetvoranschlag 1984. Ich bin mir ebenso der Tatsache bewußt, daß die Grundlage des Maßnahmenpaketes und somit des Budgets ein demokratischer Kompromiß ist. Wenn der demokratische Kompromiß die tragfähige Grundlage der von niemandem in Frage gestellten Sozialpartnerschaft ist (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier*) und somit außer Diskussion steht, dann gilt das auch für jenen Kompromiß, dessen Ergebnis unter anderem das Maßnahmenpaket und das Bundesfinanzgesetz 1984 ist.

Für uns Freiheitliche sind Inhalt und Qualität dieser Grundvereinbarungen maßgebend. Wir sind fest davon überzeugt, daß das Maßnahmenpaket und das Budget auf dem Prüfstand der Bewährung im kommenden Jahr bestehen werden.

Hohes Haus! Wir Freiheitlichen werden mit allen Kräften unseren Teil dazu beitragen, daß die sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung vier Jahre erfolgreich für Österreich, zum Nutzen der Wirtschaft und zum Wohle seiner Bürger arbeiten kann. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 11.43

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gassner.

11.43

Abgeordneter Ing. **Gassner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir war klar, daß der Klubobmann der Freiheitlichen Partei Peter als nunmehr Mitsprecher aus der sozialistischen Regierungskoalition heraus bestimmt nicht die SPÖ angreifen wird (*Abg. Peter: Da müßte ich ja teppert sein! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Kohlmaier: Ich hoffe, daß dieser Zwischenruf im*

Protokoll aufscheint!), sondern sich als Gegner natürlich die ÖVP ausersehen hat.

Herr Klubobmann Peter! Uns war das bewußt. Aber ich hätte mir doch erwartet, daß gerade Sie als langjährig erfahrener Parlamentarier, der Sie hier am Rednerpult sehr oft exzellente Ausführungen uns dargebracht haben, hier weniger mit einem lauten Argument, sondern mit einem sachlichen Argument dieses Budget verteidigen. Aber anscheinend, Herr Klubobmann Peter, gibt es keine sachlichen Argumente, dieses Budget zu verteidigen. Deshalb mußten Sie zur Lautstärke Zuflucht nehmen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Klubobmann Peter! Wir haben auf Ihre Aussagen zu Dillersberger und zu Kufstein gewartet. Leider vergeblich.

Wenn Sie gesagt haben, die ÖVP hätte Halbwahrheiten gebracht: Herr Klubobmann Peter! Wenn Sie Zahlen gebracht haben — in den Raum stellten —, dann stelle ich dazu fest: Das, was die Länder mehr erhalten, macht rund 1 Prozent ihres Budgets aus. Sie haben vergessen zu sagen, daß die Länder auch davon an die Gemeinden weitergeben müssen. Wenn es auch wahrscheinlich aus Ihrer Sicht zuwenig freiheitliche Bürgermeister gibt: Auch die bekommen letztlich aus diesen Budgets über die Länder Mittel.

Sie haben zu sagen vergessen, Herr Klubobmann Peter, daß die Gemeinden Österreichs, die Länder Österreichs durch diese schlechte Budgetpolitik des Bundes gezwungen sind, in zunehmendem Ausmaß Bundesmaßnahmen zu finanzieren. Das müssen Sie auch dazusagen, wenn Sie von Halbwahrheiten beziehungsweise objektiver Darstellung reden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Klubobmann Peter: Ich glaube, wir sollten wirklich versuchen, über diese Dinge sachlich und mit Zahlen zu diskutieren und versuchen, die Dinge wirklich objektiv darzustellen.

Dieses 1 Prozent, das von Ihnen genannt wurde, entspricht ja nicht einmal der Inflationsrate, die, wie wir leider wissen, im nächsten Jahr 5,5 Prozent betragen wird. Wenn Sie das gesagt hätten, dann wäre dieses Bild natürlich wesentlich anders gewesen.

Wenn der Herr Abgeordnete Braun am Anfang seiner Rede gemeint hat, er bräuchte dieses Budget nicht verteidigen, dann, Herr Abgeordneter Braun, habe ich eigentlich fest-

Ing. Gassner

gestellt, daß die internationalen Vergleiche diese Rede beherrscht haben. Anscheinend gibt es auch hier zuwenig Argumente, um dieses Budget entsprechend verteidigen zu können, wenn man nur mit internationalen Vergleichen operiert. Das ist mir zu wenig! Wir müssen in Österreich die Probleme lösen und uns mit den österreichischen Problemen auseinandersetzen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Braun.)*

Herr Abgeordneter Braun! Sie haben verlangt: Objektive Daten. *(Zwischenrufe des Abg. Braun.)*

Wenn man das Budget analysiert, dann kann man doch feststellen: Die Belastungen nehmen zu, die Steuern nehmen zu, die Inflationsrate steigt. *(Abg. Braun: Nur in Österreich?)* Wir haben gesagt: Jetzt haben wir einmal in Österreich die Probleme zu lösen.

Es wird auch, Herr Abgeordneter Braun, in den Berichten des WIFO und des IHS — auch von sozialistischen Wirtschaftsexperten — eindeutig festgestellt, daß wir zwar dem internationalen Einfluß ausgesetzt sind, aber maßgeblich auch die Probleme in Österreich lösen können und zu lösen haben. Darum geht es bei diesem Budget! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Also noch einmal: Die Belastung steigt, die Steuern steigen, die Inflation steigt, die realen Einkommen sinken und es werden — aus diesem Budget klar erkennbar — die Investitionen abnehmen. Nicht nur real, sogar nominal. *(Zwischenruf des Abg. Braun.)* Nominal, Herr Abgeordneter Braun.

Das sind die Fakten, die aus diesem Budget hervorgehen. Von 32 Milliarden Schilling auf 29 Milliarden Schilling sinken die realen Investitionen dieses Budgets. Und das ist der falsche Weg, können wir dazu nur feststellen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalitionsregierung! Gerade weil immer wieder auch Alternativen verlangt werden, bin ich der Ansicht, daß die Menschen in diesem Land spüren, daß es notwendig ist, einen Kurswechsel herbeizuführen. Die Wahlen in Niederösterreich haben es gezeigt. Vor allem die Wähler unter den Arbeitnehmern: Die Arbeiter sind zu 7 Prozent der SPÖ davongelaufen. Die Freiheitliche Partei hat nahezu die Hälfte ihrer Stimmen verloren. Bei den Personalvertretungswahlen in Salzburg hat die Freiheitliche Par-

tei von ihren drei Mandaten zwei verloren, auch die Sozialisten haben Mandate verloren.

Das zeigt doch, meine Damen und Herren, daß die Menschen dieses Landes, vor allem auch die Arbeitnehmer dieses Landes, eine Alternative suchen und mit dieser Politik, die Sie betreiben, nicht einverstanden sind.

Meine Damen und Herren! Die SPÖ setzt ihren falschen Weg mit diesem Budget fort. Nunmehr wird dieser Weg durch die SPÖ-Koalitionsregierung fortgesetzt. Sie verlangen zunehmend Opfer zur Arbeitsplatzsicherung. Sie sagen, mit mehr Steuern, mit mehr Belastungen könnte man die Arbeitsplätze sichern.

Es sagen Ihnen auch die Berichte des IHS und des WIFO ganz klar: Dieses Budget und die in dieses Budget eingepackten Belastungsmaßnahmen führen dazu, daß wir im nächsten Jahr um 30 000 Arbeitslose mehr haben werden.

Es zeigen doch diese Zahlen, daß Sie den falschen Weg gehen, meine Damen und Herren. Und Sie sind noch immer nicht bereit anzuerkennen, daß es notwendig ist, doch eine Kurskorrektur durchzuführen. Das ist das Bestürzende bei diesem Budget! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir werden — Sozialminister Dallinger hat es am vergangenen Montag gesagt — in diesem Winter erstmalig über 200 000 Arbeitslose in Österreich haben. Seit 25 Jahren, seit 1958 gab es nicht eine so hohe Quote an Arbeitslosen in Österreich. Das ist doch bestürzend! Man sollte doch wirklich versuchen, eine Politik anzubieten, die alles Notwendige macht, um aus dieser Situation herauszukommen, um den Menschen wieder Mut zu geben, um den Menschen wieder Hoffnung zu geben. Wenn dieser Mut und diese Hoffnung nämlich nicht vorhanden sind, dann, meine Damen und Herren, wird diese Spirale nach unten leider fortgesetzt werden.

Wir von der ÖVP wissen — das hat auch unser Parteiboss und Klubobmann Dr. Mock ganz klar gesagt —, daß jede Sanierung Opfer verlangt, aber, meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalitionsregierung, sinnvolle Opfer. Wenn man Beiträge leistet, dann müssen diese Beiträge bei allen Menschen den Eindruck erwecken, daß man mit diesem Opfer wieder die Wirtschaft ankurbeln kann, daß das wieder zur Hoffnung führt, daß Leistung möglich ist und die Betriebe investieren können.

Ing. Gassner

Das, meine Damen und Herren, ist der einzige Weg, um aus dieser heutigen schlechten Situation wieder herauszukommen. Sie lernen nichts. Ihre Politik führt dazu, daß die Talfahrt leider weiter fortgesetzt wird. Ihre Politik führt dazu, daß die Hoffnung der Menschen in zunehmendem Ausmaß zerstört wird, daß in zunehmendem Ausmaß auch die Bereitschaft der Menschen, in einer schwierigen Zeit Opfer auf sich zu nehmen, vernichtet wird. Das kann doch nicht das Ziel einer Politik sein. Das darf doch nicht Inhalt eines Budgets sein, meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalitionsregierung. Deshalb bieten wir einen anderen Weg an. Wir bieten das Ziel an: Die Menschen müssen wieder Mut bekommen, meine Damen und Herren! Die Menschen in diesem Land müssen wieder Mut bekommen. Die Leistung muß sich lohnen. *(Zwischenruf des Abg. Braun.)* Wir reden über Österreich. Wir reden nicht so wie Sie über die Niederlande, über Großbritannien, über Frankreich, sondern wir reden über die österreichischen Maßnahmen, über das österreichische Budget. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir bieten Alternativen an für einen österreichischen Weg, um in diesem Land wieder Arbeit zu schaffen. Das ist unser Ziel mit einer anderen Art der Politik, mit anderen Schwerpunkten. Das ist unser Anliegen. *(Zwischenruf des Abg. Braun.)* Ja, das hat auch unser erster Sprecher, Präsident Graf, schon gesagt. Wir streiten das gar nicht ab. Das ist auch Ihr Anliegen. *(Zwischenruf des Abg. Braun.)* Arbeit zu schaffen, ist für uns selbstverständlich. Nur: Der Weg, den Sie gehen, ist der falsche Weg. Erkennen Sie das doch endlich! Dieser Weg führt zu mehr Arbeitslosigkeit, zu mehr Belastung, zu mehr Steuern. Deshalb sagen auch die Arbeitnehmer: Das ist der falsche Weg, den gehen wir nicht mit! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben doch in den letzten Tagen Zeitungsberichte gelesen, wie die Situation der Österreicher ist. Im Jahr 1983 ist erstmalig über eine Million mal der Gerichtsvollzieher in die Häuser gekommen, über eine Million mal wird, wie man bei uns sagt, der Kuckuck geklebt, aber nicht nur im ärmeren Bevölkerungsbereich mit geringem Einkommen, sondern in allen Bevölkerungsbereichen. Die Ursache wurde analysiert, weil die Leute weniger verdienen, weil sie sich weniger leisten können, weil sie sich natürlich auf Grund einer langfristigen Entwicklung verschuldet haben, weil sie langfristige Ratenverträge abgeschlossen haben. Durch diese Politik

werden die Einkommen der Menschen geringer, verdienen sie weniger, meine Damen und Herren. Das kann doch nicht das Ziel eines Budgets, das Ziel einer Wirtschafts- und Steuerpolitik sein. Gerade diese Fakten zeigen doch, meine Damen und Herren von der SPÖ beziehungsweise von der sozialistischen Koalitionsregierung, daß Sie auf dem falschen Weg sind.

Weil wir als ÖVP das Grundrecht auf Arbeit anerkennen — auch Kollege Braun vertritt als Gewerkschafter dieses Grundrecht überall —, weil für uns die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein tiefes soziales und humanes Anliegen ist, sind wir der Ansicht, daß es notwendig ist, eine andere Art von Politik zu machen, andere Maßnahmen zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Braun! Wir haben wiederholt gesagt, was wir wollen. Wir haben wiederholt Programme vorgestellt. Wir haben das in unserer Klubklausur in Villach wieder erneuert und ganz klar unter der Überschrift gesagt: die besseren Chancen durch eine vernünftige Wirtschafts- und Steuerpolitik, durch eine Entlastung der Unternehmen und durch eine Stärkung der Kaufkraft. Wie wissen ganz genau, mit welchen Maßnahmen wir das erreichen können. Nur: Sie wollen diesen Weg nicht gehen. Sie wollen leider Ihren falschen Weg immer wieder fortsetzen. Das bedauern wir für die Arbeitnehmer dieses Landes, für alle Menschen dieses Landes. Wir wollen die gleichen Chancen, die gleichen Chancen für alle Betriebe, für das Gewerbe genauso wie für die Landwirtschaft, für den Handel genauso wie für die Industrie. Ich sage es jetzt ganz klar: auch die gleichen Chancen für die verstaatlichte und die private Industrie.

Wenn der Abgeordnete Peter sich hier mit der Tätigkeit unserer Verantwortlichen in der verstaatlichten Industrie auseinandergesetzt hat, dann möchte ich dazu sagen: Sie werden von den Organen bestellt, und es wird doch ein ÖVPLer die Eignung haben, auch Verantwortung in der verstaatlichten Industrie übernehmen zu können. Gerade mit unserem Antrag gestern im Bundesrat sind wir den Freunden dort nicht in den Rücken gefallen, sondern wir haben ihren Rücken gestärkt, Herr Abgeordneter Braun, Herr Klubobmann Peter, weil wir ganz klar gesagt haben: Wir sind für diese Investitionen, aber dann, wenn damit eine offensive Politik gemacht wird, und nicht, wenn diese Mittel dazu führen, einzig und allein die Bilanz zu sanieren. Das ist der falsche Weg; das wollen wir nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ing. Gassner

Generaldirektor Apfalter hat ja selber gesagt — das ist nachzulesen in der „Arbeiter-Zeitung“, ich habe sie mit, ich könnte es vorlesen —, daß die Budgetmittel in den Jahren 1983 und 1984 zu zwei Dritteln nur der Bilanzsanierung dienen. Das ist genau nachzulesen; so Generaldirektor Apfalter.

Dann sagen Sie, diese Mittel dienen dazu, umzustrukturieren. Das stimmt nicht! Hier müssen doch neue Maßnahmen gesetzt werden, neue Produkte auf den Markt kommen. Nur das kann doch unser gemeinsames Ziel sein.

Deshalb lehnen wir die Zuführung allein zur Sanierung der Bilanzen ab. Wir wollen eine neue Struktur, wir wollen neue Maßnahmen, wir wollen neue Produkte. Das ist der Weg, ein offensiver Weg auch für die verstaatlichte Industrie.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen also neue Maßnahmen, wir müssen aus der Budgetpolitik, aus der Wirtschafts- und Steuerpolitik heraus Maßnahmen setzen, die den Betrieben die Chance geben, sich nicht nur zu erholen, sondern zu investieren und die entsprechenden Maßnahmen zu setzen. Auch aus dem Budget muß die Hilfe für die Unternehmen gegeben werden, egal, ob es eine direkte oder indirekte Hilfe ist, ob es durch Steuermaßnahmen oder Subventionen geschieht. Doch man muß sich genau überlegen, welchen Weg man geht, welche Maßnahmen man setzt. Zu einer kurzfristigen Hilfe bekennen wir uns, aber eine Dauersubventionierung ist nicht möglich, weil sie zu Lasten des Steuerzahlers geht, weil sie zu Lasten der Möglichkeit einer weiteren Expansion der österreichischen Unternehmer geht.

Das heißt, man hat, wenn ein Betrieb in Schwierigkeiten kommt, genau zu überprüfen — und das verlangen wir auch konkret von der Regierung —: Kommt er kurzfristig in Schwierigkeiten oder hat er langfristig Schwierigkeiten? Wir sagen ein Ja zur Wiederflottmachung der Betriebe; ich sage das ganz klar. Aber wir sagen ein Nein, wenn es sich um einen Betrieb handelt, der dauernd subventioniert werden muß.

Sie haben ja leider die Mentalität erzeugt: Es kann eh nichts passieren.

Ich erinnere mich daran, daß Ihr ehemaliger Parteivorsitzender und Bundeskanzler Dr. Kreisky gesagt hat, ein paar Milliarden Schilling Schulden seien ihm lieber als ein paar Tausend Arbeitslose.

Das hat doch zu der Mentalität geführt, daß die Betriebsräte, mehrheitlich leider sozialistische Betriebsräte, Unternehmer, auch schwarze Unternehmer, gesagt haben: Uns kann ja nichts passieren, ich gehe zum Sozialminister, ich gehe zum Finanzminister, und wenn ich ihm sage: Ich muß 50 oder 100 Leute kündigen, dann kriege ich schon die entsprechenden Mittel.

Das ist der falsche Weg gewesen, den wir kritisieren, der zu einer falschen Mentalität geführt hat, dazu geführt hat, daß ganz einfach nicht mehr die Leistung honoriert wurde, daß ganz einfach der Mensch kein Vertrauen mehr zu sich selbst gehabt hat und gesagt hat: Der Staat wird mir schon irgendwie helfen. Diesen generellen Weg kritisieren wir. Sie haben mit Ihrer Politik, mit Ihren Ankündigungen die Menschen in diesem Land leider zu dieser Haltung verführt. Das ist der falsche Weg, den wollen wir nicht mitgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt verschiedene Fragen, die zu diskutieren wären, zum Beispiel die Frage, wie weit Betriebe belastet sind, wenn sie Umweltauflagen bekommen, die Frage, ob man mit Steuererschillingen ganz konkret helfen sollte, wenn ein Betrieb durch Umweltauflagen vielleicht in den Konkurs getrieben wird, weil er diese Umweltauflagen aus dem eigenen Gewinn nicht verkraften kann. Da sollte man helfend eingreifen, um diese Umweltauflagen erfüllen zu können, wenn es eine kurzfristige einmalige Investition ist.

Wir sollten versuchen, Dinge zu forcieren, von denen zum Beispiel Universitätsprofessor Sabel aus den Vereinigten Staaten beim ÖGB-Kongreß gesprochen hat: die sogenannte Flexible Spezialisierung. Nicht die Forcierung, wie es leider auch manche verstaatlichte Unternehmen tun, um Großreihen zu produzieren, sondern es geht darum, gerade mit dem Können der österreichischen Facharbeiter, mit dem Wissen der österreichischen Chemiker, Wissenschaftler und Techniker diese Flexibilität der Spezialisierung zu erreichen. Damit könnten wir als kleines Industrieland konkurrenzfähig sein.

Hier fehlen mir noch immer, Herr Finanzminister, die entsprechenden ausreichenden Leistungen aus dem Budget. Ich weiß, wir haben heute angekündigt bekommen, daß es die neue Innovationsagentur gibt, man werde versuchen, für die Forschung ein bißchen mehr zu tun. Wir hören solche Ankündigungen schon jahrelang, hier müssen endlich einmal die Taten folgen, sonst werden wir als

Ing. Gassner

kleines Industrieland von den großen Ländern in die Ecke gedrückt, und das wäre der falsche Weg! Hier müssen auch mit Budgetmitteln die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden, die zu einer entsprechenden Offensive führen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir glauben weiter, daß Ihr Weg falsch ist, da die Arbeitnehmer in diesem Land sozusagen doppelt in die Schere kommen, daß damit die Kaufkraft herabgesetzt wird, die Einkommen der Arbeitnehmer vermindert werden, daß durch diese Politik immer weniger Investitionen ermöglicht werden.

Wir können ganz einfach nicht mehr in der Höhe der Inflationsrate — das weiß Abgeordneter Braun genauso wie ich — die Kollektivverträge abschließen.

Wir haben gehört, die Metallarbeiter, die Industrieangestellten haben mit 3 Prozent Ist-Lohnerhöhung abgeschlossen. Und das bei einer zu erwartenden Inflationsrate von 5,5 Prozent. Das heißt doch, wenn man jetzt die vermehrten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abrechnet, daß die Arbeitnehmer im nächsten Jahr rund 4 Prozent ihres Einkommens real verlieren werden. Real verlieren werden! Damit wird auch die Kaufkraft geschwächt, damit wird in der Gebrauchsgüterindustrie weniger abgesetzt werden können. Der Handel wird darunter leiden. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Das ist die eine Seite, wo die Arbeitnehmer und damit auch die Wirtschaft, die Industrie unter die Schere kommen.

Und auf der anderen Seite werden die Arbeitnehmer für die Grundbedürfnisse ihres Lebens mehr auszugeben haben. Die Mehrwertsteuer wird angehoben. Die Mehrwertsteuersätze vor allem für die Energie trifft auch die Betriebe, die viel Energie benötigen, um ihre Produkte zu erzeugen. Und damit kommen die Arbeitnehmer in die doppelte Schere. Sie bekommen real weniger ausbezahlt, und sie müssen für die Güter ihres täglichen Gebrauches mehr bezahlen.

Das heißt, es wird im Jahr 1984 auf Grund dieses Budgets und dieser Maßnahmen, die Sie mit diesem Budget setzen, das reale Einkommen der Arbeitnehmer im Durchschnitt in Österreich um 10 Prozent sinken. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Das kann doch nicht das Ziel der Politik sein, Herr Abgeordneter. Wir wollen eine offensive Politik und nicht

eine Politik, die negativ ist, die in einer Spirale nach unten führt. Das ist ein falscher Weg. Ich sage das noch einmal. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Aber Herr Abgeordneter, wir haben am vergangenen Montag die Vollversammlung in der Arbeiterkammer Niederösterreich gehabt. Auch Ihre sozialistischen Arbeiterkammerräte haben Bedenken gegen diesen Weg. *(Ruf bei der ÖVP: Ist doch eh klar!)* Sie haben einen Antrag der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter eingebracht. Wir haben als ÖAAB-Fraktion sehr gerne diesem Antrag die Zustimmung gegeben.

Ich lese Ihnen einen vollen Absatz aus diesem Antrag vor. *(Ruf: Einen!)* Der stellt fest: Die sozialistische Fraktion in der Arbeiterkammer Niederösterreich hält eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Energie von 13 auf 20 Prozent für sozialpolitisch bedenklich und energiepolitisch verfehlt. *(Abg. Dr. Mock: Na das ist es! — Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das sagen ja sogar Ihre sozialistischen Arbeiterkammerräte in der Arbeiterkammer Niederösterreich! Wir sagen ja zu deren Resolution. Wir halten diesen Weg für falsch, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Politik, dies zeigen die Zahlen, ist falsch. Die Abgabenquote, Herr Finanzminister, wird im Jahre 1984 42,5 Prozent betragen. Sie betrug 1970 35,8 Prozent. Also um 20 Prozent ist die Abgabenquote gestiegen.

Bei der Mehrwertsteuer sind wir, wenn man internationale Vergleiche zieht, durch die Erhöhung dieser Abgabenquote in das Spitzenfeld vorgeedrungen. 1984 werden die erwerbstätigen österreichischen Menschen 538 Milliarden Schilling an Steuern und Abgaben zu bezahlen haben — 538 Milliarden Schilling im Jahr 1984! —, das heißt, jeder Erwerbstätige in Österreich im Durchschnitt 170 000 S. 1970 waren das erst 43 000 S. Das heißt, die Abgabenlast hat sich vervierfacht, also mindestens um 50 Prozent mehr erhöht als die Einkommen der Menschen in diesem Lande. Und da sagen Sie, das ist der richtige Weg. Das ist doch der falsche Weg, meine Damen und Herren, wenn die Menschen immer mehr belastet werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir vertreten die Ansicht, daß man eine andere Politik machen muß, daß man nicht den Leistungswillen der Menschen vermehrt

Ing. Gassner

besteuern darf. Ich habe gesagt: Wenn Opfer sinnvoll sind, dann werden wir ja zu diesen Opfern sagen. Aber eine Opferpolitik, eine Belastungspolitik, die den Menschen die Hoffnungen tötet, die den Menschen nicht den Mut macht, hier in Österreich zu arbeiten und zu investieren, zu einer solchen Politik, meine Damen und Herren, sagen wir nein.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalitionsregierung, diese Argumente bei den Budgetdebatten in den Ausschüssen mit zu beachten. Vielleicht gelingt es doch, da und dort Ansätze zu verändern und eine Politik für die Menschen in diesem Lande zu machen, wie wir es uns vorstellen als einen besseren Weg in die Zukunft dieses Landes. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.05

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Egg. Ich erteile es ihm.

12.05

Abgeordneter **Egg** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gassner, ich gebe Ihnen recht, wenn Sie in Ihren Ausführungen erklärt haben, daß wir unsere Aufgabe darin zu sehen haben, in Österreich die bei uns anstehenden Probleme zu lösen. In diesem Bereich sind wir sicher einer Meinung. Wenn Sie aber eine Scheuklappenpolitik in der Richtung vertreten wollen, wonach wir alles andere, worin wir als österreichische Wirtschaft integriert sind, nicht zu sehen haben, dann bedaure ich Sie, bedaure insbesondere eine Österreichische Volkspartei, die glaubt, mit einer derartigen Argumentation in die Öffentlichkeit gehen zu können.

Sie alle wissen, daß die österreichische Wirtschaft in die internationale Entwicklung insgesamt in einem viel größeren Ausmaß einbezogen ist, als das bei anderen Wirtschaftstreibenden anderer Länder der Fall ist. Und wir haben unsere Probleme seit dem Jahre 1975 laufend gelöst, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, denn sonst hätten wir nicht bis Ende 1982 in Österreich noch eine Vollbeschäftigung zu verzeichnen gehabt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aber auch dem Herrn Abgeordneten Graf und Herrn Abgeordneten Gassner schon sehr unmißverständlich und deutlich darlegen, daß nach unserer Auffassung von Demokratie Präsidenten der gesetzlichen Interessenvertretungen oder der freiwilligen Interessenvertretungen im Arbeitnehmerbereich sich immer schon um gemeinsame

Beschlüsse bemüht haben und in den allermeisten Fällen auch tatsächlich zu gemeinsamen Beschlüssen gekommen sind. Eine Ankündigung in der Richtung, daß in Zukunft die 85 Prozent des Wirtschaftsbundes die Politik nach Wünschen der ÖVP in der Bundeswirtschaftskammer zu regeln wissen, ist also keine Kampfansage unseren Interessenvertretungen gegenüber, sondern viel eher eine Kampfansage gegenüber der österreichischen Bevölkerung; denn das hat die österreichische Bevölkerung weder gewollt noch verdient, daß in einem solchen Gremium in dieser Form Parteipolitik gemacht wird und das hier noch mit Zynismus an den Tag gelegt wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte ausdrücklich sagen: Nach unserer Demokratieauffassung sind Gremien, die demokratisch in ständischen Vertretungen gewählt wurden, keine Vollzugsorgane einzelner politischer Gruppierungen, sondern Vertreter aller Menschen, von denen sie dort gewählt wurden. Wir sind bereit, kritische Auseinandersetzungen über alle Sachfragen zu führen, wir sind bereit, Kompromisse zu schließen, um einen gemeinsamen Weg zu finden, aber dann haben wir auch gemeinsam die Arbeit zu leisten und die Verantwortung zu übernehmen. Und hier scheint sich die ÖVP sehr deutlich von einer Verantwortung in Zukunft abkoppeln zu wollen. Das werden wir nicht zur Kenntnis nehmen. Wir werden das der österreichischen Bevölkerung sehr klar und deutlich zu sagen wissen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Noch einige Bemerkungen zu meinen Vorrednern hinsichtlich der Frage der verstaatlichten Industrie. Meine Damen und Herren! Wenn man als politisch denkender Mensch und in der Demokratie tief verwurzelt, Jahrzehnte hindurch in diesem Land mit Politik macht, dann glaube ich, ist es schon bedauerlich, wenn aus den Diskussionsbeiträgen unserer Partner in der ÖVP immer deutlicher wird, daß sie sich von der verstaatlichten Industrie und ihrer Leitung distanzieren dann *(Abg. Steinbauer: Stimmt ja gar nicht!)*, wenn es schlecht geht, aber dann, wenn es gut geht, auf ihre besonderen Verdienste als Österreichische Volkspartei in den betreffenden Wirtschaftsgruppen verweist. Ich glaube, wenn man gemeinsam in Wirtschaftsbereichen Verantwortung trägt, Entscheidungspositionen einnimmt, dann soll man auch den Mut haben, wenn es schlecht geht, darauf Rücksicht zu nehmen und das deutlich und unmißverständlich zu sagen, und seinen Teil der Mitverantwortung auch in dieser verstaatlichten Industrie zu übernehmen. Diese

Egg

Flucht nach vorne, die gestern angetreten worden ist, wird jedenfalls von uns nicht zur Kenntnis genommen. Das möchte ich ebenfalls deutlich ausgesprochen haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Bergmann: Gescheiter Mensch!)*

Ich darf zum Bundesvoranschlag 1984, der ja heute primär in der ersten Lesung zur Diskussion steht, doch auch einige Bemerkungen machen. Zum einen ist es doch wert, festzuhalten, daß hier der erste Bundesvoranschlag nach den Wahlen 1983 vorliegt und ein Bundesvoranschlag vorliegt, der erstmals von einer Koalitionsregierung der Sozialisten und der Freiheitlichen ausdiskutiert und dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Und damit ist — das sei mit als Grundlage meiner Überlegungen in den Vordergrund gestellt — doch immerhin eine sehr solide Basis der Zusammenarbeit der Koalitionspartner bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die im Jahre 1984 auf uns zukommen, sichergestellt.

Es ist aber darüber hinaus in diesen Budgetgrundsätzen den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen in einer einigermaßen ausgewogenen Form Rechnung getragen. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung läßt sich im wesentlichen mit vier Leitsätzen umreißen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses. Zum einen wird mit diesem Budget inklusive den begleitenden Maßnahmen alles darangesetzt, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze zu erhalten, alles darangesetzt, die österreichische Wirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf zu stärken, alles darangesetzt, die soziale Sicherheit auch für die Zukunft zu garantieren und die notwendigen Weichen in dieser Richtung zu stellen, aber auch alles darangesetzt, die Umwelt zu verbessern und im Rahmen des zukünftigen Budgets dem Umweltbewußtsein entsprechend zu handeln.

Und dem, meine Damen und Herren, stellt die Österreichische Volkspartei immer wieder gegenüber: Das Verlangen nach einem Steuerstopp, ja sogar nach einer Steuersenkung, eine Budgetkonsolidierung einerseits und auf der anderen Seite entsprechend Primat für die Wirtschaft und insbesondere für Mehrleistungen für die Wirtschaft, gleich ob industriell oder gewerblich oder im landwirtschaftlichen Bereich. Nun, beides in dieser Form zu verlangen, ist, so meine ich, unseriös, in sich widersprüchlich und zudem eine Irreführung der Bevölkerung. Mit dieser Vorgehensweise können wir uns sicher auch nicht anfreunden. Es wird daher unsere Aufgabe

sein, deutlich zu machen, wie wenig ernsthafte Politik eine einst so staatstragende Partei dann macht, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten in Wahrheit die gemeinsamen Kräfte auf allen Ebenen der Demokratie notwendig machen würden. *(Abg. Brandstätter: Dabei werdet ihr euch aber schwer tun!)*

Erinnern wir uns doch bitte daran, daß wir uns seit dem Jahre 1975 in der größten internationalen Wirtschaftskrise befinden, die es seit 1945 überhaupt gegeben hat. Erinnern Sie sich bitte daran, daß bis zum Jahre 1982 ein ständiger Zuwachs an Beschäftigten in Österreich zu verzeichnen war. Immerhin sind es 2,8 Millionen Menschen, die in Beschäftigung gestanden sind. Und erinnern wir uns daran, daß in diesem Zeitraum, nämlich von 1975 bis zum Jahre 1982, mehr als 30 Millionen Menschen im OECD-Raum arbeitslos geworden sind. Erst seit dem Jahre 1982 ist eine Verringerung zu unserem außerordentlichen Bedauern trotz unserer bisherigen Bemühungen auch bei uns hinsichtlich der Beschäftigung spürbar.

Aber immerhin war auch im Jahre 1983, meine Damen und Herren, im Durchschnitt der letzten neun Monate der Beschäftigtenstand 2 735 000 Menschen, also eine Zahl, die um etwa 330 000 höher liegt als die Zahl derer, die im Jahr 1970 in Beschäftigung gestanden sind.

Wenn das nicht eine Leistung der sozialistischen Regierung und der nunmehrigen sozialistisch-freiheitlichen Regierung ist, die wir hier, ohne zu beweihrauchern, als Faktum feststellen können, dann möchte ich wissen, was Sie in Wahrheit als Leistung bezeichnen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Sind die Selbständigen keine Arbeitskräfte?)*

Meine Damen und Herren! Im internationalen Vergleich haben wir trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer noch eine in etwa nicht einmal halb so hohe Arbeitslosigkeit wie andere Industriestaaten, obwohl wir von denen viel mehr abhängen, als dies umgekehrt der Fall ist. *(Abg. Dr. Zittmayr: Sind die Selbständigen keine Arbeitskräfte?)* Wir haben die Selbständigen in keiner Weise als „Nichtarbeitskräfte“ oder als „Arbeitskräfte“ bezeichnet *(Abg. Dr. Zittmayr: Das sind auch Erwerbstätige!)*, wir nehmen sie selbstverständlich als Erwerbstätige zur Kenntnis, und es hat auch niemand behauptet, daß diese etwa nicht ihre Arbeitsleistung im Rahmen der österreichischen Wirtschaft entsprechend

Egg

gebracht haben. So sieht die Tatsache aus, auch wenn Sie es anders darstellen wollen.

Noch etwas in diesem Zusammenhang zur Problematik der Bewältigung der Arbeitslosigkeit, die ja nicht nur Aufgabe der Bundesregierung und des Parlaments sein kann, sondern die auch Aufgabe der gesamten Wirtschaftsunternehmen in Österreich ist, und es gehört dazu, daß auch Länder und Gemeinden mit ihren vorhandenen Mitteln in ihren Wirtschaftsbetrieben eine entsprechende Politik machen, die eine möglichst großzügige Beschäftigung von Menschen sicherstellt.

Bis jetzt wurde das im allgemeinen, wenn man von geringfügigen Ausnahmen absieht, und in Zusammenarbeit mit allen Parteien und über die Parteien hinaus im Interesse Österreichs gemacht. Und das ist ja letztlich die Grundlage dafür, daß es uns in Österreich heute noch trotz aller Schwierigkeiten wesentlich besser als in vergleichbaren anderen Ländern geht.

Trotzdem muß ich hiezu bemerken, daß es gerade in schwierigen Zeiten notwendig wäre, die bisher bewährten Instrumentarien dieser Zusammenarbeit über die politischen Gremien hinaus noch stärker zu aktivieren, um gemeinsam die auf uns zukommenden Aufgaben zu lösen.

Ihre Aussagen anlässlich der Klubtagung der Österreichischen Volkspartei lassen allerdings dazu wenig Hoffnung übrig. Wir haben trotz der internationalen Rezession bisher einen Wachstumsvorsprung gegenüber anderen Staaten, wir können feststellen, daß Österreich, verglichen mit anderen Ländern, immerhin an zweiter Stelle in der internationalen Wirtschaftsentwicklung steht und daß die Kreditwürdigkeit Österreichs nicht schlechter, sondern besser geworden ist. (Abg. Ing. Dittrich: Das stimmt sicher nicht!)

Und da mit einer Propagandaformel zu kommen, Herr Kollege Dittrich, die da lautet: weniger Staat und mehr Marktwirtschaft, das ist eine Vorgangsweise, die in dieser absoluten Art sicherlich nicht akzeptiert werden kann. Wo soll denn weniger Staat sein? — Etwa im sozialpolitischen Bereich, in dem die USA Veränderungen negativer Natur vorgenommen haben? Etwa in jenem Bereich, in dem die Bundesrepublik Deutschland Veränderungen vorgenommen hat, vielleicht, wie Graf selbst geäußert hat, mit Verzicht auf eine Urlaubsverlängerung, mit Verzicht auf die Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit bis einschließlich 1987?

Meine Damen und Herren! Diese Regierung wird weniger Staat nur dort akzeptieren, wo es um Verwaltungsvereinfachung geht, wo es um eine bessere Förderung der Produktivität geht, wo daraus die Möglichkeit entsteht, mehr Menschen zu beschäftigen und das soziale Netz auch für die Zukunft zu erhalten und sicherzustellen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ihre Version würde aber bedeuten, daß weniger Staat zwangsläufig auch weniger soziale Verantwortung ist, und diesen Weg sind wir in dieser Form nicht bereit mit Ihnen zu gehen.

Ich möchte aber auch einige Bemerkungen hinsichtlich der Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Budget machen.

Wir stellen immer wieder fest — und das ist wieder sicher eine gemeinsame Aussage —, daß eine leistungsfähige Wirtschaft auch für die Zukunft Voraussetzung für die Sicherstellung der Beschäftigung in Österreich und für weitere gesellschaftspolitische Fortschritte ist. Wenn wir uns das Budget durchsehen, dann können wir entgegen den Äußerungen des Kollegen Gassner feststellen, daß es eine wesentlich höhere direkte Wirtschaftsförderung des Bundes gibt, als dies im Jahr 1980 der Fall war. Während es im Jahre 1980 11,5 Milliarden Schilling waren, die insgesamt als direkte Wirtschaftsförderung aufgebracht wurden, sind es für das Jahr 1984 immerhin schon 17 Milliarden Schilling, also ein beträchtlicher Betrag, den die Wirtschaft zur Ankurbelung, zur Verbesserung der Konkurrenzsituation erhält. Damit sind auch die Investitionsausgaben des Bundes stärker gestiegen als der Realzuwachs insgesamt gesehen.

Es ist sicher bedauerlich, daß im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung ein Teil der Ausgaben deswegen steigt, weil auch die Zahl der Arbeitslosen in Österreich in einer Steigerung begriffen ist und die Maßnahmen, die wir dagegen setzen, nicht zur Gänze durchschlagen können, weil es auf Grund der internationalen Entwicklung die Möglichkeit hiezu, selbst dann, wenn wir alle finanziellen Mittel ausschöpfen würden, nicht gibt.

Aber wir haben in diesem Bereich auch für das Jahr 1984 2,8 Milliarden Schilling vorgesehen, um auf dem Sektor der Schwerpunktprogramme, der Förderungsprogramme im arbeitsmarktpolitischen Bereich entsprechend elastisch und wirkungsvoll arbeiten zu können.

Egg

Sicher liegen auch diesmal die Schwerpunkte der Ausgaben im Bereiche der sozialen Sicherheit. Sie betragen 1984 immerhin 114 Milliarden Schilling gegenüber 102 Milliarden Schilling im Jahre 1983. Allein in der Sozialversicherung ist damit eine Steigerung von 6 Milliarden Schilling auf 43 Milliarden Schilling vorgesehen. Bei einem durchschnittlichen Stand von 2 691 000 Pflichtversicherten in unserem Lande beträgt der Stand der Pensionsempfänger 1 578 000 Menschen.

Trotz dieses relativ ungünstigen Verhältnisses war es möglich, die Einkommenssituation der älteren Menschen im Durchschnitt sehr wesentlich anzuheben. Immerhin ist real seit dem Jahre 1974 die Durchschnittspension um 32 Prozent gestiegen. Das ist auch eine Leistung, die sicher nicht auf eine schlechte Wirtschaft, die sicher nicht auf eine schlechte Politik in Österreich zurückzuführen ist, sondern auf eine Politik, die ausgewogen die Notwendigkeiten und die Zweckmäßigkeiten dieses Landes nicht nur erkannt, sondern auch in entsprechende Gesetze und Aktivitäten umgesetzt hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich sage dabei schon wiederum Überflüssiges, wenn ich darauf hinweise, daß wir auch für den Bereich der Pensionen der Selbständigen natürlich solidarisch gehandelt haben, denn immerhin steigen die Zuschüsse des Bundes im ASVG-Bereich für das Jahr 1984 um etwa 7,3 Prozent und im Bereich der Pensionsanstalten der Selbständigen um 17,6 Prozent.

Ich glaube, wir können als Sozialdemokraten dieses Landes, wir können als neue Regierung zweifellos stolz darauf sein, daß diese solidarische Haltung mit allen älteren Menschen zu einem solchen Ergebnis geführt hat. *(Abg. Dr. Zittmayr: Was seid ihr jetzt: Sozialisten oder Sozialdemokraten?)* Ob wir uns, Herr Kollege Zittmayr, als „Sozialisten“ oder als „Sozialdemokraten“ bezeichnen, ist dem Inhalte nach sicherlich im Rahmen einer Budgetdebatte nicht ausschlaggebend. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, wir wollen auf jeden Fall den Menschen das Leben erleichtern in allen Bereichen, insbesondere den ärmeren Menschen in unserem Lande. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn es uns in den letzten Jahren gelungen ist — nämlich seit dem Jahre 1971 —, die Lebenserwartung in Österreich immerhin im Schnitt um drei Jahre zu erhöhen, so bedeutet auch das eine gute Politik, die sich im Budget 1984 entsprechend fortsetzen wird.

Natürlich haben wir im Bereiche des sozialen Kapitels einigermaßen sparen müssen im Hinblick auf die finanzielle Situation. Wir haben eine Reihe von Leistungen so modifiziert, daß sie für den Bund Einsparungen ergeben und doch im sozialen Bereich keine Verschlechterungen zur Folge haben.

Wir haben darüber hinaus im Rahmen der Budgetkürzungen dafür gesorgt, daß nicht bei den sozial Schwächsten gekürzt wird. Und es werden sicher meine Kollegen des sozialistischen Parlamentsklubs anschließend noch auf Details in diesem Bereich eingehen.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, müßte klar sein, daß wir zwar gemeinsam in guten Zeiten wirtschaftliche Fortschritte und Erfolge erzielt haben und sozialpolitische Verbesserungen zu erreichen vermochten, und in diesen gemeinsamen Zeiten Sie als Oppositionspartei alles getan haben, um in diese Verdienste auch als Österreichische Volkspartei miteinsteigen zu können.

Sie haben es in den Vordergrund gestellt, wenn Veränderungen in der Landwirtschaft positiver Natur durchgesetzt werden konnten, Sie haben es in den Vordergrund gestellt, wenn im Rahmen der Pensionen Verbesserungen durchgesetzt werden konnten, Sie haben die Ergebnisse im wirtschaftlichen Bereich kommentiert mit dem Hinweis, daß Ihre Tätigkeit und Ihre Aktivitäten als Oppositionspartei in dieser Richtung erst die Voraussetzungen dafür geschaffen hätten.

Und nun, in weniger guten Zeiten, meine Damen und Herren von der ÖVP, versuchen Sie das alles zu vergessen, zu negieren und versuchen, die volle Verantwortung der Sozialistischen Partei oder, wie jetzt, der sozialistisch-freiheitlichen Regierung aufzubürden.

Das ist weder für Sie als Oppositionspartei noch für die Demokratie schlechthin empfehlenswert und zweckmäßig. Sie können sich aus der Mitverantwortung nicht befreien, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, weil Sie zum ersten einen großen Teil der Gesetze, die in diesem Hause beschlossen worden sind, mit uns gemeinsam beschlossen haben.

Zum zweiten haben Sie darüber hinaus in sechs Landesregierungen die Mehrheit, entscheiden dort sehr weitgehend in Österreichs wirtschaftlichen und anderen Bereichen mit. Sie haben die Verantwortung in vielen Städten und Orten unseres Landes, Sie haben

maßgebliche Positionen in den Interessenvertretungen.

Ich bedaure deshalb um so mehr, daß Abgeordneter Graf als Repräsentant einer solchen Interessenvertretung eine derartige quasi totale Opposition auch in diesem Bereich anzukündigen beliebte.

Vorrangiges Ziel muß trotzdem — und wir werden es auch dann tun, wenn es Ihnen nicht behagt — im Sinne unserer Wirtschaft und Budgetpolitik sein, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze erreicht werden kann, daß die bestehenden möglichst weitgehend erhalten werden können und daß das soziale Netz in unserem Lande im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher aufrecht erhalten werden kann.

Wir sind überzeugt, daß diese Ziele mit dem Budget 1984 und mit unserer gemeinsamen Arbeit mit allen Österreicherinnen und Österreichern auch tatsächlich erreicht werden können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.25

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Dittrich. Ich erteile es ihm.

12.25

Abgeordneter Ing. **Dittrich** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Erste Lesung zum Anlaß nehmen, zum Budget 1984, aber auch zum gesamten wirtschaftlichen Rahmen einiges zu sagen.

Mein Vorredner, aber auch der Abgeordnete Braun haben wieder festgestellt, es bestehe für sie überhaupt kein Grund, keine Ursache, kein Anlaß, sich zu überlegen, ob man nicht doch da und dort einen anderen Kurs, einen anderen Weg einschlagen sollte. Und ich beziehe mich auch auf die Aussage des Herrn Bundeskanzlers, daß die Wirtschafts- und Budgetpolitik dieser sozialen Koalitionsregierung nun so sei, daß es dazu keine Alternative gebe. — Meiner Meinung nach eine ungeheure Fehleinschätzung und eine Selbstüberschätzung.

Für mich als Unternehmer, meine Damen und Herren, bedeutet das, daß Ihr „Produkt“, das Sie erzeugen, so vollendet und einmalig ist, daß Sie gar keine Überlegungen anzustellen haben für weitere Entwicklungen für die Zukunft, und ich sage Ihnen, da sind Sie am besten Weg, das Produkt über kurz oder lang nicht mehr verkaufen zu können. *(Beifall bei*

der ÖVP.) Das an die Adresse aller jener, die diese These vertreten.

Ich bin auch persönlich enttäuscht gewesen über die Äußerungen des Klubobmannes Wille, der gemeint hat, die ÖVP versteht unter „Kurswechsel“ ausschließlich das Hinein in die Bundesregierung. Das zeigt uns, meine Damen und Herren, daß Sie offensichtlich auch in dieser so schwierigen Phase nicht bereit sind, auch nur auf Argumente, auf Diskussionen einzugehen. Sie wollen sich damit offensichtlich nicht beschäftigen.

Und ich möchte heute und hier versuchen, Beispiele aufzuzeigen, daß es sehr wohl Alternativen gibt.

In der Budgetrede zum Budget 1984 bekennt sich die Bundesregierung zu einer aktiven Budgetpolitik, die Problemen nicht aus dem Wege geht. Tatsächlich, meine Damen und Herren, wurden keine Probleme gelöst, denn wo ist denn etwa das große Einsparungskonzept? Von dem ist weit und breit nichts zu sehen. Unsere Alternative dazu: Mehr Mut zu weniger Staat, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Budgetpolitik, die Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt. Durch neue Steuerbelastungen ist dies sicherlich nicht erreichbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denken Sie doch alleine an die Problematik der Mehrwertsteuer. Hier werden, das steht doch fest und das ist unwiderruflich, 14 Milliarden Schilling dem Konsum entzogen. Denken Sie an die Unternehmerschaft, bitte, wie schwierig sie es haben wird mit der Umwälzbarkeit der Mehrwertsteuer, die etwa zu schwach 70 Prozent möglich sein wird. Es wird auf alle Fälle negative Auswirkungen haben, es wird zu Umsatzrückgängen kommen, und was bedeutet das? — Das bedeutet, daß die kaum vorhandenen Investitionen noch weniger werden.

Das Steuersystem ist nach wie vor leistungsfeindlich, und Sie sprechen soviel davon, daß für die Wirtschaft erste Impulse enthalten sind in der Größenordnung von Milliarden Schilling.

Ja, meine Damen und Herren, es sind etwa im Paket 3 Milliarden Schilling für die Wirtschaft enthalten, aber an Belastungen 14 Milliarden Schilling. Und Sie dürfen doch glauben und annehmen, daß die Selbständigen und die ... *(Abg. Weinberger: Sie wider-*

Ing. Dittrich

sprechen sich! Vorher haben Sie gesagt, die Konsumenten müssen das bezahlen!) Nein, nein! Die zusätzlichen Belastungen — das hat mit der Mehrwertsteuer — Herr Abgeordneter, Vorsicht! —, das hat mit der Mehrwertsteuer überhaupt nichts zu tun. Es sind weitere 14 Milliarden Schilling Belastungen für die Wirtschaft drinnen, und Sie wollen das so verkaufen, die armen Unternehmer oder die Unternehmer: die werden das schon nicht „überziehen“ und „überbringen“. Glauben Sie mir, die „überziehen“ das. Die 3 Milliarden sind ein Aufwand, leider. Er wäre ein vernünftiger Ansatz gewesen, wäre nicht auf der anderen Seite eine Belastung von 14 Milliarden Schilling zu buchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vor allem müssen wir, glaube ich, sehr klar feststellen, daß für die Wirtschaft die Maßnahmen mehr als ungenügend sind, aber — das ist das Betrübliche dabei — die Klein- und Mittelbetriebe sind davon kaum oder gar nicht erfaßt.

Ich kann Ihnen für den Wiener Raum sagen: In Wien sind von den über 60 000 Unternehmen mit rund 100 000 Beschäftigten über 90 Prozent Klein- und Mittelbetriebe. Das heißt, dieses Gros an Unternehmungen fällt im Budget 1984 vollkommen durch den Rost, also für die Klein- und Mittelbetriebe ist kaum bis nichts enthalten.

Wie ist nun die Situation tatsächlich? Meine Damen und Herren! Es werden viele von Ihnen auch anlässlich des Weltpartages Gelegenheit gehabt haben, mit unseren Bankern zu diskutieren. Tatsache ist, daß die Bankinstitute überliquid sind. Warum? — Weil es keine Investitionen gibt, schon gar nicht Investitionen auf dem privatwirtschaftlichen Sektor. Beträchtliche Ausleihungen finden lediglich in Richtung Staat und verstaatlichter Industrie statt. Wir haben enorme Rückgänge bei den Spareinlagen; das September-Ergebnis ist bekannt, das Oktober-Ergebnis, inklusive dem Weltpartag, sagt folgendes aus, und zwar laut Sparkassenverband: Oktober 1983, inklusive Weltpartag, ein Plus von 700 Millionen, Oktober 1982, inklusive Weltpartag, 3,1 Milliarden, wir haben also nicht einmal ein Viertel dessen. Beim Bankenverband schaut die Situation noch wesentlich schlechter aus.

Wir sind davon überzeugt, daß sich die gleiche Entwicklung im November beziehungsweise Dezember ergeben wird, vor allem werden die auszuzahlenden Remunerationen fast zur Gänze in den Konsum gehen. Ich bin davon überzeugt, sie werden nicht auf den

Spareinlagensektor gehen. Untersuchungen, die wir erst in den letzten Tagen angestellt haben, signalisieren uns sehr deutliche Vorgriffkäufe etwa in den Branchen Autohandel, Elektro, Hi-fi, Leder, Möbel, Haus- und Küchengeräte. Wir befürchten daher, daß es mit Jahresbeginn 1984 für den Handel zu einer sehr schwierigen Situation kommen wird, noch wesentlich schwieriger als damals, als die 30prozentige Luxusmehrwertsteuer eingeführt wurde.

Warum ist es denn zu dieser Situation bei der Spareinlagenentwicklung gekommen? — Meine Damen und Herren von der SPÖ, durch Ihre monatelange sinnlose Diskussion um die Sparbuchsteuer! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie behaupten immer wieder, es gäbe keine Alternative zu Ihrer Politik. Bitte unsere Alternative dazu: Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas und Schaffung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Wir sind eben der Meinung, der Staat hat nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, aber zu wirtschaften hat ausschließlich die Wirtschaft selbst. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Noch einmal, obwohl Sie es nicht gerne hören: Mehr Mut zu weniger Staat!

Meine Damen und Herren! Bei den Investitionen ist es heute so, daß heute jeder Banker ersucht: Bitte, brauchen Sie nicht Geld für allfällige Investitionen, da am Privatsektor kaum Investitionen durchgeführt werden. Warum? — Weil einfach eine derartige Verunsicherung um sich gegriffen hat, die viele Unternehmungen — Herr Finanzminister, glauben Sie mir! — fast an den Rand der Resignation führen. Glauben Sie denn, es ist eine Motivation für einen Unternehmer, wenn er fast wöchentlich, ja täglich von neuen Überlegungen, Belastungen und Ankündigungen hört?

Erst gestern, nachdem ein paar Tage Ruhe war, hat der Herr Sozialminister wieder von der „Maschinensteuer“ und ähnlichen Überlegungen zu reden begonnen. Meine Damen und Herren! Das ist für uns unverständlich.

Es kommt natürlich auch eine hausgemachte Komponente dazu, und dazu, Herr Bundesminister, unsere Alternative: sofortige Abschaffung der Investitionssteuer. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Denn wenn ein Unternehmer in einer so schwierigen Situation schon bereit ist, Investitionen durchzuführen und er etwa zehn Millionen Schilling an Krediten aufnimmt, so muß er 800 000 S unverzüglich an den Fiskus abliefern. Das ist ein sehr bedeutender Kalkulationsfaktor, der auch

Ing. Dittrich

eine große Rolle spielt. Also wieder ein Beweis dafür, daß es sehr wohl Alternativen gibt. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Das scheint der Finanzminister nicht zu wissen, denn er schaut so ungläubig! — Abg. Dr. Zittmayr: Das ist noch vor seiner Zeit passiert, da war er noch Gesundheitsminister!*)

Bei dieser Gelegenheit ein paar Worte zur Lehrlings- und Jugendsituation. Bei den Lehrlingen ist es uns im vergangenen Jahr gelungen, die Probleme soweit zu lösen, daß alle vermittelbaren jungen Menschen Arbeitsplätze gefunden haben. 1983 sind wir auf dem besten Weg, obwohl die Situation heuer nicht besser geworden ist, weil die wirtschaftliche Lage ja schwieriger war, und zum zweiten, weil es eine hausgemachte Diskriminierung des Sozialministers gegeben hat.

Wir Unternehmer versuchen seit vielen Jahren — das mit Erfolg, das kann niemand wegdiskutieren —, unsere Kollegen zu ermuntern, zu ersuchen: Du hast bisher zwei Lehrlinge ausgebildet, bleibe bei diesen zwei beziehungsweise überlege dir, ob du einen zusätzlichen Lehrling ausbilden kannst, für den bekommst du dann aus der Wiener Lehrplatzförderungsaktion 1000 S im Monat oder 12 000 S per anno, oder nach der nationalen Aktion 2 000 S im Monat.

Der Herr Sozialminister ist jedoch nur bereit, für Wien 1 000 S zu bezahlen, hingegen ist er bereit, für alle anderen Bundesländer 1 500 S zu bezahlen, wenn weitere 1 000 S von der Arbeiterkammer, Handelskammer und vom Land aufgebracht werden. Also eine deutliche Diskriminierung Wiens, das möchte ich nur nebenbei bemerken.

Auf der anderen Seite jedoch gibt der Sozialminister verstaatlichten Betrieben für Lehrlinge 7 000 S im Monat oder 84 000 S per anno. Bitte erklären Sie mir, welche Motivation es da für unsere Leute geben soll, mehr Lehrlinge auszubilden. Das ist ein unvorstellbares Unrecht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir werden sicher solange keine Ruhe geben, solange diese Diskriminierung nicht abgeschafft ist. Unsere Alternative dazu — es gibt Alternativen —: Gleichbehandlung der privaten mit der verstaatlichten Wirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen jetzt zwei Zahlen aus der Praxis nennen: Sie von der SPÖ haben mit 1. 1. 1978 die 30prozentige Luxusmehrwertsteuer eingeführt. In der Branche Gold-, Silberschmiede und Juweliere

hatten wir bis zum Jahre 1977 in Wien — bitte nur in Wien, das müssen Sie dann hochrechnen auf ganz Österreich — im Schnitt über 180 Lehrlinge; 1982 ganz wenig über 100. Daß heißt, Sie von der SPÖ reduzierten durch die Belastung dieser Branche die Anzahl der Lehrlinge um 42 Prozent. Bei den Kürschnern hatten wir bis 1977 immer um die 100 Lehrlinge, 1982 hatten wir 70; eine Reduktion von 30 Prozent. Was sagen Sie dazu? Ist das eine arbeitspolitisch richtige Entscheidung? Ist Ihre Politik richtig, was die Beschäftigung betrifft? Sollten Sie sich doch nicht auch damit beschäftigen? Und ist das nicht ein Beispiel, wo man sagen muß: Es ist nicht alles schlecht, was die Österreichische Volkspartei bringt? Man muß sich doch auf damit beschäftigen. (*Abg. Köck: Alles eh nicht, aber vieles!*) Ach, nicht alles. Bitte, Kollege, das ist sehr freundlich, das ist ein Zugeständnis.

Ich meine: Das sind doch Zahlen, 42 Prozent minus, 30 Prozent minus. Damit muß man sich doch ernstlich beschäftigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denken Sie an die Gold-, Silberschmiede und Juweliere! Sie haben 1978 mit einem Umsatzminus von 50 Prozent gearbeitet und das nur knapp und sehr zögernd. Sie liegen noch immer unter den damaligen Umsätzen.

Wenn Sie, Herr Kollege, die Umsätze im südbayrischen Raum, also im Gebiet an der salzburgisch-tirolischen Grenze kennen, so wissen Sie, daß es dort Steigerungen von 30 Prozent gegenüber den Umsatzsteigerungen im Gesamtbereich der Bundesrepublik gab. Also daran kann man erkennen, daß die Leute hinüberfahren und dort den Schmuck kaufen.

Ich glaube daher, Herr Finanzminister, daß gerade in dieser Gruppe die Luxusmehrwertsteuer Ihnen nichts oder vielleicht weniger eingebracht hat als vorher die normale, abgesehen davon, daß viele junge Menschen keine Ausbildung mehr kriegen und viel weniger Menschen insgesamt in dieser Branche beschäftigt sind. Das Verhältnis ist noch ärger als minus 40 Prozent und minus 30 Prozent; ich habe leider nicht die genauen Zahlen da.

Meine Damen und Herren! Nun zur Jugendbeschäftigung: Die zuletzt bekanntgewordenen Zahlen sind alarmierend, kein Zweifel. Man hört jetzt natürlich immer wieder von einem Jugendeinstellungsgesetz. Was mich aber so bedenklich stimmt: Man will sich offenbar an das Invalideneinstellungsgesetz

Ing. Dittrich

in irgendeiner Form anlehnen. Und ich möchte doch all jenen, die solche Thesen vertreten, klipp und klar sagen: Durch ein Zwangseinstellungsgesetz werden Sie erstens keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen, und zweitens: Alle Überlegungen, die Wirtschaft zusätzlich zu belasten, etwa mit einem Abschöpfungsbetrag, gehen daher daneben, weil die Wirtschaft gar nicht mehr in der Lage ist, zusätzliche Belastungen zu verkraften, weil sie auch nicht in der Lage ist, die hier schon beschlossenen Belastungen, die mit 1. Jänner in Kraft treten, überhaupt zu verkraften.

Unsere Alternative dazu: Schaffen Sie Rahmenbedingungen, damit die Wirtschaft wieder Gewinne machen kann, dann wird die Wirtschaft zu Investitionen kommen, und dann wird die Wirtschaft in der Lage sein, auch den jungen Leuten wieder Arbeitsplätze in den Betrieben zur Verfügung zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So lange dieses Steuersystem so leistungsfeindlich ist, so lange die Wirtschaft nicht in der Lage ist, entsprechendes Risikokapital zu bilden, solange wird es wirtschaftlich nicht aufwärts gehen; unsere Alternative dazu, meine Damen und Herren: Führen Sie die Betriebssteuer ein! Das heißt steuerlich differenzierte Behandlung der entnommenen und nicht entnommenen Gewinne.

Damit käme die Wirtschaft nämlich wieder in die Lage, Risikokapital zu sammeln, Risikokapital, wie es eben für Investitionen notwendig ist.

Der Herr Bundeskanzler hat bei der letzten Begründung einer dringlichen Anfrage durch unseren Dr. Schüssel, in einer wirklich ausgezeichneten Rede mit sieben Thesen, darüber Klage geführt, daß sie so negativ belastet war. Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen versichern, daß wir sofort alles Positive begrüßen, und es mit vertreten werden, wann wir nur Positives erkennen und sehen können. Aber solches ist leider im Budget 1984 nicht erkennbar.

Ich glaube, es wäre gut, wenn Sie sich doch mit unseren Alternativen beschäftigten. Wir Unternehmer sind in diesem Staat eine Minderheit, aber eine Minderheit, die gerade in den vier vergangenen Jahrzehnten sehr wohl ihre Tüchtigkeit, ihre Einsatzbereitschaft, aber auch ihre Opferbereitschaft bewiesen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben unseren Teil dazu beigetragen.

Verlassen Sie daher Ihre These, es gebe keine Alternative! Dann würden wir uns, glaube ich, sehr rasch näherkommen. In uns finden Sie dann einen Partner, der auch ja zu Opfern sagt, aber nur zu solchen Opfern, die sinnvoll sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{12.45}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

^{12.45}

Bundesminister für Finanzen Dr. **Salcher**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Dittrich hat eben gemeint, die Bundesregierung sei nicht bereit, auf Argumente einzugehen. Das hat mich veranlaßt, mich jetzt zu Wort zu melden, um mich mit ÖVP-Behauptungen auseinanderzusetzen, die im Zuge der heutigen Debatte, im Zuge der Diskussion über die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, in den letzten Tagen gebracht wurden.

So hat ein ÖVP-Abgeordneter gemeint, wir stünden vor einer neuen Belastungswelle und das füge sich lückenlos an eine Entwicklung an, die so zu kennzeichnen sei, daß eine Belastungswelle der anderen folgen würde. Ich darf in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß wir per 1. Jänner 1982 und per 1. Jänner 1983 beträchtliche Steuersenkungen durchgeführt haben, die sich in einer verstärkten Kaufkraft infolge dieser Steuersenkungen niederschlagen. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Es ist doch unsinnig, Steuern zu sparen!)* 1982 ergab das 9 Milliarden Schilling, 1983 16 Milliarden Schilling, insgesamt also in diesen letzten beiden Jahren eine Steuersenkung von 25 Milliarden Schilling.

Ich erwähne das deshalb, weil ich nach Betrachtung der Budgetsituation eigentlich einer solchen Steuerermäßigung gegenüber sehr vorsichtig hätte auftreten müssen. Andererseits waren wir aber der Auffassung, daß eine vorsichtige Einkommenspolitik für die Vertretung der Arbeiterkammern und des ÖGB nur dann möglich sei, wenn wir auf der anderen Seite steuerliche Maßnahmen setzten.

Der Abgeordnete Dittrich hat dann weiter gesagt, wir hätten ein leistungsfeindliches Steuersystem. Ich würde den Herrn Abgeordneten Dittrich dringend ersuchen, sich bei seinem Parteifreund Strauß in München eine Untersuchung zu besorgen, eine Untersuchung des bayrischen Finanzministeriums über einen internationalen Vergleich der

Bundesminister Dr. Salcher

steuerlichen Wirtschaftsförderung, jener steuerlichen Maßnahmen, die wirtschaftsfreundlich sind. Aus dieser Untersuchung könnte er ersehen, was diese wirklich positiven internationalen Vergleiche aufzeigen: Österreich hat in der indirekten Wirtschaftsförderung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und gegenüber vielen anderen Staaten einen Vorsprung. Darüber sollte man hier im Parlament auch diskutieren.

Herr Abgeordneter Dittrich hat auch gemeint, er werde sofort positive Maßnahmen begrüßen, wenn es nur solche gäbe. Ich habe da sehr, sehr gut aufgepaßt. Er hat nichts begrüßt. Damit er aber einige positive Maßnahmen begrüßen kann, möchte ich — ohne Wertung — einen Katalog jener steuerlichen Maßnahmen aufzählen, die im Maßnahmenpaket enthalten sind:

Erhöhung der steuerfreien Rücklagen vom nicht entnommenen Gewinn.

Freibetrag für Zinsen von 7 000 S auf 10 000 S erhöht.

Verlängerungsprämie für das Bausparen.

Senkung der Mehrwertsteuer für Kürschnerreparaturarbeiten.

Senkung der Mehrwertsteuer für Filme.

Hinzurechnungsbeitrag für Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer für den Gewerbebeitrag reduziert, Freibetrag erhöht. Die Landwirtschaft hüllt sich in Schweigen, obwohl wir den Vorsteuerabzug, den pauschalierten Vorsteuerabzug für die Landwirtschaft von 8 auf 10 Prozent erhöht haben. (*Abg. Dr. Zittmayer: Höchste Zeit!*) Sie sagen: Höchste Zeit! Aber Sie hätten ja auch in der Diskussion erwähnen können, daß das so positiv abgehandelt wurde.

Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in drei Jahresetappen, Senkung der Vermögensteuer und des Erbschaftssteueräquivalents für Betriebsvermögen, Senkung der Mineralölsteuer für Flüssiggas, Einführung eines Grenzgänger-Absetzbetrages, Verbesserung der Absetzbarkeit für Krankenversicherungsbeiträge von Grenzgängern, Valorisierung der Tages- und Nächtigungsgelder, Erhöhung der Grenze für den amtswegigen Jahresausgleich von 100 000 auf 120 000 S, Verlängerung des Strukturverbesserungsgesetzes und so weiter und so fort.

Meine Damen und Herren! Wenn man eine

objektive Diskussion führt, dann muß man das auch von seiten der Opposition zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Dann behauptet die Opposition, es gebe einen neuen Steuerrekord, und übersieht dabei, daß die Steuerquote des Jahres 1984 nach diesen Maßnahmen ebenso hoch sein wird wie 1981, daß also die relative Belastung mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, 1984 nicht höher sein wird als 1981.

Vielleicht muß ich Ihrer Erinnerung etwas dadurch auf die Sprünge helfen, daß ich den berühmten Koren-Paukenschlag mit den steuerlichen Maßnahmen von 1984 vergleiche. Damals — 1969 — hat man steuerliche Maßnahmen vorgesehen, die Mehreinnahmen im Ausmaß von 8,1 Prozent der Abgaben gebracht haben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) 1984, Herr Abgeordneter Dr. Blenk, ist die entsprechende Verhältniszahl hoch genug, das gebe ich zu, aber immerhin nur 5,1 Prozent.

Ein weiteres Argument der ÖVP ist, man hätte eine verantwortungslose Budgetausweitung betrieben. Ich habe hier vor mir eine Ausarbeitung von Professor Knapp liegen. Er hat die Budgetausweitung in einzelnen Ländern in der Zeit von 1980 bis 1982 untersucht und in Vergleich dazu gesetzt — ein solcher Vergleich ist wichtig und notwendig — das nominelle Wirtschaftswachstum, die relative Veränderung des Bruttoinlandsproduktes.

Wir kommen zu folgenden Zahlen, einschließlich 1982: In den Vereinigten Staaten betrug von 1980 bis 1982 die Budgetausweitung 45,4 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt wuchs nominell um 26,8 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland betrug die Budgetausweitung 21,6 Prozent, das nominelle Wachstum war 14,6 Prozent. In Österreich betrug die Budgetausweitung 29,4 Prozent bei einem nominellen Wachstum von 24,2 Prozent.

Wenn man diese beiden Zahlen miteinander verbindet, so heißt das: In den Vereinigten Staaten betrug die relative Budgetausweitung 169 Prozent des Wachstums, in der Bundesrepublik Deutschland 148 Prozent und in Österreich 121 Prozent. Diese Fakten muß man zur Kenntnis nehmen.

Alle ÖVP-Redner waren sich darin einig, daß Österreich eine erfolglose Wirtschaftspolitik betrieben hätte, daß wir nicht den bisher so „erfolglosen“ Weg fortsetzen sollten. Ich

Bundesminister Dr. Salcher

habe mir beim Zuhören überlegt, wie man denn den Erfolg der Wirtschaftspolitik beweisen sollte, wenn nicht durch einen internationalen Vergleich, durch einen Vergleich, was andere Länder unter denselben weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wirtschaftspolitisch zustande gebracht haben. Und ich glaube schon, daß die Österreichische Volkspartei solche internationale Vergleiche nicht gern sieht. Die Zahlen, die ich nennen werde, geben auch Aufschluß darüber, warum das so ist. (*Abg. Dr. König: Fangen wir mit der Schweiz an!*) Fangen wir mit der Schweiz an, lieber Herr Abgeordneter König: In der Schweiz sind von 1970 bis 1983 205 000 Arbeitsplätze verlorengegangen, und wir in Österreich haben im Vergleich zu 1970 um 344 000 Arbeitsplätze mehr. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Diesen Vergleich, meine Damen und Herren, stellen wir gerne an!

Zum Abgeordneten Gassner möchte ich sagen, man sollte den Vergleich anstellen, daß wir sagen, die Arbeitslosenrate in Österreich ist halb so groß wie in den anderen europäischen Industriestaaten der OECD im Durchschnitt. Das war nicht immer so, denn in der ÖVP-Zeit war die Arbeitslosenrate in Österreich höher als die Arbeitslosenrate in den europäischen OECD-Staaten, und das sollte man auch einmal aussprechen.

Zum Wachstum werde ich noch kommen. Ich möchte jetzt nur anmerken, daß wir ein durchschnittlich höheres Wachstum haben als die europäischen OECD-Staaten. Daß wir zu den preisstabilsten Ländern der Welt zählen, wird nicht einmal von der Opposition bestritten.

Die Bundesinvestitionen, heute stark kritisiert, sind seit 1970 ständig stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt. Das nominelle Wachstum der Bundesinvestitionen ist also immer größer gewesen als das Wirtschaftswachstum. Auch diese Fakten müßte man anerkennen.

Ich habe einen Vergleich angestellt, der sehr wichtig ist für die Beurteilung, ob die Ausweitung der Finanzschuld aus — wie mein Staatssekretär Bauer sagt — Jux und Tollerei gemacht wurde oder ob da reale Hintergründe bestehen.

Folgenden Vergleich bitte ich anzuerkennen: Seit 1970 ist die Finanzschuld — bis Ende 1984 sehen wir die Vorschau mit, weil wir ja das Budget 1984 besprechen — um 429 Milliarden Schilling gestiegen. In dieser Zeit haben wir allein 651 Milliarden Schilling an

Bundesinvestitionen getätigt; die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und ähnliches rechne ich da nicht ein. Allein dieser Vergleich zeigt, daß Österreich, daß die Republik Österreich in der Zeit seit 1970 reicher geworden ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Über den Schilling hier zu diskutieren erübrigt sich, denn ich hoffe, daß die Opposition wenigstens die Erfolge der österreichischen Währungspolitik anerkennt. Der Schilling zählt zu den härtesten Währungen der Welt.

Schließlich müssen wir uns auch mit der Leistungsbilanz befassen. Ich habe noch die Worte der Opposition im Ohr, denn im Jahre 1981 wurden mir immer wieder Vorwürfe etwa folgenden Inhalts gemacht: Die Leistungsbilanz sei so katastrophal schlecht, das Leistungsbilanzdefizit sei so hoch, daß es beinahe existenzbedrohend für die Republik wäre, und der Finanzminister stehe da und handle nicht.

1982 haben wir erstmalig seit vielen Jahren eine aktive Leistungsbilanz zustande gebracht. 1983 wird das wieder so sein, und auch 1984, also drei Jahre hintereinander. Aus welchen Gründen immer, aber einer dieser Gründe muß herausgehoben werden: Das ist zurückzuführen auf das Können, auf den Fleiß der Österreicherinnen und Österreicher!

In einer Zeit des zurückgehenden Welthandels, in einer Zeit, in der der Welthandel zumindest stagniert, haben wir unsere Exporte verstärkt, ist unser Welthandelsanteil gestiegen! Meine Damen und Herren, das spricht doch für die Wirtschaft und das spricht doch für die Wirtschaftspolitik und nicht dagegen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Einige Oppositionsredner haben gemeint, heute ginge es den Österreichern schlechter als je zuvor. Und auch da ein Gegenbeweis, der deshalb zulässig sein muß, weil er auf unwiderlegbaren Zahlen beruht: Das reale Bruttoinlandsprodukt ist seit 1970 um 90,3 Prozent gestiegen. In die Alltagssprache übersetzt heißt das: Das österreichische Einkommen insgesamt ist heute real — da haben wir die Preissteigerungen schon ausgeklammert — beinahe doppelt so hoch wie 1970. Das müßte man doch auch anerkennen!

Dann sprechen Sie von der ÖVP über die Pensionen, über die Pensionisten. Sie möchten da in der älteren Generation Unruhe verbreiten. (*Abg. Dr. Blenk: Für Unruhe sorgen Sie genug!*) Auch dazu eine Vergleichszahl, die Sie nicht widerlegen können, Herr

Bundesminister Dr. Salcher

Dr. Blenk — mit Zwischenrufen sicher nicht. Ich habe 1974 als Vergleichsjahr genommen, um aufzuzeigen, was sich zur Zeit der internationalen Rezession in der österreichischen Sozialpolitik ereignet hat. Würde ich den Vergleich ab 1970 nehmen, wären die Vergleichszahlen noch viel eindeutiger. Aber seit 1974 haben sich die Richtsätze für die Ausgleichszulagenempfänger, also für die Pensionisten mit geringstem Einkommen, um 45 Prozent real erhöht, also um 45 Prozent mehr erhöht, als inklusive Preissteigerungen anzunehmen war. Bei den Pensionisten, die nicht Ausgleichszulagenempfänger sind, hat sich eine reale Pensionserhöhung von 32 Prozent ergeben.

Ich gebe Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, einen Rat. Ich spreche gerne mit älteren Menschen — das sollten Sie auch tun —, weil ich auf Erfahrung Wert lege, weil ich eine große Hochachtung vor jener Generation habe, die den Wiederaufbau Österreichs zustande gebracht hat. Ein Volk, das für die ältere Generation einiges übrig hat, ist ein Volk, das eine humane Gesellschaft hat. Wenn man mit diesen Leuten redet, die so viel für dieses Land getan haben, so sagen sie immer folgendes: Diese Belastungen sind nicht angenehm für uns, aber eines sagen wir Ihnen, Herr Finanzminister, und zwar sehr gerne: Uns ist es noch nie so gut gegangen wie jetzt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Einer der ÖVP-Redner hat von der „Aushöhlung“ der Finanzhoheit der Bundesländer gesprochen; auch darauf muß ich eine Antwort geben. Wir haben, wie es der § 5 des Finanzausgleichsgesetzes befiehlt, die steuerlichen Maßnahmen, die ab 1. Jänner 1984 wirksam werden sollen, mit den Ländern und mit den Gemeinden eingehend besprochen. Bei diesen Verhandlungen habe ich einen Vorschlag unterbreitet. Die Finanzausgleichsmasse wird jetzt für die Länder und Gemeinden größer. Der Herr Abgeordnete Peter hat sehr deutlich gesagt: Allein aus der Mehrwertsteuer erhalten Länder und Gemeinden mehr als 3 Milliarden Schilling.

Es wäre nun an der Zeit, das Finanzausgleichspaktum umzusetzen in der letzten noch offenen Frage, in der Landesumlage. Ich habe den Vorschlag gemacht, man sollte diese vermehrte Finanzausgleichsmasse dazu verwenden, die Landesumlage zur Gänze abzuschaffen oder zumindest zu reduzieren und 1 Milliarde Schilling für einen interkommunalen Ausgleich zugunsten der kleinen Gemeinden mit einer niedrigen Finanzkraft vorzusehen. Das wurde nicht zuletzt durch den Präsi-

denten des Österreichischen Gemeindebundes, durch den Präsidenten des Niederösterreichischen Landtages Reiter abgelehnt, weil man sich innerhalb des Gemeindebundes über die Aufteilung der Gelder aus einer wegfallenden Landesumlage nicht einig ist.

Wir, die Finanzausgleichspartner, haben beschlossen, diese Frage weiterzubehandeln.

Das zweite, was besprochen wurde, ist die Frage einer Abgeltung für die Gemeinden für den Ausfall an Gewerbesteuer vom Gewerbekapital. Wir haben uns geeinigt — es gab keinen Zwang für die Länder, sondern das war die Einigung zweier gleichberechtigter Finanzausgleichspartner —, den Gemeinden für diesen Ausfall 140 Millionen Schilling zu geben: 70 Millionen der Bund und 70 Millionen die Länder. Das ist beinahe der gesamte Ausfall, wenn man mit berücksichtigt, daß der Wegfall der Gewerbekapitalsteuer in der ersten Rate erst bei den Steuererklärungen 1984 im Jahre 1985 voll wirksam sein wird und die Verringerung der Vorauszahlungen sicher nicht die vollen 200 Millionen ausmachen wird.

Da hat mir ein Mann für die Verhandlungsführung, für diesen Vorschlag gedankt, ein Vorschlag, der ein tragfähiger Kompromiß sei. Es war dies ein Mann, der in den Reihen der Opposition, so hoffe ich, hohes Ansehen genießt: Verhandlungsleiter für die Länder war nämlich der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, Stellvertretender Bundesparteiobermann der ÖVP, der in dieser konkreten Frage das Paktum mit dem Bundesminister für Finanzen abgeschlossen hat.

Zu den Ausführungen des Kollegen Gassner möchte ich sagen: So verstehen wir den kooperativen Bundesstaat, daß wir miteinander reden, daß wir uns dann über Parteigrenzen hinweg einigen. So verstehen wir den kooperativen Bundesstaat, daß, wenn irgend etwas an regionalpolitischen Notwendigkeiten zu erfüllen ist, Bund und Land gemeinsam vorgehen. Das habe ich in der Landespolitik so gelernt, und das möchte ich in der Bundespolitik so fortsetzen.

Es ist dann vom Abgeordneten Graf von Investitionskürzungen gesprochen worden. Meine Damen und Herren! Ich komme mit dieser Äußerung nicht zurecht, denn auf Seite 264 des Arbeitsbehelfes, der ja jedem Abgeordneten zugegangen ist, ist ein Vergleich der Investitionen — Budget 1983 und Budget 1984 — enthalten. 1983 ist eine Investitionssumme des Bundes von 66,6 Milliarden Schilling vor-

Bundesminister Dr. Salcher

gesehen, 1984 68,2 Milliarden Schilling. Man kann also von einer Verminderung, schon allein aus diesen Zahlen, nicht reden.

Man müßte eine Reihe von Sonderfinanzierungen im Straßenbau mit berücksichtigen, denn dann käme man auf die richtige Zahl, insbesondere dann, wenn man den Arbeitsmarktförderungsaufwand zusätzlich betrachtet, der 1984 nahezu 3 Milliarden Schilling ausmachen wird.

Man muß sich auch von der Wirtschaft her überlegen, daß die direkten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die aus dem Budget bezahlt werden, und die indirekten steuerlichen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen im Jahre 1984 30 Milliarden Schilling ausmachen. Das darf man doch nicht wegdiskutieren!

Diese Maßnahmen insgesamt bezeichnen Sie von der ÖVP als „Belastungspaket“. Es ist richtig: Es sind steuerliche Maßnahmen vorgesehen; aber gleichzeitig habe ich Ihnen schon den Katalog der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen, der wirtschaftsfreundlichen Entlastungsmaßnahmen aufgezählt. Gleichzeitig haben unsere Redner darauf hingewiesen, wie sehr wir bei den Einsparungen vorangekommen sind. Dieses Einsparen ist ein permanenter Prozeß. Weil ich den Herrn Präsidenten Derfler vor mir sehe muß ich sagen: Ich weiß, daß etwa im Bereich der Landwirtschaft Sparmaßnahmen sehr schwer durchzusetzen sind.

Wir haben zusätzlich budgetschonende Investitionsanreize gegeben: 10 000 Wohnungen im Sonderwohnbauprogramm, Verlängerungsprämie für die Bausparkassen, die zweimal 5 Milliarden Schilling für den privaten Wohnbau bringen. Wir haben den Umweltfonds geschaffen, wir haben mehr für die Regionalpolitik eingesetzt, mehr für Betriebsansiedlung und mehr für die Forschung.

Wir haben auch den sozialen Ausgleich nicht vergessen: Eine einmalige Zahlung von 1 000 Schilling je Kind für das dritte und jedes weitere Kind einer größeren Familie. Wir haben für die Ausgleichszulagenempfänger und für die Empfänger der Notstandshilfe 300 Millionen Schilling zusätzlich vorgesehen.

Dann kommt der Abgeordnete Gassner und meint: Die Wirtschaftsforschungsinstitute bewerten den arbeitsplatzvernichtenden Effekt der steuerlichen Maßnahmen mit 30 000. — Auch dazu ein offenes Wort: Wenn es richtig ist — und es ist richtig —, daß eine

expansive Budgetpolitik mit einer Vermehrung der Staatsausgaben Arbeitsplätze sichert, zusätzliche Arbeitsplätze schafft, dann muß es ebenso richtig sein, daß eine Restriktion Arbeitsplätze gefährdet.

Weil das so ist, haben wir diese positiven Ergänzungsmaßnahmen gesetzt. Weil das so ist, haben wir über budgetschonende Aktivitäten zusätzliche Investitionsanreize gesetzt. All diese Punkte konnten die Wirtschaftsforschungsinstitute am 22. September noch nicht wissen, weil das Budget erst am 19. Oktober hier in diesem Haus vorgestellt wurde.

Aber selbst unter Berücksichtigung dieses Nichtwissens über diese Maßnahmen — das neue Wissen wird zu einer Korrektur führen müssen — frage ich mich: Woher haben Sie denn diese 30 000 gefährdeten Arbeitsplätze? — Ich habe mir die Unterlagen geholt während der Rede des Abgeordneten Gassner. Das WIFO meint — ohne Berücksichtigung der positiven Maßnahmen, die das ja kompensieren —, es seien 9 000, und das Institut für Höhere Studien meint, es seien 19 000. Da ist noch ein großer Abstand zu den 30 000! Warum nehmen Sie denn diese 30 000 Arbeitsplätze, die angeblich vernichtet werden, in den Mund, obwohl die Wirtschaftsforschungsinstitute nicht davon reden? — Es gibt doch nur eine Annahme, die sehr wahrscheinlich ist: Sie sprechen von einem guten Wirtschaftsklima und tun alles, um die Bevölkerung zu verunsichern.

Über den Anteil der anderen Gebietskörperschaften — Länder, Gemeinden — wurde bereits gesprochen. Aber die politische Verantwortung für die Einhebung dieser verbundenen Abgaben trägt der Bund, vor allem der Finanzminister. Aber ich habe heute noch nicht gehört, daß allein für die Spitäler und für den Wasserwirtschaftsfonds aus diesen Maßnahmen ½ Milliarde Schilling jährlich mehr zur Verfügung steht.

So möchte ich doch auch einige Fragen andiskutieren, die von der Opposition hier sehr einseitig dargestellt wurden.

Man hat das Wirtschaftswachstum betrachtet und gemeint, eine Katastrophe liege vor. Ich habe eine Untersuchung, die in 5-Jahres-Abständen das Wachstum betrachtet: Von 1960 bis 1964, von 1965 bis 1969, von 1970 bis 1974, von 1975 bis 1979 und von 1980 bis 1983. Auch da eine ganz interessante Aussage aus dieser Untersuchung, ein Phänomen, das ich die Opposition zu erklären bitte, wenn sie sagt, diese Wirtschaftspolitik sei so schlecht:

Bundesminister Dr. Salcher

Von 1960 bis 1964 und von 1965 bis 1969 ist das Wachstum in Österreich geringer gewesen als in den europäischen OECD-Staaten. Von 1970 bis 1974 – und ich bitte, diese Zäsur genau zu betrachten –, von 1975 bis 1979, von 1980 bis 1983 war das österreichische Wirtschaftswachstum höher als das Wachstum in den OECD-Staaten.

Es war gut, daß der Kurswechsel eingetreten ist im Jahr 1969, denn seitdem ist diese Umkehrtendenz festzustellen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es wäre verlockend, nun eine Steuerdiskussion mit dem Abgeordneten Dittrich zu führen. Ich habe mit Wirtschaftstreibenden im Kleinen Walsertal gesprochen. – Wir haben die 30 Prozent Mehrwertsteuer dort wegen der negativen Konkurrenzverhältnisse abgeschafft. – Ich habe die Leute dann im Gespräch gefragt – es waren nur Männer da, so daß ich sagen mußte –: Meine Herren, möchten Sie etwa das deutsche Mehrwertsteuersystem? – Und die Leute aus dem Kleinen Walsertal haben gesagt: Um Gottes willen, nein, denn für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft ist der ermäßigte Steuersatz ein ungeheurer Konkurrenzvorteil gegenüber dem deutschen System. – Das muß auch einmal gesagt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich weiß schon, daß in der öffentlichen Diskussion die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie von 13 auf 20 Prozent stark kritisiert wird. Auch in den Reihen sozialistischer Gewerkschafter. Das ist richtig so, denn es könnte ja nicht sein, daß alle Maßnahmen einer Steuererhöhung so ausgewogen sind, daß sie niemand kritisieren kann. Aber einige Punkte auch dazu.

Vom Preis her gesehen: Im Falle einer vollen Überwälzung ist das eine Preiserhöhung von 6,2 Prozent. Ich habe mir von den Wiener Stadtwerken den durchschnittlichen Stromverbrauch für Wiener Haushalte geben lassen. Durchschnittliche Stromrechnung pro Monat 291 Schilling, Mehrkosten aus dieser Erhöhung pro Monat für Strom in Wien 18 Schilling monatlich. Damit nicht aus dieser Erhöhung eine Weltuntergangsstimmung abgeleitet wird!

Wir haben uns bemüht, eine Energieverbrauchsabgabe zu konstruieren, daß unabhängig vom Energiepreis, der ja in Österreich unterschiedlich ist, jede verbrauchte Energie-Einheit gleichmäßig belastet wird. Das wäre

im Sinne einer regionalen Gerechtigkeit sicher gut gewesen.

Wir mußten das, Herr Abgeordneter Graf, aus einem Grund unterlassen: Die österreichische Exportwirtschaft hätte nämlich nicht die Chance gehabt, diese Energieverbrauchsabgabe im Falle des Exportes refundiert zu bekommen. Das widerspräche internationalen Vereinbarungen. Bei der Mehrwertsteuer ist das anders. Deshalb sind wir bei dieser zweitbesten Lösung geblieben, weil eine Energieverbrauchsabgabe sehr, sehr schwere Konsequenzen, nachteilige Folgen für unsere Exportwirtschaft hätte.

Aber ich wäre als Finanzminister fehl am Platz, würde ich nicht dieser Mehrwertsteuererhöhung für Energie einen Appell anfügen, auch wenn jetzt die Energiepreise angeblich international sinken. Ich glaube, das ist nur eine vorübergehende Tendenz.

Jeder, der in diesem Staate politische Verantwortung trägt, würde besser jedem einzelnen Verbraucher sagen: Bitte mehr Energie sparen, bitte alternative Energien, bitte Energiesparprogramme durchsetzen – und das Energiekonzept ist in der Schlußphase der Ausarbeitung bei uns –, damit wir vielleicht den dritten Erdöl-Preisschock besser überstehen als den ersten und den zweiten!

Dazu anfügen möchte ich noch, daß unsere Wirtschaftspolitik international ganz anders beurteilt wird als von der Opposition hier im Haus. Bei der diesjährigen Tagung der Weltbank und des internationalen Währungsfonds in Washington sind die Teilnehmer sehr interessiert auf jene Wirtschaftszeitungen gestoßen, die gerade zu dem Zeitpunkt herausgekommen sind, und zwar Wirtschaftszeitschriften, die eher eine konservative Wirtschaftspolitik kreieren. „Eurom“ die eine und „Institutional Investor“ die andere. Da sind Ländervergleiche angestellt worden. Österreich ist von allen Ländern der Welt hinsichtlich der Bonität, hinsichtlich der Verlässlichkeit auf dem Geld- und Kapitalmarkt an zehnter Stelle. Wir waren vor zwei Jahren noch an elfter Stelle. Wir haben unsere Position verbessert. Im Vergleich zur vorletzten Bewertung im März 1983 hat Österreich bis zum September 1983, also in der jüngsten Entwicklung, die höchste Bewertungsverbesserung von allen Industriestaaten der Welt gefunden. Das kann doch kein Zufall sein, dieses Ergebnis! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es sind auch Untersuchungen geführt worden über die Beurteilung der wirtschaftlichen

Bundesminister Dr. Salcher

Entwicklung. Hier liegt Österreich nach Japan in all diesen Untersuchungen an zweiter Stelle.

Noch etwas Drittes muß ich anfügen: Da gehen manche Leute schwanger mit dem Argument, mit dem Triple A, dem Zeichen höchster Bonität Österreichs, sei es nicht sehr weit her. In der Zeit vor der Nationalratswahl wurde das öffentlich immer wieder diskutiert und verstreut, unabhängig davon, ob es unserem Land schadet oder nicht.

Das war der Anlaß, warum ich mich entschieden habe, eine Anleihe in den Vereinigten Staaten aufzulegen. Denn wer in den Vereinigten Staaten eine Anleihe emittiert, wird auf Herz und Nieren geprüft. Dieses Rating hat das Triple A, das Zeichen höchster Bonität, blendend bestätigt. Wenn wir die Konditionen anschauen: Kein Staat hat in den letzten sieben Jahren so gute Konditionen bekommen wie Österreich. Das ist auch ein Zeichen dafür, daß diese Wirtschaftspolitik nicht so schlecht sein kann. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Auf der Linie dieser Wirtschaftspolitik liegt nun die Budgetkonsolidierung. Wir müssen eine Grundlage schaffen, damit wir weiterhin eine aktive Beschäftigungspolitik machen können. Wir müssen den Policy-mix, den Einsatz aller Instrumente der Wirtschaftspolitik auf das Hauptziel Beschäftigungspolitik hin, einer Feinabstimmung unterziehen. Darum diese Maßnahmen.

Wenn es besser ausgeht, als die Prognostiker jetzt meinen, dann haben wir eine bessere Ausgangsposition, und wenn es schlechter sein wird mit der internationalen Wirtschaft, als man heute gemeinhin annimmt, dann ist das vorsorglich konsolidierte Budget 1984 schlechthin notwendig.

Wir werden die Einkommenspolitik und die Währungspolitik, die Preispolitik, die Steuerpolitik, die Budgetpolitik und die Strukturpolitik immer wieder aufeinander abstimmen müssen, wir werden das richtige Verhältnis finden müssen, denn die Weltwirtschaft ändert sich ja auch ständig. Wir müssen ständig reagieren.

Worauf sollen wir reagieren? — Auf die Wirtschaftsprognosen? Ich habe jetzt Gespräche gehabt, weil gerade die Österreich-Länderprüfung von beiden Institutionen durchgeführt wird, mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds und mit Vertretern der OECD. Beide Institutionen beurteilen die

österreichischen Wachstumschancen, die Arbeitslosenentwicklung und die Preisentwicklung wesentlich günstiger als derzeit das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut.

Herr Abgeordneter Dittrich! Wenn man Vergleiche anstellt und die OECD nimmt, dann muß man auch die Vergleiche mit der OECD für Österreich gelten lassen, und die schauen günstiger aus als jene des Wirtschaftsforschungsinstituts.

Aber trotz allem: Wenn von drei Möglichkeiten unterschiedlicher Beurteilung der Wirtschaft, des Wachstums, der Arbeitslosigkeit und so weiter und so fort eine auszuwählen war für das Budget, so habe ich mich für die schlechteste Vorhersage entschieden, damit man mir nicht den Vorwurf machen kann, ich hätte mich an allzu optimistischen Prognosen orientiert.

Hier stimme ich überein mit den Professoren aus allen wirtschaftspolitischen Lagern meines wissenschaftlichen Beirates, mit denen ich eine erste unstrukturierte, aber sehr intensive Diskussion geführt habe; Professoren, die auch glauben, man sollte auf die Prognose Dezember und auf die Entwicklung im Ausland warten, und dann wird es wahrscheinlich sein, daß wir zu besseren Vorhersagen kommen.

Ich möchte zum Schluß noch auf eines eingehen. Herr Abgeordneter Dittrich! Sie sagen, die Spareinlagen gehen zurück. Das ist nicht richtig. Die Spareinlagen gehen etwa in manchen Sparten in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Aber die Sparquote sinkt. Das heißt, die Zuwachsrate von einem Jahr auf das andere ist 1983 relativ niedrig.

Es ist auch richtig, daß die Leute langlebige Konsumgüter kaufen. Das ist aber ein Konjunkturmuster, das wir derzeit in allen Industriestaaten sehen: zurückgehende Sparquote, stärkere Investierung in langlebige Konsumgüter. Wenn Sie mir da recht geben — und Sie nicken ja mit dem Kopf —, dann müßte man doch einen anderen Schluß finden als die Zinsertragsteuer als monokausale Erklärung für diese Entwicklung!

Ich gebe Ihnen die wirtschaftspolitische Erklärung: Dieses Konjunkturmuster entspricht genau jenen Konjunkturmustern, die wir immer gehabt haben, bevor nach einer Talsituation in einer Wirtschaftsabsenkung ein neuer Aufschwung begann. Da sparen die Leute weniger, da gehen sie eher in langle-

Bundesminister Dr. Salcher

bige Konsumgüter hinein. Sie können das auch in Amerika und in der Bundesrepublik Deutschland sehen.

Zum Schluß eine Zusammenfassung: Ich bitte die Opposition – bei aller Kritik, die notwendig ist, bei aller Härte der Diskussion, die das Salz der Demokratie ist –, doch nicht an unwiderlegbaren Zahlen, an unwiderlegbaren Wirtschaftsdaten vorbeizusehen, die da zeigen: Ein Kurswechsel wäre schädlich für Österreich, wir sollten diesen Kurs fortsetzen! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 13.25

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Grabher-Meyer. Ich erteile es ihm.

13.25

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Gerade nach den drei Rednern der Österreichischen Volkspartei beziehungsweise der Opposition, die Sie bisher aufgebieten haben – und es werden sich in der Folge dann noch mehrere zitieren lassen –, eignet sich bei der Unterschiedlichkeit Ihrer Forderungen, bei der Unterschiedlichkeit der Bewertung, die Sie in Einzelfragen gegenüber diesem Bundesfinanzgesetz vorgenommen haben, ein Zitat von Goethe, der gesagt hat: „Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“

Präsident Dittrich, der als letzter der bisherigen ÖVP-Redner hier am Rednerpult war, hat ja wohl ein Beispiel dafür gegeben. Bei seiner Forderung: weiterer Ausbau von Steuern, muß man sich dann fragen: Ist das dann gespart? Ja, beim Wirtschaftstreibenden wäre vielleicht gespart, aber wenn die Bundesregierung dort, wo Sie es gesagt haben, was Sie als Überbegriff, als Lösung dieses Problems und als die andere Politik bezeichnen, nämlich im Bereich von 60 Milliarden Schilling Einsparungen vornimmt, dient dieses Konzept des Abgeordneten Dittrich wohl nicht sehr dazu, diesem Ziel näherzukommen.

Herr Präsident Graf! Sie haben in Ihrer Rede – mir scheint, es wird einem wirtschaftspolitischen Bauchladen bei Ihnen wahlweise entnommen, was einem paßt – gefordert, daß die Reduzierung von Subventionen zurückgenommen werden muß. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Auch das haben Sie gesagt, Herr Präsident. Es gibt halt Investitionen und Subventionen.

Herr Präsident! Wenn wir uns einigen können: Investitionen soll man zurücknehmen.

Wenn man Investitionen zurücknimmt, muß man fragen: In welchem Bereich soll man Investitionen zurücknehmen? Ich glaube, es waren doch Subventionen, Herr Präsident Graf. Es waren doch Subventionen, die Sie gemeint haben. Sie werden doch nicht geglaubt haben, wir sollen Investitionen zurücknehmen. Aus welchem Grund, Herr Präsident? (Zwischenruf des Abg. Graf.) Gut. Wenn es ein Mißverständnis war, dann soll es nicht zu einem Streit zwischen uns beiden führen. Es bieten sich viele andere Ansatzpunkte, viele andere Streitpunkte für eine Auseinandersetzung mit der Österreichischen Volkspartei als der Oppositionspartei.

Ich habe Ihnen gesagt, daß als Überbegriff für Sie die Sparmaßnahmen gestellt wurden. Sie haben dieses Maßnahmenpaket als Belastungspaket bezeichnet. Sie werfen dieser Bundesregierung vor, nicht in ausreichendem Maß Einsparungsmaßnahmen vorzunehmen, wie Sie das in Ihren sieben oder acht Thesen aufgezählt haben.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Man muß nur Ihre Politik vergleichen, von Gassner über Graf bis zu Dittrich, und dazu den Eiertanz hernehmen, den Sie in Ihrer Verstaatlichtenpolitik momentan aufführen. Denn es ist ein Eiertanz, wie soll man es sonst nennen, wenn man hier sagt: Wir sind gegen 16,6 Milliarden Schilling Finanzmittelzuführung zur verstaatlichten Industrie, unter der Voraussetzung, daß wir ein Strukturverbesserungskonzept erstellt haben. Wir sind hier im Parlament dagegen. – Im Bundesrat sind Sie für eine Förderung von 16,6 Milliarden Schilling, stimmen dem dort zu.

Meine lieben Freunde von der Österreichischen Volkspartei! Das nimmt Ihnen doch niemand mehr ab, daß das nicht ein Eiertanz ist! Das ist doch ein riesiger Eiertanz, wo es nur darum geht, mit dem Trick 17 beweisen zu wollen – ich weiß nicht, ob das ungehörig ist, Herr Präsident, ich glaube nicht, sonst würde ich sagen Trick 16, wenn es geht –: Wir sind für die verstaatlichte Industrie, aber weil es diese Koalitionsregierung beschließt, sind wir dagegen. Meine Damen und Herren! Hier sind Sie doch unglaublich, bis ins Mark hinein unglaublich, und diesen Eiertanz hat man Ihnen durchschaut! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)

Im Bundesrat werden wir nicht zustimmen und nicht ablehnen, hier sind wir außer Obligo, das wissen wir schon, Herr Kollege

1346

Nationalrat XVI. GP — 17. Sitzung — 9. November 1983

Grabher-Meyer

Steinbauer. Das werden Sie selbst tun. Wir sind auch froh, daß Sie diesen Eiertanz im Bundesrat allein aufführen müssen. Ich weiß nicht, wieweit Sie Ihre Landesobleute in der Steiermark, in Niederösterreich und in Oberösterreich beruhigen können. Wahrscheinlich können Sie es, denn es sind Leute, die leichtgläubig sind und glauben, die Menschen draußen sind auch so leichtgläubig.

Im Hinblick auf bevorstehende Arbeiterkammerwahlen muß man natürlich einige Tricks anwenden, ich gebe Ihnen schon recht. Es ist halt unangenehm, erstmalig zugeben zu müssen, daß dieser Finanzspritze, diesen Finanzzuwendungen für die verstaatlichte Industrie nun echt ein Konzept zugrunde liegt, wo halt die Österreichische Volkspartei wohl bei der Verfassung dieses Konzeptes mit involviert war durch ihre Manager, die sie in der verstaatlichten Industrie hat, aber ein Konzept, wo die Regierung sagt: Weil nun das Konzept von den Managern und den Personalvertretungen dort erstellt wurde, soll es auch von ihnen durchgezogen werden. Was die Österreichische Volkspartei daran stört, ist, daß sie keinen politischen Einfluß mehr nehmen kann auf das eine oder andere, darauf, ob die Walzstraße A im Betrieb B stillgelegt werden soll oder nicht. Hier verlangt die Österreichische Volkspartei, wir sollen das sagen. Wir sagen — weil Sie diese politischen Entscheidungen dann immer wieder rückgängig machen wollten —, hier sollen die Manager entscheiden, sie haben dieses Konzept erstellt. Das ist das, was Sie stört, das ist das, was Sie glauben macht, die Zustimmung hier nicht geben zu können und als Äquivalent im Bundesrat mit einem Trick 17 beweisen zu müssen, Sie seien doch für die verstaatlichte Industrie, weil halt Arbeiterkammerwahlen vor der Tür stehen.

Wir sind für Sparmaßnahmen in dem Bereich, wo Sparmaßnahmen bei der heutigen Konjunkturlage vertretbar sind. Bei aller Notwendigkeit, den Bundeshaushalt zu straffen, wird die Bundesregierung gut beraten sein, nur dort zu sparen, wo Kürzungen keine Einschränkung der Investitionen und der gezielten Wirtschaftsförderung zur Folge haben.

Die Bundesregierung bekennt sich insbesondere auch für den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft sowohl zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum als auch dazu, alle Tendenzen eines internationalen wirtschaftspolitischen Aufschwunges im Rahmen ihres konjunkturpolitischen Spielraumes zu verstär-

ken. Daher ist die Bundesregierung auch entschlossen, eine expansive Budgetpolitik dort fortzusetzen, wo es um die Belebung der Wirtschaft geht.

Das wieder in Frage zu stellen und zu sagen — so wie der Kollege Gassner nicht müde wurde, hier von einer anderen Politik zu sprechen —, daß das keine wirtschaftsbelebenden Maßnahmen seien, daß es hier die Bundesregierung verabsäumt hätte, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage einen anderen, neuen Weg zu gehen, einen für die Wirtschaft dienlichen Weg zu gehen: Ja, Herr Abgeordneter Gassner, haben Sie vielleicht den Katalog der wirtschaftsfördernden Maßnahmen zur Kenntnis genommen, den Ihnen beispielsweise nun der Bundesfinanzminister aufgezählt hat? Bedarf es wirklich jedes Redners hier von der Regierungskoalition, Ihnen dauernd wieder eine Aufzählung von wirtschaftsbelebenden, besonders der mittelständischen Wirtschaft nützlichen und in diesem Maßnahmenpaket vorgesehenen Maßnahmen zu wiederholen? Wir tun es, wir tun es ganz gern, warum auch nicht. Wir müssen uns dafür nicht schämen. Ich begreife natürlich, daß Sie es nicht sagen, und deshalb wiederholen wir es halt, auch wenn es Ihnen nicht paßt.

Der Herr Präsident Graf hat gemeint, dieses Maßnahmenpaket sei kein Konzept für die Wirtschaft, sei kein taugliches, kein wirtschaftsbelebendes Konzept, sondern es sei ein Belastungspaket statt ein Entlastungspaket.

Herr Präsident Graf! Was ist die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in drei Jahresetappen, beginnend mit Jänner 1984 bis zum Jahre 1986, wo zur Gänze die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft wird, ist das eine Entlastung oder ist es eine Belastung? Ich behaupte, es ist eine Entlastung! (*Beifall bei der FPÖ und SPÖ.*)

Ist es, Herr Präsident Graf, eine Belastung für die Wirtschaft, wenn der Freibetrag bei der Gewerbesteuer von 50 000 S auf 60 000 S angehoben wird? Ich behaupte, es ist eine Entlastung der Wirtschaft.

Ist es eine Entlastung oder eine Belastung, wenn die Reduktion der Vermögensteuer bei Unternehmen ab 1. 1. 1984 um 10 Prozent vorgenommen wird? (*Abg. Graf: Ein Pferd — ein Huhn! Wie bei der Pastete!*)

Sie sehen das so. Ich sage Ihnen, es ist eine Entlastung. Sie meinen, es ist eine Belastung.

Die steuerliche Verbesserung für nicht ent-

Grabher-Meyer

nommene Gewinne — auch eine Forderung, die Präsident Dittrich aufgestellt hat —, wo jetzt zur Erleichterung der Eigenkapitalbildung der Betriebe die Steuerbegünstigung für im Betrieb belassene Gewinne von Klein- und Mittelbetrieben von 15 auf 20 Prozent des Jahresgewinnes erhöht wird. Das sind Entlastungen, die der Wirtschaft helfen! Hier, von der ÖVP, wird gesagt, es ist ein Belastungspaket.

Die Förderung für die Klein- und Mittelbetriebe, wo zusätzliche Impulse zur Erschließung neuer Produktionen, zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Ausweitung der Investitionstätigkeit gesetzt werden, ist eine Entlastung und eine Hilfe für die mittelständische Wirtschaft.

Die Gründung einer Innovationsagentur ist eine Entlastung und eine Hilfe für Klein- und Mittelbetriebe. Sie zwingen uns, das dauernd zu wiederholen, weil Sie es nicht wahrhaben wollen, daß das so ist. Nun werden wir es so lange der Bevölkerung und so lange den Betrieben und den mittelständischen Unternehmungen sagen, bis es durchgedrungen ist. Wir werden das so lange wiederholen, bis es dort bis zum letzten durchgedrungen ist und jeder begreift, daß das Maßnahmen sind, die der Wirtschaft dienlich und nützlich sind, ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Und nun könnte man auch eine Reihe von Maßnahmen aufzählen, die wesentlich in diese Richtung gehen und die dazu helfen, daß die zugegebenermaßen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen wir uns befinden, von den Betrieben gemeinsam mit uns, mit der Regierung, bewältigt werden können. Wir werden in diese Richtung gehen. Die Richtung heißt mehr Freiheit, mehr Humanität, mehr Wohlstand, mehr Demokratie.

Wenn man mit uns darüber reden will, auch von der Oppositionspartei, dann kann man mit uns darüber reden. Wenn man in dieser Richtung mit uns arbeiten will, dann kann man reden, aber nicht auf eine Weise, daß man nur in der Öffentlichkeit erklärt, wir sind dafür, jedoch dann, wenn es um das Bekenntnis dazu geht, hier Aufkündigungen vornimmt, wie beispielsweise, indem man sagt: Wir sind für die wirtschaftliche Zusammenarbeit! — Wir haben von unserer Warte nichts aufgekündigt, keine Gemeinsamkeiten, die wir in der Wirtschaftspolitik gehabt haben. Aufgekündigt wurde bei der Klausurtagung der Österreichischen Volkspartei die Zusammenarbeit im Bereich der Handelskammern,

im Bereich der Bundeswirtschaftskammer. Dort wurde die Aufkündigung vorgenommen.

Ich war erstaunt, aber eigentlich dankbar, Herr Präsident Graf, daß Sie heute erstmalig etwas zugegeben haben, was bei meiner letzten Rede vor vierzehn Tagen, als ich vorgeworfen habe, daß der Herr Präsident Sallinger hier nicht von seiten der Wirtschaftstreibenden und nicht als Interessenvertreter am Rednerpult steht, sondern den ÖVP-Jargon wiedergibt, nur ein wehleidiges Aufschreiben in Ihren Zeitungen, aber auch hier im Plenum hervorgerufen hat. Heute haben Sie das klar gestellt. Selbstverständlich, haben Sie gesagt, so wie — ich bestreite es aber — der Arbeiterkammerpräsident oder der Gewerkschaftspräsident hier gleichermaßen als ÖVP- oder als SPÖ-Mann spricht.

Sie haben aber eindeutig hier den Bundeswirtschaftskammerpräsidenten Sallinger verteidigt und haben gesagt, selbstverständlich sei er ein ÖVP-Mann und spreche er wie ein ÖVP-Mann. Damit haben Sie zugegeben, daß meine Vorwürfe an Sallinger gestimmt haben. (*Abg. Graf: Ihre Vorwürfe sind völlig falsch, aber ansonsten halte ich aufrecht, was ich gesagt habe!*) Ich bin Wirtschaftstreibender, Herr Präsident Graf, und kann mich dann nicht mehr vertreten fühlen, ich kann mich von einem Wirtschaftskammerpräsidenten dann nicht mehr vertreten fühlen; ich würde mich im Burgenland, wo ich Gott sei Dank nicht bin, auch nicht vertreten fühlen von Ihnen (*Abg. Graf: Ich fühle mich durch Ihren Angriff auch nicht vertreten!*), wenn Sie ebenso denken.

Der Unterschied zwischen uns, Herr Präsident, ist nur, daß Sie mich zwingen, in der Bundeshandelskammer, den Landeshandelskammern und der Bundeswirtschaftskammer mit einem Zwangsbeitrag bei Ihnen Mitglied zu sein. Sonst würde ich nämlich austreten, wenn mein Interessenvertreter als politischer Agitator hier auftritt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Ich würde austreten. Ich kann es nur nicht. Das ist der große Unterschied zwischen uns. Ich habe die Wahl nicht. (*Abg. Graf: Es gibt andere auch...!*) Ich weiß mich mit vielen Wirtschaftstreibenden einig.

Wenn das stimmt, was der Herr Präsident Graf hier gesagt hat, wenn das stimmt, daß selbstverständlich der Bundeswirtschaftskammerpräsident Sallinger in erster Linie Parteimann ist, hier als Parteimann spricht und nicht als Interessenvertreter — ich hoffe, Präsident Sallinger wird das dementieren, denn bisher hat es nur Graf behauptet; oder

Grabher-Meyer

vielleicht wird es Schlüssel dementieren als letzter Redner zum heutigen Tagesordnungspunkt —, ja, meine Damen und Herren, dann ist es eine gefährliche Entwicklung. Dann muß man doch fragen, ob die Zwangsmitgliedschaft der Mitglieder dieser Kammer überhaupt noch aufrechterhalten werden kann oder nicht.

Denn bisher war es üblich, daß die Präsidenten, die dort hineingewählt wurden, in erster Linie Interessenvertreter waren und nicht Parteivertreter. Diese Entwicklung hier aufzuzeigen und so darzustellen, ist eine gefährliche Entwicklung, meine Damen und Herren, für die Wirtschaft und dient der Wirtschaft nicht.

Und deshalb verfährt man dann anscheinend auch so. Man verfährt in Aufkündigungen von Wahlbündnissen, die bisher der Wirtschaft gedient haben, die bisher den Streit aus der Wirtschaft, aus den Interessenvertretungen ferngehalten haben. Wenn das so ist, wenn das von der ÖVP so gewollt ist oder von einigen Scharfmachern — ich unterscheide immer noch in der ÖVP zwischen ÖVP-Politik und einigen Scharfmachern, die mehr und mehr zufälligerweise dem CV angehören —, wenn das so gewollt wird, dann soll man es sagen. Dann soll man aber nicht scheinheilig tun. Und dann muß man grundsätzlich darüber reden, ob es noch aufrechtzuerhalten ist, daß wir Zwangsmitglieder sein müssen bei einer Bundeswirtschaftskammer oder bei einer Handelskammer. Ich bestreite das dann in diesem Fall: Nein, dann bin ich dagegen.

Meine Damen und Herren! Es stimmt, es hat wie nie zuvor in der Geschichte ein Wirtschaftswachstum in den OECD-Ländern in den Nachkriegsjahrzehnten gegeben. Die Wirtschaft wuchs ständig und gewöhnte sich daran. Kaum verlangsamt sich das Tempo, beginnen ernsthafte Schwierigkeiten. Es steigen die Kosten, und es schrumpfen auch die Märkte. Dies sind die Folgen der vorherigen rasanten Expansion. Der Fortschritt von gestern wird zum Problem von morgen. Wir haben das anerkannt, meine Damen und Herren, wir haben dieser Realität Rechnung getragen. Wer dieser Realität nicht Rechnung trägt, ist die Österreichische Volkspartei in ihrer Oppositionsrolle.

Seit einiger Zeit lautet das Rezept: Exportorientiertes Wachstum. Dazu müßten Märkte in Schwellenländern auf dem Kreditweg geschaffen werden. Wir haben erlebt, wie die Zukunftshoffnung zum Gefahrenherd für das internationale Finanzsystem wurde. Ein Weg,

der lange Zeit begangen wurde, der heute nicht mehr Gültigkeit hat. Und die Gefahr ist noch lange nicht gebannt.

Es stimmt, der Arbeitsgesellschaft gehen die Arbeitsplätze — 35 Millionen Arbeitslose, wie sie sich darstellen — immer mehr verloren. Aber nach wie vor leben wir in einer Arbeitsgesellschaft. Sowohl das Einkommen als auch die gesellschaftliche Identität der einzelnen Menschen wird durch die Berufsarbeit bestimmt. Alle anderen Lebensbereiche wie Erziehung und Ausbildung, Freizeit und Ruhestand stehen mit der Arbeit in enger Wechselbeziehung.

Aber mit dem qualitativen und quantitativen Verfall der Arbeit geht ein wichtiger Eckwert unserer Gesellschaft verloren. Es stimmt, in den entwickelten Industrieländern haben viele jüngere Leute das untrügliche Gefühl, daß sie eine absteigende, bestenfalls stagnierende soziale Gruppe sind. Die Schule gibt ihnen nichts, Arbeit ist nicht vorhanden, die Familie funktioniert höchstens als Schlafgemeinschaft. Was bleibt, sind Fußball und Disco. Ja, und die Grünen, die gibt es auch noch.

Über die Umweltverschmutzung ist schon so viel Wahres gesagt worden, die Wirklichkeit ist vermutlich noch viel, viel schlimmer.

In einem solchen Zustand — egal, wohin man blickt, die wirtschaftspolitischen Aussichten sind trübe in diesem Zustand — hat die Freiheitliche Partei Mitverantwortung übernommen, ist sie erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik in eine Regierung mit eingetreten.

Wir konnten keine Wunder bewirken, wir haben das nie behauptet. Wir sind nicht jene Propheten, die immer wieder der Bevölkerung sagen, die Zeiten hätten sich nicht geändert, nur die Politik sei schlecht. Die Zeiten haben sich geändert, und die Politik muß sich ändern. Und wir haben eine andere Politik hineingebracht.

Wir bestreiten nicht, daß wir in den letzten 13 Jahren der sozialistischen Alleinregierung — und wir müssen es nicht verhehlen — offen Kritik geübt haben an der Politik, an vielen Bereichen, an vielen Maßnahmen, die dort gesetzt wurden, weil sie nicht den Wandel der Zeit nachvollzogen hat, weil sich die Politik nicht auf die geänderten Umstände eingestellt hat. Wir haben uns eingestellt.

Deshalb stimmt das Wort, das Rolf Dahren-

Grabher-Meyer

dorf geprägt hat: Wirtschaftlich schwierige Zeiten sind schlechte Zeiten für Liberale. — Warum auch nicht? Denn Liberale haben es im Gegensatz zu konservativer Politik an sich, die Wahrheit nicht zu verschweigen, Berichtigungs- und Lösungsansätze zu zeigen, auch wenn sie unpopulär sind. Wir haben nie verschwiegen, daß unpopuläre Maßnahmen notwendig sind, und wir haben sie auch gesetzt, aber auch die Maßnahmen, die im Bereich der Wirtschaft dringend notwendig waren. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Steinbauer. — Gegenruf des Abg. Ing. Hobl.)*

Und deshalb, meine Damen und Herren, sind wirtschaftlich schwierige Zeiten echt schwierige Zeiten für die Liberalen. Wir werden sie überwinden können. Wir werden das der Bevölkerung klarmachen können, und wir wissen ganz genau, daß der Zeitraum, in dem man Maßnahmen plant, bis zum Inkrafttreten von Maßnahmen der schwierigste für eine Regierung ist. Immer der schwierigste; mit 1. Jänner 1984 treten sie in Kraft, wird dieses Maßnahmenpaket in Kraft treten.

Die Bevölkerung wird sehr schnell erkennen, daß die positiven Maßnahmen bei diesem Maßnahmenpaket die negativen weit überwiegen. Bisher konnten Sie manchmal recht demagogisch in der Öffentlichkeit agieren und nur das Negative herausnehmen. Sie werden heute noch nicht müde, nur mit wechselweisem Erfolg, immer wieder zu betonen, wie Präsident Dittrich, daß die Zinsertragsteuer eine sehr schädliche Steuer, eine symptomatische Steuer der verfehlten Finanzpolitik der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung sei.

Ich weiß nicht, ob er manchmal auch die „Finanznachrichten“ liest, herausgegeben von Professor Horst Knapp, wo das Wirtschaftsprogramm der Österreichischen Volkspartei mit der Überschrift betitelt wird: Mehr als Phrasen? — Es werden dort diese acht Punkte, die mehr als einen Bauchladen der Wirtschaftspolitik darstellen, aufgezählt und dann kommentiert. Es heißt dort: Wie sich zeigt, hat Graf nicht zu viel versprochen; Präsident Graf nämlich, der heute schon am Rednerpult war. Er hat nämlich gesagt, diese Thesen bringen wirklich nichts Neues. Es stimmt. Dabei schreibt man noch sehr freundlich: Das allein muß ja noch nicht negativ sein.

Auf der anderen Seite werden gewisse Stehsätze zur Gefahr, so intensiv zu langweilen, daß nur mehr weggehört werden wird. Das ist sicher ein schlimmes Problem für eine

Opposition, die schon so lange keine Möglichkeit hat, ihre Ideen an der Realität zu erproben.

In diesem Kommentar wird dann auch gesagt, daß das früher von der Regierung geförderte Sparverhalten der Bevölkerung zum Gegenstand der Besteuerung von dieser Regierung gemacht wird. Auch das ist nicht unrichtig, schreibt man hier. Es bleibt allerdings auch hier die Frage offen, ob sich nicht gerade für die Wirtschaft, der sich die ÖVP doch verpflichtet fühlt, eine Belebung der Nachfrage äußerst günstig auswirkt.

Hier wird also bestimmt nicht von FPÖ-Seite, bestimmt nicht von der sozialistischen Seite eine Bewertung von Maßnahmen der Regierung vorgenommen, die in diesem Maßnahmenpaket sind, und es wird eigentlich in Frage gestellt, ob diese von der ÖVP geübte Kritik auch wirtschaftsfreundlich ist. Sie ist nämlich wirtschaftsfeindlich in vielen Bereichen.

Aber es wird auf Teufel komm raus Obstruktion gemacht, es wird gar nicht versucht, das Positive anzunehmen, und wenn Wirtschaftsvertreter von der Österreichischen Volkspartei herauskommen, dann ergeht man sich nur in Negativismus. Das ist die deutliche Linie des Herrn Generalsekretärs Graff, der diese Partei in relativ kurzer Zeit zu einer Neinsagerpartei umfunktioniert hat. Schade, daß nicht mehrere in der Österreichischen Volkspartei das schon merken. Zumindest wird dann, wenn man nicht klar nein sagt, herumgenörgelt, wie Klubobmann Peter bereits richtig festgestellt hat. Die Österreichische Volkspartei ist eine Nörglerpartei, der nichts mehr recht ist, die nirgendwo mehr positive Ansatzpunkte sehen kann, die sich außerstande sieht, auch nur einen einzigen... *(Abg. Kraft: ... eine Partei ohne Wähler!)* Herr Kollege Kraft, lassen Sie das meine Sorge sein. Wir werden für unsere Wähler schon sorgen. Wir werden Ihnen zeigen, daß wir wieder mehr Wähler haben können. Ich teile jedenfalls... *(Abg. Kraft: Die werden Ihnen nicht weiterhelfen können!)* Ich möchte meine Sorge mit Ihrer, wie Sie das Problem Ludwig in Niederösterreich in Zukunft überstehen werden, nicht eintauschen. *(Abg. Kraft: Da sind wir einer Meinung!)* Diese Sorge lasse ich Ihnen gerne. Ich habe lieber meine Sorge. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich würde an Ihrer Stelle nicht so sehr aufdrehen. Wissen Sie, Wähler kommen, Wähler gehen, auch bei Ihnen. *(Abg. Kraft: Bei uns kommen sie, bei Ihnen gehen sie!)* Und wehe, es gelingt Ihnen nicht, diese Affäre

Grabher-Meyer

Ludwig in Niederösterreich so glaubhaft zu bereinigen, daß Ihnen auch die Wähler das glauben können, und in diesem Punkt ist man sensibilisiert. Ich glaube, mit Beharren auf einer Immunität wird man den Fall nicht abschließen können. (*Abg. Kraft: Wäre das Ihr einziger Strohalm?*) Ich will Sie nicht warnen. Hoffentlich beharrt er auf seiner Immunität, dann werden Ihnen jedenfalls die Wähler zuhauf davonlaufen, weil das läßt sich der Bürger nicht mehr gefallen. (*Abg. Kraft: Wäre das Ihr einziger Strohalm?*) Nein, das ist kein Strohalm für mich, das ist für Sie nur ein guter Rat, sich etwas mehr um Ihre eigenen Probleme zu kümmern. Die Probleme, die wir haben, werden wir schon selbst bewältigen, Herr Kollege Kraft, dazu brauchen wir Ihre Hilfe bestimmt nicht und auch nicht Ihre fortwährende Nörgelei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den unternehmerischen Interessenvertretern gar nicht unterstellen, daß sie ihre Mitglieder in der Richtung informieren, daß man jetzt mit einem Krisengeschrei die Investitionsneigung zurückstellen soll, daß schlechte Zeiten für 1984 bevorstehen, daß dieses Maßnahmenpaket wirtschaftsfeindlich sei und es deshalb nicht gerade ratsam sei, investiv tätig zu sein.

Ich will es ihnen nicht unterstellen, obwohl man fallweise —, wenn man in Publikationen der Interessenvertreter, besonders jene, die von den Handelskammern und von der Bundeswirtschaftskammer unterstützt werden, liest, manchmal das Gefühl hat, als ob hier der Vater des Gedankens die Absicht gewesen wäre, damit die Österreichische Volkspartei zu unterstützen, indem man die These aufstellt, es werde für 1984 schlecht ausgehen, und als ob man der Mithilfe der Wirtschaft bedürfe, um diese These zu untermauern, um Ihre Nörgerei und Ihre Rolle als Neinsagerpartei zu unterstreichen.

Hier müßte die Wirtschaft Investitionen zurücknehmen, hier müßte man sich weigern, zu investieren, damit Ihre Prognose eintrifft. Zur Untermauerung Ihrer Prognose müssen anscheinend ihre Interessenvertretungen, wie sie ja heute ganz deutlich vom Präsidenten Graf reklamiert wurden, mithelfen, damit diese negative Prognose schlußendlich 1984 auch aufgeht. Wenn Sie so weitermachen, meine Damen und Herren der ÖVP, dann schaffen Sie es vielleicht, daß die internationale Wirtschaftskrise auch bei uns Einzug halten kann. Die Vorgangsweise, wie Sie das machen, nennt man dann Self-fulfilling-prophecy. Ich würde Ihnen dann vielleicht noch

als ein Schlagwort anempfehlen, etwas so lange zu prophezeien, die Wirtschaftsvertretungen aufzufordern, das zu unterstützen, bis Ihre Prophezeiungen wahr werden, um diese Regierung auf die Seife steigen zu lassen.

Wir werden dem entgegenwirken!

Ich muß Sie fragen: Wie halten Sie es mit Ihrer Rolle als staatstragende Partei? Wie steht es mit Ihrem Selbstverständnis für die Zukunft, wenn nur noch auf die Weise agiert wird, daß wirtschaftspolitische Zusammenarbeit aufgekündigt wird? Haben Sie vor, Ihr bisheriges Rollenbild an den Nagel zu hängen?

Wir hier im Hause haben das Recht, das zu wissen, und die Bevölkerung draußen auch. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wir regieren in sechs Bundesländern!*) Sagen Sie es ihnen! Sie stimmen in Hinkunft gegen die verstaatlichte Industrie. Sagen Sie das! Aber machen Sie nicht diesen Trick 17 und diesen Eiertanz, hier nein zu sagen, im anderen Haus drüben ja zu sagen. Sie müssen uns sagen, ob Sie Ihre bisherige Rolle an den Nagel hängen wollen. Wir haben das Recht, das zu wissen.

Leistung und Kreativität sind aber auch Tugenden, die in der öffentlichen Verwaltung in verstärktem Maße gebraucht werden. Das Dienst- und Besoldungsrecht trägt diesem Umstand noch nicht voll Rechnung.

Wir Freiheitlichen werden deshalb in Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner versuchen, das Leistungs- und Kreativitätspotential im öffentlichen Dienst zu aktivieren und besser als bisher auszuschöpfen. Auch hier gibt es Einsparungsmaßnahmen und Leistungsanreize, die unseren Grundvoraussetzungen, wie wir die Politik in der Regierung machen wollen, entgegenkommen, nämlich daß sich Leistung wieder lohnen soll. Die wirtschaftlichen Maßnahmen im Maßnahmenpaket haben uns jedenfalls recht gegeben, daß sich in Hinkunft Leistung und Kreativität wieder vermehrt auch in der Wirtschaft lohnen werden.

Bei aller gebotenen und wirtschaftspolitischen Vorsicht — der Herr Finanzminister hat das auch schon gesagt — kann man davon ausgehen, daß das Jahr 1983 für Österreich kein schlechtes Jahr ist. Das Bruttoinlandsprodukt wird real um mindestens ein Prozent wachsen, das bedeutet, Österreich liegt damit um ein halbes Prozent über dem Durchschnitt der kleinen Industrieländer. Die Verbraucherpreise werden um 3,2 Prozent im Jahre 1983

Grabher-Meyer

steigen, wodurch der Eckzinssatz seit langem wieder über der Inflationsrate liegt. Diese gute Nachricht ist den Sparern anscheinend noch nicht voll bewußt geworden, was sicher zum Teil auf die mangelnde Berichterstattung in den letzten Monaten zurückgeführt werden kann.

Die Verbraucherpreissteigerung wird auf der ganzen Welt nur von Japan, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden unterboten. Trotzdem verhehlen wir unsere Besorgnis nicht im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Der seit 1981 anhaltende Rückgang der Beschäftigung und der offenen Stellen bei gleichzeitigem Eintreten geburtsstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben birgt eine Fülle von Gefahren für die österreichische Wirtschaft, aber auch für das gesamte demokratische Gemeinwesen in sich.

Diesen negativen Teil und Trend abzuschwächen und vielleicht zum Stillstand zu bringen, wird eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik sein müssen. Aber nicht die staatliche Wirtschaftspolitik, nicht das Bundesbudget allein, meine Damen und Herren, darf dazu herangezogen werden. Ein Fehler der Vergangenheit lag ja genau darin, daß dem Bund die Hauptverantwortung für einen funktionierenden Arbeitsmarkt angelastet und aufgebürdet wurde. Daß dem Bund diese Last langsam zu schwer wird, ist den Budgetdaten der letzten Jahre abzulesen.

Jeder einzelne Betrieb, jeder einzelne Unternehmer, jeder einzelne Manager, jeder Interessenvertreter innerhalb seines Wirkungsbereiches hat die Pflicht, krisenfeste Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und dafür zu sorgen, daß ein Klima herrscht, das auch Vertrauen in diese Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik schafft. Der Staat kann und soll hilfreiche Begleitmaßnahmen setzen, nicht mehr und nicht weniger.

Die Budgetsituation des Jahres 1983 zeigt, daß sich in den letzten Jahren sowohl positive Wirtschaftsentwicklungen — gute Ernten beispielsweise — wie auch negative Wirtschaftsentwicklungen — beispielsweise Arbeitslosigkeit — belastend auf das Bundesbudget niedergeschlagen haben. 1983 erreichten wir den Höhepunkt dieser verfahrenen Entwicklung. Es wird voraussichtlich Mehrausgaben von 10,7 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 13,9 Milliarden Schilling geben, wodurch das Bruttodefizit auf rund 99 Milliarden Schilling ansteigen wird.

Wir haben das im vorhinein gesagt, wir

nehmen davon keinen Abstand, was wir für dieses Budget vorausgesagt haben, und man kann es in der Rede unseres damaligen Finanz- und Budgetsprechers und jetzigen Staatssekretärs Bauer noch nachlesen. Wir haben diese Entwicklung vorausgesagt und haben sie abgesehen. Wir waren die besseren Einschätzer der Politik, und weil wir auch die besseren Einschätzer der Entwicklung waren, werden wir uns jetzt nicht zu falschen Maßnahmen hinreißen lassen. Auch dann nicht, wenn die Oppositionspartei hier glaubt, uns auf alle möglichen Arten und Weisen beeinflussen zu können, indem sie vorderhand Wahlerfolge, die sie augenblicklich erzielt, ummünzt und sagt, die Wirtschaftspolitik und die derzeitige Budget- und Finanzpolitik der Bundesregierung seien falsch. Wir werden den Gegenbeweis antreten können. Wir haben vier Jahre Zeit, zu beweisen, daß die Freiheitliche Partei imstande ist, insgesamt dem Hauptziel gerecht zu werden, eine Budgetkonsolidierung vorzunehmen, die schlußendlich zu einer Sanierung der verfahrenen Finanzen des Bundeshaushaltes führen wird. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

In erster Linie, meine Damen und Herren, wird es Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, das strukturelle Budgetdefizit schrittweise abzubauen. Wir müssen zunächst die Netto-neuverschuldung eindämmen, damit wir der Konsolidierung der Staatsfinanzen einen Schritt näher kommen. Wirtschaftsbelebende, beschäftigungswirksame Impulse des Staates werden in Zukunft noch besser an die tatsächlichen Gegebenheiten angepaßt werden müssen.

Die freiheitliche Forderung nach Kosten-Nutzen-Berechnungen im öffentlichen Bereich gilt auch für die Ausgabenpolitik des Bundes. Die Diskrepanz zwischen der bisherigen hohen Verschuldungsbereitschaft und den minimalen Wachstums- und Arbeitsmarkteffekten muß uns allen zu denken geben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sogar vor nachteiligen Auswirkungen warnen. Manche Ökonomen, zum Beispiel Professor Claassen aus Paris, vor allem außerhalb Österreichs, erheben gegenüber staatlicher Schuldpolitik den Vorwurf der unkalkulierbaren Einflußnahme auf die Kapitalmärkte. Beweis sind das hohe US-Haushaltsdefizit und das hohe US-Realzinsniveau. In Österreich sind bereits ähnliche Ansätze zu beobachten. Auch aus diesem Grund wird die Haushaltskonsolidierung vorrangig zu betrei-

Grabher-Meyer

ben sein. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Die Steuereinnahmen des Jahres 1984 sollten hauptsächlich für die Haushaltskonsolidierung bereitgestellt und möglichst vor begehrlichen Ressortchefs geschützt werden, da ja auch die außerbudgetären Sonderfinanzierungen gewaltige Kosten verursachen, die durch Kreditaufnahmen im In- und Ausland vorfinanziert werden und in den nächsten Jahren zum Teil aus dem Budget abgedeckt werden müssen.

Dazu kommen ein Haftungsobligo von derzeit über 400 Milliarden Schilling zuzüglich eines vom Bundesministerium für Finanzen nur schwer abschätzbaren Betrages für Zinsen und Kosten sowie die Haftungen für die Österreichische Postsparkasse. Auch für eventuelle Inanspruchnahmen aus Bundeshaftung werden wir gerüstet sein müssen.

Die Budgeterstellung 1984 erfolgte also unter schwierigen Rahmenbedingungen, aber im Geiste der konstruktiven Zusammenarbeit und im festen Willen der beiden Koalitionspartner, den Budgetabgang auf eine finanzierbare Größe zu reduzieren. So konnten zum Beispiel nicht alle Ressortanträge berücksichtigt werden. Durch Umschichtungen und andere budgetentlastende Maßnahmen wurde das drohende Defizit weiter verringert. Schließlich werden durch die steuerlichen Maßnahmen Einnahmenerhöhungen in gewissem Rahmen möglich sein.

Weiters fanden freiheitliche Vorstellungen Eingang in die Details der Budgeterstellung. Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen wurden sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach noch strenger als bisher auf ihre sachliche Rechtfertigung geprüft. Ermessensausgaben wurden dahingehend geprüft, ob die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde nach noch gerechtfertigt ist. Die Aufwendungen für Energie und freiwillige Sozialleistungen wurden um 5 Prozent, die Ausgaben für Repräsentationen um 10 Prozent, die sonstigen Förderungsausgaben um 15 Prozent, aber die Ausgaben für Anlagen- und Investitionsförderung nur um 5 Prozent gegenüber dem Budgetvoranschlag 1983 gekürzt.

Damit findet der budgetpolitische Wille dieser Koalitionsregierung den deutlichsten Ausdruck. Daß dieser Wille auch Wirklichkeit wird, liegt im Budgetvollzug, für den nicht nur jedes Regierungsmitglied, sondern letztendlich jeder öffentlich Bedienstete in seinem Bereich Verantwortung trägt.

Wie schwierig das Tauziehen zwischen budgetpolitischem Willen und budgetpolitischen Wünschen einzelner Interessensgruppen ist und wird, zeigen die derzeitigen Beamtenverhandlungen. Hier fällt ja auch der Österreichischen Volkspartei mit ihrem Beamtengewerkschaftsobmann Sommer, seines Zeichens ÖVP-Bundesrat, eine wichtige Rolle zu. Es wird wieder einer der Prüfsteine sein, wo man feststellen kann, ob die Österreichische Volkspartei nur schöne Worte gebraucht, eine andere Politik predigt, Wasser predigt und dann Wein trinkt. Wir werden darauf schauen, was dabei herauskommt.

Aus den Budgetunterlagen geht hervor, daß der Personalaufwand des Bundes 1984 ohne Landeslehrer-Aufwandersatz und einige sonstige Personalkosten 110 Milliarden Schilling oder ein Viertel der gesamten Bundesausgaben betragen wird. Anders gesagt: Ungefähr die gesamten Einnahmen aus der Mehrwertsteuer werden für den Personalaufwand des Bundes verwendet.

Weiterer Vergleich: Die gesamten Ausgaben des Bundes 1984 für soziale Sicherheit und Gesundheit für alle Einwohner werden mit 114 Milliarden Schilling ungefähr gleich hoch veranschlagt. Das sind Daten, wo man prüfen muß, wo man überlegen muß.

Die 4,5 Milliarden Mehraufwand gegenüber 1983 werden zum Teil bereits für die größere Zahl von Bundespensionisten, Planstellen und Vorrückungen verbraucht.

Dies soll ein Hinweis für die Beamtengewerkschaft sein, daß ihre bisherigen Gehaltsforderungen nach meiner Meinung überzogen sind und den Budgetvollzug bereits im Ansatz gefährden.

Hier fällt, wie gesagt, einem der ÖVP-Exponenten eine wichtige Rolle zu. Schauen wir — ich wende mich insbesondere an die Einsichtigen. (*Abg. Kraft: Gibt es keine Regierung mehr?*)

Ich weiß, Sie sind nicht die Einsichtigen. Ich habe Sie nicht dazugezählt, Frau Kollegin Wieser. Sie sind nicht die Einsichtigen. Ich wende mich insbesondere an die Einsichtigen unter den pragmatisierten öffentlich Bediensteten und bitte sie von dieser Stelle aus — das ist mein gutes Recht —, sich die Vorteile ihrer unkündbaren Stellung angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktsituation ins Bewußtsein zu rufen und ihre Interessenvertreter zum Maßhalten zu überreden. Es wird wesentlich von diesem Abschluß der Gehalts-

Grabher-Meyer

verhandlungen im öffentlichen Dienst abhängen, welche Wahrheit in diesem Budgetvoranschlag enthalten ist. Mehr wollte ich nicht sagen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Stix: Zur Geschäftsbehandlung, bitte. *(Abg. Mag. Minkowitsch: Wir lassen uns das nicht mehr bieten! Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Beratungen so lange zu unterbrechen, bis wenigstens ein Repräsentant wieder auf der Regierungsbank Platz genommen hat! — Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe dem Antrag statt und unterbreche die Sitzung für einige Minuten. *(Die Sitzung wird kurz unterbrochen und wieder aufgenommen, als Staatssekretär Dkfm. Bauer auf der Regierungsbank Platz nimmt.)*

Präsident Dr. Stix: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Am Wort ist nach wie vor der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer.

Abgeordneter **Grabher-Meyer** *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Ich danke auch, daß es mir durch die Anwesenheit eines Regierungsmitgliedes möglich ist, meinen relativ kurzen Schlußteil Ihnen jetzt noch vortragen zu können. Es wird sehr kurz sein. Wenn die Opposition noch etwa eine Minute Geduld gehabt hätte, wäre ich sogar fertig geworden, Frau Kollegin Wieser. Aber immerhin empfinde ich es, meine Damen und Herren der Opposition, auch als angenehmer, zu wissen, daß ich nicht nur zur Opposition, sondern auch zur Regierung spreche. Deshalb auch mein Dank an den Staatssekretär Bauer, der die Notwendigkeit seiner Anwesenheit sofort eingesehen hat.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nochmals wiederholen, weil es vielleicht untergegangen ist: Ich wende mich insbesondere ... *(Abg. Helga Wieser: Nein, überhaupt nicht!)* Frau Kollegin Wieser, wenn Sie mich nun nochmals unterbrechen, und zwar aus sachlichen Gründen, wird es noch länger dauern.

Ich wende mich deshalb nochmals insbesondere an die Einsichtigeren unter den pragmatisierten öffentlich Bediensteten und bitte sie, sich die Vorteile ihrer unkündbaren Stellung angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktsituation ins Bewußtsein zu rufen und ihre Interessenvertreter zum Maßhalten zu überreden.

Es gibt europäische Länder wie Belgien und Holland, in denen angesichts der angespann-

ten Budgetlage über Gehaltskürzungen bei der Beamtenschaft verhandelt wird. Das ist in Österreich nicht der Fall und auch nicht wünschenswert, auch nicht wünschenswert von unserer Warte aus. Aber die Budgetpost Personalaufwand muß erstens der Höhe nach halten und zweitens den jüngeren Jahrgängen weitere Beschäftigungsmöglichkeiten offenhalten. Jede Obstruktion gefährdet den Budgetvollzug und damit auf lange Sicht auch die öffentlichen Arbeitsplätze. Dies wollen wir verhindern.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich deshalb abschließend zusammenfassen: Die volle Unterstützung der Freiheitlichen Partei für dieses Bundesfinanzgesetz 1984 haben wir schon durch unseren Klubobmann Peter angekündigt. Wir konnten hier freiheitliche Grundsätze verwirklichen. Deshalb können wir diesem Budget 1984 die volle Zustimmung seitens der FPÖ-Fraktion geben.

Wir müssen uns um die Einhaltung der vorgegebenen Richtlinien bemühen. Das ist auch ein Auftrag, den wir von der Warte unserer Fraktion den Regierungsmitgliedern geben.

Wir werden jede weitere Lizitationspolitik der Österreichischen Volkspartei, die in diesen Budgetverhandlungen sicher kommen wird, in Zahlen fassen. Wir werden versuchen, Ihre Lizitationen in Zahlen zu fassen. Wir werden die Kosten dieser Anträge ausrechnen, und am Ende dieser Budgetdebatte, wenn wir dieses Bundesfinanzgesetz dann beschließen, werden wir Ihnen dieses in Zahlen gegossen vorlegen. Dann werden wir sehen, was an den Absichten der Österreichischen Volkspartei, sparen zu wollen, wahr ist. Ich glaube, daß es eine Riesenarbeit geben wird, Ihre Anträge ausrechnen zu müssen, denn es werden viele Anträge sein, deren Realisierung einen Haufen Geld kostet.

Wir werden von Ihnen dann auch verlangen, daß Sie einen Bedeckungsvorschlag machen. Ich würde Sie bitten, daß Sie für jede Ihrer Forderungen, die Geld kostet, auch gleichzeitig einen Bedeckungsvorschlag machen. Ich freue mich schon darauf, Ihre Lizitationsanträge hier ausrechnen und sie dann vortragen zu können. Das wird eine Freude sein für jeden Regierungspolitiker und auch für jeden Politiker der Regierungskoalition. Es wird eine Riesenfreude sein. Wir werden Ihnen dann die Frage stellen, wo Sie das Geld hernehmen, wie Sie diese Ihre Lizitation auch finanziell bedecken wollen.

Wir werden aber von dieser Stelle aus auch

Grabher-Meyer

einen Appell an alle Österreicher und Österreicherinnen richten, für diese vordergründig von Ihnen dargestellten unpopulären Maßnahmen Verständnis zu haben. Wir können aber garantieren, daß durch eine solche Politik in Österreich insgesamt eine Trendwende eingetreten ist, wo deutlich aufgezeigt ist: Dies ist nicht die Fortsetzung des sozialistischen Weges allein, dies ist nicht die Fortsetzung einer konservativen Politik, es ist auch nicht nur eine andere Politik, diese Politik ist geprägt von einem Konsens zwischen sozialistischen und freiheitlichen Zielvorstellungen, wobei die freiheitlichen Vorstellungen zum großen Teil durchgebracht werden konnten. Dies werden wir der Bevölkerung noch sagen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 14.13

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. Ich erteile es ihm.

14.13

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen auf die 40 Minuten lange Rede des Herrn Finanzministers eingehen. Er hat es offensichtlich vorgezogen, zuerst sehr lange zu reden und dann wegzugehen und nicht mehr zuzuhören, wenn der Redner der Oppositionspartei auf seine Argumente eingeht. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist eine typische Verhaltensweise.

Aber ich möchte trotz seiner Abwesenheit einige Punkte erwähnen, die er ausgeführt hat. Er hat unter anderem gesagt, unsere Vorwürfe hinsichtlich der Belastungswelle stimmen nicht, und hat darauf hingewiesen, daß im vorigen Jahr eine Steuersenkung wirksam geworden sei. Ich möchte ihm dazu nur sagen, daß seit 1973 der Tarif bei der Besteuerung der Österreicher nicht geändert wurde und daß daher eine Verschärfung der Progression eingetreten ist, die zu dieser überdurchschnittlichen Steuerbelastung geführt hat. Das ist einmal das eine.

Zweitens hat er sozusagen den Paukenschlag des Ministers Koren von 1968 als eine wesentlich größere Belastung der Österreicher dargestellt, in der Relation zum Bruttonationalprodukt, hat aber vergessen, daß diese Maßnahmen eine sinnvolle Budgetsänierung bedeuteten, wovon die sozialistische Regierung bis 1975 sehr maßgeblich profitiert hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister hat es außerdem wiederum, das darf ich vielleicht auch noch

anführen, für notwendig befunden, sehr nebulös die Zunahmen des Wirtschaftswachstums 1960 bis 1964, 1965 bis 1969 und so weiter darzustellen. Er hat bewußt keine absoluten Zahlen genannt, weil das Wirtschaftswachstum in der ÖVP-Alleinregierung zwischen 5 und 8 Prozent pro Jahr betragen hat, während es jetzt zwischen ½ Prozent und minus 2 Prozent beträgt. Das hat er wohlweislich vergessen zu erwähnen und hat auch nicht erwähnt, daß damals Maßnahmen getroffen wurden, wie die Wirtschaftsgesetze, das Strukturverbesserungsgesetz, die Wohnbauförderung 1968 und so weiter. Ich will gar nicht darauf eingehen. Jedenfalls hat damals die Österreichische Volkspartei als Alleinregierung die Basis für die überdurchschnittlich gute Entwicklung in den ersten Jahren der siebziger Jahre gelegt. Sie haben diese Jahre leider nicht dazu benützt, ordentlich zu wirtschaften, sondern Sie haben das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch etwas war interessant. Der Finanzminister, offensichtlich von Investitionen und den Relationen zur Verschuldung sehr wenig belastet, hat gesagt: Österreich hat ja in den letzten Jahren seit 1974 621 Milliarden Schilling in Bundesinvestitionen investiert und hat jetzt 429 Milliarden Schilling Schulden. Das wäre genauso, wenn ein Unternehmer 600 Millionen Schilling investiert und dafür 400 Millionen Schilling Schulden macht. Wenn er das tut, dann geht er sicher zugrunde. Und das ist ja auch beim österreichischen Staat eingetreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Unsicherheit, Herr Finanzminister, für die Pensionisten bereiten nicht wir, die Unsicherheit bereiten Ihre Regierung, Ihre Wirtschaftspolitik, die Aussagen Ihres Sozialministers. Diese bereiten den Pensionisten sehr große Sorgen und bringen für die Pensionisten eine große Unsicherheit, weil Sie nicht rechtzeitig darangegangen sind, diese Reform der Sozialversicherung anzugehen und zumindest die ärgsten mißbräuchlichen Dinge zu beseitigen. Das ist ein Fehler der Regierung, den müssen wir hier ganz dezidiert feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend hat der Herr Finanzminister gesagt, er habe lauter positive Dinge geschildert, das seien unwiderlegbare Tatsachen und daher sei ein Kurswechsel völlig falsch. Das hat er als letzten Stehsatz verkündet. Das ist für uns eine gefährliche Drohung. Denn das bedeutet, daß wir in dieser Art und Weise weiterwirtschaften und daß die Situation für die Österreicher nicht besser, sondern weiter ver-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

schlechtert wird. Und das wollen wir nicht! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gäbe natürlich noch viel, aber ich möchte nicht so lange reden wie mein Vorredner Grabher-Meyer. Mit seiner Rede möchte ich mich ausnahmsweise überhaupt nicht beschäftigen, denn seine Rede ist es nicht wert, sich damit zu beschäftigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Herrn Finanzminister könnte ich noch eine ganze Reihe von Dingen vorwerfen. Aber er zieht es ja vor, nicht da zu sein. Er möchte es gar nicht hören, denn sonst müßte ich ihm zum Beispiel sagen, daß er neuerlich, nämlich heuer bei diesem Budget, die Bevölkerung, die Österreicher und auch das Parlament täuscht. Das ist ein Vorwurf, den ich gleich begründen möchte.

Erstens: In der Budgetrede vergleicht der Herr Finanzminister nicht den Bundesvoranschlag 1983 mit dem Bundesvoranschlag 1984, sondern er vergleicht den Erfolg beziehungsweise das voraussichtliche Ergebnis 1983, das noch gar nicht vorliegt, da das Jahr noch nicht zu Ende ist, mit dem Voranschlag 1984 und bringt damit zustande, weil wir ja im Voranschlag 1983 ein Budgetdefizit von 74 Milliarden gehabt haben und 99 Milliarden bekommen werden, zu sagen, daß das Budgetdefizit des nächsten Jahres sinkt, weil es von 99 heuer auf 94,6 heruntergeht. Das ist eine krasse Manipulation.

Herr Staatssekretär! Ich verstehe Sie nicht, der Sie freiheitlicher Abgeordneter waren und vor einem Jahr diese Regierung noch massiv angegriffen haben, daß Sie sich dazu hergeben, daß eine solche Vorgangsweise bei der Budgetrede gewählt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber er bringt natürlich die Aussage zustande, das Budgetdefizit, das Bruttodefizit gehe zurück, das Nettodefizit gehe zurück. Er macht eine Prozentrechnung, um wieviel es zurückgeht, und erwähnt mit keinem Wort, daß zwischen dem Voranschlag und dem Ergebnis des Budgets 1983 25 Milliarden Schilling brutto Mehrbelastung, also mehr Defizit liegen und die Neuverschuldung ebenfalls 25 Milliarden Schilling mehr beträgt. Das wird einfach verschwiegen.

Zweitens: Es ist ein Stehsatz der sozialistischen Fraktion, und offensichtlich tut auch die Freiheitliche Partei hier mit, daß man ein-

fach nur von Beschäftigten spricht, es gibt für sie in Österreich nur Beschäftigte. Es werden einfach nur Zahlen von Beschäftigten genannt. Es wird wohlweislich verschwiegen, daß es sich erstens um Unselbständige handelt und zweitens vergißt man, die Selbständigen zu erwähnen, sodaß dann alle Österreicher, die arbeiten, mitsammen als Erwerbstätige gelten. Das wird kein einziges Mal gesagt. Das ist auch nicht die objektive Darstellung, die für einen Minister richtig wäre. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich will jetzt nicht unbedingt Zahlen bringen, aber eines ist sicher: Zwischen 1970 und 1983 hat sich die Zahl der Selbständigen um fast 300 000 verringert und die Zahl der Unselbständigen hat zugenommen. Das ist richtig. Auf Grund des Strukturwandels hat sich die Zahl der Unselbständigen um diese 350 000, die der Herr Finanzminister angeführt hat, erhöht; er hat aber dabei vergessen, daß wir jetzt ganz andere Voraussetzungen in der Beschäftigtenstatistik haben, daß die mit-helfenden Ehegattinnen angemeldet worden sind und so weiter, daß man also diese Dinge gar nicht mehr echt vergleichen kann. Das wird einfach nicht gesagt.

Nächster Vorwurf an den Herrn Finanzminister: Die Abbildung 23 ist bei den Ausgaben für die Land- und Forstwirtschaft wiederum genauso falsch wie im vergangenen Jahr. Auch hier hat sich der Herr Staatssekretär Bauer offensichtlich nicht durchsetzen können oder hat es gar nicht versucht, ich weiß es nicht. Jedenfalls sind die Preisausgleichsmaßnahmen in der Aufstellung für 1974 mit 878 Millionen Schilling wiederum falsch angeführt, tatsächlich waren es damals 3 346 Millionen Schilling. Damit wird eine wahnsinnige Steigerungsrate in den Ausgaben für die Land- und Forstwirtschaft vorgetäuscht.

Schauen Sie, es werden immer wieder die Ausgaben für die Bundesforste als Vorteil für die Bauern hingestellt, die Einnahmen der Bundesforste aber vernachlässigt, diese 1 918 Millionen Schilling Ausgaben werden der Landwirtschaft zugeschrieben, die Einnahmen der Bundesforste in fast der gleichen Höhe werden einfach vernachlässigt. Es werden die Ausgaben für die Wildbachverbauung der Landwirtschaft zugeschrieben, das sind 1,3 Milliarden Schilling. Es wird sogar die internationale Nahrungsmittelhilfe von 135 Millionen Schilling den Bauern als Vorteil zugesprochen, also insgesamt 3 410 Millionen Schilling. Es wird also von dieser Seite vorge-täuscht, daß 3,4 Milliarden Schilling der Landwirtschaft zugute kommen. In Wirklichkeit ist

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

das eine Ausgabe, die notwendig ist, das gebe ich schon zu, die man aber nicht als Vorteil für die Bauern hinstellen kann.

Herr Staatssekretär! Bei den Preisvergleichen ist es genau das gleiche. Die Leistungen der Bauern zum Beispiel für die Milch, für die Absatzförderungsbeiträge in der Höhe von 470 Millionen Schilling für den allgemeinen und 643 Millionen Schilling für den zusätzlichen, zusammen 1 113 Millionen Schilling werden komplett vernachlässigt, sie scheinen nirgends auf.

Die Ausgaben werden der Landwirtschaft als Vorteil zugerechnet. Die Leistungen der Bauern werden einfach verschwiegen. Die Leistungen der Konsumenten für den Milchausgleich von 432 Millionen Schilling werden ebenfalls nicht erwähnt. Die zweckgebundenen Einnahmen beim Importausgleich, 50 Millionen Schilling, oder beim Importausgleich für Schlachttiere, 220 Millionen Schilling, werden einfach vernachlässigt. Das sind allein 1 815 Millionen Schilling, die nicht als Leistungen der Bauern und der Konsumenten aufscheinen. So wird vorgetäuscht, daß die Landwirtschaft 4,7 Milliarden Schilling für Preisausgleiche bekommt, und die übrige Bevölkerung sagt: Was wollen denn die Bauern, die kriegen doch eh so viel. Man rechnet den Bauern Leistungen, die sie selber zu erbringen haben, als Vorteil an. Das ist nach meinem Dafürhalten eine Vorgangsweise, die wir nicht akzeptieren können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede auch ganz stolz verkündet: Die Budgetkonsolidierung ist gelungen. Ich verweise hier nur auf die Zeitung „Die Industrie“, die diese Sache sehr klar darstellt, indem sie schreibt: Die Budgetprobleme werden – trotz gegenteiliger Behauptungen – durch die vorgesehenen Maßnahmen einer Lösung sicher nicht nähergeführt. Das sind die Aussagen, die von verschiedenen Zeitungen immer wieder gebracht worden sind, die wirklich das wiedergeben, was tatsächlich ist.

Die schönen Reden, die hier von den Regierungsparteien gehalten worden sind, sind leider nicht richtig, weil wir Österreicher die Nachteile, Schäden und Fehler dieser Regierung alle mitsammen mit unseren Steuerleistungen bezahlen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist einfach ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Vorstellungen der Öster-

reichischen Volkspartei, den Maßnahmen, die wir vorschlagen, und denen der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung. Ich möchte das ausdrücklich sagen. Es wurde heute schon von unseren Rednern das ganz deutlich hervorgegestellt. Und daher ist es für mich unverständlich, wie ein Bundeskanzler Dr. Sinowatz großartig sagen kann: „Zur Politik der sozialistischen Koalitionsregierung gibt es keine Alternative.“ Das ist unverständlich. Entweder kann er nicht lesen oder will er nicht lesen, was wir sagen. Ich kann es mir nicht anders erklären. Denn wenn grundsätzlich so große Meinungsunterschiede zwischen ÖVP und SPÖ sind, daß wir sagen ... *(Zwischenruf des Abg. Elmecker.)* Ja, das hätte er dazusagen sollen, vielleicht, aber zu sagen, es gäbe keine, das ist an und für sich eine Anmaßung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir den Standpunkt vertreten – das haben wir mit unserem Wahlprogramm und mit unseren Vorschlägen jederzeit getan –, daß man das Budget auf Dauer gesehen in erster Linie nur mit ausgabenseitigen Lösungen sanieren kann, heißt das, daß man bei den Ausgaben des Staates, dort, wo es irgendwo möglich ist, Maßnahmen setzt. *(Abg. Elmecker: Wo, wo bitte schön?)* Herr Kollege! Ich darf Ihnen sagen: Wir haben in unserem Wahlprogramm auch ganz genau gesagt, wo diese Maßnahmen einsetzen sollen. Zum Beispiel: Kein Weiterbau des Konferenzzentrums. Sie haben es weitergebaut und finanzieren es mit arabischen Geldern angeblich recht günstig. *(Zwischenruf des Abg. Elmecker.)* Wir haben Ihnen gesagt: beim öffentlichen Dienst, beim AKH, durch die Sparvariante, beim Schulbuch, bei der Bundesbahn. Der Rechnungshof hat 7 Milliarden Schilling Mehrausgaben nur schon durch das veränderte Pensionsalter der Bundesbahner festgestellt. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Die Aufschiebung der Urlaubsverlängerung und so weiter. Ich kann Ihnen das jetzt nicht im Detail aufzählen. Sie wollen es ja einfach nicht begreifen. Sie haben es hundertmal gelesen, aber Sie wollen es einfach nicht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir haben damals gesagt: 60 Milliarden Schilling in vier Jahren, das sind pro Jahr 15 Milliarden Schilling, davon 10 Milliarden Schilling für die Schaffung von Arbeitsplätzen und 5 Milliarden Schilling zur Budgetsanierung, damit man endlich auch an das kranke Budget herangeht. Das war unser Vorschlag. Sie haben gesagt: „kaputtsparen“.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lesen Sie die heutigen „Oberösterreichischen Nachrichten“. Was steht da? – Sie können einfach nicht sparen! Wofür ist das Geld da? – Teurer Hauskauf für Familienministerium. Sie machen ein Familienministerium, und dann geht es los. Während etwa Sozialminister Dallinger noch nicht weiß, wie er das Geld für die Pensionen zusammenkratzen soll, werden andererseits hurtig Millionen in die Bürokratie gepumpt. „Für das überflüssige Familienministerium“, schreibt die Zeitung, „welches nur geschaffen wurde, damit Frau Karl einen Ministerposten bekommt, wurde sogar ein neues Haus gekauft. 10,5 Millionen Schilling bewilligt morgen die SPÖ-freiheitliche Mehrheit im Nationalrat für den Liegenschafts Kauf. Auch für neue Dienstwagen der höchsten Klassen ist genug Geld da.“

Sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nur ein kleines Beispiel. Sie wollen das gar nicht hören. (*Zwischenruf des Abg. Elmecker.*) Schauen Sie, wenn wir so wirtschaften würden in der Privatwirtschaft, daß wir nicht ein bißchen besser auf diese Dinge schauen, dann wären wir genau in den gleichen Schwierigkeiten. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Elmecker.*)

Herr Abgeordneter Elmecker, jetzt sage ich Ihnen folgendes, eine Frage an Sie: Braucht der Herr Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld als Staatssekretär einen großen BMW? Muß das sein? Und müssen Dienstfahrzeuge um 400 000 S angeschafft werden? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn man sparen will, muß man auch dort sparen. (*Abg. Schemer: Soll er mit dem Triton fahren?*) Da gibt es ja einen Unterschied! Er kann auch mit einem Mittelklassewagen fahren. Es muß das Fahrzeug immer der Leistung angepaßt sein, und wenn die Leistung nicht da ist, dann muß das Fahrzeug auch kleiner sein. (*Ruf bei der SPÖ: Da muß du zu Fuß gehen! – Heiterkeit.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sache ist leider nicht so lustig, wie Sie glauben, und die Tatsache, daß Sie über diese Dinge lachen können, zeigt ja schon, daß Sie einfach die Tragweite der Schwierigkeiten noch lange nicht erkannt haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das ist bedauerlich. Jedes Unternehmen, das in Schwierigkeiten kommt, muß zuerst dort sparen, wo die unnötigen Ausgaben sind. In der Verwaltung, beim Aufwand, bei den Kosten muß gespart werden, um die notwendigen Maßnahmen durchfüh-

ren zu können. Das weiß jeder Unternehmer. Vielleicht weiß es der eine oder andere verstaatlichte Betrieb noch nicht, das weiß ich nicht, aber jedenfalls wissen das die meisten Unternehmer.

Wenn der Staat nicht in einer so schwierigen Situation den Weg des Sparens dort, wo die unproduktiven Ausgaben sind, einschlägt, dann hat er kein Geld zur Verfügung – und das sehen wir ja in diesem Budget – für die Förderung von Maßnahmen im produktiven Sektor der Wirtschaft. Sehen Sie, das sind eben die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der SPÖ-Ansicht und den Ansichten, die die Österreichische Volkspartei zu diesem Budget vertritt.

Ich darf also schauen, daß ich zum Schluß komme, denn sonst werde ich von meinen Kollegen bestraft. (*Heiterkeit. – „Ah so“-Rufe bei der SPÖ.*) Ich darf nicht so lang reden wie der Grabher-Meyer, denn da sind alle schon böse geworden.

Ich möchte doch zum Budget noch sagen: Die Auswirkungen dieses Budgets und der Weg, der hier beschritten wurde, sind eben nach unserer Auffassung verheerend. Herr Staatssekretär! Sie haben sich zwar hier bemüht, verschiedenes von freiheitlicher Seite miteinzubringen, aber die Auswirkungen dieses Budgets sind einfach negativ. Das Budget ist daher kein Weg, aus den Schwierigkeiten herauszukommen.

Wir haben eine erhöhte Abgabenquote von über 42,5 Prozent. Die Inflationsrate und damit alle Ausgaben, die an dieser Inflationsrate dranhängen, werden angeheizt. Die Kaufkraft der Bevölkerung wird massiv verringert; das wirkt sich auch auf die gesamte Wirtschaft aus, das wurde heute schon gesagt. Das Wirtschaftswachstum wird um einen Prozentpunkt auf 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Dazu auch ein Wort.

Es muß, wenn man keine zusätzlichen Arbeitslosen will, die Wirtschaft um mindestens zwei Prozentpunkte im Jahr wachsen, weil dies auf Grund von Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen einfach notwendig ist. Bei einem Wirtschaftswachstum von weniger als 2 Prozent kommt es zu einer zusätzlichen Arbeitslosigkeit. Diese Realität wird durch Ihr Budget noch verstärkt. Das wurde heute auch schon von meinem Kollegen Gassner ganz deutlich ausgeführt. Wir bekommen also mehr Arbeitslose mit weniger Kaufkraft in der Bevölkerung und haben daher sehr negative Auswirkun-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

gen zu erwarten. Es werden die strukturschwachen Regionen und die ländlichen Gebiete durch dieses Budget sehr benachteiligt. Es ist ein Belastungsbudget, und — was das Bedauerliche ist — es ist keine Basis dafür, daß wir nicht nächstes Jahr vor der gleichen Situation stehen wie heuer. Dies ist ein leeres Versprechen des Finanzministers, denn wir werden nächstes Jahr genau die gleichen Belastungen haben und weiter eine Verschuldung und einen Schuldendienst haben, der die Geldmittel für Investitionen schmälert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einem solchen Budget, einem solchen Voranschlag, der eigentlich auch mit dieser massiven Verschuldung so viel Geld für den Zinsendienst benötigt, können wir nicht zustimmen. — Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir für den Finanzschuldenaufwand heuer 67,9 Milliarden Schilling brauchen, um 23 Prozent mehr als im vergangenen Jahr, und daß der Aufwand pro Woche 1,3 Milliarden Schilling und pro Tag 186 Millionen Schilling für den Staatsschuldendienst beträgt. Pro Stunde müssen wir das ganze Jahr 1984 hindurch 7,7 Millionen Schilling dafür aufwenden, daß der Staatsschuldendienst — Tilgung und Zinsen — bezahlt werden kann.

Und diese riesigen Geldbeträge fehlen uns, um arbeitsplatzfördernde und wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu setzen; und deshalb lehnen wir das Budget ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.33

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

14.34

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf auf die Wortmeldungen der Oppositionsabgeordneten ein bißchen weiter ausholend wie folgt eingehen:

Herr Abgeordneter Zittmayr, ich gebe Ihnen recht, daß das Defizit im österreichischen Staatshaushalt und die Staatsverschuldung unserer Landes in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich gestiegen sind. Ich stelle dies leidenschaftslos, ohne auf die Ursachen und Gründe näher einzugehen, fest.

Ich stelle aber gleichermaßen leidenschaftslos fest, daß mit dem Budget 1984 eine diesbe-

zügliche Trendwende vollzogen und — ich werde das dann im Detail begründen — die notwendige Budgetkonsolidierung eingeleitet worden ist. Das Schwierige dabei — und ich stehe gar nicht an, das hier zu leugnen — war, daß diese Trendwende, daß diese Konsolidierung in einer hartnäckig anhaltenden Rezession zu bewerkstelligen waren. Das ist das eigentliche Problem dabei. Und darin unterscheidet sich, nebenbei bemerkt, das sei auch gleich angemerkt, jene Situation, in der sich die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei im Zeitraum 1966 bis 1970 befunden hat, von jener, in der wir uns jetzt seitens der sozial-liberalen Koalitionsregierung befinden.

Die Schwierigkeiten, die es dabei zu bewältigen gilt, liegen ja auf der Hand: nämlich daß man einerseits mit geringeren Einnahmen und steigenden Ausgaben etwa für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik rechnen muß und daß man andererseits, so wie Sie es zu Recht fordern, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, wirtschaftsfördernde Maßnahmen direkter und indirekter Natur setzen muß, daß man in Summe — Umschichtungen einmal beiseite gelassen — keine Kürzungen bei den Investitionsausgaben vornehmen soll und daß man drittens der Wirtschaft zur Arbeitsplatzsicherung durch gezielte steuerliche Erleichterungen etwa eine Verbesserung der Eigenkapitalbasis schaffen soll und muß. Das sind Dinge, die natürlich Geld kosten oder auf der anderen Seite eben einen Einnahmenentfall nach sich ziehen.

Aber ich bin überzeugt — und ich bin davon wirklich überzeugt, ich sage es nicht nur so, weil ich glaube, als Vertreter der Bundesregierung dazu verpflichtet zu sein —, daß mit dem vorliegenden Budget diese äußerst schwierige Situation nach Maßgabe der Möglichkeiten gemeistert worden ist und daß diese an sich einander widerstrebenden Ziele erreicht werden konnten.

Natürlich wäre es in einer Phase der Hochkonjunktur leichter gewesen, diese Ziele unter einen Hut zu bringen. Aber das können wir uns ja nicht aussuchen.

Es ist schon so, Herr Abgeordneter Zittmayr, wie Sie gesagt haben, daß das Defizit reduziert wird. Ich bin sehr vorsichtig, ich glaube, daß es möglich sein müßte, das Brutodefizit einmal zu stabilisieren, einzufrieren, aber daß das Nettodefizit — und darauf kommt es ja an, und das haben ja auch Sie sehr richtig herausgestrichen — mit seinen

Staatssekretär Dkfm. Bauer

nachfolgenden Belastungen durch Zinsen und Rückzahlungen sehr deutlich reduziert werden wird, und zwar, wie Sie auch wieder richtig anerkannt haben, in absoluten Zahlen, nämlich etwa um 10 Milliarden Schilling, aber auch in Prozentpunkten, gemessen am Brutto-Inlandsprodukt.

Wenn Sie gemeint haben, Herr Abgeordneter Zittmayr, es sei eine Art Manipulation, wenn man jetzt das voraussichtliche Ergebnis des Jahres 1983 mit dem Voranschlag 1984 vergleicht, so kann ich Ihnen nicht ganz folgen. Das ist nicht Manipulation, sondern das ist ganz einfach eine budgetpolitische Realität, Herr Abgeordneter Zittmayr, und zwar deswegen, weil ich glaube, daß man bei der Beurteilung einer Entwicklung, bei der Beurteilung eines neuen Abschnittes am Ende des vorangegangenen Abschnittes anknüpfen und nicht noch ein Stück weiter zurückgehen muß.

Die Realität schaut halt so aus, daß das voraussichtliche Defizit brutto rund 99 Milliarden Schilling betragen wird und das Nettodefizit in einer Größenordnung von 74 Milliarden Schilling liegen wird und daß wir beim Bruttodefizit eine Stabilisierung am Ende des kommenden Jahres und eine deutliche Reduzierung des Nettodefizits werden erreichen können.

Ich weiß natürlich, Sie haben als Oppositionsabgeordneter das gute Recht, das zu bezweifeln, und die bisherige Entwicklung stützt ja ein wenig Ihre Sicht der Dinge, das gebe ich schon zu. Ich kann Ihnen aber sagen, daß wir diesmal von sehr, sehr realistischen Wirtschaftsdaten ausgegangen sind, von den schlechtesten und von den jüngsten, die uns zur Verfügung stehen. Sie haben es ja selber angeführt: Eine Wachstumsrate von 0,5 Prozent real liegt dem Budget zugrunde, eine Arbeitslosenrate von voraussichtlich 5,5 Prozent. Das sind die jüngsten und schlechtesten Daten, die wir haben. Die haben wir dem Budget zugrunde gelegt, es müßte daher in etwa auch zu halten sein. Daher glaube ich, daß man sehr wohl das voraussichtliche Ergebnis des heurigen Jahres mit dem Voranschlag 1984 vergleichen kann.

Wir haben trotz dieser Reduzierung des Defizits gleichzeitig die Eigeninvestitionen des Bundes und die Investitionsförderung des Bundes auf 68,2 Milliarden Schilling erhöht. Ich weiß nicht, wo Sie ihre Zahlen herhaben.

Ich sage noch einmal: in Summe Eigeninvestitionen und Investitionsförderungen von

66,8 Milliarden auf 68,2 Milliarden Schilling. Ich weiß, mehr wäre wünschenswerter, gar keine Frage. Nur ist es halt zurzeit nicht möglich.

Dazu kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, noch die Erhöhungen der direkten und indirekten Wirtschaftsförderungen von 27 Milliarden Schilling auf 30 Milliarden Schilling. Da können Sie natürlich auch sagen: Ja mein Gott, was ist denn das schon! Das sind ja nur 10 Prozent mehr, man müßte doch jetzt viel mehr geben.

Ja, sicherlich. Nur geht es halt zurzeit nicht anders. Aber man kann erkennen, daß wir uns vom Ansatz her bemüht haben, in diese Richtung zu denken, uns nach der Decke zu strecken und Einsparungen in anderen Bereichen vorzusehen, nicht in diesen Bereichen.

Trotz dieser angespannten budgetären Situation, die ich ja gar nicht leugne — es wäre falsch, das zu tun, es wäre auch unglaublich, das kann ja jeder nachlesen —, sind in diesem Maßnahmenpaket der Bundesregierung das Auslaufen von Steuern, die Reduzierung von Steuern und weitere steuerliche Begünstigungen ganz gezielter Natur vorhanden. Nämlich solcher Natur, die die Eigenkapitalbasis der Unternehmungen stärken sollen, wie etwa eine weitere steuerliche Begünstigung von nichtentnommenen Gewinnen, wie etwa die Reduzierung der Vermögenssteuer für Betriebsvermögen, wie etwa die Reduzierung der Gewerbebeertragsteuer oder das Auslaufen der Gewerkekapi talsteuer.

Die dafür nötigen Einsparungen in der Höhe von 7 Milliarden Schilling wurden eben nicht, wie ich Ihnen nachzuweisen versucht habe — bitte das nachzulesen und mir zu glauben —, im investiven Bereich erzielt, sondern durch die auch von Ihnen geforderte Nullbasisbudgetierung und Streichungen im Bereich der Ermessensausgaben erreicht. Hier gehören Stichworte her wie Subventionen, Repräsentationsaufwand, Fuhrpark, öffentliche Verwaltung, all das ... (Abg. Dr. Zittmayr: Bundesbahnen! Da habt ihr euch überhaupt nichts vorgestellt!)

Die Bundesbahnen gehören nicht zu den Ermessensausgaben, das sind gesetzlich verpflichtende Ausgaben. Aber ich komme schon noch darauf zu sprechen.

Herr Kollege Zittmayr, wenn Sie mich direkt darauf ansprechen: Sie werden sagen: Na ja, das ist wenig, was ich Ihnen jetzt auf-

Staatssekretär Dkfm. Bauer

zähle. Aber es ist meiner bescheidenen Meinung nach ein Anfang, ein Schritt in die richtige Richtung, wenn ich Ihnen sage, wir haben im Einvernehmen mit dem Koalitionspartner bei den Österreichischen Bundesbahnen 205 Planstellen gestrichen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Bei 70 000!*)

Herr Abgeordneter Zittmayr! So leicht kann und darf man es sich gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht machen. Man kann in einer Zeit, in der Arbeitsplätze sehr knapp sind, nicht sagen, das Streichen von 205 Planstellen ist nichts. Das sind ja auf der anderen Seite auch wieder mehr Arbeitslose, wenn ich sage, da muß man gleich 2 000 Leute rauswerfen. Wir haben es ja auch nicht so gemacht, sondern wir haben gesagt, wir haben von den Planstellen 205 gestrichen, wir haben 1,5 Millionen Überstunden gestrichen.

Herr Abgeordneter Zittmayr, glauben Sie mir das: Bei der starken gewerkschaftlichen Vertretung, die bei den Österreichischen Bundesbahnen gegeben ist (*Abg. Dr. Zittmayr: Das weiß ich sowieso, das ist ja der Grund!*), sind das ja keine Dinge, die einem nachgetragen werden, sondern das sind harte Verhandlungen. Ich stehe nicht an, hier den Vertretern der Belegschaft der Österreichischen Bundesbahnen meinen Respekt auszusprechen, wenn sie eingesehen haben, daß es in der derzeitigen Situation keine anderen Möglichkeiten gibt, als auch in diesen Bereichen derartige Maßnahmen zu setzen, die ja – ich darf mich wiederholen – nicht aus Jux und Tollerei dort gesetzt werden.

Und es wird noch etwas möglich sein; eine jahrelange Forderung, die hier im Haus gestellt worden ist: Es wird zu einer Zusammenlegung der Kraftwagenlinien von Post und Bahn kommen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Höchste Zeit!*) Sehr richtig. Das sind ja alles Maßnahmen, die ein Schritt meiner Meinung nach in die richtige Richtung sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Abg. Dr. König: Ist das eine Zusage, die Zusammenlegung der Kraftfahrlinien?*) Ich habe dem, was ich gesagt habe, nichts hinzuzufügen, Herr Abgeordneter König. (*Abg. Dr. König: Wird es dazu kommen?*)

Weiters ist es durch Leistungskürzungen beziehungsweise Einsparungen im Bereich der sogenannten Transferleistungen zu einer Budgetentlastung von mehr als 4 Milliarden Schilling gekommen. Hierher gehört die Kürzung der Geburtenbeihilfe, hierher gehören Einsparungen bei den Schülerfreifahrten, hierher gehören Einsparungen bei den Gratis-

schulbüchern, hierher gehört die Verringerung des freiwilligen Sozialaufwandes in der öffentlichen Verwaltung, hierher gehören gezielte Einsparungsmaßnahmen in der Arbeitslosenversicherung.

Der Vollständigkeit halber füge ich noch an, daß durch Umschichtungen das Budget um 6 Milliarden Schilling weiter entlastet worden ist, und schließlich und endlich – es wäre ja naiv, wenn man glaubt, es verschweigen zu können – waren weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Saldos in die von mir eingangs erwähnte Richtung und Größenordnung durch Steuer- und Tarifierhöhungen im Ausmaß von mehr als 17 Milliarden Schilling notwendig.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist keine Frage, daß im Budget 1984 beziehungsweise im dazugehörigen Maßnahmenpaket eine ganze Reihe von sehr schmerzhaften und daher auch unpopulären Maßnahmen enthalten ist. Ich weiß, daß die Opposition zurzeit davon lebt. Nur, es ist ja noch nicht aller Tage Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sinne dessen, daß Sie davon ewig leben können.

Ich glaube, man muß das Budget 1984 und das dazugehörige Maßnahmenpaket in seiner Gesamtheit sehen, es in einen größeren gesamtwirtschaftlichen und budgetpolitischen Zusammenhang stellen und auch die vielen unbestreitbaren wirtschaftsbelebenden und damit arbeitsplatzsichernden Maßnahmen und vor allem natürlich auch die budgetpolitische Ausgangsposition, an der wir gestanden sind, in die Betrachtung mit einbeziehen. Dann wird man bei einer einigermaßen objektiven und fairen Sicht der Dinge zu dem Schluß kommen, daß es in der gegenwärtigen Situation – das unterstreiche ich in aller Realität und mit allem Realismus, zu dem ich fähig bin: in der derzeitigen Situation – wahrscheinlich der einzig sinnvoll zu beschreitende Weg gewesen ist, der hier gegangen wird.

Wer behauptet, es gäbe grundsätzlich andere Möglichkeiten – im Detail werden wir uns natürlich immer unterhalten können und werden wir Vorschläge finden, die vielleicht um Nuancen anders zu setzen wären, das gebe ich schon zu –, wer also sagt, es gäbe hier grundsätzlich andere Möglichkeiten und es müßte grundsätzlich ein anderer Weg beschritten werden als der, der hier gegangen wird, der möge dies bitte im Interesse unseres Landes endlich einmal sagen, und zwar konkret, konkret und im Detail sagen und nicht

Staatssekretär Dkfm. Bauer

immer nur schwadronieren — ich unterstelle niemandem, daß man es tut — und von einer anderen Politik reden und vom Kurswechsel und vom falschen Weg, ohne im Detail zu sagen, was wo anders gemacht werden soll. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Es hat mich nicht verwundert, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß von der Österreichischen Volkspartei das Budget 1984 heftigst kritisiert wird. Allerdings — das muß ich auch deutlich dazusagen — ohne daß irgendwie auch nur der Ansatz einer Alternative dazu vorgelegt würde. Und es wird von jener Opposition lautstark kritisiert, die jahrelang zu Recht — ich unterstreiche „zu Recht“, ich komme Ihnen soweit entgegen, weil wir es ja gemeinsam gemacht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren... *(Abg. Dr. Zittmayr: Und was ist mit dem Konferenzpalastweiterbau? Das haben Sie voriges Jahr abgelehnt!)*

Das ist ein anderes Budget, Herr Abgeordneter Zittmayr! Das wird Ihnen ja nicht entgangen sein, daß das Budget 1984 nicht mit dem Budget 1983 identisch ist! *(Abg. Dr. Zittmayr: Aber wenn Sie 2 oder 3 Milliarden zusätzlich in die Förderung hineingegeben hätten, dann hätten Sie etwas tun können! Sagen Sie nicht, wir hätten keine Alternativen!)*

Es wird dieses Budget 1984 mit seiner Trendwende, mit seiner Konsolidierung des Haushaltes kritisiert — mit seiner eingeleiteten Konsolidierung, Herr Abgeordneter —, von jener Opposition kritisiert, die jahrelang das ständig steigende Defizit und die ständig steigende Staatsverschuldung hier kritisiert hat. Jetzt kritisiert die gleiche Opposition jene Maßnahmen, die gesetzt worden sind, um diese Entwicklung schrittweise zurückzudämmen, um eben hier eine Trendwende einzuleiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist ja unglaublich von A bis Z. Erlauben Sie mir, das hier feststellen zu dürfen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Steidl.)*

Sicherlich, es werden die Umschichtungen abgelehnt. Das ist ja doch das Problemloseste. Aber selbst das wird von Ihnen und Ihren Herren in den Bundesländern abgelehnt. Die Umschichtungen werden abgelehnt. Es werden natürlich die Kürzungen im Transferbereich, im Sozialbereich — sprechen wir es aus — bejammert von Ihren Damen und Herren des ÖAAB. Und es werden die Steuer- und Tarifierhöhungen massiv kritisiert. Klarerweise tut das jede Opposition wahrscheinlich. Allerdings — und das ist halt bei Ihnen

immer das besonders Pikante an der Situation, so empfinde es zumindest ich — ohne hinzuzufügen, daß die ÖVP-Alleinregierung in den Jahren nach 1966, als sich das damalige Defizit hartnäckig zu verdoppeln drohte *(Abg. Dr. Steidl: Bitte die absolute Summe!)* — ich sage es Ihnen gleich —, just jene Steuern erhöhte, bei denen Sie jetzt verlangen, daß sie nicht erhöht werden. Ich erinnere an die Umsatzsteuer — ich habe das heuer schon einmal hier von diesem Pult aus gesagt —, an die Beförderungssteuer, an die Versicherungssteuer, an die Tabaksteuer, an die Tarife und Gebühren. Das ist ein Auszug jener Steuer- und Tarifierhöhungen, die seinerzeit Sie vorgenommen haben und wo Sie jetzt verlangen, daß es keine Erhöhungen gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wissen Sie, was das ist? Das ist Wasser predigen und Wein trinken, um bei einem Vergleich zu bleiben, der Ihnen vielleicht ins Ohr geht.

Und natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, fügen Sie nicht hinzu, daher muß ich das tun und dem Gedächtnis ein bißchen nachhelfen, daß darüber hinaus die Österreichische Volkspartei damals Steuern erhöht hat, die wir jetzt zum Teil, um die Eigenkapitalbasis der Betriebe zu stärken, senken. Zum Beispiel: Ein Teil der Gewerbesteuer wird jetzt abgeschafft, der zweite Teil wird reduziert. Sie haben sie damals erhöht. Sie haben damals die Vermögensteuer um 50 Prozent erhöht. Wir senken jetzt die Vermögensteuer für Betriebsvermögen. Die Körperschaftsteuer haben Sie damals auch noch erhöht.

Und natürlich sagen Sie nicht dazu, daß Sie über all das hinaus damals noch weitere Steuern erhöht haben, Sondersteuern eingeführt haben wie die Alkoholsondersteuer, wie die Kraftfahrzeugsondersteuer, ja daß Sie sogar das Kernstück der Einnahmenquelle des Fiskus, die Lohn- und Einkommensteuer, damals erhöht haben um 10 Prozent. *(Abg. Dr. Steidl: Wie war die gesamte Summe?)* Ja, das sage ich Ihnen jetzt genau, ich habe es hier stehen, Herr Abgeordneter Steidl. Es waren damals — in Prozentsätzen, gerechnet vom Bruttoinlandsprodukt und von den Gesamteinnahmen, hat es Ihnen der Herr Minister Salcher schon gesagt, ich sage es Ihnen jetzt in absoluten Zahlen — im Jahre 1967/68 9,7 Milliarden Schilling, hochgerechnet auf die Preisbasis 1983 sind es 21,2 Milliarden Schilling. Und das muß man ja wohl tun, weil 1 000 S im Jahre 1967 nicht 1 000 S im Jahr 1983 sind. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schüssel.)*

Staatssekretär Dkfm. Bauer

Es gibt allerdings einen Unterschied, Herr Abgeordneter Schüssel, zu dem Budget der harten Realitäten des Herrn Finanzministers Schmitz und zu dem Paukenschlag des Herrn Finanzministers Koren, der damals zur Stabilisierung des Defizits, wie es wörtlich geheißen hat – wie sich die Bilder manchmal gleichen, möchte man gar nicht glauben –, gesetzt worden ist: Es wurde damals kein Groschen eingespart. Es wurden nur Steuern und Abgaben erhöht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das hindert Sie natürlich nicht daran, massiv zu kritisieren, daß jetzt nur 7 Milliarden Schilling eingespart werden, während Sie damals überhaupt nichts eingespart haben. Das hindert Sie natürlich nicht, zu kritisieren, daß 17 Milliarden Schilling Steuererhöhungen viel zuviel sind, während Sie damals Tarife und Steuern um 21,2 Milliarden Schilling erhöht haben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich weiß, daß Sie mich hier nicht gerne hören und sehen, aber durch Ihre Zwischenrufe verlängern Sie diesen für Sie unangenehmen Zustand, weil ich ja darauf immer wieder eingehen muß, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Schauen Sie, Herr Abgeordneter Fuchs, es gibt vier Möglichkeiten, um das Defizit in einem Staatshaushalt zu senken: Sie können natürlich einfach einsparen, und man soll und muß das auch tun, keine Frage, Sie können Leistungen kürzen, Sie können budgetpolitisch umschichten und Sie können die Einnahmenseite verbessern, sprich Steuern und Tarife erhöhen.

Wofür wir uns entschieden haben, versuche ich ja seit ungefähr 20 Minuten Ihnen zu erläutern. Jetzt sage ich Ihnen aber, was Sie tun, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition. Sie wettern – namentlich Ihre Vertreter vom ÖAAB – gegen die Leistungskürzungen. Sie kritisieren sogar die budgetpolitischen Umschichtungen. Sie lehnen natürlich die Steuererhöhungen ab.

Und jetzt, zu guter Letzt – jetzt kommt ja der Gipfel dessen, was man sich eigentlich meiner Meinung nach nicht leisten darf, wenn man glaubwürdig sein will – beklagen Sie auch noch – der Herr Abgeordnete Zittmayr hat das gemacht und auch andere Redner der Opposition – die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, die halt ganz einfach unvermeidbar sind, wenn man das tut, was Sie jahrelang gefordert haben, nämlich die Ausgaben kürzen. Das sind ja volkswirtschaftliche Binsenweisheiten, meine sehr geehrten

Damen und Herren! Jetzt kritisieren Sie die Auswirkungen, die davon ausgehen. Das haben wir aber immer gewußt, und ich hoffe, Sie haben es auch gewußt. Aber das hindert Sie nicht, obwohl Sie sozusagen eine halbe Stunde vorher die Auswirkungen kritisieren, eine halbe Stunde später nach noch mehr Einsparungen zu rufen. Ob das noch populistisch ist oder eher schon blanke Demagogie, das lasse ich getrost der Beurteilung der Öffentlichkeit über. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. – Abg. Dr. Mock: Ein bißchen vorsichtiger! – Abg. Dr. Zittmayr: Von der Regierungsbank aus sollte man nicht demagogische Äußerungen machen! Regierungsmitglieder müssen sich zurückhalten!)*

Aber in diesem Zusammenhang, Hohes Haus, ein sehr ernstes Wort. Ich empfinde es so. *(Abg. Dr. Mock: Besser als die anderen Worte!)* Ja, Herr Abgeordneter Mock, man könnte es auch, wenn Sie gestatten, als besorgten Hinweis auffassen. *(Abg. Dr. Mock: Okay! Gestattet!)*

Ich weiß nicht, Herr Dr. Mock, ob die Opposition, ob die Österreichische Volkspartei ihre Forderung nach noch mehr Einsparungen, als es 7,1 Milliarden Schilling echte Einsparungen darstellen, wirklich ernst meint. Ich hoffe fast nicht, daß Sie es ernst meinen. Wenn ja, Herr Dr. Mock – und Ihr Zwischenruf bestärkt ja meine Befürchtung –, dann ignorieren Sie eindeutige, gesicherte, volkswirtschaftliche Erkenntnisse *(Abg. Dr. Mock: Über die Notwendigkeit eines Familienministeriums!)*, nämlich daß Ausgabenkürzungen im Staatshaushalt restriktiver wirken als Einnahmenerhöhungen. Ob das in der Rezession das richtige Mittel ist, das lasse ich dahingestellt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Mit dem vorhandenen knappen Geld muß besser umgegangen werden!)*

Hohes Haus! Ich bin jetzt wirklich fast ein wenig betroffen, Sie glauben das offensichtlich wirklich. Ja haben Sie noch nie etwas gehört von diesem – man muß ja nicht davon gehört haben – Grundzusammenhang, ausgerechnet, klipp und klar mit Zahlen nachgewiesen von einem Herrn Professor Haavelmo, ich glaube ein Skandinavier ist er, der in dem sogenannten Haavelmo-Theorem nachgewiesen hat, daß die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, wenn Sie in einer Volkswirtschaft, nehmen wir an, um 50 Milliarden Schilling die Ausgaben kürzen und gleichzeitig um 50 Milliarden Schilling Steuern erhöhen, nicht neutral, sondern restriktiver Natur sind. Das ist das sogenannte Haavelmo-Theorem.

Staatssekretär Dkfm. Bauer

Wir brauchen uns aber jetzt nicht über den Herrn Professor Haavelmo unterhalten, sondern Sie können diesen Zusammenhang auch in jedem Bericht der OECD nachlesen. Sie können sich diesen Zusammenhang jederzeit von den Damen und Herren des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes erklären lassen. Und Sie können sich die praktischen Auswirkungen einer solchen Politik, die Sie im Auge haben und die in konservativ regierten Ländern praktiziert wird, an Ort und Stelle ansehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Wer daher behauptet, daß die vorgesehenen Maßnahmen und budgetären Eckdaten, von denen ich eingangs gesprochen habe, nur durch Einsparungen hätten erreicht werden können oder sollen, der ist entweder ein wirtschaftspolitischer Ignorant oder er ist ein gefährlicher Demagoge. Man kann es sich aussuchen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 15.02

Präsident Dr. Stix: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger. Ich erteile es ihr.

15.02

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (SPÖ): Herr Präsident! Werte Herren und Damen! Der Herr Staatssekretär hat uns soeben den Paukenschlag wieder in Erinnerung gerufen, den die Regierung von 1966 bis 1970 gesetzt hat. Ich möchte noch an ein Detail erinnern, weil ich glaube, daß das nicht unwesentlich ist in der Debatte von heute.

Ich war damals Hauptschullehrerin, und es war so, daß auch die Schulstunden für die Kinder gekürzt wurden. Ich glaube, es war um 8 Prozent, damit man Lehrerkosten sparte. Können Sie sich vorstellen, daß eine sozialistische Regierung über eine solche Maßnahme auch nur nachdenken würde? — Nicht einmal in einer Zeit, die so angespannt ist wie heute. Trotzdem verlangen sie im Bildungsbereich noch immer mehr und immer mehr. Aber als Sie an der Macht waren, haben Sie genau umgekehrt gehandelt.

Herr Abgeordneter Zittmayr! Sie haben Bundeskanzler Sinowatz vorgeworfen, daß er sagt, es gebe keine Alternative zur sozialistischen und freiheitlichen Koalitionsregierung. Wenn ich Ihnen zugehört habe, wie Sie über verschiedene Dinge, über positive Errungenschaften einfach hinweggefahren sind, dann muß ich mir einmal mehr sagen: Der Bundes-

kanzler hat wirklich recht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie meinen, die Strukturveränderung hat stattgefunden, und daher gibt es heute weniger Selbständige. Einverstanden, wenn Sie sagen, das sind 300 000, 350 000 Arbeitsplätze. Daß die Sozialisten diese 350 000 Arbeitsplätze geschaffen haben, ist für Sie selbstverständlich. *(Abg. Dr. Zittmayr: Dafür sind die Selbständigenarbeitsplätze um das weniger geworden! Die Zahl der Erwerbstätigen ist gleich geblieben!)* Ja, aber diese Unselbständigenarbeitsplätze haben wir ja erst schaffen müssen, die waren nicht von vornherein da. *(Abg. Dr. Zittmayr: Die haben ja nicht Sie geschaffen, die haben ja wir geschaffen als Unternehmer! — Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Zittmayr! Dann frage ich Sie jetzt nur eines: Warum haben die OECD-Länder seit Jahrzehnten eine Sockelarbeitslosigkeit? Die hat es bei uns nicht gegeben. Ist das zufällig gekommen? *(Abg. Dr. Zittmayr: Weil wir die Arbeitslosenstatistik in Österreich verändert haben. Weil wir die Karenzurlauberinnen zu den Arbeiterinnen nehmen!)* Der Herr Abgeordnete Zittmayr will es nicht wahrhaben. Das ist eine Tatsache, und darüber kommen wir nicht hinweg. Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen, und es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Ich möchte aber vor allem zu den Anschuldigungen kommen, die Herr Abgeordneter Graf und Abgeordneter Dittrich immer wieder gemacht haben: zuviel Staat. Die Sozialisten pumpen alles in staatliche Einrichtungen.

Da möchte ich zwei Beispiele aus meiner praktischen Arbeit erzählen. Es sind in den 13 Jahren, in denen ich Abgeordnete bin, immer wieder Behinderte gekommen, für die es immer schwierig war, Arbeitsplätze zu bekommen. Aber im letzten Monat sind vier Eltern mit ihren behinderten Kindern zu mir gekommen, vier Familien, die für ihre Buben Arbeitsplätze suchen.

Der eine hat vor zwei Jahren einen Lehrplatz in einer Privatfirma bekommen. Der Vater arbeitet im gleichen Betrieb. Es wurde ihm immer wieder gesagt: Der Bub braucht etwas länger, aber er kommt tadellos mit. Plötzlich sagt der Unternehmer: Er ist untragbar, es ist nicht mehr möglich, ihn zu beschäftigen, die wirtschaftliche Lage ist so angespannt. Im übrigen gibt es in Linz das große

Edith Dobesberger

Reha-Zentrum, der Vater soll schauen, wie er ihn dort unterbringt.

Nun können Sie sagen: Vielleicht ist der Bub wirklich nicht fähig gewesen. Aber wenn man ihn zwei Jahre hält, dann müßte man doch schon vorher einmal erkannt haben: Das Kind ist für diese Arbeit nicht fähig. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ihrer Meinung nach hätte er ihn gleich hinausschmeißen sollen?*) Nein, mißverstehen Sie mich nicht! Meiner Meinung nach müßte man den Buben, wenn er zwei Jahre fähig war, das zu erlernen, auch im dritten Jahr noch die Chance geben, seinen Beruf fertigzulernen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Aber der hat sich doch bemüht, ihn zwei Jahre zu halten! Ist doch nichts Positives?*) Ja. Solange die wirtschaftliche Lage nicht ganz schlecht ist, ist man noch bereit, irgend etwas zu tun. Sobald aber die Lage wirklich ernst wird, entläßt man den Schwächeren und den Schwächsten in der Gesellschaft. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist richtig!*) Dagegen will ich mich wehren, weil ich sage, dieser junge Mensch hat genauso ein Lebensrecht wie jeder andere. Und immer wenn Sie von Leistung, die erbracht werden muß, sprechen, dann beschleicht mich ein kaltes Gefühl. Denn die Leistung, von der Sie reden, ist sehr oft nur die Leistung von einem gesunden, einsatzfähigen Menschen. Fast möchte ich noch dazusagen von einem Menschen mit einer Portion Rücksichtslosigkeit, der einfach Leistung erbringt, ohne links und rechts zu schauen. Und da kommen all die Schwächeren unter die Räder. Und um diese Menschen geht es mir hier und heute.

Und nun der zweite Fall. Der Bub hat — Bub ist falsch gesagt, es ist schon ein junger Mann von 28 Jahren — jetzt neun Jahre in einem Betrieb gearbeitet. Wieder können Sie sagen, er hat sicher nie eine volle Leistung erbringen können. Er hat sicher nie eine hochqualifizierte Arbeit erbringen können. Aber er war gerne in dem Betrieb und hat sein Möglichstes gegeben. Die wirtschaftliche Situation wird schlecht, man sagt: Du kannst jetzt in Pension gehen, gehe in Pension! Es ist eine großartige Errungenschaft, daß wir das Netz so gespannt haben, daß er wenigstens Anspruch auf Pension hat. Nun sitzt ein 28jähriger Mann, körperlich völlig gesund und kräftig, daheim und hat keine Möglichkeit mehr, eine Arbeit zu finden. Mir war es nicht möglich, Arbeit für ihn zu finden. Vielleicht ist es Ihnen möglich, ich würde Ihnen gerne den Namen geben, solche Menschen zu vermitteln.

Denn jetzt ist es natürlich so, daß Sie sofort immer wieder nur davon sprechen. Es gibt ja öffentliche Einrichtungen, aber sie können einfach alle Anforderungen, die in der Krise an sie gestellt werden, nicht mehr tragen, wenn die Privaten nicht mehr mitziehen.

Nun mein zweites Erlebnis. Ich bin Vorsitzende des Vereins für soziale Hilfen für Frauen und ihre Kinder, besser bekannt unter dem Titel „Verein der Frauenhäuser“. Wir haben in Linz seit eineinhalb Jahren diese Einrichtung und haben 94 Frauen und 132 Kinder in unserem Haus gehabt. Das sind sicher Menschen, Frauen, die auf der schlechtesten und auf der ärmsten sozialen Rangstufe stehen. 50 Prozent der Frauen sind Hausfrauen, 50 Prozent sind im Beruf. Unter diesen 94 Frauen sind 30 Prozent Arbeitslose. Bei diesen Ärmsten, die allein für zwei, drei, vier, ja sogar fünf Kinder zu sorgen haben, ist es nicht möglich, einen Arbeitsplatz für sie zu finden.

Und warum es uns besonders wichtig wäre, in diesen Fällen zu helfen: Das sind die Kinder. Diese sind sehr schwer milieugeschädigt. Alle Untersuchungen und alle persönlichen Erfahrungen sagen uns: Wenn in der Familie etwas nicht in Ordnung ist, geht es sofort auf die Kinder über. Es zeigt sich immer öfter und immer deutlicher bei verschiedensten Untersuchungen, daß Kinder, die selber als Kinder geschlagen wurden, wieder weitergeschlagen.

Nun können wir diesen Frauen mit ihren Kindern nicht die Möglichkeit geben, daß sie selbständig werden, um zu versuchen, ihren kleinen Kindern wenigstens ein besseres Familienleben, wenigstens ein ruhiges Leben zu geben. Sie leiden verstärkt unter der Not, und das dürfte uns wirklich aufmerksam machen darauf und alarmieren, was wir zu tun haben.

Wenn ich zu diesem Frauenproblem noch ein paar Zahlen sagen darf: Es sind Verhältnisse, die man nicht glauben will: daß es zum Beispiel heute noch so viele Absolventen unserer Pflichtschule gibt, junge Frauen, die nur die Volksschule haben. Von den 94 Frauen hat ein Drittel, also 30, nur eine abgeschlossene Volksschulbildung. (*Abg. Ottilie Rochus: Welche Altersstufen?*)

Die Altersstufen — ich komme gleich dazu —: 85 Prozent dieser Frauen sind unter 40 Jahre, und da haben wir nur diese Ausbildung. Wir haben nur 3 Prozent Frauen über 50 Jahre, trotzdem diese geringe Ausbildung.

Edith Dobesberger

Da glaube ich, es muß uns auf dem Bildungssektor gelingen, daß wir denen, die so sehr benachteiligt sind, endlich auch weiterhelfen.

Nun weiß ich, es ist kein Zufall, daß wir über diese Probleme in diesem Haus noch nie gesprochen haben. Die Familie ist Privatsphäre. Vor diese Privatsphäre versucht man einen Vorhang zu ziehen, um ja nicht darüber sprechen zu müssen. Es könnte in dieser Familie auch etwas nicht in Ordnung sein. Wir wissen, es herrscht in sehr, sehr vielen Familien Gewalt.

Wenn Sie mir das bei den Frauen vielleicht nicht ganz glauben wollen, dann bitte erinnern Sie sich an die Berichte in den Zeitungen über die Kindesmißhandlungen im heurigen Sommer. Tausende von Kindern werden mißhandelt, und da möchte ich nicht einmal die Einzelfälle, die spektakulär in den Zeitungen stehen, besonders hervorheben. Ich möchte über die sprechen, die alltäglich sind.

Sehr arg sind die, die der Polizei bekannt werden, wo man aber einfach den Ausreden der Mutter oder des Vaters Glauben schenkt: Es heißt dann einfach, das Kind ist über den Tisch gefallen, das Kind fiel über eine Stiege, und daher hat es diese blauen Flecken. Der Arzt und die Polizei wissen, daß das nicht richtig ist, aber man glaubt es. Ich möchte auf gar keinen Fall mehr Polizei und mehr Spitzellei verlangen. (*Abg. Kraft: Steht das alles im Budget?*) Herr Abgeordneter Kraft, das gehört nicht direkt zum Budget, es gehört aber insofern zum Budget, weil Arbeitslosigkeit, weil Schwierigkeiten in der Gesellschaft eine ganz große Rolle im Leben der einzelnen Familie spielen. Und aus diesem Grund habe ich mir dieses Thema zum heutigen Tag gestellt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich glaube, es gehört noch etwas Zweites dazu. (*Abg. Kraft: Es sollte Ihnen die Frau Familienminister zuhören, das wäre zweckmäßig! — Abg. Braun: Machen Sie sich nicht lustig über solche Sachen, da sieht man, was für ein lächerlicher und „ernst zu nehmender“ Abgeordneter Sie sind! — Abg. Kraft: Sie haben das Familienministerium geschaffen, soll sie es denen sagen!*)

Ja, es ist die erste Lesung, und da paßt das sehr wohl, wenn man Budgetprobleme weiter auffaßt, und aus diesem Grund habe ich das Problem Gewalt in der Gesellschaft zum Inhalt meiner Rede gemacht.

Etwas, was noch dazukommt: Ich bin so wie wir alle eine schlechte Konsumentin unseres

Fernsehers, weil wir nicht daheim sind, weil wir zuwenig Möglichkeiten haben. Ich lese die Zeitungen im politischen Teil, für das andere habe ich keine Zeit. Aber ich habe in den letzten Wochen auch ein bißchen genauer die Gerichtssaalrubriken angeschaut, ich habe mir etwas genauer beim Fernsehen die Bilder angeschaut, und ich habe die Empfindung, daß jetzt das Thema Gewalt immer stärker wird. Die Bilder, die man sieht, werden immer grauenhafter.

Es ist mir klar: Die Situation in der Welt ist wahrlich nicht rosig und wahrlich nicht ruhig. Ich glaube doch, daß die Vorbildwirkung dieser Berichte über Gewaltanwendungen immer ärger wird. Ich möchte zum Schluß nur eines noch sagen: Wir müssen aus dem Teufelskreis herauskommen, daß schlechte Vorbilder wieder schlechte Eltern förmlich erziehen.

Ich las vor einigen Tagen einen Artikel von Professor Bornemann. Ich kann nicht sagen, ob er recht hat, aber irgendwie leuchtet mir der Vorschlag ein. Er meint: Wir müssen umdenken, und zwar insofern, weil wir in unseren psychologischen und erzieherischen Aufgaben immer vom Krankheitsfall ausgehen. Wir sagen: Das Kind ist geschlagen worden, und daher wird es selber wieder schlagen.

Er meint: Wir müßten einmal dazu übergehen und sagen: Das Kind entstammt einer gesunden Familie, was hat diese Familie an sich, daß sie gesund geblieben ist? Was hat sie getan, um in Ordnung zu bleiben? Ich glaube, diese Idee könnte uns ein bißchen weiterbringen, damit wir endlich aus diesem Teufelskreis ausbrechen. Denn eines ist klar — wenn Sie uns auch immer sagen, wir wollen alles verändern, wir wollen alles ändern —: In unserer Gesellschaft, glaube ich, gibt es eine ganze Menge von Dingen, die einfach geändert werden müssen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 15.20

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Felix Bergsmann. Ich erteile es ihm.

15.21

Abgeordneter Bergsmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär Bauer hat eine Feststellung in den Raum gestellt, die man, glaube ich, nicht so unwidersprochen hinnehmen kann. Er hat vom Endsechziger-Paukenschlag des Dr. Koren gesprochen, von dem in seiner etwas problematischen Hochrechnung 21 Milliarden Schil-

Bergsmann

ling damals als Belastungswelle auf die Österreicher und Österreicherinnen angeblich niedergeprasselt sind (*Rufe bei der SPÖ: Angeblich?*), und hat dazu gemeint: Eingespart wurde damals gar nichts zum Unterschied zu heute, wo sehr viel eingespart wird.

Herr Staatssekretär! Unter „Sparen“ verstehen wir von der ÖVP nicht „Ausgaben streichen“, sondern wir verstehen darunter „Geld vernünftig, wirtschaftlich vernünftig ausgeben“. Und deswegen wurde damals nicht eingespart in Ihrem Sinne, weil eben damals bitte nicht verschwendet wurde. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Es geht uns nur darum, die Verschwendungen anzuprangern. Das haben Sie schon tausendmal gehört.

Die Vorreden meiner Fraktionsfreunde haben sich schon ausführlich mit der Wirtschaftsstrategie des vorliegenden Budgets befaßt. Ich werde daher versuchen, dieses Budget von einer anderen Warte, nämlich vom sozialen Gesichtspunkt, zu beleuchten. Es geht mir um die Auswirkungen dieses Budgets auf die einfachen Arbeitnehmerfamilien, auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen.

Herr Staatssekretär Bauer! Sagen Sie bitte nicht wieder, hier jammert der ÖAAB. Dieser Ausdruck „hier jammert er“ — das wird Ihnen noch im Laufe meiner Ausführungen aufgehen —, ist tatsächlich deplaciert. Was sagt dieses Budget für Leute, die in Österreich 8 000 S, 10 000 S, 12 000 S verdienen und damit unter Umständen in Tausenden und Hunderttausenden Fällen als Alleinverdiener eine Familie erhalten müssen?

Ich glaube, daß ich persönlich dazu berechtigt bin, das in allem Ernst zu tun. Denn noch vor elf Monaten, bevor ich in dieses Haus einzog, war ich einer der Alleinverdiener, die mit 13 000 S eine vierköpfige Familie erhalten mußten; ein kleiner Eisenbahner. (*Abg. Dr. Gradenegger: Da geht es Ihnen aber jetzt besser!*) Es geht mir besser. Keine Frage. Aber ich habe das nicht vergessen. Ich verstehe diese Zeit noch. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eines steht fest: Die jahrelange Verschwendungspolitik haben vorwiegend die kleinen Leute zu bezahlen. Ich möchte das an Hand einiger Beispiele erläutern.

12,5 Milliarden Schilling wollen Sie, Herr Finanzminister, bei der Mehrwertsteuer mehr

einnehmen. Was heißt das für den Klein- und Mittelverdiener? — 11 Prozent Erhöhung des Normalsatzes, nämlich von 18 Prozent auf 20 Prozent. Da entstehen echte Realeinkommensverluste durch noch zusätzlich steigende Preise und — das sieht man jetzt schon; das zeichnet sich schon ab — zurückbleibende Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Ich gestehe zu: Das Geld muß irgendwo herkommen, wenn es Zeiten wie diese gibt. Aber die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs um 25 Prozent trifft die Familien, trifft besonders diejenigen Familien, die von einem Alleinverdiener erhalten werden müssen, trifft die Kleinverdiener und die Kleinrentner. Der Tausender für die Familien im März des nächsten Jahres ist ein Tropfen auf einem heißen Stein und kann nicht echt helfen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die 25prozentige Erhöhung auf die Grundnahrungsmittel und auf die Dinge des täglichen Gebrauchs ist zutiefst unsozial. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie von 13 auf 20 Prozent ist eine 54prozentige Mehrwertsteuererhöhung. Diese 54prozentige Mehrwertsteuererhöhung auf Energie ist eine fürchterliche Härte. Sie wissen — ich wiederhole es; es wurde in diesem Haus schon einige Male darauf hingewiesen —, daß weit über 10 000 Haushalte in Wien nicht mehr in der Lage sind, ihre Strom- und Gasrechnungen zu bezahlen. Sie sind diese Rechnungen mehr als drei Monate schuldig.

Das sind, aber bitte sehr, so wie man es dort und da hört, nicht lauter Asoziale oder Sandler. Wer das zu behaupten wagt, der lügt. Das sind Mindestrentner, das sind Familien mit kleinem Einkommen, das sind Familien, die nicht das Glück hatten, eine billige Wohnung, wenn sie auch klein ist, zu bekommen.

Auch bei der Energie muß natürlich, wenn es schlechte Zeiten gibt, Geld eingenommen werden. Wer Geld hat, soll zahlen. Aber, Herr Finanzminister: Was sollen diejenigen tun — ich habe sie erwähnt —, die sich diese Preise jetzt schon nicht mehr leisten können? Was sollen die ab Jänner tun? Sollen sie frieren? Sollen sie im Finstern sitzen? Sagen Sie mir: Was sollen sie tun? — Das ist zutiefst unsozial!

Ich habe zu Beginn nicht umsonst erwähnt: Ich verstehe die Situation dieser Familien noch, weil es nicht so lange aus ist, daß ich

Bergsmann

selbst in einer ähnlichen Situation war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Warum, Herr Finanzminister, nicht ein abgestufter Tarif, etwa eine kleinere Erhöhung für den Mindestverbrauch von Gas und Strom einer Familie? Warum die vollen 54 Prozent? Warum nicht eine Abstufung zwischen den kleinen Lichtern in Wohnungen und den acht- oder zehnräumigen Kronleuchtern? Wäre das nicht möglich? — Ich glaube Ihnen, daß es kompliziert wäre. Aber möglich müßte es sein, weil es lebenswichtig für diese Ärmsten ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein zweites Beispiel will ich kurz anreißen: Die Zinsertragssteuer. Es geht hier rein um die Steuer. Aus der Zinsertragssteuer — für mich bleibt es die Sparbuchsteuer — von 7,5 Prozent werden 3,4 Milliarden Schilling an Einnahmen erwartet. Ebenfalls: Was steht dahinter? Wen wird das wirklich persönlich empfindlich treffen? Wen trifft es empfindlich?

Es kommt darauf an, wenn Geld benötigt wird vom Staat, zu vermeiden — mit einem sozialen Gefühl zu vermeiden —, jemandem ganz empfindlich zu treffen. Hier aber trifft es wieder den kleinen Sparer, denjenigen nämlich, der auf Grund seiner kleinen Spareinlagen lediglich in der Lage ist, sich ein sogenanntes normales Sparbuch zum Eckzinsfuß — 4 Prozent sind das jetzt — anzulegen, weil mehr nicht drinnen ist, weil ihm seine Bank kaum andere Zugeständnisse machen wird.

Wer ist das bitte in Österreich? — Das sind vor allen Dingen einmal die älteren Menschen. Herr Bundesminister für Finanzen! Sie haben ein hohes Lied auf die alten Menschen gesungen vor ungefähr eineinhalb Stunden hier in diesem Haus und haben so viel Verständnis gezeigt für diejenigen, die dieses Land aufgebaut haben. Ich nehme das für mich auch in Anspruch: Ich ehre auch die alten Menschen. Aber ich kenne sie auch sehr gut.

Ich weiß, daß es bei den alten Menschen in Österreich eine Eigenschaft gibt, die nicht in allen Ländern und bei allen Völkern üblich ist, die mir aber sehr liebenswert erscheint: Das ist die Eigenschaft, daß ältere Menschen Groschen für Groschen und Schilling für Schilling, ein kleines Sümmchen zusammenlegen wollen, nicht aus Geiz, sondern um ihren Hinterbliebenen, um ihren Kindern, den Jungen zu ersparen — wie man im Volksmund sagt: wann grad amal was mit mir —, daß sie zahlen müssen, um sich selbst das

eigene Begräbnis und die Totenzehrung zu finanzieren. Dafür sparen sie Schilling auf Schilling: 40 000 S, 50 000 S oder was immer sie eben zusammenbringen. Diejenigen werden ob ihrer Haltung bestraft. Und das ist zutiefst unsozial! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine zweite Gruppe kenne ich aus persönlicher Erfahrung und aus vielen Gesprächen; eine Gruppe, die auch nur in der Lage ist, sich kleine oder sogenannte normale Sparbücher anzulegen. Das sind die Väter und Mütter, die nicht in der Lage sind, ihren Kindern den Eintritt ins Leben durch große Geschenke, durch Vererbungen oder sonst irgend etwas zu erleichtern, das sind diejenigen Mütter und Väter in Österreich, die für ihre Kinder jeden Groschen und jeden Schilling, den sie von Tanten und Onkeln bekommen, auf ein Sparbuch legen und die sich vielfach vom Mund und von der Bekleidung, was besonders die Mütter anbetrifft, den einen oder anderen Tausender absparen und für die Kinder auf ein Sparbuch legen. Dann kommt ein Sümmchen von 20 000 S oder 30 000 S zusammen. Diese Eltern werden ob ihrer Haltung bestraft, und das ist zutiefst unsozial. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch eine andere Sache: Die ÖBB-Tarife: 700 Millionen Schilling, Herr Finanzminister, wollen Sie damit hereinbringen. Ich wage, das zu bezweifeln, und verweise hier auch gleich auf den Optimismus des Herrn Staatssekretärs, der gemeint hat, die Einsparung von 205 Posten bei den Österreichischen Bundesbahnen und die Streichung von 1,5 Millionen Überstunden wären eine Pluspost im Budget. Der Herr Abgeordnete Roppert ist zurzeit nicht anwesend, aber auch er hat ähnliche Dinge gesagt, Herr Abgeordneter Prechtl, beim ÖGB-Kongreß im Konzerthaus. Er war — und ich bin da seiner Meinung — der Ansicht, Herr Finanzminister, daß diese Zahlen falsch sind, daß das nicht geht. Die 1,5 Millionen Überstunden bei den Bundesbahnen können vielleicht á la longue, aber nicht 1984 und nicht ohne tiefgreifende Strukturänderungen bei den Bundesbahnen eingespart werden, wenn wir nicht wollen, daß irgendwann Züge stehen, wenn wir nicht einen Leistungsverzicht wollen. Die werden ja nicht per Gspäß in diesem Betrieb gemacht. Ich bezweifle also, daß das überhaupt geht.

Was die Tarife betrifft, um darauf zurückzukommen: Die Tarife werden am meisten in den Nahverkehrsbereichen angehoben. Sie betreffen hauptsächlich die Pendler, also wieder die Arbeitnehmer. Hier fehlt wieder das soziale Gefühl.

Bergsmann

Noch etwas, weil ich schon bei den Bundesbahnen bin: Wenn man glaubt, daß man durch den sogenannten Straßenverkehrsbeitrag, dessen 50prozentige Erhöhung eine beschlossene Sache ist, den ÖBB etwas Großes und Gutes tut, dann ist das auch nicht richtig. Ich glaube, daß diejenigen Unternehmer, die jetzt Ihre Anhänger neu oder stärker besteuern müssen, die Sattelaufleger und Wechselaufbauten besteuern müssen, von diesen Betriebs- oder Transportmitteln weggehen werden, die sie bislang zu einem Teil auf die Züge verladen haben, und sich zunehmend Motorfahrzeuge anschaffen und damit die Straßen belasten werden, weil sie damit trotzdem noch mehr verdienen werden, und die Bundesbahnen werden damit keine Zunahme am Verkehr bekommen.

Noch zu einem letzten Punkt ebenfalls aus der Sicht der kleinen Leute: die Fernmeldegebühren. Auch hier sage ich grundsätzlich: Wenn Geld benötigt wird, dann muß irgendwo Geld her, und grundsätzlich sind solche Tarif- und Gebührenerhöhungen, wenn sie im normalen Rahmen vor sich gehen, in Ordnung. Aber aus den Details geht eben hervor, ob man — ich wiederhole es noch einmal — mit sozialem Gefühl handelt oder nicht. Ich meine, bei den Telefonen ist das so: Rund 30 Prozent der Telefonanschlüsse in Österreich sind Einzelanschlüsse, die Firmen, gut-situierte Leute und ähnliche haben, aber sicherlich nicht die einfachen Arbeitnehmer. Rund 70 Prozent der Anschlüsse sind Teilanschlüsse. Das sind die Arbeitnehmer in den Wohnblöcken, das sind die kleinen Leute in den Gemeindebauten. Und nun werden die Gebühren erhöht. Dann sagt man verschleiern, jeweils hier und auf der anderen Seite um 20 S. Was heißt das aber? Das heißt, daß die Einzelanschlüsse um 12,5 Prozent und die Teilanschlüsse der kleinen Leute um 18 Prozent erhöht werden. Das ist ebenfalls zutiefst unsozial. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man könnte diese Reihe beliebig lang fortsetzen. Ich komme zum Schluß. Das Fürchterlichste an dieser ganzen Sache ist, daß all diese für die Menschen so einschneidenden Maßnahmen am Ende nur notdürftig die Budgetlöcher stopfen helfen. Weil der grundsätzliche Kurs nicht geändert wird, werden die Opfer, die jetzt gebracht werden müssen, nicht die letzten sein.

Herr Finanzminister! Wenn Ihnen Ihre Parteifreunde sagen — und ich könnte mir vorstellen, daß sie das tun —, daß in Zeiten wie diesen das Volk gerne bereit ist, auch Opfer zu bringen, so dürfen Sie Ihren Funktionären

das nur bedingt glauben. Die Wahrheit ist: Die österreichischen Bürger haben Verständnis für schwierige Zeiten. Das stimmt. Und sie sind zu Opfern bereit, aber nur dann, wenn auch oben gespart wird, und zwar gleichzeitig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jede Hausfrau muß sich ihr Haushaltsgeld auf Grund der Belastungen der sozialistischen Koalitionsregierung um vieles knapper einteilen. An allen Ecken und Enden muß sie sparen. Die Belastung von zirka einem halben Monatsbezug für das Jahr 1984 heißt, in Tausenden, ja in Hunderttausenden Haushalten Verzicht und Opfer zu bringen. Das heißt: Sparen bei der Kleidung, bei der Nahrung, bei der Wohnung, sparen bei den Grundbedürfnissen des Menschen, und das, während Sie und die Regierung Ihren bildlich gesagten Haushalt vergrößern.

Sie kaufen noch ein Haus dazu. Das wurde heute schon erwähnt. Sie vergrößern — ebenfalls bildlich gesprochen — Ihren Haushalt noch um ein Ministerium, während viele Arbeiter und Angestellte, viele Pensionisten und besonders die Familien nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Einkommen zurechtkommen sollen. Das ärgert die Bürger, und zwar zu Recht. Darum zum Schluß noch einmal die Feststellung: Die Haltung der Regierung und das vorliegende Budget sind zutiefst unsozial und daher abzulehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.38

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Vw. Tieber. Ich erteile es ihm.

15.39

Abgeordneter Dipl.-Vw. Tieber (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zur dramatischen Schilderung des Abgeordneten Bergsmann und vor allem zu seiner dramatisch klingenden Behauptung über die Wirkung der Zinsertragsteuer auf die kleinen Sparer eine Tatsachenmitteilung über die wahre Dimension: Bei einem Sparguthaben von 30 000 S bedeutet die Einführung der Zinsertragsteuer in Höhe von 7,5 Prozent eine tatsächliche Belastung von 10 S pro Monat. Das ist die tatsächliche Dimension, die Bergsmann so dramatisch geschildert hat. *(Abg. Staudinger: Und von 30 Groschen pro Tag!)* Ganz richtig berechnet, Herr Abgeordneter Staudinger, ganz richtig berechnet.

Hohes Haus! Das Blättern in Stenographischen Protokollen vergangener Legislaturperioden und auch der bisherige Verlauf der heutigen Debatte haben mir bestätigt, daß die

Dipl.-Vw. Tieber

erste Lesung zum Bundesvoranschlag alljährlicher Gelegenheit gibt, auch zu solchen politischen Fragen Stellung zu nehmen, die von den politischen Parteien in der Öffentlichkeit formuliert werden und die das Budget als das in Zahlen gegossene politische Programm beziehungsweise die Gegenposition dazu zum Gegenstand haben.

Ich will als neuer Abgeordneter von diesem Recht Gebrauch machen und mich mit einigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Volkspartei, aber auch Ihrer regierenden Schwesterparteien in der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzen, weil man dann etwa, Herr Abgeordneter Bergsmann, erkennen wird, was Sozialpolitik auch bedeuten kann.

Zuvor aber noch eine Anmerkung zu einer Äußerung, die ganz am Beginn der heutigen Debatte gefallen ist. Herr Präsident Graf hat den Bundeskanzler heute vormittag an dessen Wort von der Demut erinnert. Es steht mir nicht zu und es ist auch gar nicht notwendig, den Bundeskanzler authentisch zu interpretieren. Es liegt nämlich auf der Hand, was Sinowatz damit gemeint hat: Demut vor der Größe der Aufgabe, die vor uns steht, und Demut vor denen, die ihm letztlich diese Aufgabe übertragen haben.

Niemand wird doch gemeint haben und auch nicht der Präsident Abgeordneter Graf, daß der Bundeskanzler der Republik Österreich in Demut etwa vor den Vertretern der Oppositionspartei erstarren soll. Das können Sie doch nicht gemeint haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Staudinger: Aber die Oppositionspartei des Parlaments ist Vertreter des Souveräns! Sind wir uns darüber eh im klaren?)* Natürlich, aber ich nehme doch an, daß sich die Oppositionspartei selber helfen kann und nicht ein demütiges Verhalten des Bundeskanzlers provozieren muß. *(Abg. Staudinger: Von der Regierungsbank her hat man nicht immer den Eindruck, daß man sich dessen bewußt ist!)* Die Demut, die Sinowatz gemeint hat, wird den Österreichern ganz klar sein. Und es kann nicht die sein, die Sie jetzt meinen. Aber ich weiß ja nicht, wie Präsident Graf seine eigenen Worte auslegt, ich hätte es gern mit ihm diskutiert.

Ich möchte auch noch eine Anmerkung des Abgeordneten Zittmayr — der ist leider auch nicht da im Moment — aufgreifen. Er hat nämlich zwischendurch eine durchaus originelle Idee dem Hohen Haus präsentiert, wenn er gemeint hat: Die Fahrzeuge — offensichtlich die Fahrzeuge der Politiker — sollten der

Leistung angepaßt sein. So habe ich es im Ohr. Na ja, das könnte möglicherweise sogar ein neues Beschäftigungsprogramm werden. Wenn ich mir aber die Landeshauptleute der ÖVP anschau, dann vielleicht sogar ein Beschäftigungsprogramm für die österreichische Fahrradindustrie. *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Dreierad!! — Zwischenrufe. — Abg. Dr. Lichal: Ein Spaßvogel!)*

Gut. Aber wieder zurück zum Ernst und in voller Demut vor meiner Aufgabe, die jetzt vor mir steht. Ich will mich zunächst mit einigem beschäftigen, was in der Klubklausur der Volkspartei vorige Woche geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Mir ist aufgefallen, und zunächst durchaus wohlthuend, daß die ÖVP heuer darauf verzichtet hat, als Gast zu ihrer Klubtagung einen Mann einzuladen wie den Schweizer Professor Walter Wittmann, der Ihnen noch vor einem Jahr versichert hat, daß eine gewisse Arbeitslosigkeit durchaus zumutbar, ja geradezu notwendig sei. *(Abg. Dr. Lichal: Gescheiter, Sie laden ihn ein!)* Das war 1982.

Und heuer haben Sie zum Motto Ihrer Klubtagung die Worte gewählt und heute auch wieder propagiert: „Arbeit schaffen“. Das ist ein bemerkenswerter Fortschritt. Und ich sage Ihnen, es macht auch gar nichts, daß die ÖVP damit eine der zentralen Aussagen der Sozialistischen Partei wörtlich übernommen hat. Sie erinnern sich: Im Wahlkampf zu dieser Nationalratswahl hat die SPÖ in rot-weiß-roten Plakaten in notwendigerweise verkürzter Form den Österreichern signalisiert, worum es ihr geht: Frieden sichern, Umwelt schützen, Arbeit schaffen! Ich würde sogar so weit gehen, daß man als Sozialist ein wenig stolz darauf sein kann, wenn die Opposition eigene Positionen übernimmt.

In diesem Zusammenhang fällt mir ein, daß Ihr Wiener Vizebürgermeister Busek, stellvertretender Bundesparteiobermann, einmal gesagt haben soll — ich muß es vorsichtig formulieren —: „ÖVP-Politik, das ist Sozialismus minus 5 Prozent und zehn Jahre später“. *(Abg. Staudinger: Nein, nein, nein!)* Hat er es nicht gesagt? — Gut. Okay. Herr Abgeordneter Staudinger! Wenn er es nicht gesagt hat, dann gebe ich dem Herrn Busek recht *(Zwischenruf des Abg. Staudinger)*, denn ÖVP-Politik ist tatsächlich etwas ganz anderes als SPÖ-Politik. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Gott sei Dank!)*

Aber Sie haben sich bei Ihrer Klubtagung

Dipl.-Vw. Tieber

— und deshalb habe ich es zitiert; es stimmt nicht, ich merke es mir (*Zwischenruf des Abg. Kraft*) — sehr bemüht, den Begriff „populistische Politik“ freundlich umzudefinieren. Das sei doch ein ganz harmloses Wort, bedeute nichts anderes als „bürgerlich“.

Ich biete Ihnen heute keine neue Definition an, sondern ich will an einem ganz praktischen Beispiel demonstrieren, was wir meinen, wenn wir Ihnen populistische Politik vorwerfen. Und wieder spielt Ihr stellvertretender Parteiobmann Busek dabei eine Rolle.

Da gab es — Sie werden sich erinnern — im Wiener Gemeinderatswahlkampf 1983 unter anderem ein Plakat, und darauf stand zu lesen: „Grün heißt in Wien Busek“. Das war die eine Seite.

Aber es gab auch eine andere zu lesen. Ich zitiere: „Ich möchte mich sehr davon distanzieren, daß die Wiener Volkspartei immer als grüne Partei angesprochen wird.“ — Einverstanden, das ist sie ja wirklich nicht. Fatal ist nur, wenn man weiß, wo das geschrieben stand; es stammt nämlich auch von Busek. Nicht etwa in einer alternativen Zeitung, in einer Zeitschrift für Umweltschützer, nein, Busek schrieb diese Sätze in der Zeitschrift der Industriellenvereinigung. Und das meinen wir, wenn wir Ihnen populistische Politik vorwerfen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Staudinger: Herr Doktor!*) Doktor bin ich nicht! Nur Diplom-Volkswirt. (*Abg. Staudinger: ... oder die „Salzburger Nachrichten“! Die haben sich auch mit dem Thema befaßt!*) Aber unbestritten bleibt doch, daß Busek, offenbar um auf Wählerfang zu gehen, auf einem Plakat schreibt: „Grün heißt in Wien Busek“, aber wenn er zu seinen Freunden von der Industriellenvereinigung geht, dann sagt er: Grün, aber doch nicht wir! — Das ist populistische Politik. Das ist es. (*Abg. Steinbauer: Man soll eine Jungfernnrede nicht mißbrauchen zu plumper Polemik! — Zwischenrufe.*) Ich danke, Herr Oberlehrer, für die Belehrung. Ob ich mich an Ihre Belehrung halten werde, weiß ich nicht, aber vielleicht bemühe ich mich darum.

Hohes Haus! Immer dann, wenn wir hier österreichische Wirtschaftsdaten in den Rahmen internationaler Vergleiche stellen und damit den Erfolg unserer Wirtschaftspolitik belegen können, reagiert die Opposition verärgert oder gar gelangweilt. Mit der Einladung an den deutschen Finanzminister Stoltenberg, auf dem letzten Bundesparteitag der ÖVP im September ein Referat zu halten, haben Sie unsere Versuchung, ein weiteres

Mal zu vergleichen (*Abg. Kraft: ... Frau Minister!*), natürlich nicht verkleinert. Das werden Sie verstehen. Der deutsche Finanzminister hat zwar weniger davon gesprochen, wie denn die praktische Politik seiner Regierung aussieht, sondern eher davon, woher er die Überzeugung nimmt, daß richtig sei, was er unternimmt. Er hat von der Zukunft der sozialen Marktwirtschaft gesprochen.

Und in der Rede des deutschen Finanzministers, Ihres Parteifreundes Dr. Stoltenberg, heißt es unter anderem — ich darf zitieren —:

„Für die Gründungsväter der sozialen Marktwirtschaft bezeichnete der Begriff ‚sozial‘ nicht nur die manchmal notwendige Korrektur des Marktergebnisses, sondern soziales Bewußtsein schlechthin.“

Und an anderer Stelle heißt es bei Stoltenberg:

„Sozial verpflichtetes Handeln ist Aufgabe jedes einzelnen, es bedeutet Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe.“

Das heißt also: Wenn es schon einmal passiert, daß der Markt Ergebnisse produziert, die korrigiert werden müssen — das hat Stoltenberg ja immerhin zugegeben —, dann ist Nächstenliebe gefordert.

Jetzt will ich nicht zynisch werden oder polemisch, aber man kann und muß fragen: Wer hat da wen zu lieben? Der Unternehmer seine Arbeiter? Oder vielleicht gar umgekehrt, die Arbeiter ihren Unternehmer?

Ich sage nur: Für die Formulierung einer wirtschaftspolitischen Strategie scheinen mir diese Sätze, diese Seiten in der Stoltenberg'schen Rede ein bißchen wenig konkret zu sein.

Aber Stoltenberg sagt auch noch an einer anderen Stelle etwas dazu. Ich darf wieder zitieren: „Nach den Irrungen und Übersteigerungen der siebziger Jahre müssen wir in diesem Jahrzehnt wieder Maß und Mitte gewinnen. Die Aufgaben und Ansprüche“ — zureichend: ganz offensichtlich an den Staat — „haben sich an bescheidenere Wachstumsmöglichkeiten konsequent anzupassen.“ (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Herr Abgeordneter Staudinger! Ich würde an Ihrer Stelle — ich will Ihnen keinen Rat schlag geben, ich bin ein neuer, junger Abgeordneter bei meiner ersten Rede hier — durchaus zunächst einmal froh sein, wenn

Dipl.-Vw. Tieber

ich propagiere, was ein Parteifreund von Ihnen gesagt hat. Das Motiv für dieses Zitieren ist allerdings ein unterschiedliches; das gebe ich Ihnen gerne zu.

Interessant wird es ja, wenn wir uns anschauen — und das möchte ich versuchen —, wie die deutsche Bundesregierung, deren Finanzminister Ihr Gastredner auf dem Parteitag ist, dieses Vorhaben, nämlich Aufgaben und Ansprüche konsequent anzupassen an andere Wachstumsmöglichkeiten — das ist für mich nichts anderes, und das werde ich zu belegen versuchen, als der Abbau von Sozialleistungen —, wie diese Bundesregierung dieses Vorhaben bewerkstelligt. Das wird übrigens derzeit auch im Deutschen Bundestag an Hand des Haushaltsvoranschlages 1984 heftig diskutiert, und dabei wird sowohl die Kluft zwischen Wahlkampfversprechen — einige darf ich wieder zitieren und damit propagieren — und Regierungspraxis deutlich, aber auch, ich gebe es zu, auf ganz bestimmten Gebieten eine bemerkenswerte Konsequenz, die CDU/CSU mit ihrem Partner praktizieren.

Zunächst aber zu einigen Widersprüchen. In einer riesigen Anzeigenkampagne hat Bundeskanzler Kohl vor der Wahl jedem jungen Menschen eine Lehrstelle garantiert. „Für jeden ist eine Lehrstelle da, wenn Kohl Bundeskanzler bleibt.“ Die Realität? Heute, ein halbes Jahr nach diesem Versprechen, sind nahezu 100 000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz und über 200 000 ohne Arbeitsplatz.

Vor der Wahl hat die CDU versprochen: „Mit uns kommt der Aufschwung, mit dem Aufschwung geht die Vollbeschäftigung zurück.“ (*Ruf bei der ÖVP: Wie ist das in Frankreich unter Mitterrand?*) Ich gestatte mir, von der Bundesrepublik zu reden. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das ist ohnehin klar, denn von Österreich ...!*) Das ist deshalb ganz interessant, weil dort jene regieren, die in ihren grundsätzlichen Auffassungen ganz offensichtlich mit Ihnen übereinstimmen. Das ist nämlich die einzige Möglichkeit, nachzuforschen, was Sie denn tun würden, wenn Sie nur könnten. Deshalb müssen wir auf die Bundesrepublik ausweichen, weil Ihnen die Österreicher seit den siebziger Jahren die Gelegenheit verwehren, das in die Tat umzusetzen, was Sie propagieren. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir können gar nicht anders, haben Sie mit uns Verständnis: Wenn wir wissen wollen, was Sie denn wirklich tun, was das Ergebnis dieses Tuns ist, dann können wir nicht nach

Österreich blicken, denn es ist schon 13 Jahre her, daß Sie das letztmal dazu Gelegenheit hatten. Ich kann nichts dafür, und deshalb erlaube ich mir, weiter von der Bundesrepublik zu reden. Sie laden sich ja Leute aus der Bundesrepublik ein, die Ihnen dann schildern, wie das alles so läuft. Vor der Wahl — das wollte ich sagen — hat die CDU versprochen: „Mit uns kommt der Aufschwung, mit dem Aufschwung kommt die Vollbeschäftigung zurück.“ Die Realität? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Hören Sie sich doch die Realität an. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Bundesrepublik seit dem 1. Oktober 1982, also seit der Machtübernahme durch die Rechtskoalition, um 400 000 auf nunmehr 2,2 Millionen angestiegen, und sie steigt wieder und weiter an. 3 bis 3,5 Millionen Arbeitslose — das würde einer Arbeitslosenrate von bereits über 10 Prozent entsprechen — werden selbst von Regierungsseite nicht mehr ausgeschlossen.

Nächster Widerspruch: Vor der Regierungsübernahme hat die CDU gemeint, eine Steigerung der Neuverschuldung komme für sie nicht in Frage. Das muß doch bekannt in Ihren Ohren klingen. Schon in der ersten Koalitionsvereinbarung wurde die Nettokreditaufnahme um 10 Milliarden D-Mark erhöht. (*Abg. Dr. Zittmayr: Dort sind es 30 Milliarden und bei uns 62 Milliarden!*)

Aber nun zwei Beispiele von einer Konsequenz, die für mich geradezu beängstigend ist. Die Rechtskoalition in der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren, macht nämlich tatsächlich ernst mit dem Abbau des Sozialstaates. Mit einer ideologischen Offensive sondergleichen hat sie bereits einige Zeit vorher mit ausgeklügelten Methoden der semantischen Kriegsführung — wenn Sie wissen, was ich meine — die klimatischen Voraussetzungen dafür geschaffen.

Einige Stichworte zu dieser Kampagne, die auch in Österreich durchaus bekannt klingen. Neben den Angriffen auf eine überschießende, leistungsfeindliche Sozialpolitik, einem ausufernden, überbordenden Wohlfahrtsstaat, der das System und letztlich die Freiheit gefährdet, wird dabei alles hervorgeholt, was im Arsenal konservativer Sozialstaatskritik seinen festen Platz hat: Von Zwangsbeglückung ist die Rede, von Überversorgung, von Gießkannenverteilung, von liebedienerischer Geschenkpoltik, von anonymen Apparaten, von einem sozialen Netz, das zur Hängematte oder zur sozialen Sänfte geworden ist. Man spricht vom Saurier-Syndrom — das könnte von Busek sein —;

Dipl.-Vw. Tieber

beschwört die drohende Entmündigung und Freiheitsberaubung des Bürgers, dem man gleichzeitig Anspruchsdenken, Vollkasko-Mentalität und enthemmte Nachfrage bescheinigt. Der Staat ist zu einer Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmung geworden, zu einem Selbstbedienungsladen der Wohlfahrt.

Im Zentrum dieser Kritik stehen natürlich — sie müssen es — die öffentlichen Haushalte. Die Anspruchsinflation hat zu einer Kostenexplosion geführt, die für die Krise der Staatsfinanzen verantwortlich ist. Nun drohen der Kollaps, das Diktat der leeren Kassen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Versucht man, all diese Schlagworte auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, dann fällt doch eines auf: Stets und regelmäßig werden die Sozialpolitik, werden Sozialleistungen, werden Aufgaben, die der Staat übernimmt, als Verursacher gesellschaftlicher Kosten gesehen, aber niemals wird die ökonomische Entwicklung als die eigentliche Ursache sozialer Konflikte und Probleme gesehen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Steinbauer: Das ist Neandertaler-Sozialismus! — Abg. Staudinger: Was ergibt sich daraus für Österreich?)* Was sich aus dieser ideologischen Offensive, mit der man das vorbereitet hat, in der Bundesrepublik seit einem Jahr ergeben hat, Herr Abgeordneter Staudinger, darf ich Ihnen jetzt kurz referieren.

Sozialdemontage! — So hört sie sich an, wenn sie konkret wird. Die gesetzlich verankerte dynamische Rentenerhöhung wurde mit einem Federstrich — Sie erinnern sich! — zunächst um ein halbes Jahr verschoben. Die Berechnung der Rentendynamik wurde wesentlich verschlechtert. Das führt in der Bundesrepublik Deutschland unter der Verantwortung Ihrer Parteifreunde dazu, daß deutsche Rentner am 1. Juli 1984 nur mehr eine Aufbesserung von etwas mehr als einem Prozent erhalten. Das Kindergeld wurde gekürzt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Was macht Dallinger in Österreich?)* Ganz sicher nicht eine solche Maßnahme, denn die Pensionen in Österreich werden am 1. 1. 1984 um 4 Prozent steigen, und in der Bundesrepublik werden die Renten am 1. Juli 1984 nur um 1 Prozent steigen. Das ist die Wahrheit! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Aber es geht weiter: Das Kindergeld wurde gekürzt. Zuzahlungen zu Spitals- und Kuraufenthalten wurden eingeführt. Viele Medikamente werden von den Krankenkassen nicht

mehr bezahlt. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld für Leistungsempfänger ohne Kinder wurde von 68 auf 63 Prozent reduziert. Dafür werden die deutschen Gemeinden finanziell belastet, denn für eine Reihe von Arbeitslosen bedeutet das, daß sie zu Sozialhilfeempfängern werden. Was die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg einspart, zahlt nun oder in den nächsten Wochen und Monaten das örtliche Sozialamt dazu. Noch stärker gilt das für kinderlose Arbeitslosenbezieher. Für sie wurde der Satz von 58 auf 56 Prozent gekürzt.

Ich darf Ihnen eine sehr „familienfreundliche“ konkrete Maßnahme schildern: Der Mutterschaftsurlaub wird von vier auf drei Monate zusammengestrichen. Statt bisher 750 Mark im Monat wird es künftig nur noch 600 Mark geben. Aber es geht immer noch weiter. Kürzungen beim Wohngeld, Kürzungen bei den Zuwendungen für Studenten... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Wieso wollen sie das nicht so gerne hören? Mit ist es ja klar, warum Sie das nicht hören wollen. Aber es ist doch legitim... *(Abg. Dr. Zittmayr: Wir sind in Österreich an und für sich!)* Wir sind in Österreich. Genau. Und es ist offensichtlich so, daß Sie in Österreich eine Politik betreiben wollen, wie sie jetzt ein Jahr lang in der Bundesrepublik ausprobiert wird. Warum holen Sie sich sonst den deutschen Finanzminister? *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Aber die gleiche Regierung, die diesen Sozialabbau praktiziert und betreibt, senkt die Unternehmenssteuer um insgesamt 3,5 Milliarden Mark und vertraut und hofft darauf, daß diese Steuererleichterungen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen erhöhen werden, obwohl sie wissen müßte, daß dort, wo man ähnliche Maßnahmen schon vor einiger Zeit gesetzt hat — etwa in den USA oder in Großbritannien —, die gewünschten Ergebnisse, um es sehr, sehr vorsichtig und vornehm zu formulieren, ausgeblieben sind.

Das Glaubensbekenntnis zur Marktwirtschaft — ich betone: das Glaubensbekenntnis —, zu einer Ideologie vom Markt und nicht etwa die auch von uns vorgenommene rationale Anerkennung des Marktes als unbürokratische Organisationsform zur Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, die als ein Instrument unter mehreren durchaus ihre Funktion hat, dieses Dogma von den Allheilmächten des Marktes führt ja nicht einmal in der Bundesrepublik zum Erfolg.

Dipl.-Vw. Tieber

Vor der Wahl verlangte die CDU unter dem Stichwort, das auch in Österreich jetzt immer wieder und immer stärker propagiert wird: Mehr Markt, weniger Staat, weniger Subventionen. Nach der Wahl mußte sie die Subventionen erhöhen. Heute erleben wir, daß die deutsche Regierung eingestehen muß, daß sie die natürlich auch dort existierende Stahlkrise nicht bewältigen kann. Heute ist etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, ARBED-SAARSTAHL pleite, ein privates Unternehmen mit 15 600 Beschäftigten, das bisher weit mehr Subventionen — nämlich 17,5 Milliarden Schilling umgerechnet — bekommen hat als die gesamte verstaatlichte Industrie Österreichs. Das soll jenen ins Stammbuch geschrieben sein, die immer wieder behaupten, an der Stahlkrise in Österreich seien ausschließlich die verstaatlichten Unternehmungen und die Tatsache der Verstaatlichung schuld. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Aber, meine Damen und Herren, wir können es auch von einer anderen Seite betrachten. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith hat die von mir beschriebene marktradikale angebotsorientierte Philosophie einmal knapp und pointiert zusammengefaßt. Er hat die Vorstellungswelt der Angebotstheoretiker und deren politischen Gefolgsleute wie folgt charakterisiert:

„Die Reichen verdienen zuwenig, deshalb investieren sie zuwenig. Die Armen verdienen über die vielfältigen Segnungen der staatlichen Wohlfahrtspolitik zuviel, deshalb arbeiten sie zuwenig. Also: Wenn von arm zu reich umverteilt wird, dann steigt das Investitions- und Arbeitsangebot.“

Daß es sich dabei um keine Parodie handelt — das könnte man ja meinen —, beweist und zeigt uns ein Mann namens Georg Gilder — Sie werden davon gehört haben — in seinem Buch „Reichtum und Armut“; es ist ja bekanntlich die Lieblingslektüre des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan.

Georg Gilder schreibt: „Um etwas für die Armen und Mittelschichten zu tun, muß man die Steuersätze für die Reichen drastisch senken.“ Er schreibt weiter: „Unser Wohlfahrtsystem schafft moralische Gefahren, weil die Unterstützung höher ist als das, was ehrliche Arbeit allein einer intakten Familie erbringt. Wer der Armut entkommen will, muß nicht nur arbeiten, er muß mehr arbeiten als die übrigen, die über ihm auf der sozialen Leiter stehen.“

Ist das auch Ihre Auffassung? Das wäre sehr interessant. Was allerdings mit jenen ist, die nicht arbeiten können, weil sie im Gefolge der praktischen Anwendung genau dieser wirtschaftlichen Rezepte ihren Arbeitsplatz verloren haben, das sagt uns kein Georg Gilder, kein Ronald Reagan, kein anderer Politiker, der dieser Auffassung anhängt.

Aber nun, meine Damen und Herren, zu einem zweiten Beispiel einer durchaus bemerkenswert konsequenten CDU-Politik. *(Abg. Dr. Zittmayr: Schon das erste war viel zu lang!)* Gibt es eine Redezeitbeschränkung? Nein, sehr gut. *(Abg. Graf: Lassen Sie sich nicht aufhalten!)*

Schon in der Oppositionszeit hat die CDU die Parole von der Reprivatisierung öffentlicher Aufgaben ausgegeben. Und sie hält sich daran, ganz konkret, Schritt für Schritt. Bis Ende dieses Jahres, so heißt es, wird die Regierung Kohl ein umfassendes Konzept zur Reprivatisierung ausgearbeitet haben.

Und wie umfassend es werden kann, wenn die Privaten mitspielen, zeigt uns eine Liste des Deutschen Bundes der Steuerzahler, die Beispiele, also offenbar längst nicht alle, privatisierungsfähiger öffentlicher Aufgabenbereiche anführt, und das mit einer Begründung, die auf Punkt und Beistrich dem Vokabular der CDU/CSU entspricht.

Ich kann Ihnen diese Liste, obwohl Sie meinen, ich rede schon zu lange — das kann durchaus sein —, doch nicht vorenthalten, noch dazu, wo die ÖVP auch bereits wieder an der Neuauflage einer ähnlichen Strategie bastelt.

Also: Privatisierungsfähig sind oder sollen sein: die Bundesbahn, die Bundespost, der öffentliche Nahverkehr, das Fernsehen — das steht offiziell darin, Auftrag der Regierung Kohl: Macht mir eine Liste, was ich alles privatisieren kann! —, Schulen, Kindergärten, Altenheime, Krankenhäuser, Müllabfuhr, Müllverwertung, Straßen- und Kanalreinigung, Kläranlagen, Schlachthöfe, Feuerwehr, Buchbindereien, Krankentransport, Sportanlagen, Frei- und Hallenbäder, Parkanlagen, Theater — die Staatsoper reprivatisieren, das wäre etwas! —, Planungsämter, Friedhofsämter, technische Überwachungsämter, Gebäudereinigung, Landwirtschaftsberatung, Landesgewerbeämter, Eichämter, Beschußämter, Veterinärdienst, Polizeibesorgungsstellen — die Polizei selbst soll noch nicht reprivatisiert werden, nur die Polizeibesorgungsstellen —, Campingplätze, Sehenswürdigkeiten,

Dipl.-Vw. Tieber

Vermessungsämter, Schlösser, Bauhöfe, Kfz-Werkstätten, Zoologische Gärten, Stadthallen, Markthallen, Gärtnereien und die wirtschaftlichen Nebenbetriebe der Krankenhäuser.

Das ist eine schöne lange Liste, und wir werden erleben, was die Regierung Kohl mit ihren bereits begonnenen Privatisierungsplänen von dieser Liste abhaken kann.

Meine Damen und Herren! So konsequent sind Sie oder Ihre Freunde in der Bundesrepublik aber auch wieder nicht. Es gibt im politischen Leben offenbar immer wieder welche, die eine vereinbarte Marschrichtung durchbrechen. So liest man staunend in der „Zeit“ — das ist die ganze große Wochenzeitung — vom 2.9. 1983, daß die niedersächsische Regierung in Cuxhaven eine Fischfabrik einem großen privaten Konzern abgekauft habe.

Der deutsche Wirtschaftsminister Lambsdorff kommentiert dies sogar mit gräflicher Strenge. Er sagt: „Also da wird wirklich Wasser gepredigt und Wein getrunken. Ausgerechnet Herr Albrecht!“ — Das ist nämlich der niedersächsische Ministerpräsident, ein häufiger Gast der ÖVP in Österreich, wie ich höre, vornehmlich in der Steiermark. (*Abg. Staudinger: Ein guter Mann!*) Ein guter Mann.

Sie kennen die zehn Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten zum Problem der Arbeitslosigkeit? Ich komme gleich darauf. Dagegen ist Stoltenberg geradezu ein verkappter Prediger des Wohlfahrtsstaates.

Zehn Thesen von Albrecht: „Wie bekämpfe ich die Arbeitslosigkeit?“ (*Abg. Dr. Zittmayr: Sagt ihm, er soll nach Bonn fahren!*) Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, aber bei Ihnen ist das offenbar nicht einfach, warum es notwendig ist, andere ausländische, deutsche Beispiele heranzuziehen, um endlich zu erfahren, was die ÖVP tun würde, wenn sie nur könnte. Ich habe versucht, Ihnen das zu erklären. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer sagt Ihnen denn, daß die ÖVP das tun würde? Das ist Ihre komische Annahme!*)

Dann würde ich vorschlagen, daß Sie den Präsidenten der IDU — das ist ein gewisser Dr. Alois Mock — befragen, wie er denn mit seinen Mitgliedsparteien umgeht, ab da nicht Beschlüsse oder Beratungen über gemeinsame Politik geführt werden, ob da nicht gemeinsame Grundauffassungen zu jeweils konkret ausgeformter Politik führen. Dann fragen Sie, wessen Präsident der Herr Mock

ist. Er ist doch offensichtlich der Präsident einer konservativen oder, wenn Sie wollen, einer schwarzen Internationale, in der doch hoffentlich für Sie die gleichen Auffassungen vorherrschen. In der Sozialistischen Internationale ist das zumindest der Fall.

Jetzt zu den Thesen des Herrn Albrecht. Daß Sie die nicht gerne hören, das kann ich wieder gut verstehen. Er hat nur mit den ersten beiden Thesen nach meiner Meinung recht. Albrecht meint nämlich erstens, daß mit den bisher in der Bundesrepublik Deutschland eingeleiteten Maßnahmen weder ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung noch ein Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen ist. Recht hat er!

Mit der zweiten These hat er auch recht. Da sagt er nämlich, daß der durch den Regierungswechsel und den Wahlsieg der Union in der Wirtschaft ausgelöste psychologische Aufschwung sich erschöpft hat. Auch da hat er recht. (*Abg. Steinbauer: Der redet jetzt schon 30 Minuten über die Bundesrepublik!*)

Aber dann geht es weiter. Albrecht analysiert: Die Entlohnung des investiven Kapitals ist zu gering, die Entlohnung der Arbeit zu hoch. Schluß also mit Sozialplänen, weg mit Kündigungsschutzbestimmungen, die Mitbestimmung bürokratisiere ohnehin nur die Unternehmensentscheidungen, die Jugendschutzbestimmungen erschweren doch nur die Vermittlung von Lehrstellen. Der Faktor Arbeit — so Albrecht — ist zu teuer, das Sozialsystem zu kostspielig und unwirtschaftlich.

Deshalb, so Albrecht: Die Unternehmensbesteuerung muß um 20 Prozent gesenkt werden. Dafür wird die Personenbesteuerung zu erhöhen sein. Die Arbeitskosten müssen real gesenkt werden. Fehlzeiten im Betrieb sind einzugrenzen. Und als besonderes Schmankehl, meine Damen und Herren: Ehrenamtliche Tätigkeit sollte ermutigt und vor allem Arbeitslosen angeboten werden. — Offensichtlich damit diese das richtige Bewußtsein bekommen.

Aber diese zehn Thesen waren selbst einigen Parteifreunden Albrechts zuviel. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Wolfgang Vogt, ein Mann Ihrer Schwesterpartei, ein CDU-Mann, charakterisiert die Albrecht-Thesen ganz einfach klipp und klar so: „Dem Kapital das Fleisch, der Arbeit die Diät.“ Und da hat er recht.

Aber das es in der Bundesrepublik Deutsch-

Dipl.-Vw. Tieber

land schon so weit ist, meine Damen und Herren, daß Albrecht von diesem gleichen Wolfgang Vogt an eine Binsenweisheit erinnert werden mußte, nämlich an die, daß selbst der ausgebuffteste Unternehmer, wie das in der deutschen Sprache nun einmal so heißt, in seine Kalkulation die Produktivkraft sozialer Frieden... (Abg. Steinbauer: Wollen Sie nicht mit einem Freiheitlichen über Deutschland reden? Dann halten Sie hier nicht auf! Hier geht es über Österreich!)

Und ich rede zum dritten Mal davon, daß ich Ihnen und damit aber auch der Öffentlichkeit zeigen will, wohin die Reise gehen würde, wenn Sie nach den gleichen Grundüberlegungen, wie sie die CDU und die ÖVP offenbar haben, Ihre Politik betreiben könnten. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.) Dann laden Sie doch nicht mehr den Stoltenberg ein.

Sie sind ein bißchen zu ungeduldig. Ich komme gleich zu Österreich. Ich sage nur eines: Es ist schon interessant zu fragen, und deshalb tue ich es hier, was etwa Ihr Partei- und Klubobmann und Präsident der sogenannten IDU zu dieser Politik zweier seiner Mitgliedsparteien sagt. Was sagt er denn dazu? Wenn man ihn fragt, was er zu den Engländern sagt, dann sagt er nämlich fast überhaupt nichts. Da sagt er dann immer: Wir machen österreichische Politik. — Sehr schön. (Abg. Kraft: Wollen Sie die SPD-Politik machen?)

Und jetzt sage ich Ihnen als Beispiel eine mögliche Antwort, die Mock auf solche Fragen, was er davon hält, geben könnte; eine Antwort, bei der er sich anlehnen könnte an eine Aussage von Professor Herbert Krejci — jetzt bin ich in Österreich, Sie werden sagen „endlich“ (Abg. Kraft: Na endlich!), aber wenn Sie jetzt noch die drei Minuten Zeit haben (Abg. Kraft: Jetzt haben Sie eine halbe Stunde über das Ausland geredet!), dann werden Sie sich sicher freuen —, dem Ihnen bekannten Generalsekretär der Industriellenvereinigung. Ich zitiere:

„Die Volkspartei“ — die Österreichische Volkspartei — „fühlt sich zu Recht im Aufwind, von einer Welle des öffentlichen Vertrauens getragen.“ Sie sehen, wie seriös ich bin, daß ich auch schon diesen Satz zitiere. „Aber eben deswegen“ — sagt Krejci weiter — „ist es zu bedauern, wenn ein wenig zu viel geschrien wurde, wenn vor allem eher unverbindliche Formeln zur Problembewältigung angeboten wurden.“ Und er meint Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP. „Sicher, es

ist nicht an einer Opposition“ — so Krejci weiter —, „der Regierung aus den Schwierigkeiten zu helfen, aber gar so einfach darf man es sich heutzutage nicht machen, insbesondere wenn es um die Wirtschaftspolitik geht. Zum wiederholten Male“ — immer noch Krejci — „sei es gesagt: Niemand hat irgendwo ein Patentrezept in der Tasche. Auch die Beschwörung der Marktwirtschaft und der Ruf nach Einsparungen allein weisen noch nicht den Weg. Das haben“ — ich kann nichts dafür, jetzt redet der Krejci vom Ausland — „Bruderparteien der ÖVP in anderen Ländern schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen.“

Das ist doch ein guter Kronzeuge für meine vorherigen Äußerungen. Aber wenn Sie noch nicht dazugekommen sein sollten, diese Zeilen schon zu lesen, dann darf das nicht überraschen: Es ist nämlich ein Leitartikel von Professor Krejci in der heute erschienenen Ausgabe der Zeitschrift „Die Industrie“. Sehr zu empfehlen.

Und so meine ich zum Schluß: Der Umstand, daß wir in Österreich von derartigen Polarisierungen, wie ich sie zu schildern versucht habe, wie sie in der Bundesrepublik bereits existieren, noch weit entfernt sind, ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß für uns Sozialisten eine solche Sozialpolitik unvorstellbar ist. Auch die ÖVP sah sich — das meine ich jetzt mit großem Ernst — in ihrer politischen Praxis bisher, in den letzten Jahren, stets dazu veranlaßt, einen Kurs zu gehen, der eigentlich all jene gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen akzeptiert hat, wie sie in Österreich durch die Jahre gestaltet wurden. Das reicht vom System der Sozialpartnerschaft bis zur Anerkennung des in Österreich im internationalen Vergleich beachtlich großen öffentlichen Sektors, das reicht bis zum Einverständnis für eine in Österreich immer betriebene Kombination von nachfrage- und angebotsorientierten Maßnahmen der österreichischen Wirtschaftspolitik. Sie müssen es nicht Austrokeynesianismus nennen. Sie müssen es nicht den „österreichischen Weg“ nennen, aber das ist er nun einmal.

Sie haben also zugunsten einer solchen politischen Praxis bisher über weite Strecken darauf verzichtet, sich auf ihre ordnungspolitischen Glaubensbekenntnisse, etwa zur Rolle des Marktes und des Staates, zu beschränken. Sollten Sie aber nun wirklich die Absicht haben, diese Politik, die immer auch ein gehöriges Maß an Zusammenarbeit in den wichtigen Fragen des Staates bedeutet hat, aufzuge-

Dipl.-Vw. Tieber

ben, und dafür gibt es Beispiele aus jüngster Zeit, wie etwa das doppelte Nein zur Finanzhilfe für die verstaatlichte Industrie im Nationalrat und im Bundesrat, sollten Sie also wirklich eine „kantige Politik“ vorbereiten wollen, dann werden Sie uns damit nicht irritieren. Wir bekennen uns nämlich zu den Erfolgen der österreichischen Wirtschaftspolitik seit 1970. Sämtliche Wirtschaftsdaten beweisen ja, daß Österreich die Krise besser meistert als andere Länder.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Maßnahmenpaket und der Bundesvoranschlag 1984 sind nach unserer Überzeugung eine unerläßliche Voraussetzung dafür, in einer rauen ökonomischen Umwelt die soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität unseres Landes zu sichern. Das wird uns auch gelingen. Nur, den Kurswechsel, von dem die ÖVP redet, und einen Kurswechsel, wie er in Deutschland bereits vollzogen wird, den brauchen wir in Österreich nicht! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.15

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Puntigam.

16.15

Abgeordneter Dr. **Puntigam** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat entweder den falschen Zug erwischt oder das falsche Manuskript. Er wollte wahrscheinlich nach Bonn fahren, oder es hätte jemand draußen diese Rede halten sollen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mühlbacher: Da können Österreichs Konservative etwas lernen!)* Es war eine Rede — wenn Sie zugehört haben, und es hat sich ja wirklich ausgezahlt —, die man ohne weiteres in Bonn hätte halten können. *(Abg. Dr. Reinhart: Jetzt werden wir schauen, was da G'scheits kommt!)* Ich werde zwar nicht sehr lange, dafür aber zum Budget reden.

Der Herr Finanzminister hat — damit bin ich schon beim Budget *(Abg. Dr. Reinhart: Jetzt kommt was G'scheits!)*, ich hoffe, daß Sie das beurteilen können — in seiner Budgetrede gesagt: „Die Bundesregierung bekennt sich zu einer aktiven Budgetpolitik, die den Problemen nicht aus dem Weg geht.“

Das ist eine hoffnungsvolle Ankündigung, meine Damen und Herren. Nur ist nach unseren Erfahrungen und nach den bisherigen Salcher-Budgets wahrscheinlich das Attribut „hoffnungsvoll“ etwas übertrieben. Der Beweis dafür:

Der Herr Bundesminister Salcher hat im Mai 1981 in der Zeitschrift „Zukunft“ wörtlich gesagt: „Das Bedauerliche an dieser Entwicklung ist“ — gemeint war die Finanzentwicklung —, „daß wir Einsparungen machen müssen, um ein noch vertretbares Nettodefizit zustande zu bringen.“

Dieser Ausspruch des Herrn Finanzministers stammt aus einer Zeit, als das Nettodefizit 27,5 Milliarden Schilling betragen hat. Wie ernst es ihm dabei gewesen ist, beweist die Entwicklung. Ein Jahr später hat das Nettodefizit 46,6 Milliarden Schilling betragen, und für heuer erwartet man ein Nettodefizit von 73 Milliarden Schilling.

Nach dem jetzt zur Debatte stehenden Finanzgesetz sei für 1984 mit einem Absinken des Nettodefizits auf 62,1 Milliarden Schilling zu rechnen — vorausgesetzt, der Herr Minister irrt sich diesmal nicht. Sehr groß ist unser Vertrauen ja nicht mehr. 1982 wollte Minister Salcher — das war sein erstes Budget — mit 59 Milliarden Schilling Schulden auskommen, und in der Endabrechnung sind dann 72 Milliarden Schilling herausgekommen. Ein Jahr später, 1983, hätten 74 Milliarden Schilling Budgetdefizit herauskommen sollen, und der glücklose Schuldenverwalter wird es wahrscheinlich auf 99 Milliarden Schilling bringen. *(Bundesminister Dr. Salcher: Sie sagen „Schulden“?)* Defizit. *(Bundesminister Dr. Salcher: Zuerst haben Sie gesagt „Schulden“!)* Das Budgetdefizit wird — wie es aussieht — heuer 99 Milliarden Schilling betragen.

Herr Minister Sie müssen verstehen, daß wir — und nicht nur wir, sondern auch die Öffentlichkeit — berechtigterweise mißtrauisch geworden sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Zwei Budgets haben Sie gemacht, und zweimal haben Sie danebengegriffen. Selbst wenn es gelingen sollte, 1984 mit dem Defizit unter der dreistelligen Milliarden-grenze zu bleiben, so sind wir von einer Sanierung des Budgets noch sehr, sehr weit entfernt. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie haben in Ihrer Budgetrede — und ich zitiere wieder wörtlich — folgendes gesagt: „Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Budgetpolitik, die Arbeitsplätze schafft.“ Sie werden sich erinnern: Am 18. Oktober war die Budgetrede. *(Bundesminister Dr. Salcher: Am 19.!)* Am 19. Danke. — Zweitens: „Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Budgetpolitik, die die Wirtschaft stärkt, die die soziale Sicher-

Dr. Puntigam

heit garantiert und die die Umwelt verbessert.“

Der erste Schritt, den Sie gemacht haben, um das umzusetzen, war das Maßnahmenpaket oder — die treffendere Bezeichnung ist wohl unsere — das Belastungspaket.

„Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Budgetpolitik, die Arbeitsplätze schafft.“ Sie haben heute den Kollegen Gassner, der von 30 000 weiteren Arbeitslosen gesprochen hat, berichtet. Es werden nach den Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes nur 19 000 sein. Die Bundesregierung will also weitere Arbeitsplätze schaffen. Das Maßnahmenpaket wird jedoch mindestens 19 000 Menschen um ihre Arbeit bringen. Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Budgetpolitik, die die Wirtschaft stärkt.

Nach den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird das Wirtschaftswachstum durch das Maßnahmenpaket um zwei Drittel absinken, und zwar von 1,5 Prozent auf 0,5 Prozent. Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Budgetpolitik, die die Umwelt verbessert.

Ich möchte dazu nur mit den Worten von Minister Steyrer antworten: Ich brauche mehr Kompetenzen und mehr Geld! Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Budgetpolitik, die die soziale Sicherheit garantiert.

In Wirklichkeit erwarten Sie sich — es ist zwar nicht ausgesprochen, aber klar erkennbar — von der Pensionsreform Milliarden, um die der Staatshaushalt entlastet werden soll.

Meine Damen und Herren! Seit 1978 hat es kein einziges Budget gegeben, in dem im Sozialbereich nicht ein sogenanntes Maßnahmenpaket dazugekommen ist; ein Maßnahmenpaket, das einzig und allein zur Entlastung der Staatsfinanzen geschnürt worden ist. (Abg. Dr. Reinhard: Ein positives!) 1978 waren es 7,5 Milliarden, die durch das Maßnahmenpaket im Sozialbereich hereingespielt worden sind, 1981 stieg es auf 17,4 Milliarden, und 1983 sind es bereits 19,6 Milliarden, die das Maßnahmenpaket im Sozialbereich zur Entlastung der Staatsfinanzen bringen soll. Für 1984 müssen Sie... (Abg. Dr. Reinhard: Zu wessen Vorteil?) Zum Vorteil des Finanzministers. Er ist verpflichtet, er hat die Ausfallhaftung für die Renten und Pensionen. (Abg. Dr. Reinhard: Zu wessen Vorteil?) Herr Kollege, ich sage Ihnen jetzt etwas. (Abg. Dr. Reinhard: Zu wessen Vorteil? Sagen Sie das, bitte schön!) Die Diskussion

über die Pensionsreform ist vom legistischen Standpunkt her eigentlich gar nicht zu führen. Im Gesetz steht, daß der Staat die Ausfallhaftung hat. Und wenn der Staat nicht in der Lage ist... (Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.) So steht es im Gesetz, Herr Minister, Sie können nachschauen. Wenn der Staat nicht in der Lage ist, das Geld aufzubringen, soll eine Pensionsreform kommen. (Abg. Dr. Reinhard: Bitte beantworten Sie die Frage: Zu wessen Vorteil Sie die Maßnahmen getätigt haben?) Zum Vorteil des Finanzministers, weil er das Geld hätte aufbringen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn jemand verpflichtet ist, für etwas aufzukommen, und er es nicht zahlen muß, dann soll derjenige, der die Pension kriegt, den Vorteil haben? Das ist ja nicht logisch, meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Reinhard: Nach Ihrer Sicht! — Abg. Graf: Natürlich, Ihre Sicht kennt er ja!) Ich bin froh, daß ich eine andere Sicht habe als Sie. (Ruf bei der ÖVP: Er hat einen Rechtsanspruch!)

Insgesamt sind 105,7 Milliarden Schilling auf diese Weise zur Entlastung des Finanzministers und zur Entlastung des Staatshaushaltes hereingespielt worden. Diesen Betrag hätte der Bund zu den Renten und Pensionen dazuzahlen müssen. Das ist die Gesetzeslage. Ich kann sie nicht ändern.

Woher kommt das Geld für diese Begleitmaßnahmen? — Das Geld kommt aus den Beitragserhöhungen. (Abg. Dr. Reinhard: Herr Kollege, für wen ist das Geld?) Der Finanzminister hat es sich erspart. (Abg. Dr. Reinhard: Nicht für die Bauern und für die Gewerbetreibenden!) Die haben einen Rechtsanspruch. Stimmt es vielleicht nicht, daß der Staat für die Ausfallhaftung zu sorgen hat, oder wollen Sie das bestreiten? (Abg. Dr. Reinhard: Wieso schimpfen Sie dann über eine Zuwendung, die Ihren Leuten zukommt?) Ich schimpfe doch nicht über eine Zuwendung. (Abg. Dr. Reinhard: Es kommt ja den Leuten zu, die Sie vertreten!) Ich sage nur, daß der Finanzminister seiner gesetzlich festgelegten Verpflichtung nicht nachgekommen ist. Das ist alles. (Beifall bei der ÖVP.)

Er konnte nicht nachkommen, weil er das Geld nicht gehabt hat. (Bundesminister Dr. Salcher: Nein, nein, ich komme den gesetzlichen Verpflichtungen nach, ich breche kein Recht! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.) Die Tatsache ist, daß zusätzliche gesetzliche Maßnahmen haben beschlossen werden müssen, die einzig und allein — und das steht bitte auch in den

Dr. Puntigam

Begründungen zu den Gesetzen; schauen Sie nach in der Begründung zu der letzten ASVG-Novelle – der Entlastung des Staatshaushaltes dienen sollen. (*Abg. Dr. Hafner: Das ist die neue Sozialpolitik!*) Woher kommt das Geld für diese Maßnahmenpakete seit 1978? – Aus Beitragserhöhungen, aus Umschichtungen innerhalb der Sozialversicherung. Auf diese Weise hat man die bis dahin aktive Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten auch in die roten Zahlen gebracht. Dann durch Umschichtungen im Sozialbereich im weiteren Sinn. Im Familienlastenausgleichsfonds sind 1977 fast 14 Milliarden Schilling Reserven dagewesen. Und dann haben die Abgänge begonnen. Auch 1984 wird der Familienlastenausgleichsfonds nicht positiv gebaren können, obwohl er eine Finanzspritze von 3,2 Milliarden Schilling bekommen hat. So ist die tatsächliche Situation!

Meine Damen und Herren! Die Töpfe sind leer, die Reserven sind aufgebraucht, auf deutsch gesagt, das Fest ist aus. Heute diskutieren wir über eine Pensionsreform, die natürlich in erster Linie den Zweck hat, jene Mittel, die der Staat für die Pensionsversicherung aufzubringen hätte, möglichst klein zu halten. Verständlicherweise, bei dieser Finanzlage.

Im Sozialbereich ist die Stunde der Wahrheit gekommen. Vorgestern bei der Enquete, die der Herr Sozialminister abgehalten hat, haben wir die Pensionsversicherung im Röntgenschirm betrachten können. Und was haben wir gesehen? (*Abg. Dr. Reinhardt: Das ist nicht wahr! Waren Sie dabei?*) Ich war dabei. Ich habe sogar Sie dort gesehen, nur reden habe ich Sie nicht gehört! Ich habe mich zu Wort gemeldet. (*Abg. Dr. Reinhardt: Seien Sie froh, daß Sie das nicht gesagt haben, was Sie jetzt sagen!*) Zuerst fragen Sie, ob ich dabei war, und dann wissen Sie auf einmal, was ich gesagt habe. Das ist nicht sehr logisch.

Wissen Sie, was ich hinter dem Röntgenschirm gesehen habe? – Der Blutaustausch innerhalb des Körpers Sozialversicherung ist nicht mehr möglich. Die bisher verordneten Therapien haben zur Auszehrung geführt. Das heißt, innerhalb der Sozialversicherung kann durch Umschichtung oder ähnliches nichts mehr bewirkt werden. Die Töpfe sind leer. Eine Bluttransfusion von woanders her, zum Beispiel vom Budget, ist ebenfalls nicht möglich. Die Blutbank, von der das Geld kommen sollte, ist ja nur deswegen noch offen, weil wir bisher immer noch jemanden gefunden haben, der uns Geld borgt.

Wenn der Finanzminister heute darauf sehr stolz war, daß Österreich als Schuldner eine so gute Bonität genießt, dann möchte ich ihm nur erwidern: Uns allen wäre es viel lieber, wenn wir diese Bonität nicht so oft in Anspruch nehmen müßten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Lage im Sozialversicherungsbereich ist sicher ernst. Man wird über eine Reform der Pensionsversicherung diskutieren müssen. Das habe ich auch vorgestern bei dieser Enquete gesagt. (*Abg. Dr. Reinhardt: Sie haben polemisiert, nicht diskutiert!*) Ich habe nicht polemisiert. Ich habe sogar Möglichkeiten aufgezeigt, die zu einer sachlichen Diskussion hätten führen können.

Wenn man sich das Gutachten des Pensionsbeirates anschaut, dann kann man folgendes feststellen: Der Zuschuß, den der Bund auf Grund gesetzlicher Verpflichtung aufzubringen hat, macht heuer 33,1 Milliarden, steigt 1984 auf 40 Milliarden und klettert, weil Begleitmaßnahmen zur Entlastung nicht mehr möglich sind, immer weiter. 1987 – das hat der Sozialminister bei dieser Enquete gesagt – wird nach Schätzungen aus dem Finanzministerium der Bundeszuschuß, wenn sich nicht etwas Grundlegendes ändert, 68 Milliarden Schilling ausmachen. Das ist ein wahnsinnig hoher Betrag, der dem Finanzminister verständlicherweise große Sorgen bereitet. Ich möchte ihm den guten Willen nicht absprechen. Er bemüht sich, aber das Geld ist einfach nicht da.

Die Ursachen, warum es in der Pensionsversicherung zu dieser Entwicklung gekommen ist, sind vielfältig.

1960 waren unter den 20- bis 60jährigen 88 Prozent erwerbstätig, 1980 waren es nur noch 84,4 Prozent.

1982 – jetzt läuten die Alarmglocken – sind es nur mehr 81,1 Prozent der 20- bis 60jährigen, die erwerbstätig sind. Das ist aber nur die eine Seite.

Und die andere Seite: Auf 1 000 Versicherte sind 1966 355 Pensionisten gekommen, 1970 waren es 501, 1983 waren es 570, und 1987 werden es den Vorausberechnungen nach 616 Pensionisten sein, denen 1 000 Versicherte gegenüberstehen.

Auf der einen Seite nimmt die Zahl der Erwerbstätigen ab, auf der anderen Seite kommt es zu einem Ansteigen der Pensionisten. Das führt zu einer Entwicklung, die uns

Dr. Puntigam

allen Sorge bereiten muß. Die Schere klappt immer weiter auseinander. Natürlich spielen auch andere sozialpolitische Maßnahmen mit hinein.

Ich möchte den Einkauf von Versicherungszeiten anführen, eine Maßnahme, die vielen Leuten sehr viel gebracht hat beziehungsweise in Zukunft bringen wird. Zwischen 1977 und 1980 haben — die Zahlen stammen vom Sozialminister — 73 500 Personen 300 000 Versicherungsjahre eingekauft. Damit hat die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, die für diesen Einkauf fast ausschließlich zuständig gewesen ist, 2,5 Milliarden an Beiträgen bekommen. Die sind durch die Maßnahmen und die Umschichtungen längst verbraucht. Die Rechnung ist aber noch offen. Diesen 2,2 Milliarden Schilling an Beiträgen steht eine Gegenforderung von 11 Milliarden Schilling als Pensionsleistungen gegenüber, die noch zu zahlen sind.

Ein bisher viel zu wenig beachteter Aspekt ist die Tatsache, daß die Pensionsversicherung immer mehr als Mittel zur Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherung eingesetzt wird. Aus Arbeitslosen werden Frühpensionisten gemacht. Die letzte Verbesserung im Bereich des ASVG hat es — Gott sei Dank sage ich — möglich gemacht, daß Arbeitslose leichter in den Genuß einer vorzeitigen Alterspension kommen können.

Die Entwicklung sieht so aus: 1970 hat es — ich rechne nur die Unselbständigen, weil ich sie mit den Arbeitslosen in Zusammenhang bringe und die Selbständigen keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen — 47 555 vorzeitige Alterspensionen gegeben, 1977 waren es 47 383, also fast gleich viel. 1980 waren es schon 58 509, 1982 sind es bereits 76 253 gewesen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Und darum ist die Arbeitslosenstatistik zurückgegangen!*)

Das ist sehr richtig, Herr Abgeordneter Zittmayr. Es sind früher pro Jahr maximal 10 000 Leute in die vorzeitige Alterspension gegangen, im Jahre 1980 sind es 22 000 gewesen, im Jahre 1982 23 000. (*Abg. Dr. Reinhart: Sind Sie dagegen?*) Nein, überhaupt nicht. (*Abg. Dr. Reinhart: Warum ziehen Sie das dann an?*) Ich möchte herausstellen, daß da sehr viele versteckte Arbeitslose drinnen sind.

Der Herr Finanzminister — er ist leider jetzt nicht mehr da — hat sich heute so in die Brust geworfen, wie niedrig unsere Arbeitslosenrate ist. Wir freuen uns, daß die Arbeitslo-

sigkeit nicht größer ist, und sind froh über jeden Arbeitsplatz. Leider werden es aber immer weniger, die einen Arbeitsplatz bekommen.

Die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen ist also angestiegen — es sind 10 000 mehr als in früheren Jahren. Man muß auch noch berücksichtigen, daß viele Leute eine Sonderunterstützung haben, also auch nicht Arbeitslosengeld, sondern Sonderunterstützung: Nach den Budgetansätzen werden es 6 350 sein, sind zusammen schon 16 350. Rechnen Sie dann noch die Zahl der Gastarbeiter dazu, die heimgeschickt worden sind. Wenn Sie jetzt die Arbeitslosenrate ausrechnen, dann werden Sie daraufkommen, daß wir nicht so gut dastehen, wie Sie das in der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen versuchen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir glauben — auch das ist bereits gesagt worden —, daß die Pensionsversicherung ein ebenso untaugliches Mittel der Arbeitsplatzsicherung ist, wie es die Schuldenpolitik war; der Beweis ist inzwischen geliefert worden. Ein Faktum steht fest: Die Pensionsversicherung wird immer stärker in die Arbeitsplatzpolitik miteinbezogen; die Pensionsversicherungsbeiträge sind aber primär nicht für diesen Zweck vorgesehen. Es müssen daher finanzielle Maßnahmen getroffen werden, die dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Bei der angekündigten Pensionsreform darf dieser Aspekt vor allem bei den finanziellen Auswirkungen nicht unter den Tisch fallen. Wir haben nichts dagegen, sondern sind froh, wenn das Schicksal der Arbeitslosigkeit auf diese Weise etwas gemildert wird. Man muß das nur auch in die finanziellen Überlegungen einbeziehen.

Was will ich damit sagen? Die Überlegungen im Bereich der Sozialversicherung, insbesondere im Zusammenhang mit der jetzt zur Diskussion stehenden Pensionsreform, können nicht losgelöst von der Budgetsituation betrachtet werden. Der Bund hat — das wurde damals, als das Pensionsanpassungsgesetz beschlossen wurde, ausdrücklich festgelegt — im Bereich der Pensionsversicherung finanzielle Verpflichtungen, aus denen wir den Finanzminister nicht entlassen werden. Die Sanierung des Budgets ist damit auch aus sozialpolitischer Sicht eine Maßnahme, der man absolute Priorität einräumen muß. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Reinhart: Ist das leistungsgerecht, diese gesetzlichen Ansprüche, von denen Sie vorhin gesprochen haben?*) Natürlich werden wir den

Dr. Puntigam

Finanzminister aus dieser Verpflichtung nicht entlassen. *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart. — Abg. Dr. Zittmayer: Lieber Freund, halte unseren Redner nicht auf!)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ich habe das Ihnen jetzt dreimal erklärt, wenn Sie wollen, dann gebe ich Ihnen das auch schriftlich. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Das hat keinen Sinn! Dem Reinhart kann man das sowieso nicht erklären!)*

Ich möchte damit wirklich nur zum Ausdruck bringen, daß die Sanierung der Sozialversicherung, eine Reform der Pensionsversicherung nicht losgelöst von der Budgetpolitik betrachtet werden darf. Das In-Ordnung-Bringen des Bundeshaushaltes hat absolute Priorität auch für alle jene Maßnahmen, die den Sozialbereich betreffen.

Der heutige Entwurf, über den wir diskutieren, ist von einer Sanierung des Staatshaushaltes, selbst wenn das prognostizierte Budgetdefizit ausnahmsweise einmal stimmen sollte, noch Lichtjahre von jenem Punkt entfernt, an dem eine Sanierung beginnen könnte. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.38

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Remplbauer.

16.38

Abgeordneter **Remplbauer (SPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das heute zur Diskussion stehende Budget ist unter dem Aspekt der Konsolidierung ausgewogen erstellt worden. Es berücksichtigt ökonomische und soziale Erfordernisse vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirklich schwierigen wirtschaftlichen Lage.

Will man dieses Budget einigermaßen gerecht beurteilen, dann muß man natürlich die negativen Daten der Weltwirtschaft berücksichtigen, gekennzeichnet durch eine hohe Arbeitslosigkeit — etwa 35 Millionen Arbeitslose in den westlichen Industriestaaten —, gekennzeichnet durch Wachstumschwäche seit mehr als zehn Jahren. Vor allem muß man die technologische Entwicklung berücksichtigen; ich meine damit, daß in vielen Bereichen die menschliche Arbeitskraft verdrängt wird.

Zum Vergleich die österreichischen Wirtschaftsdaten, die relativ günstig erscheinen. Unsere Arbeitslosenrate macht etwa die Hälfte jener im Durchschnitt der OECD-Staaten aus. Es ist immerhin gelungen, seit 1970 bis heute zusätzlich 350 000 Arbeitskräfte zu

beschäftigen. Wir haben eine halb so hohe Inflationsrate wie in den OECD-Staaten und zuletzt auch eine aktive Leistungsbilanz. Dies findet Anerkennung in allen OECD-Berichten sowie beim internationalen Währungsfonds. In vielen Fachzeitschriften der ganzen Welt wird dieser österreichische Weg voll anerkannt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

So schreibt das britische Wirtschaftsmagazin „Economist“: Die meisten Regierungen wären froh, hätten sie nur jene Probleme, die Österreich zu bewältigen hat.

Ich kann schon verstehen, daß dem Kollegen Puntigam und den übrigen Kollegen von der ÖVP der Spiegel, der Ihnen vom Kollegen Tieber entgegengehalten wurde, nicht recht ins Konzept paßt. Denn ich darf Ihnen sagen: Es gibt keinen Österreicher und es gibt keine Österreicherin, die sich solche Verhältnisse bei uns in Österreich wünschen würden, wie wir sie derzeit in der Bundesrepublik Deutschland haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Staudinger: Nach einem Jahrzehnt sozialistischer Regierung!)*

Eine gewaltige Leistung, die dieser Bundesregierung und vor allem unserem Finanzminister gelungen ist, ist die Senkung des Budgetdefizits. Ich darf Ihnen einige Budgetziele aufzeigen, die weitgehend erfüllt werden konnten: die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Maßnahmen für den Arbeitsmarkt in Hinblick auf die Anpassung und die Strukturverbesserung unserer Betriebe. Ich meine durchaus auch die Klein- und Mittelbetriebe. Ich meine auch die verstaatlichte Industrie, der wir in den nächsten Jahren auf Grund der Probleme und Schwierigkeiten, die es international auf dem Stahlmarkt gibt, rund 16 Milliarden bis 17 Milliarden Schilling an Förderung zuführen werden.

Vor allem die Dienstnehmer, die Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie — ich komme aus dem Ballungsraum Oberösterreich, wo wir Tausende Beschäftigte etwa in der VOEST-Alpine haben — werden nie verstehen, daß die ÖVP keinerlei Bereitschaft zeigt, in schwierigster Situation Förderungsbeträge mitzuverantworten. Es wird einfach in Zukunft nicht ausreichen — wir werden das auch nicht dulden können —, daß die ÖVP zwar mindestens die Hälfte der verantwortlichen Vorstände in der verstaatlichten Industrie stellt, aber nicht ein Prozent an Verantwortung übernehmen will. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Ihre Besetzung der Vorstandsdirektoren!)* Kollege,

Remplbauer

stören Sie mich nicht, denn ich möchte innerhalb kurzer Zeit meine Ausführungen beenden. *(Ruf bei der ÖVP: Hoffentlich!)*

Ich bringe Vergleiche mit der Förderung in der Landwirtschaft, die wir — ich betone es — für selbstverständlich und für richtig halten, Vergleiche, für die wir aber noch ausreichend Gelegenheit bei der Spezialdebatte bzw. bei der Debatte über den Grünen Bericht haben werden. Allein im Jahr 1983, aber auch im kommenden Jahr 1984 wird es etwa 16 Milliarden Schilling an Förderungen geben. Das ist in einem Jahr so viel wie in drei Jahren bei der verstaatlichten Industrie. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Aspekt, der ganz beachtlich ist, sind die Beträge, die wir für einen echten Umweltschutz auszugeben bereit sind. Diese Regierung hat den Umweltschutzfonds eingeführt. Vor 20 Jahren etwa wurde der Wasserwirtschaftsfonds eingeführt, um die Seenreinigung durchzuführen, um die Wasserqualität der Flüsse zu heben. Wir werden 500 Millionen Schilling in diesem Budget zur Verfügung stellen, was eine Umweltinvestition von etwa 3 Milliarden Schilling nach sich ziehen wird.

Wir beabsichtigen die Gründung einer Wiederverwertungsagentur, die die Rückführung von Rohstoffen in den Produktionskreislauf sichern wird. Das Budget 1984 bringt vor allem viel an Investitionsförderung; es bringt Abgangsverringerungen, einen Defizitabbau und vor allem auch, was Sie von der ÖVP immer wieder fordern, entsprechende Einsparungen.

Zu den Investitionsförderungen, die mehr als 68 Milliarden Schilling betragen. Dazu, meine Damen und Herren, sind rund 30 Milliarden Schilling an direkter und steuerlicher Wirtschaftsförderung vorgesehen. Es hat noch kein Budget gegeben, das etwa 100 Milliarden Schilling an Investitionsförderung vorsieht. So sichern wir die Arbeitsplätze! So kurbeln wir die Wirtschaft an! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Es ist daher völlig unsinnig, von einem „Kurswechsel“ zu reden, den wir uns doch in Wirklichkeit alle mitsammen nicht wünschen. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ziel all dieser Maßnahmen ist es, daß wir eben genügend humane Arbeitsplätze schaffen, daß wir die wirtschaftliche Dynamik in Österreich vorantreiben. Dazu gibt es auf dem Sektor der Arbeitsmarktförderung rund

2,8 Milliarden Schilling, das sind um 600 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr.

Die Abgangsverringerung, also der Defizitabbau, ist entsprechend der Regierungserklärung auch in diesem Budget vorgesehen. Es werden zur Konsolidierung des Budgets Einnahmenerhöhungen notwendig. Diesen Standpunkt vertritt ja auch Professor Dr. Koren, der feststellt, daß ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen notwendig sind, um die Budgetkonsolidierung zu erreichen.

Meine Damen und Herren! Selbst nach den vorgesehenen Steuer- und Beitragserhöhungen wird die österreichische Steuerquote — das möchte ich besonders unterstreichen — den Wert von 1981 auch 1984 nicht überschreiten.

Nun noch zu den Einsparungen. Wir kürzen Subventionen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Wie hoch?)* Sie werden es gleich hören, Herr Kollege. Wir reduzieren Überstunden dort, wo sie nicht unbedingt erforderlich sind und wo wir Arbeitsplätze zusätzlich schaffen können. *(Abg. Dr. Zittmayr: Waren diese bisher erforderlich?)*

Sie waren leider erforderlich in früherer Zeit. Ich könnte vom Unterrichtssektor reden. Ich selbst habe 17 Jahre lang unterrichtet. Es gab zu wenig Lehrer, wir haben Überstunden machen müssen. Die Kollegin Dobesberger hat ja heute schon angeführt, daß etwa 8 Prozent der zu haltenden Stunden gestrichen werden mußten. Wenn es nicht sehr idealistisch eingestellte Lehrer gegeben hätte, dann hätten wir den Unterricht zur Zeit der ÖVP-Regierung nicht ordnungsgemäß abhalten können. Diese Zahl der Überstunden wollen wir selbstverständlich abbauen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Die Überstunden bei den Bundesbahnen? Fahren die Züge jetzt nicht mehr in der Nacht?)*

Der Kollege Bergsmann hat sich heute gar so eingesetzt für die Ärmsten der Armen, für die kleinen Einkommensbezieher. Ich darf dazu sagen: Die Erfindung der Sozialleistungen kommt nicht aus den Reihen der ÖVP, die Sozialleistungen, die Absicherung, das soziale Netz, das haben die Sozialisten dieser Republik geschaffen. *(Abg. Staudinger: So ein Unsinn!)* Wir sind auch selbstverständlich bereit, notwendige Leistungen zu erhöhen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie haben es ja schon gehört, aber ich darf es Ihnen noch einmal sagen: Es gibt eine

Remplbauer

zusätzliche Beihilfe für kinderreiche Familien. Das erreicht im Budget ein Ausmaß von 372 Millionen Schilling. Zusätzliche Leistungen von 300 Millionen Schilling für Pensionisten und Arbeitslose.

Wir haben Einsparungen durch Umschichtungen vorgesehen. So konnte schon auf Ministerebene durch Verhandlungen eine Budgetverbesserung von über 7 Milliarden Schilling erreicht werden. Leistungskürzungen und Wegfall steuerlicher Begünstigungen brachten eine Verbesserung von 4,5 Milliarden Schilling, Umschichtungen durch Budgetentlastung etwa 5,6 Milliarden Schilling. Dazu kommt in der Budgetentlastung durch Beitrags-, Tarif- und Steuererhöhungen insgesamt ein Betrag von mehr als 17 Milliarden Schilling.

Die Länder und Gemeinden werden auch von diesen Maßnahmen profitieren. Ich freue mich als Bürgermeister einer finanzschwachen Gemeinde, daß unser Finanzminister große Bereitschaft gezeigt hat, bei den zukünftigen Gesprächen zum Finanzausgleich für die kleineren, finanzschwächeren Gemeinden einzutreten und, wenn es möglich ist, 1 Milliarde Schilling zugunsten finanzschwacher Gemeinden etwa auf dem Ausgleichswege loszueisen. Ich kann das nur unterstreichen, was heute schon betont wurde vom Herrn Finanzminister: die Landesumlage. Ich kann nur das unterstreichen, was heute schon vom Herrn Finanzminister betont wurde: die Landesumlage... *(Zwischenruf des Abg. Staudinger)* Genau, Kollege Staudinger. Du weißt es, du bist auch Bürgermeister, allerdings ein mit Finanzen etwas gesegneterer als ich. *(Abg. Graf: Er hat ja auch kein Geld! – Abg. Dr. Zittmayr: Ist ja auch ein armer Hund!)*

Die Landesumlage ist sowieso nicht systementsprechend. Sie müßte zumindest stark reduziert werden, denn es geht ja nicht an, daß Bundesgelder an die Gemeinden über die Länder durch Bittgänge der Bürgermeister verteilt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Da, glaube ich, können wir uns auf einer Ebene alle gemeinsam treffen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Was ist mit eurem Gemeindereferenten Dr. Grüner? Ist es nicht gut, daß er Geld kriegt zum Verteilen?)*

Meine Damen und Herren! Die ÖVP bleibt unglaublich, wenn sie einen Kurswechsel fordert, denn sie konnte auch in der heutigen Debatte in keinerlei Weise eine echte und vernünftige Alternative anbieten. Es sei denn, daß sie, wenn sie von der Konsolidierung des

Budgets spricht, den Steuerstopp meint, den sie angekündigt hat, und gleichzeitig mehr Leistungen des Staates verlangt. Das bringt aber niemand auf dieser Welt zusammen, schon gar nicht die ÖVP.

Unsere Wirtschaftsdaten beweisen, daß wir die Krise wesentlich besser gemeistert haben als viele andere Staaten, daß der österreichische Weg, den wir nun 13 Jahre kontinuierlich beschreiten, ein guter Weg ist und daß wir diesen österreichischen Weg fortsetzen wollen. Es ist ein Weg hoher Beschäftigung, ein Weg der Preisstabilität, ein Weg aktiver Leistungsbilanz, ein Weg der Verringerung des Budgetdefizits und ein Weg mit relativ geringer Pro-Kopf-Verschuldung. Vor allem ist es ein Weg der harten Währung, des harten Schillings. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Exemplarisch darf ich noch kurz im Bereiche der Familienpolitik ein paar Daten anführen. Es werden rund 27 Milliarden Schilling an Familienbeihilfe in diesem Budget zur Verfügung gestellt. Dazu gibt es erhöhte Familienbeihilfen für behinderte Kinder und eine Sonderzahlung an Familien mit mindestens drei Kindern.

Die Geburtenbeihilfe, auch wenn sie gekürzt wird, macht immer noch 1,3 Milliarden Schilling aus. 270 Millionen Schilling sind für Untersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes vorgesehen.

Die Schulfahrtbeihilfe und freie Schulfahrt erfordern 3,2 Milliarden Schilling. Welch sprichwörtlichen Segen das auf dem Lande und im ländlichen Raum bedeutet, kann nur ermessen, wer aus diesem ländlichen Raum kommt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das bestätigen Ihnen alle, ob es Bauern sind, ob es Wirtschaftstreibende sind oder ob es Dienst- und Arbeitnehmer sind. Etwa eine Million Kinder profitieren von diesen sozialen Einrichtungen. Ich darf Ihnen sagen: Für ein Kind gibt der Staat in diesem Budget rund 15 400 S aus: Familienbeihilfe, Schulfreifahrt, Freischulbücher et cetera. *(Abg. Dr. Zittmayr: Nachdem er es zuerst von uns kassiert hat!)* Für Kinder über zehn Jahre sind es 19 000 S. Bei einer Familie mit zwei Kindern sind das 38 000 S. Die Kinderbeihilfe war zuletzt in der ÖVP-Regierungszeit pro Kind 200 S.

Wenn ich zum Unterricht nur noch eine Zahl sagen darf, dann möchte ich die Schülerzahlen anführen, die Klassenschülerzahlen: Im Jahre 1970 gab es pro Klasse, pro Volks-

Remplbauer

schulklasse, etwa 32 Kinder, heute sind es 21 Kinder. In der Hauptschule waren es auch rund 31 Kinder, heute sind es 24 Kinder. In der Sonderschule waren es 15, heute sind es nicht einmal 10.

Ein paar Zahlen noch aus dem Förderungsbudget der Landwirtschaft: Wir alle wissen, daß wir unseren hohen Versorgungsgrad der österreichischen Bauernschaft verdanken, daß sie hochwertige Nahrungsprodukte für uns alle erzeugt und daß sie die Kulturlandschaft erhält. Im Maßnahmenpaket schneidet die Landwirtschaft nicht so schlecht ab, wenn wir vom Mehrwertsteuersatz reden wollen. Denn die Erhöhung von 8 auf 10 Prozent – wobei man berücksichtigen muß, daß fast alle Landwirte in Österreich pauschaliert sind – wird ein großer Vorteil sein. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Sie haben das schon einmal gefordert, nun kommt Ihnen diese Regierung wirklich sehr, sehr entgegen. Das bringt eine wesentliche Verbesserung der Einkommenssituation in der österreichischen Landwirtschaft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Bergbauernförderung wird beispielsweise mehr als 1 Milliarde Schilling ausmachen: 1,4 Milliarden Schilling im Grünen Plan. Wir stellen für die Landwirtschaft 2,138 Milliarden Schilling an Förderungsmitteln für den Ausbau des ländlichen Verkehrsnetzes und anderer Anlagen zur Verfügung. Es geht um 454 Millionen Schilling. Insgesamt haben wir bisher 3,8 Milliarden Schilling dafür aufgewendet. Auch zur Einkommensentwicklung darf ich einen Satz sagen: Realzuwachs – in der Zeit von 1970 bis 1982 – 3,7 Prozent. Es gibt keine Arbeitnehmergruppe, die real diesen hohen Prozentsatz an Zuwachseinkommen erreicht hat.

Meine Damen und Herren! Das landwirtschaftliche Sozialbudget macht – 1984 – 9,3 Milliarden Schilling aus, 9,3 Milliarden Schilling an Steuergeldern, die alle Österreicher einzahlen, die ausschließlich der Bauernschaft in der Pensionsversicherung, in der Krankenversicherung, bei den Zuschußrenten, bei den Ausgleichszulagen und bei der Unfallversicherung zugute kommen. Das ist kein Vorwurf, lediglich eine Tatsachenfeststellung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Noch einmal der Vergleich mit der Förderung in der verstaatlichten Industrie: Die Preisausgleiche erfordern einen Betrag von 4,8 Milliarden Schilling und dienen der Absatzförderung. Ich darf auch heute dazusagen: Es gibt keine Wirtschaftssparte, wo ein gesicherter Preis und ein gesicherter Absatz

gegeben sind. Auch das sind wir der Landwirtschaft selbstverständlich willig *(Abg. Helga Wieser: Schuldig! – Ruf bei der SPÖ: Schuldig sind wir gar nichts!)*, wir wissen, daß es notwendig ist.

Zusammenfassend darf ich sagen: Das Budget 1984 geht den wirtschaftlichen Problemen nicht aus dem Weg. Wenn der Kollege Puntigam das auch anders gemeint hat, darf ich trotzdem feststellen: Dieses Budget sichert und schafft neue Arbeitsplätze, dieses Budget stärkt und fördert die österreichische Wirtschaft, dieses Budget garantiert die weitere soziale Sicherheit und verbessert unsere Umwelt. Dieses Budget ist ein Beitrag zur Fortsetzung des österreichischen Weges, der Anerkennung in der ganzen Welt findet und unsere gemeinsame Zukunft sichern wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.58

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Eigruber.

16.58

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle warten auf Vorschläge der Opposition, auf eine echte Alternative. Ich gehe da weiter als der Herr Bundeskanzler und warte wirklich auf eine echte Alternative. *(Abg. Dr. Blenk: Dann wären Sie ja endlich aus dem Schneider!)* Aber wir hören immer wieder, so wie heute vom ersten Redner der Opposition, von Herrn Gassner, der gesagt hat: Wir wollen einen Kurswechsel. Was ist das: Eine andere Politik?

Ich muß leider immer wieder den Vorwurf bringen, daß Sie, wie auch heute der Herr Gassner, zwar sagen: Wir wollen, daß die Menschen wieder Mut bekommen!, aber Sie verunsichern leider Gottes die Österreicher immer wieder mit Ihren Bedenken hier im Parlament aber auch durch Ihre Medien. Das bedauern wir leider sehr.

Abgeordneter Gassner hat auch gesagt: Wir wollen, daß die Leistung wieder belohnt wird. – Ich bin auch dieser Meinung. Wir Freiheitlichen waren immer der Meinung, daß die Leistung belohnt werden soll. Er hat aber auch gesagt: Wir wollen, daß gleiche Chancen da sind, daß gleiche Chancen gegeben sind. – Auch das wollen wir Freiheitlichen. Aber ich habe in den letzten Wochen in Oberösterreich, als ich einige Arbeitslose in einigen Landesstellen unterbringen wollte, erlebt, daß dies leider nicht gegangen ist, weil das Parteibuch gefehlt hat.

Eigruber

Ich bitte Sie daher: Sorgen Sie auch dort, wo die ÖVP ... (*Abg. Staudinger: Bitte ganz konkret!*) Sie kriegen von mir die Namen. Ich möchte Sie bitten, dafür zu sorgen, daß dort, wo die ÖVP an der Macht ist oder vorwiegend an der Macht ist, daß das Parteibuch nicht mehr das Wichtigste ist, sondern die Leistung und das Können. Der Abgeordnete Graf hat heute wider besseres Wissen – da muß ich schon sagen, das gefällt mir gar nicht ... (*Abg. Graf: Wieso wissen Sie, daß ich wider besseres Wissen etwas gesagt habe?*)

Sie müßten normalerweise wissen, daß die Industrie schon jahrelang umstrukturiert, jahrelang rationalisiert, sich den internationalen Gegebenheiten anpaßt und deshalb abbaut. Aber Sie sagen: Nein, die Industrie baut Arbeitsplätze ab, und daran ist die Regierung schuld. Das stimmt meiner Meinung nach nicht. Ich glaube, das müßte klar gestellt werden.

Sie wissen ganz genau, daß die Industrie auch nächstes Jahr noch Arbeitskräfte freisetzen wird und daß die Industrie eben zu rationalisieren versucht, um international mitzukommen. Umso wichtiger ist die Politik der Regierung, um Klein- und Mittelbetriebe wieder in die Lage zu versetzen zu investieren, um wieder neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich kann Ihnen versichern: Unser Regierungspartner, die Sozialistische Partei, weiß ganz genau um die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe und weiß ganz genau, daß die Klein- und Mittelbetriebe momentan der Motor der österreichischen Wirtschaft sind. (*Abg. Dr. Blenk: Seit wann denn?*) Sie wissen auch, daß diese Betriebe Arbeitsplätze sichern. (*Abg. Helga Wieser: Nur die Politik ist nicht danach!*)

Präsident Graf hat heute auch das Konferenzzentrum angeführt. Er bringt es immer wieder. Ich glaube: Zu einem Zeitpunkt, in dem das Konferenzzentrum fast fertig ist, sollte man nicht mehr darüber polemisieren oder solche Worte verlieren. Sie haben seinerzeit ein Volksbegehren abgeführt, wo Sie von 7 bis 9 Milliarden Schilling Kosten gesprochen haben. Sie haben doch das letzte Mal gehört, daß der Finanzminister gesagt hat, daß eine Sparvariante gebaut wurde mit 4,5 Milliarden Schilling und daß auch die Finanzierung gesichert ist. Ich möchte schon sagen, daß man unterscheiden und wirklich genaue Daten geben sollte.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Wenn wir heute ein Volksbegehren durchführen und der Bevölkerung sagen würden, daß es nur 4,5 Milliarden Schilling und nicht 8 oder 9 Milliarden Schilling, wie Sie gesagt haben, kostet, dann würde dieses Volksbegehren sicher für das Konferenzzentrum ausgehen.

Aber ich muß einen Erfolg verzeichnen. Bei meiner letzten Wortmeldung habe ich darauf hingewiesen – der Kollege Zittmayr ist leider nicht da (*Abg. Dr. Zittmayr: Ich bin schon da!*) –, daß die Warenvermittlung wieder Kunstdünger bei der Chemie kaufen soll. Ich habe inzwischen erfahren, daß das geschieht. Ich freue mich sehr, und ich hoffe, daß wir uns vielleicht in der nächsten Zeit die Finanzierung der Chemie durch den Staat ersparen können, wenn sie weiterhin brav einkaufen.

Leider Gottes sind Sie bei der ÖIAG anderer Meinung trotz besseren Wissens, trotz Ihres Wissens, daß ein Sanierungskonzept der ÖIAG da ist, daß ein Sanierungskonzept für die einzelnen Betriebe da ist, das sehr exakt ausgearbeitet wurde, wie Sie heute von Klubobmann Peter ja gehört haben (*Abg. Dr. Blenk: Diese Rede vergessen wir lieber!*), auch mit Ihren Fachleuten, mit Ihren Vorstandsdirektoren. Sie haben sich gegen die Finanzierung der ÖIAG und der Verstaatlichten im Bundesrat ausgesprochen, was wir sehr bedauern.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir Freiheitlichen uns das Recht herausnehmen, die Zulieferbetriebe, die ja aus der Privatwirtschaft stammen und in die Tausende gehen, auch davon zu verständigen, denn ich glaube, Sie stellen auch diese Zulieferbetriebe vor Schwierigkeiten, die Sie vielleicht gar nicht gewollt haben.

Ganz kurz etwas zur Kammer. Es wurde uns leider über die Medien mitgeteilt, daß es in Zukunft eine Härte geben soll, daß etwas aufgekündigt werden soll, und so weiter und so weiter.

Ich möchte nur betonen, daß in vielen Bundesländern die Zusammenarbeit zwischen freiheitlichen Wirtschaftstreibenden und dem Wirtschaftsbund in der Kammer bestens funktioniert. Ich bedauere diese Verhärtungen.

Wenn Klubobmann Peter heute gefragt hat, ob wir schon eine offizielle Mitteilung bekommen haben, so kann ich nur sagen: Wir haben es nur über die Medien erfahren, und ich

Eigruber

hoffe, daß das nicht unbedingt richtig sein wird.

Präsident Graf hat heute von 86 Prozent Wirtschaftsbund in der Kammer gesprochen. Ich muß etwas richtigstellen, — es wird leider immer wieder vom Wirtschaftsbund geflüsterlich verschwiegen; ich habe zuerst von einer Vereinbarung gesprochen: Wir haben in der Kammer österreichweit fast 1 000 Funktionäre in den Fachlisten und Gremien sitzen, wir haben über 50 Kammerräte (*Abg. Graf: Wo?*), allein in Oberösterreich zwölf, wir haben fünf Bundeskammerräte und drei Vizepräsidenten.

Wir halten in der Bundeskammer sogar vor jeder Vollversammlung eine Fraktionssitzung ab. Wir bekommen immer — vielleicht kann das jemand bestätigen — das rote Zimmer zugewiesen, während der Freie Wirtschaftsverband im blauen oder im grünen Zimmer sitzt. (*Abg. Graf: Wir können es ja tauschen, wenn Ihnen darum ist!*) Ist in Ordnung, das werden wir in Zukunft vielleicht machen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß wir in den Landeskammern sehr gut vertreten sind, zum Beispiel in Oberösterreich mit 16 Prozent. Das können mir meine Kollegen aus Oberösterreich bestätigen. Im Burgenland leider nicht. Aber das habe ich mir aufgehoben. Ich wollte heute über das Burgenland sprechen. Ich werde mir das für später aufheben. (*Abg. Graf: Lassen Sie sich nicht aufhalten! Sprechen Sie doch darüber!*) Ich lasse mich auch nicht aufhalten. Wenn ich es wollte, würde ich es bringen, aber es würde heute den Rahmen sprengen, denn über das Burgenland kann man viel erzählen. In Vorarlberg 25 Prozent, in Kärnten 24 Prozent. (*Abg. Graf: Alles, was Sie sich erwählen, werden Sie im Burgenland haben! Was Sie sich nicht erwählen, werden Sie nicht haben!*) Es stimmt daher nicht, wenn Sie sagen: 86 Prozent Wirtschaftsbund. Sie sind zumindest um 10 oder 15 Prozent weniger.

Aber wir wollen ja nicht nur über die Kammer reden. Wie gesagt: Ich bedaure diese Verhärtung, ich hoffe aber, daß darüber nicht das letzte Wort gesprochen wird. Ich habe eine sehr gute Gesprächsbasis zu vielen Herren des Wirtschaftsbundes, und ich möchte das auch beibehalten. (*Abg. Graf: Ich bin auch nicht böse mit Ihnen. Aber alles, was Sie erwählen, haben Sie! Was Sie nicht erwählen, haben Sie nicht!*)

Kollege Dittrich hat heute von der Regierung verlangt, daß Zusagen der ÖVP nicht

immer schlecht gewertet werden, daß die ÖVP nicht immer abgewertet wird bei ihren Vorschlägen und so weiter.

Das ist richtig. Aber bitte — und diese Aufforderung möchte ich an die Opposition richten —, dann stellen Sie doch selbst auch nicht immer alles in Frage, was von seiten der Regierung kommt und was vor allem eine Erleichterung für die Wirtschaft wäre. (*Abg. Dr. Blenk: Sie brauchen doch keine Almosen! Sie leben doch derzeit nur von Almosen! Das brauchen Sie doch nicht! Sie sind ja so stark!*)

Ich glaube, Sie lesen zuviel Ihre eigenen Medien, die Sie finanzieren. Das glaube ich bei Ihnen als Vorarlberger sowieso. Denn wenn Sie nur das glauben und das lesen, was in Ihren Medien steht, dann sind Sie sehr schlecht beraten, dann wissen Sie nicht ganz, was wirklich los ist.

Der Kollege Zittmayr hat heute die „Oberösterreichischen Nachrichten“ zitiert. Es ist auch heute in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ gestanden, daß gestern ein internationales Energiesymposium stattgefunden hat. Ich war dort in Vertretung des Handelsministers. Es ist aber in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ auch gestanden, daß das Handelsministerium nicht vertreten war und die es anscheinend nicht der Mühe wert finden, dorthin zu kommen. — Das stimmt überhaupt nicht. Und so geht es uns ununterbrochen mit Ihren Zeitungen.

Ich möchte noch einmal auf eine Zeitungsmeldung zurückkommen. Ich wurde einmal im „Kurier“ angeprangert, weil ich eine Frage gestellt habe über die Wirtschaftsförderungen. (*Unruhe.*) Wenn Sie wieder leise sind, dann spreche ich weiter. (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Zur Wirtschaftsförderung: Ich habe den Herrn Finanzminister gefragt, welche Förderungen es für Klein- und Mittelbetriebe gibt. — Ich habe das ganz bewußt gefragt, weil Sie wissen, daß die Fragestunden ins Fernsehen kommen. Ich sage dann auch, warum man das machen soll, denn sonst erfährt die Öffentlichkeit nie, was wirklich in dem Paket für die Wirtschaft drinnen ist. Ich habe bewußt gefragt.

Am nächsten Tag ist im „Kurier“ gestanden, daß ich nicht gewußt habe, was ich beschlossen habe. Ich habe es sehr wohl gewußt, und ich habe auch gewußt, daß die Förderungen für die Wirtschaft vor allem des-

Eigruber

wegen notwendig sind, um die Klein- und Mittelbetriebe wieder in die Lage zu versetzen, Eigenkapital zu bilden.

Aber Ihre eigenen Medien zeigen ja auf, warum die Wirtschaft nicht weiß, was in diesem Paket steht. Da steht hier nämlich — ich zitiere die „Salzburger Nachrichten“ —:

Seit der Veröffentlichung des Pakets vor einigen Wochen redet man allgemein nur von den höheren Steuern und Abgaben, aber kaum jemand außer den Regierungsmitgliedern erwähnt auch die Förderung.

Also die „Salzburger Nachrichten“ schreiben zum erstenmal etwas Positives darüber. Ich würde mir wünschen, daß die anderen Zeitungen nachziehen. Ich würde mir wünschen, daß in den „Oberösterreichischen Nachrichten“, im „Kurier“ oder irgendwo anders etwas darüber stehen würde, was diese Regierung für die Wirtschaft tut. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Es steht hier auch:

Der Einwand der Wirtschaft sei nicht unerwähnt, die Mehrwertsteuererhöhung treibe die Preise in die Höhe und erschwere den Absatz. Dieser Faktor ist sicher gegeben, doch können auch die Sprecher der Firmen nicht leugnen, daß die Mehrwertsteuer in erster Linie ein Durchlaufposten ist.

Meine Damen und Herren! Jetzt wissen Sie endlich, warum diese Mehrwertsteuererhöhung notwendig war: Um andere Belastungen von der Wirtschaft fernzuhalten. Ich habe das schon anfangs erwähnt, als wir damals über dieses Sanierungspaket gesprochen haben.

Noch etwas, was mir nicht sehr gefällt — und das möchte ich auch aufzeigen —: Der Herr Präsident Graf schiebt immer wieder die Ärmsten der Armen vor. Ich muß Ihnen schon sagen — Kollege Remplbauer hat es ja heute schon vor mir aufgezeigt —, daß diese Regierung sehr sozial ist und so gut wie möglich für die Armen sorgt. Leute von Ihnen sprechen sogar von einer Übersozialisierung. Ich glaube, da soll man nicht immer die Ärmsten der Armen vorschieben. Wenn ich ganz polemisch bin, dann könnte ich auch sagen, daß es nicht richtig ist, daß es Kreise gibt, die mit dem Sektglas in der Hand die Wirtschaft krankjammern. Aber das wäre polemisch und das möchte ich nicht. *(Abg. Helga Wieser: Ab 1. Jänner können wir uns den Sekt ohnehin nicht mehr leisten!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen noch einige Pressedienste bringen von der Bundeskammer. Sie haben zum Beispiel seitens der Bundeskammer geschrieben — ich bin immer sehr traurig, wenn das von seiten der Bundeskammer geschieht, weil ich noch sehr viel von der Bundeskammer halte und weil ich dort ja auch, glaube ich, sehr positiv mitarbeite —:

Wechselkursänderungen verteuern den Import. Mehrwertsteuererhöhung verschärft den Kostentrend und so weiter. Das hat sich auf den Fotohandel bezogen. Sie haben heute vom Minister Salcher gehört, daß gerade hier die Mehrwertsteuer wieder herabgesetzt wurde und die Filme nicht von dieser Erhöhung betroffen wurden.

Der Präsident Graf hat heute gesagt, laut Regierung seien keine Einsparungen mehr möglich. Sicher wären Einsparungen möglich, aber ich habe schon bei meiner ersten Wortmeldung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es deshalb schwierig ist, noch mehr einzusparen, weil wir dann die Kaufkraft dieses Landes schwächen, weil es einfach nicht richtig ist, aus der Bevölkerung so viel Geld herauszunehmen, ganz egal, ob wir jetzt bei den Bundesbahnen, bei der Verstaatlichten oder bei den Beamten oder sonst irgendwo sparen. Wir nehmen Kaufkraft weg, und das wäre auch kein guter Dienst an der Wirtschaft.

Ich habe auch wieder eine Äußerung des Pressedienstes der Bundeskammer, die besagt:

Der Handel sieht daher Vorziehkäufe mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Für die Handelsbetriebe wäre es viel günstiger, wenn sich die Umsätze auf die Jahre 1983 und 1984 gleichmäßig verteilen würden. Je mehr Umsätze sich in das Jahr 1983 verlagern, umso größer werde der Rückgang im nächsten Jahr sein, befürchtet die Sektion Handel.

Ich glaube, das kann man überhaupt noch nicht behaupten. Gerade dadurch, daß wir die Kaufkraft nicht geschwächt haben, daß wir versuchen, der Bevölkerung so viel wie möglich zu belassen, sehe ich für das Jahr 1984 diese Probleme überhaupt nicht. Noch dazu möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ja von seiten der Regierung eine Steuerreform geplant ist, die sich auch wieder sehr stark zugunsten der Betriebe auswirken wird.

Ein guter Vorschlag — das haben wir auch schon einmal angegriffen und das wurde heute auch schon gesagt — bezüglich der

Eigruber

Dienstwagen: Man soll Taxis anstatt Dienstwagen nehmen. Das war der einzige positive Vorschlag, den ich in den letzten Tagen gefunden habe. Dieser Pressedienst ist von uns nur zu begrüßen, denn gerade wir Freiheitlichen sind ja für die Privatwirtschaft und mögen so wenig Staat wie möglich.

Was mir überhaupt nicht gefällt: Daß laufend die Reisen unseres Handelsministers angegriffen werden. Ich finde das nicht richtig. Es steht zum Beispiel in einer Aussendung der Bundeswirtschaftskammer:

Rußlandexporte heuer weiter gestiegen. Exportschwerpunkt Maschinen, Anlagenbau, Konsumgüter. Ende September Branchensymposium mit 40 Firmen. Präsident Sallinger nach Moskau.

Bitte, das ist alles positiv. Aber ich möchte nur um eines bitten: Auch dasselbe Lob für unseren Handelsminister. Wir wissen, daß er aus Rußland viel Geschäft für die österreichische Wirtschaft mitgebracht hat. Fragen Sie bitte die Vertreter österreichischer Betriebe, die mit waren. (*Abg. Helga Wieser: Fragen Sie die Steyr-Werke!*) Auch da wird es für die Steyr-Werke sehr viel geben, nur wollen Sie das ja nie zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir schon vom Moskau-Geschäft reden, fragen Sie doch den Generalsekretär Kehrer. Er war mit. Ich möchte eines betonen: Ich habe mit unserem Handelsminister gesprochen. Das Verhältnis während dieser Rußland-Reise war sehr gut. Ich würde es wirklich bedauern, wenn Mißtöne hineinkommen würden.

Dasselbe war in China und in Hongkong. Sie wissen ganz genau, daß auch von dort Impulse für die österreichische Wirtschaft kommen werden. Ich finde es nicht richtig, daß man, noch bevor der Vizekanzler zurück ist, gegen ihn polemisiert. Aber das beweist ja – und wir haben es heute gehört –, daß leider Gottes in der Kammer doch jetzt vielleicht die Parteipolitik einreißt. Ich werde mich, soweit es an mir liegt, bemühen, daß das nicht geschieht. Ich würde auch Sie bitten zu versuchen, im Interesse der Wirtschaft die Parteipolitik aus der Kammer so weit als möglich herauszuhalten.

Wir haben in Österreich eine stabile Währung, wir haben eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit und eine niedrigere Inflationsrate als andere Länder. Die beneiden uns darum. Ich glaube, das wollen wir alle erhalten, Sie

genauso wie wir. Ich möchte Sie deshalb auf Wirtschaftsebene doch um mehr Zusammenarbeit und mehr Verständnis bitten. Wir alle wollen nur, daß Österreich im Spitzenfeld bleibt und auf dem Weltmarkt mit allen seinen Produkten konkurrenzfähig wird. Deshalb werden wir Freiheitlichen diesem Budget zustimmen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{17.17}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gorton.

^{17.17}

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Eigruber, mein Vorredner, hat sicherlich keine sehr leichte Position zu verteidigen gehabt (*Abg. Probst: Sicher, es läuft doch gut!*), ist er doch von seiner Landesorganisation ins Parlament geschickt worden und muß hier eine Politik verteidigen, die seine Wähler sicherlich in immer geringerem Maße goutieren, gegen die die eigenen Funktionäre schon aufstehen und sagen, was alles schlecht oder falsch gemacht wurde. Sicher wird der Herr Abgeordnete Eigruber die letzte Ausgabe der „Wochenpresse“ gelesen haben, in der steht, was der Herr Bürgermeister Dillersberger aus Tirol über die Politik dieser Regierung und auch seiner freiheitlichen Kollegen ausgesagt hat. Dillersberger sagt: „Natürlich kann man den Finanzminister der eigenen Koalitionsregierung nicht stürzen. Aber ich hätte mit vorgestellt, daß die FPÖ beim Mißtrauensantrag der ÖVP gegen Salcher klar ausspricht, daß dieser Mißtrauensantrag eigentlich berechtigt war.“

Meine Damen und Herren! Es ist ein wesentlicher Politiker der Koalitionsparteien, der über den Finanzminister ein solches Urteil abgibt! Aber der Herr Vizepräsident der Handelskammer von Oberösterreich soll hier diese Politik auch noch verteidigen. Ich kann mir vorstellen, daß er dabei mehr oder weniger auf glühenden Kohlen steht.

Eigruber ist darauf zu sprechen gekommen, daß die Reisen des Herrn Vizekanzlers und Handelsministers Steger kritisiert werden. Sicherlich sind Reisen notwendig, aber sie müssen sehr gut vorbereitet werden. Ob er dazu in der Lage war, sich schon so gut vorzubereiten, daß auch wirklich etwas Nachhaltiges herauskommt, wird sich in absehbarer Zeit erst zeigen. Aber auch darüber sagt Ihr Herr Kollege und Parteifreund Dillersberger in seinem Interview wörtlich: „Ich habe das

Dkfm. Gorton

Gefühl, daß man den Parteiobmann in der innenpolitischen Szene doch zu sehr vermißt. Da ist sicher Kritik am Platz.“ Anscheinend wäre es auch Ihrem Kollegen Dillersberger lieber, wenn der Herr Handelsminister mehr in der Regierung darauf schauen würde, daß nicht so viel sozialistische Politik betrieben wird. (*Abg. Probst: Was würden Sie sagen, wenn er nicht gereist wäre?*)

Es ist nach wie vor die sozialistische Linie und die sozialistische Politik, die betrieben wird, und auch das bestätigt Dillersberger, wenn er sagt: „Tatsächlich scheint mir aber die Kritik, die jetzt immer stärker geäußert wird innerhalb und außerhalb unserer Partei, in einigen Punkten berechtigt. Unsere Partei sollte viel klarer aussprechen, daß es nicht unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik ist, die immer noch fortgesetzt wird, sondern eine sozialistische.“

Also, Herr Kollege und Abgeordneter Eigruber, wenn Sie diese sozialistische Finanzpolitik zu verteidigen versuchen, müssen Sie das selbst vor Ihren Parteikollegen in Oberösterreich, aber auch in Tirol und sicher auch in Kärnten verantworten, denn der dortige Landesrat lebt in erster Linie davon, daß er sich in Gegensatz zu seinem Bundesparteiobmann in Wien stellt.

Herr Abgeordneter Eigruber, weil Sie von den Kammerverhältnissen sprechen: Sicherlich hat Ihre Partei aufgrund vieler fairer Abkommen innerhalb der Bundesländer eine Fülle von Mandaten zugesprochen erhalten. Ich wage nicht zu beurteilen, wie das Ergebnis aussehen würde, wenn Sie selbst kandidiert hätten und das bei Fortsetzung einer solchen von Ihnen mit dieser Regierung gemeinsam geführten Politik, die auf weiteste Strecken immer wieder gegen die Wirtschaft gerichtet ist.

Wenn Steger sagt, er ist ein Anti-Dallinger in der Regierung, liebe Freunde, meine sehr verehrten Abgeordneten, wie kann man eine solche Koalition dann weiterführen? Da auch auf Kammerebene eine solche Ehe, die Sie in der Regierung geschlossen haben, immer wieder zu Bedenken führt und auch zum Überdenken führen muß, wird man in den nächsten Jahren sicherlich sehen, wie die nächsten Kammerwahlen zu gestalten sein werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Eigruber hat hier von vielen Klein- und Mittelbetrieben gesprochen, daß Sie sie vertreten oder verteidigen wollen. Bisher haben

wir leider nur sehr wenig davon bemerkt. Dazu wird aber Gelegenheit sein. Es hätte eigentlich schon der erste Mittelstandsbericht im Parlament sein können, der nach dem von uns initiierten Gesetz, das vor eineinhalb Jahren im Hohen Haus beschlossen wurde, im Herbst 1984 fällig wird. Wir sind sehr gespannt, wann — ich hoffe sehr bald — der Herr Handelsminister und Vizekanzler diesen ersten Mittelstandsbericht, der nach dem Gesetz jetzt noch im Herbst fällig ist, vorlegen wird und wie er aussehen wird. Dann werden wir über den Mittelstand und über die Klein- und Mittelbetriebe eine sehr konkrete Debatte abführen können.

Herr Kollege Eigruber, ich muß noch eines sagen: Wenn Sie im Rahmen des Finanz- und Budgetausschusses und dann natürlich Ihre gesamte Fraktion im Parlament bei diesem enormen Belastungspaket mitgestimmt haben, so weiß ich nicht, ob Sie mit den vielen kleinen Gewerbetreibenden draußen so in Kontakt sind, wie wir das sind, ob Ihnen klar ist, was gerade auf dem Gebiet des Straßenverkehrswesens der Straßengüterverkehrswirtschaft durch die neue Belastungswelle bevorsteht.

Meine Damen und Herren! Ich möchte besonders auf die daraus resultierende Verteuerung des Straßengüterverkehrs hinweisen. Ich bin immer für eine möglichst ausgewogene Politik zwischen Schiene und Straße gewesen. Was sich aber jetzt wieder anbahnt nach den Belastungswellen der vergangenen Jahre, vor allen Dingen durch die 50prozentige Erhöhung der LKW-Steuer, die neuerlich Retorsionsmaßnahmen in den Nachbarländern bewirken und damit mögliche „Exportleistungen“ — unter Anführungszeichen — unserer Verkehrswirtschaft erschweren und einschränken wird, damit wurde abermals ein falscher Weg begangen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Diese LKW-Sondersteuer und die gleichzeitig nun bis zu 200 Prozent erhöhte Kraftfahrzeugsteuer, weiter auch die Erhöhung der Versicherungssteuer bringen für die Verkehrswirtschaft gewaltige Belastungen, die besonders die vielen kleinen Frächter treffen werden und in erster Linie die Arbeitsplätze in diesen Mittel- und Kleinbetrieben zu gefährden in der Lage sind.

Diese anscheinend gezielten Betriebsvernichtungsversuche — ich muß dieses harte Wort in den Raum stellen — sind besonders auch gegen die ohnehin wirtschaftlich benachteiligten Regionen gerichtet, nämlich

Dkfm. Gorton

jene Regionen, die durch keine Bahn und auch durch keine Nebenbahn aufgeschlossen sind und die sich verkehrsfrem von den Konsumzentren bemühen, einen wirtschaftlichen Nachholweg zu beschreiten. Auch das wird durch diese Maßnahmen gefährdet.

Ich glaube, daß in diesen wirtschaftlich benachteiligten Gebieten ein notwendiges Aufholprogramm angesichts solcher Maßnahmen nur besonders erschwert möglich sein wird. Die neuerliche überproportionale Belastung des Straßengüterverkehrs verschlechtert noch mehr die Aufholmöglichkeit aller benachteiligten Regionen in unserer Republik und wird dort die Gefahren noch größerer Verarmung erhöhen.

Das ist der sozialistische Weg, das ist die sozialistische Wirtschaftspolitik, das werden die Folgen dieses Belastungspaketes sein, das in diesem Budget nunmehr eingebaut ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die erste Lesung eines Budgets stellt vor der Detailbehandlung aller Kapitel im Finanzausschuß sicherlich die erste Antwort im Parlament auf die Budgetrede des Finanzministers dar. Die heutige Rede des Finanzministers war in erster Linie von dieser neuen Belastungswelle gekennzeichnet, die er zu verniedlichen suchte. Ich möchte aber doch auch sagen, daß die Ziffern, die gebracht wurden und die aus diesem Budget resultieren, die Kapitulation, das Scheitern der sozialistischen Verteilungspolitik mit solchen Schockmaßnahmen für die Wirtschaft darstellen; Maßnahmen, die gegen die gesamte österreichische Bevölkerung gerichtet sind.

Der Herr Abgeordnete Egg sagte heute in seiner Rede, die Sozialistische Partei hätte seit 1970 alle Probleme in Österreich gelöst. Wenn man schon zurückgreift, dann muß man daran erinnern, daß die Sozialistische Partei im Jahr 1970 ein wohlbestalltes Haus mit einem Minimum an Budgetabgang übernehmen konnte. So betrug im Jahr 1969 das Nettobudgetdefizit nur 2,2 Milliarden Schilling und war im Jahr 1970 dann noch geringer. *(Abg. Egg: Aber schlechtere Lebensbedingungen für die Österreicherinnen und Österreicher!)*

Herr Abgeordneter Egg! Die Österreicherinnen und Österreicher haben damals auch einen Arbeitsplatz gehabt, es hat weniger Arbeitslose gegeben *(Widerspruch bei der SPÖ)*, und vor allen Dingen haben die Österreicher gesicherte Arbeitsplätze gehabt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben damals einen reichen und kaum mit Schulden belasteten Staat übernommen. Und Sie übernahmen von unserer Regierung zweifellos auch die Verantwortung für eine blühende verstaatlichte Industrie.

Wenn Sie hier Vergleiche anstellen, so verweisen Sie immer auf den Konjunkturabfall, auf die internationale Lage und so weiter. Aber, meine Damen und Herren, die Übergabe eines brillanten Staatswesens 1970 war keineswegs so selbstverständlich, wie Sie das immer hinstellen, denn auch im Jahr 1968 haben wir einen gewaltigen Konjunkturreinbruch gehabt, der aber damals in kürzester Zeit zu bewältigen war und den die damalige Regierung auch bewältigen konnte. *(Abg. Braun: Das war gegen jetzt ein Mailüfterl. Ein Jahr, und jetzt dauert es schon zehn Jahre!)*

Meine Damen und Herren! Sie haben in Zeiten der Hochkonjunktur das Geld mit offenen Händen hinausgeworfen. Sie haben eine sozialistische Verteilungspolitik betrieben, und es ist unbestreitbar, daß sie Ihnen zunächst durch entsprechende Wahlergebnisse auch honoriert wurde. Nur glauben wir, daß Sie damals versäumt haben, rechtzeitig Reserven zu schaffen, die Weichen zu stellen, damit die heutigen schwierigen Zeiten besser hätten überwunden werden können.

Es ist der Spruch des verstorbenen ehemaligen Vizekanzlers Dr. Pittermann herumgegangen, der im vertrauten Kreis gesagt haben soll, das Erbe der Ära Kreisky wird furchtbar sein. Ich weiß nicht, ob das stimmt oder nicht. Aber jedenfalls, an dem Erbe, das sich für Sie heute ergeben hat, an dem knabbern Sie jetzt.

Der Finanzminister, der als Erbe noch mitübernommen wurde, ist zwar nicht der Erbe dieser gesamten Politik, aber er hat in den letzten Jahren doch die Verantwortung für diese Politik in erster Linie mitzutragen gehabt. Was in den bald vier Jahren nach Erfüllung seines jetzigen Budgets, am Vergleich nur dieser letzten Periode, heransteht, soll auch einmal kurz angemerkt sein.

Während die Finanzschuld des Bundes im Jahr 1980 — nach dem Bundesfinanzgesetz 1984, aus dem Arbeitsbehelf ist alles ersichtlich — 261 Milliarden Schilling betragen hat, ist sie 1983 auf 414 Milliarden Schilling gestiegen und wird im Jahr 1984 — das ist im Arbeitsbehelf genau vorausgesagt — auf 476 Milliarden Schilling steigen.

Dkfm. Gorton

Das heißt, es werden Ende 1984 um 215 Milliarden Schilling mehr Finanzschulden sein, als Finanzminister Salcher im Jahr 1980 übernommen hat. Das ist in vier Jahren eine Vermehrung um über 82 Prozent. Meine Damen und Herren! Wenn Sie jetzt davon sprechen, das sei eine groß angelegte Finanzpolitik, dann sollten Sie sich das Urteil darüber selbst bilden.

Oder wenn wir diese letzten drei oder vier Jahre in der Relation zum Bruttoinlandsprodukt vergleichen: Die Finanzschuld hat 1980 26,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen — auch nach dem Arbeitsbehelf des Budgets 1984. Im Jahr 1984 wird sie — also von 26,2 Prozent im Jahr 1980 — auf 37,6 Prozent gestiegen sein. Auch hier eine Entwicklung, zu der man sagen muß: Das ist der sozialistische Weg für Österreich.

Gleich verläuft natürlich auch der Finanzschuldenaufwand, der im Jahr 1980 35,9 Milliarden Schilling betragen hat und im Jahr 1984 67,9 Milliarden Schilling betragen wird oder, in Prozenten an den Gesamtausgaben gemessen, von 11,7 Prozent auf 15,6 Prozent der gesamten Ausgaben des Bundes steigen wird.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich kann mir vorstellen, daß sich der Herr Finanzminister bei einer solchen, auch von ihm verursachten Entwicklung über die Starrheit des Bundeshaushaltes beklagt. Auch das ist im Budget angeführt, wo er schreibt, daß 87 Prozent aller Ausgaben unantastbar wären. Aber das zeigt ja die Notwendigkeit eines Kurswechsels, die wir immer wieder in den Raum stellen müssen.

Und weil gesagt wurde, wir hätten keine Rezepte gebracht: Wir haben gerade in den letzten Tagen und Wochen der Öffentlichkeit Programme präsentiert, über die zum Teil aber von der Regierung gar nicht verhandelt wurde.

Sie führen auch immer wieder die verstaatlichte Wirtschaft an, die 16,6 Milliarden Schilling, die Sie beschlossen haben, die gestern beeinsprucht worden sind und die von Ihnen mit Beharrungsbeschluß wieder beschlossen werden sollen.

Wir haben sehr deutlich vor zwei Wochen hier zum Ausdruck gebracht, daß wir natürlich für einen gesunden Weg, für eine Sanierung und für ein Programm in der verstaatlichten Wirtschaft eintreten. Nur kann man die verstaatlichte Wirtschaft nicht als Einzel-

objekt in den Wirtschaftsraum Österreich hinstellen, sondern damit müssen Gesamtmaßnahmen verbunden sein.

Die Regierung selbst hat sich nicht einmal zu dem ÖIAG-Konzept bekannt, das uns auch vorgetragen und vorgelegt wurde und wovon viele Tage von unserem Verhandlungskomitee mit Ihrem Komitee verhandelt wurde. Die Regierung hat sich nie zu diesem Konzept bekannt. Ich weiß schon warum: Weil sie sich offiziell nicht dazu bekennen will, daß 8 000 bis 10 000 Arbeitsplätze in nächster Zeit in der verstaatlichten Wirtschaft in der Luft hängen werden. Sie haben kein Begleitprogramm dazu, das wir verlangt haben und das wir in unserem Papier vorgelegt haben. Aber Sie waren ja nicht bereit, mit uns darüber zu verhandeln.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! So kann der Weg nicht weitergehen, es muß ein Kurswechsel eintreten. Dieser Kurswechsel kann aber nicht darin bestehen, daß man in Österreich ein Wirtschaftsklima schafft, das immer wieder durch neue Steuerfindungen oder -erfindungen und die Diskussion darüber verunsichert. Dadurch wissen die Betriebe, die vielen Mittel- und Kleinbetriebe, aber auch die Betriebe bis hinauf zu den großen Industrien nicht, wie es weitergehen wird, ob man investieren soll, ob man unter Umständen Kredite aufnehmen soll und so weiter. Die Regierung zeigt hier keinen klaren Weg auf.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben Alternativen in unseren Programmen aufgezeigt. Sie hätten darüber verhandeln können und verhandeln sollen. Wenn der Herr Bundeskanzler Sinowatz, wie man heute in der „Presse“ liest, traurig die gestrige Debatte im Bundesrat in seiner Kanzlei mitverfolgt hat, so sind wir darüber traurig, daß Ihr Bundeskanzler und Sie nicht bereit waren, über unser Papier, über die verstaatlichte Wirtschaft zu verhandeln und hier ein gemeinsames Konzept vorzulegen, in dem natürlich die Regierung die Rahmenprogramme, die Auffangprogramme und entsprechende Maßnahmen für die betroffenen Regionen mit einbinden hätte sollen.

Aber Sie sind den Weg der Verschwendung gegangen, Sie haben ein neues Ministerium gegründet, Sie haben die größte Regierung, die es bei uns gegeben hat.

Darüber hinaus — darin spiegelt sich der Weg, den Sie gehen — haben Sie in diesen Ministerien Hunderte von Sonderverträgen

Dkfm. Gorton

mit zusätzlichen Bediensteten geschlossen. Sie lassen die Beamten dort nicht arbeiten, weil sie überall nur Leute Ihres Vertrauens haben wollen. Wenn wir durch unsere Anfrage im Parlament vor einigen Wochen erfahren konnten, daß für diese Sonderverträge über 100 Millionen Schilling im Jahr auszugeben sind, so ist das eben nicht der Sparsamkeitsweg, den wir unter einem Kurswechsel verstehen und den wir auch von Ihnen verlangen wollen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gäbe eine Fülle von Beispielen, die hier noch aufgeführt werden könnten. Ich glaube, der heutige Tag der Diskussion hat aufgezeigt, was falsch gemacht wird, wohin wir steuern, wie die Wirtschaft verunsichert wird und was uns letzten Endes unter dieser sozialistischen Koalitionsregierung noch bevorsteht.

Meine Damen und Herren! Das Budget 1984 ist ein Spiegel Ihrer Politik. Wir bedauern es, daß dieser Spiegel sehr trübe ist, und wir werden mit dieser Politik selbstverständlich nicht mitgehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.37

Präsident: Zu Wort kommt Frau Abgeordnete Wanda Brunner.

17.37

Abgeordnete Wanda Brunner (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eingangs eine Frage an den Herrn Kollegen Gorton: Wenn es in den Jahren 1969 und 1970 den Österreichern so gut gegangen ist, wie Sie es darstellen wollen, und wenn die Bevölkerung so zufrieden war, warum wurden Sie dann abgewählt? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. – Abg. Staudinger: Das fragen wir uns auch! – Abg. Brandstätter: Haben Sie schon etwas von den niederösterreichischen Landtagswahlen gehört, Frau Kollegin?)*

Wenn ich die Reden zur ersten Lesung des Budgets der Kollegen von der rechten Seite des Hauses heute an mir Revue passieren lasse, dann kann ich sagen, es ist ihnen allen ein einziges gemeinsam: Für Sie ist Opposition in nur einem Sinn des Wortes zu verstehen: Widerstand, mit dem Sie auf alles und jedes, was von der sozialistischen Regierung initiiert und geschaffen wurde, nur negative Reaktionen zeigen.

Aber, meine Damen und Herren, damit ergibt sich doch eine höchst seltsame Diskrepanz zwischen der Beurteilung, die uns von der ganzen Welt zuteil wird, und der Beurteilung, welche die Österreichische Volkspartei

für die Maßnahmen der Bundesregierung übrig hat. Sie sind doch auch Österreicher, meine Damen und Herren *(Abg. Graf: Ja!)*, und doch finden Sie kein gutes Haar an dem, was von uns in 13 Jahren für Österreich und die Österreicher geschaffen wurde.

Sie wiederholen sich in Ihren Forderungen nach einer anderen Politik, haben aber bis heute noch nie konkret vorgestellt, was Sie mit dieser neuen Art von Politik meinen. Bei Ihnen scheint eine Politik, wie sie von Sozialisten gemacht und angestrebt wird, sofort auf Widerstand zu stoßen, und ohne Rücksicht auf sachliche Belange finden Sie nur ein Echo: Ablehnung um jeden Preis. Seit 14 Jahren lehnen Sie jedes Budget ab.

Sie reden dauernd von einem Kurswechsel, aber ich sage Ihnen: Österreich braucht keinen Kurswechsel. 48 Prozent der Österreicher sind trotz der allgemeinen, weltweiten wirtschaftlichen Krise und der international schlechten Lage doch zufrieden, wie wir diese Krise meistern, weil wir sie eben besser meistern und meisterten als andere Länder. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und, meine Damen und Herren, ich frage mich: Warum bewundern andere Staaten den österreichischen, das heißt, unseren Weg? Warum wird uns in der OECD uneingeschränkt Lob gespendet? Warum steht Österreich in den Fragen des Umweltschutzes besser da als andere Länder? Warum liegt Österreich weltweit im Spitzenfeld der preisstabilsten Länder? Warum genießt Österreich beste Bonität in der ganzen Welt? Und warum ist der Schilling eine der härtesten Währungen der Welt?

Warum alle diese positiven Aspekte, wenn doch immer, was Sie immer versuchen andere glauben zu machen, die sozialistische Politik all die Jahre so verfehlt war? Es sind doch Tatsachen, welche uns Erfolge bescheinigen und Anerkennung in der Welt einbringen!

Und was hat Ihre oppositionelle Meinung als Geist, der stets verneint, daraus gemacht? Sie negieren und Sie fordern. Sie fordern mehr Investitionshilfen und mehr Unterstützung für Klein- und Mittelbetriebe und übersehen dabei, daß es soviel Kredit, Zinsstützungsaktionen und Förderungen wie heute für die kleinen und mittleren Betriebe Österreichs noch nie gegeben hat. Mein Kollege Braun hat Ihnen das heute schon ausführlich aufgezählt.

Sie reden auch heute wieder von Aufblä-

Wanda Brunner

hung, von der kostspieligsten Regierung, und Sie beziehen sich dabei auf die Schaffung eines Familienministeriums. Dazu darf ich, wenn Sie mir gestatten, aus der Fragestunde vom 10. Oktober 1979 zitieren.

Frau Abgeordnete Helga Wieser an den Herrn Bundeskanzler: „Ich glaube grundsätzlich sagen zu können, so gesehen müßten wir für jede Berufsgruppe von Frauen eine Staatssekretärin haben, und da der Bevölkerungsanteil der Frauen größer ist als jener der Männer, wäre es, wie ich glaube, notwendig“ – und nun hören Sie, meine Damen und Herren –, „ein eigenes Frauenministerium zu schaffen und nicht nur eine Staatssekretärin im Sozialministerium zu bestellen.

Sind Sie dafür, daß in Zukunft ein neues Ressort für Frauenfragen, so wie es in vielen anderen europäischen Ländern besteht, installiert wird?“

Die Antwort des Herrn Bundeskanzlers: „Wenn ich der Zustimmung der Volkspartei sicher wäre, werde ich den Gedanken aufgreifen. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.“

Das heißt also, daß auch Sie damals einen solchen Gedanken hatten. Allerdings wollten Sie ein Frauenministerium, denn es gibt berufstätige Frauen, Hausfrauen, alleinstehende Frauen, verheiratete Frauen, während wir der Meinung sind, daß die Frauen ein Bestandteil der Familie sind und ein Familienministerium daher sicher günstiger war.

Sie fordern auch mehr Wohnungen, haben aber im Bundesrat Gesetze zum Sonderwohnbauprogramm und zur Althausanierung beeinträchtigt und so den Baubeginn um Monate verzögert. Für Sie gibt es nur eines: die explodierende Staatsverschuldung. Dabei übersehen Sie auch hier, daß internationale Vergleiche beweisen, daß die Pro-Kopf-Verschuldung in Österreich niedriger ist als in den meisten reichen Industriestaaten. Aber Sie wollen ja übersehen, Sie wollen ja nichts anerkennen.

Meine Damen und Herren! Man kann aber nicht eindimensional beurteilen, man muß unsere Lage in Relation setzen. Man kann die allgemeine Weltsituation nicht einfach außer acht lassen und Österreich wie eine Insel sehen ohne seine internationalen Handelsverflechtungen. Sie müssen miteinbeziehen, daß auch Österreich von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen betroffen wird.

Die längste Rezessionsphase der Weltwirt-

schaft seit dem Krieg kann auch an unserem Land nicht spurlos vorübergehen. Aber es ist bisher noch immer gelungen, durch unsere Politik, die Sie ständig verdammten, die Folgen dieser tiefgreifenden Krise für unser Land sehr abzuschwächen. Dieser Tatsache können Sie, wenn Sie ehrlich sind, auch als politische Gegner Ihre Anerkennung nicht versagen.

Vergessen Sie nicht, daß die konservativen Modelle Ihrer Schwesterparteien kläglich versagt haben. Denken Sie nur an Großbritannien, und denken Sie auch an Deutschland. Die Zahlen wurden ja heute schon mehrmals genannt.

In Österreich beträgt die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt 1983 4,6 Prozent. Sicher, um 4,6 Prozent zuviel, und diese 4,6 Prozent machen uns große Sorgen.

Aber trotz zweier Ölpreisschocks und trotz Jahren weltweiter Stagnation sind heute um 350 000 Menschen in Österreich mehr beschäftigt als vor zehn Jahren.

Unsere Inflationsrate ist nur halb so hoch wie jene in den übrigen europäischen Industriestaaten. Österreich wird auch heuer wieder einen Überschuß in der Leistungsbilanz erzielen. Und auf den internationalen Finanzmärkten genießt Österreich nach wie vor die höchste Kreditwürdigkeit. Das gilt unter Wirtschaftsfachleuten als Maß für die wirtschaftliche Stabilität eines Landes, was Ihnen doch sicherlich auch bekannt ist.

Österreich kann seine günstige internationale Position nun schon seit Jahren halten. Wenn Sie daran zweifeln, dann lassen Sie sich von einer britischen Wirtschaftszeitung belehren, die sehr gut über Österreich schreibt.

Ich weiß, Sie hören es nicht gerne, aber ich darf doch in diesem Zusammenhang, bei den Superlativen, auch darauf verweisen, daß Österreich zu jenen Ländern gehört, die in der Welt mit Gesundheits- und Sozialeinrichtungen bestversorgt sind.

Es war die sozialistische Alleinregierung, meine Damen und Herren, die 1972 als eines der ersten Länder der Welt ein Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz eingerichtet hat, das von der rechten Seite des Parlaments heute noch immer in Frage gestellt wird.

Es sind zwar heute die Grünen, die behaupten, daß sie und nur sie allein die Wahrer

Wanda Brunner

einer intakten Natur sind, aber ich kann darauf hinweisen, und das mit berechtigtem Stolz, daß zu Zeiten, da Umweltschutz noch ein Fremdwort war, die Sozialistische Partei ein Humanprogramm erstellt hat, das in Österreich ein erster Versuch war, auf Grund gewonnener Erkenntnisse die Umwelt im Sinne einer Humanisierung zu beeinflussen und umzugestalten.

Die kontinuierliche Umweltpolitik unserer Regierung hat beste Erfolge aufzuweisen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* So konnten zum Beispiel mit großem finanziellem Aufwand unsere Gewässer gerettet werden, denen das biologische Umkippen drohte. Wir dürfen heute behaupten: Unsere Seen haben wieder Trinkwasserqualität, was sich übrigens auch noch auf den für uns so wichtigen Fremdenverkehr höchst positiv auswirkt.

Der Schwefelgehalt im Heizöl wurde begrenzt.

Im Hinblick auf den Bleigehalt im Benzin wurde ein erster Anlauf gemacht.

Bestehende Maßnahmen wurden ausgebaut und neue geschaffen. An einer Reihe von bedeutenden Gesetzen wird im Umweltministerium derzeit gearbeitet.

Wir haben erst in der letzten Sitzung eines der Hauptanliegen des Umweltschutzes mit der Beschlußfassung über die Errichtung eines Umweltfonds, zu dem der Bund 500 Millionen Schilling beiträgt, erfüllt.

So gibt es noch eine Reihe von wirklich umweltschützenden und für die Umwelt notwendigen, vorzubereitenden Gesetzen.

Albert Einstein hat einmal gemeint: Ein neues Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterbestehen soll. Und Albert Schweitzer sagte: Nicht nur ein neues Denken, sondern eine neue Gesinnung ist notwendig.

Deshalb wird es auch in Zukunft erforderlich sein, alles zu tun, um den Menschen in diesem Lande einen gesunden Lebensraum zu erhalten. Daß dies natürlich ungeheure Budgetmittel verlangt und dem auch Rechnung getragen wird, beweist die Steigerung des präliminierten Betrages im Kapitel Gesundheit und Umweltschutz. Im Jahre 1972, als das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz eingerichtet wurde, waren dafür 564 Millionen Schilling vorgesehen.

1984 sind es 4 083 Millionen *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber das ist sicherlich ein Betrag, der gut angelegt ist, denn wir wissen, daß richtig verstandener Umweltschutz auch Arbeitsplätze schafft und sichert. Und wir Sozialisten wollen weiterhin Arbeit schaffen und die Umwelt schützen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.50

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Schüssel.

17.50

Abgeordneter Dr. **Schüssel** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Bundesminister Salcher hat in seiner Budgetrede einen, glaube ich, sehr wichtigen und interessanten Satz gesagt. Er hat erklärt: Bei Fortdauer der Krise — ich würde als meine Ergänzung hinzufügen: und auch bei Fortsetzung dieses wirtschaftspolitischen Kurses — wird das Defizit des Bundeshaushaltes in untragbare Größenordnungen kommen. — Ich glaube, das ist wirklich der Schlüsselsatz für die künftigen Jahre.

Die Beiratsvorschau der Sozialpartner hat das deutlich gezeigt. Wir alle wissen ja, daß Budgetkrisen nicht kurzfristig verursacht werden, sondern langwierige Ursachen haben und auch nicht ohne weiteres von einem Jahr auf das andere behoben werden können. Diese Krise war lange absehbar, und die Opposition hat immer wieder gewarnt und darauf hingewiesen. Besonders in den Jahren 1982 und 1983 sind unsere Befürchtungen hinsichtlich des Budgets voll eingetroffen.

Ehrlich gesagt, Herr Finanzminister: Es würde Ihnen wahrscheinlich auch kein Stein aus der Krone fallen — auch nicht anderen Mitgliedern der Regierungsparteien —, wenn Sie zugeben würden, daß die Opposition im vorigen Jahr und im vorvorigen Jahr mit ihrer Kritik mehr als recht behalten hat.

Der Bundesvoranschlag 1984, der uns jetzt vorliegt und über den wir heute zu beraten beginnen, ist unserer Ansicht nach technisch in Ordnung. Man kann darüber diskutieren, ob Sie auf der Ausgabe Seite beim Personal oder bei den Sozialversicherungsträgern durchkommen werden, aber das sind Einschätzungsfragen. Im Grunde geht es nicht um die technische Frage wie etwa in den Vorjahren, ob Sie richtig budgetiert haben oder ob bewußt Fehler eingebaut sind, diesmal geht es um eine inhaltliche Auseinandersetzung, es geht um die wirtschaftspolitischen Grundsätze Ihrer Politik.

Dr. Schüssel

Technisch ist dieses Budget überhaupt erst möglich geworden durch einen brutalen Tritt auf die Notbremse. Das war das Belastungspaket, das Sie gleichzeitig vorgestellt haben, und dieses Belastungspaket, meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalition, hat wahrlich gigantische Ausmaße.

Herr Minister! Die Wirtschaftsforscher — nicht die böswillige Opposition —, das IHS etwa, das Ford-Institut, haben errechnet, daß die Zahl der Arbeitslosen um beinahe 20 000 ansteigen wird, daß das Wachstum um 0,8 Prozent sinken wird, daß die Inflationsrate um 1,5 Prozent ansteigen wird, daß — was sehr wichtig ist und in der Debatte bisher untergegangen ist — die zur Verfügung stehenden Einkommen der Arbeitnehmer nominal um 2 Prozent und die Einkommen aus Besitz und Unternehmung um 5,5 Prozent schrumpfen werden.

Ich möchte das vor allem den Rednern von der Freiheitlichen Partei vorhalten, die immer wieder behaupten, daß dieses Belastungspaket besonders wirtschaftsfreundlich sei. Obwohl ich gleich eines zugebe: Es soll keine Gruppe gegen die andere ausgespielt werden. Die Wahrheit ist: Dieses Belastungspaket trifft alle, und es trifft in jeder Gruppe besonders wieder die Kleinen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun haben sowohl Finanzminister Salcher als auch im besonderen Staatssekretär Bauer auf den seinerzeitigen Korenschen Paukenschlag hingewiesen und behauptet, diese seinerzeitige Sanierung durch die Volkspartei wäre belastender gewesen. Dabei hat Staatssekretär Bauer nachgerade groteske Ziffern verwendet, obwohl ich ihn sonst schätze als einen, der ganz gut argumentiert. Die Ziffern, die Sie gebracht haben hinsichtlich des Ausmaßes des Korenschen Paukenschlages, waren grotesk.

Ich darf wiederholen: Sie haben heute behauptet, daß der Korensche Paukenschlag damals Mehreinnahmen von 9,7 Milliarden Schilling gebracht hat. Das wären hochgerechnet für 1984 über 21 Milliarden Schilling. Tatsache ist, daß im Jahr 1969, verglichen mit 1968, die Gesamteinnahmen überhaupt nur um 8,3 Milliarden Schilling — um 10,7 Prozent — gestiegen sind — das ist weniger, als Ihrer Behauptung zufolge die Mehreinnahmen ausgemacht hätten —, und das bei einem nominalen Wirtschaftswachstum von damals 9,2 Prozent.

Herr Staatssekretär! Wie sich das ausgehen

soll, das, bitte, erzählen Sie wirklich der Pepi-Tant'. Das ist aus dem Traumbuch. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf aber Ihrem statistischen Gedächtnis nachhelfen. Die wahren Zahlen sind: Damals hat das Korensche Belastungspaket Mehreinnahmen von 3,25 Milliarden Schilling gebracht. Das wären — auf Preisbasis 1984 — 7,6 Milliarden Schilling. Liebe Freunde, hat der Willi Gorton gesagt, ich sage einfach: Liebe Damen und Herren von den Regierungsparteien! Das sind um 10 Milliarden Schilling weniger an Belastungen, als dieses Belastungspaket der sozialistischen Koalition vorsieht. *(Zwischenruf des Abg. Braun.)*

Ein weiterer Vergleich — das sind nachprüfbar Zahlen, Herr Kollege Braun — in Relation zum Volkseinkommen, damit es noch deutlicher wird: Die Mehreinnahmen unter Koren sind um 0,97 Prozent gestiegen, jetzt steigen sie um 1,36 Prozent. Das heißt: Das Korenpaket war um 40 Prozent kleiner als das jetzige Belastungspaket von Salcher und Bauer.

Viel gravierender und interessanter sind aber die Auswirkungen beider Sanierungsversuche: 1969 unter Koren konnte mit diesen Maßnahmen das Nettodefizit um 60 Prozent verringert werden. Um 60 Prozent! Bei Ihnen bleibt das Bruttodefizit beinahe gleich, und das Nettodefizit wird knapp von 6 auf etwa 5 Prozent sinken.

In der Auswirkung auf das Wachstum hat das Korensche Paket den Grundstein zu einem langandauernden Wirtschaftswachstum und Aufschwung gelegt — sicher in Verbindung mit einer Hochkonjunktur —, es hat uns Prosperität gebracht. Ihr Belastungspaket wird einen negativen Wachstumseffekt haben, und spätestens nach eineinhalb Jahren stehen Sie wieder am heutigen Ausgangspunkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daraus resultiert eine geradezu paradoxe Wirkung Ihres Budgetvoranschlages 1984: Auf der einen Seite bleibt ein gigantisches Defizit; ob es jetzt ganz leicht abgesenkt wird oder nicht, werden wir erst im Vollzug sehen. Es bleibt ein gigantisches Defizit, ein höheres Nettodefizit als selbst im Krisenjahr 1975: damals 4,5 Prozent, jetzt 4,9 oder 5 Prozent.

Trotzdem — und das ist der merkwürdige Widerspruch — wirkt dieses Budget restriktiv. Warum? Weil sich die Struktur des Budgets immer mehr in die falsche Richtung entwickelt. Schauen Sie sich die einzelnen

Dr. Schüssel

Blöcke an: Die Finanzschulden steigen um 13 Milliarden Schilling, die Haftungen steigen um 1,5 Milliarden Schilling, und die beschäftigungswirksamen Ausgaben — auf die es ja ankäme — und Investitionen sinken nominell sogar um 3 Milliarden Schilling.

Das ist ein Block von etwa 80 Milliarden Schilling, also ein ganz schöner Brocken, der für die Arbeitsplatzsicherung natürlich entscheidend ist. Warum das so ist, warum diese Struktur jetzt immer schlechter wirkt, hängt mit den in der Vergangenheit und jetzt von Ihnen gewählten Finanzierungstechniken zusammen.

Sie haben mit diesen Finanzierungen die Probleme ganz einfach in die Zukunft verschoben und haben damit den Zeitfaktor im Budget unterschätzt, so wie etwa beim Straßenbau. Sie wissen ja: Die Bundesmineralölsteuer — zweckgebunden — macht 1984 13,5 Milliarden Schilling aus. Wissen Sie, wieviel davon im kommenden Jahr noch zur Verfügung steht für neue Investitionen? — Ich kann es Ihnen sagen: nicht einmal die Hälfte, 49,6 Prozent. Der Rest geht bereits für Rückzahlungen von Sondergesellschaften auf, für Finanzierungen, die in der Vergangenheit notwendig geworden sind.

Genauso ist es bei den Krankenhäusern, genauso bei den Haftungen, genauso wird es bei der ÖIAG sein, bei den 16,6 Milliarden Schilling, die in Wahrheit plus Zinsen ja 30 Milliarden Schilling sind, womit das Budget belastet wird, und genauso wird es auch beim Konferenzzentrum sein.

Mir ist an sich die Absurdität Ihres Vorschlages noch nicht klar: Beim Konferenzzentrum wählen Sie jetzt eine Konstruktion, die Ihnen in Wahrheit — wenn man die technischen Dinge beiseite läßt — garantiert, daß Sie 14 Jahre zwar Zinsen zahlen müssen — nämlich Dividenden an die Araber —, aber die Tilgungen ausgesetzt sind. Nach 14 Jahren müssen wir alles mit einer 25prozentigen Prämie und Steuervorteilen von 500 Millionen Schilling für die Araber wieder zurückkaufen.

Das heißt nichts anderes: Sie müssen in 14 Jahren — wenn der Rückkauf, also die Tilgung fällig wird — entweder das Ganze aus dem Budget auf einmal zahlen, was ich mir schwer vorstellen kann, oder Sie müssen dann erst wieder einen Kredit für dieses Drittel der Baukosten des Konferenzzentrums aufnehmen mit all den Folgeproblemen, die entstehen. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Die Finanzierung, die Sie wählen, ist somit nicht budgetschonend. Ihre gewählten Finanzierungstechniken sind höchstens gegenwartsschonend und zukunftsbelastend.

So kommt es, daß die echten Bundesinvestitionen zu kurz kommen; sie sinken um 2,5 Milliarden Schilling ab. Und das, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, ist eine gefährliche Entwicklung, denn Arbeitsplätze entstehen ja nicht über Nacht. Vorher muß ein Kapital angespart werden, das in wettbewerbsfähige Produkte investiert wird. Vor zehn Jahren, also 1972, sind noch mehr als 21 Prozent des Nettozialprodukts zum Ausbau des Volksvermögens verwendet worden, 1982 waren es nicht einmal mehr 13 Prozent. Das heißt also: 87 Prozent des Nettozialvermögens werden verbraucht. Das ist einfach zuviel für eine Volkswirtschaft, die im harten internationalen Wettbewerb steht. Die Arbeitsplatzlücke von heute ist die Investitionslücke von gestern. Mit diesem Budget werden die Lücken noch größer, und dies haben Sie zu verantworten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun scheint es ja zum Sprachgebrauch der Regierungsredner zu gehören — der Bundeskanzler hat dazu die Losung ausgegeben —, die Opposition hätte keine Alternativen anzubieten. Heute hat zum Beispiel von der Regierungsbank aus — ich möchte kurz darauf eingehen, weil das eine sehr grundsätzliche Frage ist — Staatssekretär Bauer behauptet, Steuererhöhungen wirkten weniger restriktiv als Ausgabenkürzungen.

Bitte, jetzt möchte ich Sie wirklich fragen: Worauf stützt sich diese Behauptung, welche empirischen Daten können Sie vorweisen? Es gibt eine Theorie, die haben Sie erwähnt: das Haavelmo-Theorem. Haavelmo ist ein Keynesianer und behauptet, daß das so ist. Bewiesen hat er es noch nicht. Wissenschaftlich ist dies eine äußerst umstrittene These!

Jetzt sagen wir von der Volkspartei Ihnen etwas: Im Zweifel sind wir immer noch dafür, daß man das Geld beim Bürger beläßt und daß es nicht der Staat zur Verteilung bekommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Gibt es denn bei Ihnen wirklich keine Alternativen beim Geldverwenden? Das sei Bundeskanzler Sinowatz gefragt. Stehen Sie wirklich zu dieser Art des Geldverwendens?

Stehen Sie etwa dazu, daß in sieben Monaten jetzt gleichviel Schulden gemacht wurden wie in den ersten 25 Nachkriegsjahren zusam-

1396

Nationalrat XVI. GP — 17. Sitzung — 9. November 1983

Dr. Schüssel

men von Kanzlern der ÖVP-Regierungen von 1945 bis 1970? Stehen Sie dazu?

Stehen Sie wirklich dazu, daß sich in Ihrer Regierungszeit die Auslandsverschuldung verfünffach hat?

Stehen Sie dazu, daß im kommenden Jahr jeder Arbeitnehmer 7 000 S zur Finanzierung der defizitären Bundesbetriebe, vor allem der Bundesbahn, beitragen muß? (*Abg. Braun: Das sind Hausnummern!*) Das sind keine Hausnummern, das ist eine einfache Umrechnung: 22 Milliarden dividiert durch 3 Millionen Arbeitnehmer. Das ist nachzurechnen, Herr Hausnummern-Zwischenrufer.

Stehen Sie wirklich dazu, daß die Bürokratie so weiterwuchert wie bisher, daß wir erstmals mehr öffentlich Bedienstete als Industriebeschäftigte haben werden? Stehen Sie wirklich dazu, daß sich in den Jahren Ihrer Regierungstätigkeit die Zahl der Spitzenbeamten, Sektionschefs und Ministerialräte, auf das Doppelte gesteigert hat? Stehen Sie dazu, daß wir jetzt eine um ein Drittel größere Regierung haben als im Schnitt der ersten 25 Jahre der Zweiten Republik?

Stehen Sie dazu, daß es ein Familienministerium gibt, das 200 Millionen Schilling in den kommenden vier Jahren kosten wird? Stehen Sie dazu, daß acht Staatssekretäre 210 Millionen Schilling in den kommenden vier Jahren verschlingen werden, daß die 240 politischen Ministerhelfer in dieser Legislaturperiode die Steuerzahler 440 Millionen Schilling kosten werden? Stehen Sie dazu, daß Regierungspropaganda in diesen Jahren im Ausmaß von etwa 500 Millionen Schilling in Auftrag gegeben wird? Können Sie das alles wirklich verantworten und sagen, es gibt keine Alternative zu Ihrer Politik?

Stehen Sie dazu, daß man die Tauernautobahn um 4 Milliarden Schilling teurer gebaut hat, als es der Rechnungshof vorgerechnet hat?

Stehen Sie dazu, die Urlaubsverlängerung jetzt noch durchzuziehen, obwohl sie das Budget in der jetzigen Krise mit 2,3 Milliarden Schilling jährlich belasten wird — die VOEST allein mit 300 Millionen — und obwohl Bundeskanzler Kreisky bei Einführung der Urlaubsverlängerung noch gesagt hat: Wenn sich die Konjunktur nicht bessert, kann man ja immer noch diesen Beschluß aussetzen! Sind das wirklich keine Alternativen? Gibt es keine Alternativen zu diesem Kurs? Wir glau-

ben, es gibt mehr als genug. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun hat der Abgeordnete Tieber auf das Beispiel der Bundesrepublik hingewiesen und versucht, eine Rede zu halten, die ganz gut in den deutschen Bundestag gepaßt hätte. Ich darf nur auch noch einige Dinge erwähnen, die er nicht gesagt hat und die vielleicht ganz interessant wären.

Stoltenberg hat vor wenigen Wochen das Budget für das nächste Jahr vorgelegt. Es sieht eine Begrenzung des Ausgabenzuwachses für heuer auf 1,8 Prozent vor, bei uns sind es 4,9 Prozent. Für die nächsten Jahre soll der Ausgabenzuwachs auf 3 Prozent beschränkt werden. Der ausgabenseitige Staatsanteil soll von jetzt 50 Prozent — wir liegen in Österreich sogar darüber — auf das Niveau der sechziger Jahre mit 38 Prozent bis 40 Prozent zurückgeführt werden. Das Verhältnis Einsparungen zu Mehreinnahmen verhält sich in der Bundesrepublik wie 2,5 zu 1. Trotzdem — das ist ja der entscheidende Punkt — werden die Deutschen im kommenden Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von 2,5 bis 3 Prozent haben, und wir werden mit kümmerlichen 0,5 Prozent dahinvegetieren. Es gibt also Alternativen. Sie funktionieren, und sie rechnen sich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Volkspartei hat in der Klubklausur in Villach genügend Vorschläge gemacht — Sie sollten sie einmal lesen —, wie man Arbeit in diesem Land schaffen kann. Wir haben gesagt: Wir wollen sparen nicht um des Sparens willen. Wir wollen sparen, um zu investieren! Das heißt zum Beispiel Belastungsstopp. Was heißt Belastungsstopp konkret? Wäre seit dem Jahr 1970 ein Belastungsstopp eingetreten, so wären die Steuern und Abgaben nicht um 17 Prozent real gestiegen. Das würde bedeuten, die Betriebe hätten heute um 140 Milliarden Schilling mehr Eigenkapital. Allein im heurigen Jahr hätte man mit dem aliquoten Betrag von 27 Milliarden Schilling 50 000 neue Arbeitsplätze schaffen oder bestehende erhalten können. Das hieße Belastungsstopp konkret. Sozialversicherung! Die Beiträge sind in Ihrer Zeit um 25 Prozent real gestiegen. Belastungsstopp konkret hätte bedeutet, daß man mit dem gleichen Geld 90 000 Arbeitnehmer mit Durchschnittslöhnen zusätzlich hätte beschäftigen können. Das ist durch Ihre Politik unmöglich geworden.

Seit dem Jahr 1970 sind die Kosten eines Arbeitsplatzes um über 200 Prozent angestiegen. Mit dem gleichen Geld, mit dem Sie heute einen Arbeitsplatz schaffen können,

Dr. Schüssel

waren damals drei Arbeitsplätze zu finanzieren. Wundern wir uns daher nicht, wenn die Arbeit ausgeht.

Wir sagen, wir brauchen mehr Selbständige, damit das Land wirtschaftlich nicht unselbständig wird. Der Beirat für Wirtschaft und Sozialforschung hat errechnet, daß bis zum Jahre 1991 die Zahl der Selbständigen von 500 000 auf 400 000 zurückgehen wird. Das heißt, mehr Unselbständige wollen Arbeitsplätze, und — noch schlimmer — weniger Arbeitsplätze werden von Unternehmern und Bauern angeboten werden.

Es liegt ein konkreter Antrag von uns im Finanzausschuß. Er wurde nicht behandelt. Warum?

Wir haben gesagt: Mehr Markt im Staat! Wir haben konkrete Vorschläge zur Privatisierung vorgelegt. Überall, in der Bundesrepublik, in der Schweiz, gibt es darüber eine Diskussion.

Meine Damen und Herren von der Linken, wo steht denn geschrieben, daß es in Österreich staatlich oder kommunal geführte Reisebüros, Filmproduktionen, Porzellanproduktionen, Tortenherstellungen oder Wäschereibetriebe geben muß (*Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.*), die noch dazu meist defizitär arbeiten? Da gibt es keine Alternativen? — O ja: Mehr Markt im Staat! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jugendbeschäftigung. Wir haben Ihnen konkrete Vorschläge gemacht, wie man die Betriebe anreizen kann, arbeitslose Jugendliche einzustellen: durch Refundierung der Dienstgeberanteile. Wenn es gelänge, die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen — das sind 20 000 junge Menschen — so anzustellen, dann würde das Budget durch diese Maßnahmen nicht einmal mit 120 Millionen Schilling belastet werden. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.*) Das ist keinen Versuch wert? Das haben Sie abgelehnt? — Das wäre eine Alternative, für die es sich lohnen würde, sie in der Praxis zu erproben. Aber Sie haben nein gesagt.

Abschließend: Mittelstandsoffensive. Wir glauben, daß wir mit den Kleinen größere Beschäftigungseffekte erzielen können. Das fängt bei einer gerechteren Direktförderung an. Derzeit gehen 86 Prozent der direkten Wirtschaftsförderungsmittel von 13 Milliarden in Großbetriebe.

Mehr noch, die Mittelstandsförderung wird

eingefroren oder sogar gekürzt. Bei der BÜRGE — nachprüfen Herr Staatssekretär! — liegen 250 Millionen unverbraucht, weil die Richtlinien nicht da waren oder weil die Formblätter nicht existieren. Man könnte durch eine gerechtere Aufteilung der Förderung mehr Arbeitsplätze und mehr wirtschaftliche Anreize schaffen.

Ich gebe allerdings eines zu: Dann kann man weniger Bänder durchschneiden, dann gibt es keine Pyramiden für die Nachwelt, dann kann man nicht mit Milliarden jonglieren. Aber tausendmal ein Arbeitsplatz in Klein- und Mittelbetrieben, das sind in Summe gleich viele wie 1 000 Arbeitsplätze in einem Großbetrieb. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich gebe schon zu, daß in diesem Budget wenig Spielraum ist. Sie können fast nichts mehr für die Zukunft riskieren, weil Sie die Vergangenheit finanzieren müssen. Der Preis ist ja das Belastungspaket.

Zu diesem Belastungspaket, als hätte er es ein Jahrhundert vorausgesehen, hat Abraham Lincoln ein ganz gutes Zitat geliefert: „Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die sie bezahlen. Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem ihr den Klassenhaß schürt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausgibt, als ihr verdient.“

Keine Alternativen, meine Herren von der Sozialistischen oder von der Freiheitlichen Partei und Herr Finanzminister? Ihr Budget bietet keine Alternativen zur Bewältigung der Krise, wenig Perspektiven, wenig Hoffnung für die Zukunft, und deswegen können wir uns damit nicht anfreunden. (*Beifall bei der ÖVP.*) 18.14

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Gemäß § 69 Abs. 6 der Geschäftsordnung weise ich die Regierungsvorlage 70 und Zu 70 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 60/A und 61/A eingebracht worden sind.

1398

Nationalrat XVI. GP — 17. Sitzung — 9. November 1983

Präsident Mag. Minkowitsch

Ferner sind die Anfragen 277/J bis 279/J schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.
eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates
berufe ich für morgen, Donnerstag, den
10. November, um 9 Uhr ein.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde
eingeleitet.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 15 Minuten